

VERGABEUNTERLAGEN

2026MSC000004

Netzwerk-Rahmenvereinbarungen 2026_LfSt

Offenes Verfahren (EU) (VgV)

Ausschreibung (Korrektur)

AUFTRAGGEBER

Zentrale Vergabestelle im Bayerischen Landesamt für Steuern
Sophienstraße 6, 80333 München, Deutschland

29.06.2026

Inhaltsverzeichnis

Vergabeunterlagen	1
Projektinformation	1
Vertragsbedingungen/Formulare.....	4
Eigenerklärung	4
Eigenerklärung	4
Struktur Bieter	6
1. Angaben zur Struktur	6
2. Angaben zu Unterauftragnehmern	6
3. Angaben zur Eignungsleihe	7
4. Angaben zur Bietergemeinschaft	7
4.1. Mitglieder der Bietergemeinschaft.....	7
4.2. Bevollmächtigter Vertreter	7
Bewerbungsbedingungen EU.....	8
Bewerbungsbedingungen.....	8
1. Angebotsabgabe	8
1.1. Fristen	8
1.2. Form und Übermittlung.....	8
1.2.1. Textform	9
1.3. Weitere Vorgaben	9
1.3.1. Angebot	9
1.3.2. Nachweise.....	10
2. Hinweise zu den Vergabeunterlagen	11
3. Besondere Beteiligungsformen:	12
3.1. Unterauftragnehmer	12
3.2. Bietergemeinschaften.....	13
3.3. Wettbewerbsbeschränkende Verhaltensweisen	13
4. Abschluss des Vergabeverfahrens.....	14
5. Nachprüfungsverfahren.....	14
6. Kommunikation im Vergabeverfahren	15
Angebotsaufforderung.....	16
Eigenerklärung RUS.....	17
Eigenerklärung russische Unternehmen	17
Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2	19
Eigenerklärung für Unterauftragnehmer und Eignungsverleiher	20
Eigenerklärung	20
Schutzerklärung Scientology	23
1. Erklärung zum Vergabeverfahren	23
2. Erklärung für den Fall der Zuschlagserteilung.....	23
3. Hinweis nach Art. 9 Abs. 2 des Bayerischen Datenschutzgesetzes:	23

Anlage 1 Leistungsbeschreibung Netzwerkkomponenten (alle Lose).....	25
LOS 1 - Cisco	33
Rahmenvereinbarung Cisco 2026.....	33
Anlage 2 - Supportbeschreibung Cisco Support und Cisco Solution Support.....	46
Cisco-Support (1)	46
NOTE: For all orders received or quotes issued on or after April 24th, 2026, this Service De	46
Service Description	46
Cisco Support.....	46
Cisco Solution Support.....	55
Anlage 3 - Geheimhaltungsvereinbarung.....	57
Anlage 4 - Verpflichtungserklärung	60
Anlage 5 - Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung	62
Anlage 6 - Teleservice.....	74
LOS 2 - Infoblox	78
Rahmenvereinbarung Infoblox 2026	78
Anlage 2 - Supportbeschreibung Infoblox	91
infoblox-datasheet-bloxcare-maintenance-support-programs	91
terms-premium-maintenance-6-22	95
Anlage 3 - Geheimhaltungsvereinbarung.....	103
Anlage 4 - Verpflichtungserklärung	106
Anlage 5 - Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung	108
Anlage 6 - Teleservice.....	120
LOS 3 - Akamai	124
Rahmenvereinbarung Akamai 2026.....	124
Anlage 2 - Support Akamai	137
A Team of Experts.....	137
Guardicore Support Plans	137
Anlage 3 - Geheimhaltungsvereinbarung.....	139
Anlage 4 - Verpflichtungserklärung	142
Anlage 5 - Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung	144
Anlage 6 - Teleservice.....	156
LOS 4 - HashiCorp	160
Rahmenvereinbarung HashiCorp 2026.....	160
Anlage 3 - Geheimhaltungsvereinbarung.....	173
Anlage 4 - Verpflichtungserklärung	176
Anlage 5 - Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung	178
Anlage 6 - Teleservice.....	190
Produkte/Leistungen	194
Eignungskriterien.....	200
Leistungskriterien	208
Anlagen	209

INFORMATIONEN ZUR AUSSCHREIBUNG

Auftragsnummer	2026MSC000004
Maßnahme	
Auftragsbezeichnung	Netzwerk-Rahmenvereinbarungen 2026_LfSt
Auftragsbeschreibung	<p>Das Bayerische Landesamt für Steuern (BayLfSt) mit seinem Bereich Information und Kommunikation (IuK) ist als IT-Dienstleister für alle bayerischen Finanzämter sowie große Teile der bayerischen Justiz tätig. Hierfür betreibt das BayLfSt ein Rechenzentrum an mehreren Standorten im Raum Nürnberg sowie im Großraum München. Im Rahmen mehrerer Projekte und Vorhaben wird die bestehende Netzwerkinfrastruktur vollständig oder in Teilen erneuert. Dies betrifft insbesondere den Neubau eines Rechenzentrums im Co-Location-Modell in Nürnberg, die Modernisierung von bis zu 200 Standorten der bayerischen Finanzämter sowie das Lifecycle-Management im Betrieb des bundesweit genutzten Services ELSTER. Insbesondere für das neu zu errichtende Datacenter-Netzwerk (Projekt „NEPTUN-RZ“) sind in den Jahren 2026 und 2027 umfangreiche Investitionen in Hard- und Software erforderlich. In einem Vergabeverfahren sollen hierzu die Voraussetzungen geschaffen werden, die benötigten Leistungen über Rahmenvereinbarungen in vier Losen abrufen zu können. Gegenstand des Vergabeverfahrens sind die für die vorgenannten Bereiche erforderlichen Komponenten und Leistungen. Diese stammen von mehreren Herstellern und werden im Wege einer losweisen Vergabe mit dem Ziel ausgeschrieben, Rahmenvereinbarungen für Einzelabrufe abzuschließen: LOS 1: Hardware, Software, Lizenzen, Support der Firma Cisco Systems Inc. LOS 2: Produkte zum Betrieb von DHCP/DNS/IPAM der Firma Infoblox Inc. LOS 3: Akamai Guardicore Segmentation der Firma Akamai Technologies Inc. LOS 4: HashiCorp Boundary und Terraform der Firma HashiCorp Inc. Darüber hinaus werden – losabhängig – damit verbundene Services, Installations-, Erstinbetriebnahme-, Schulungs- und Supportleistungen vergeben. Die Laufzeit der Rahmenvereinbarungen für die jeweiligen Lose betragen jeweils 24 Monate mit jeweils zwei optionalen Verlängerungen um jeweils 12 Monate. Die maximale Gesamtlaufzeit je Rahmenvereinbarung beträgt somit 48 Monate.</p>

ALLGEMEINES

VERFAHREN

Auftraggeber	Zentrale Vergabestelle im Bayerischen Landesamt für Steuern
Liefer-/Ausführungsort	90408 Nürnberg
Leistungsart	Lieferleistung
Vertragsart	Rahmenvertrag
Vergabeart	Offenes Verfahren (EU) (VgV)

VERFAHRENSEIGENSCHAFTEN

Losweise Vergabe	Ja								
Art der losweisen Vergabe	Bieter kann für ein oder mehrere Lose anbieten								
Höchstzahl der Lose pro Angebot									
Zuschlagskriterium	Niedrigster Preis								
Klassifizierungen	<table><thead><tr><th>Code</th><th>Bezeichnung</th></tr></thead><tbody><tr><td>48219000-6</td><td>Diverses Netzsoftwarepaket</td></tr><tr><td>48810000-9</td><td>Informationssysteme</td></tr><tr><td>48820000-2</td><td>Server</td></tr></tbody></table>	Code	Bezeichnung	48219000-6	Diverses Netzsoftwarepaket	48810000-9	Informationssysteme	48820000-2	Server
Code	Bezeichnung								
48219000-6	Diverses Netzsoftwarepaket								
48810000-9	Informationssysteme								
48820000-2	Server								

ANGEBOTE

Mehrere Hauptangebote zugelassen	Mehrere Hauptangebote sind nicht zulässig
Nebenangebote	Nebenangebote sind nicht zugelassen
Nachlass	Nein
Skonto zugelassen	Nein
Skonto Zahlungsziel	Tag(e)
Verwendung elektronischer Mittel	Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen
URL für elektronische Angebote	https://www.auftraege.bayern.de
Zulässige Signatur	Textform nach §126b BGB

TERMINE

ALLGEMEIN

Vorausgegangene Vorinformation	Nein
Besondere Dringlichkeit	Nein

BEKANNTMACHUNG

Bekanntmachung	03.06.2026
Vorinformation	

ANGEBOTE UND BEWERTUNG

Frist Bieterfragen	26.06.2026 11:00
Angebotsfrist	06.07.2026 11:00:00
Bindefrist	11.09.2026
Versand Vorabinformation	

AUFTRAGSDAUER

Beginn
Ende
Anmerkungen

DATENSCHUTZ

DATENSCHUTZBEAUFTRAGTER

Name	Behördliche/r Datenschutzbeauftragte/r des BayLfSt
Anschrift	Krelingstraße 50, 90408 Nürnberg
Telefon	+49 9119911004
E-Mail	datenschutz@lfst.bayern.de

DATENERHEBUNGSVERANTWORTLICHER

Name	Bayerisches Landesamt für Steuern
Anschrift	Sophienstraße 6, 80333 München
Telefon	+49 8999910
E-Mail	info-eVergabe@lfst.bayern.de

ELEKTRONISCHE TEILNAHME

BROWSEEREINSTELLUNGEN

Verwenden Sie zur Navigation in eVergabe nur die Menüpunkte der Anwendung. Wenn Sie über die Browser-Schaltflächen navigieren, werden die Informationen nicht zum Anwendungs-Server übertragen und eVergabe zeigt ggf. eine falsche Seite an.

Sicherheitseinstellungen an Ihrem Browser:

- JavaScript muss aktiviert sein
- Cookies müssen erlaubt sein; Cookies von Drittanbietern sollten erlaubt sein (empfohlen)
- Pop-Up-Fenster müssen erlaubt sein

PDF-Plugins:

- Die integrierte PDF-Ansicht sollte deaktiviert sein; ein PDF-Reader wird empfohlen

Empfohlene Browser:

- Aktuelle Versionen des Microsoft Edge, Google Chrome, Opera oder Mozilla Firefox

KOMMUNIKATION

Die Kommunikation mit der Vergabestelle, insbesondere zu Nachforderungen, sowie das Stellen von Bieterfragen erfolgt grundsätzlich im jeweiligen Verfahren über den Bieterassistenten unter "Nachrichten".

Bei Nachrichten der Vergabestelle erhalten Sie unmittelbar eine Benachrichtigung per E-Mail. Bitte prüfen Sie in diesem Fall Ihren Posteingang unter "Nachrichten" und bestätigen dort die Kenntnisnahme.

Projekt-Nr.: 2026MSC000004

Aktenzeichen: H 1620.2.1-2058

Projektname: Netzwerk-Rahmenvereinbarungen 2026_LfSt

Firmenbezeichnung und -anschrift

Eigenerklärung

mit Angebotsabgabe erklärt der Angebotsersteller oder bei Bewerber- / Bietergemeinschaften deren bevollmächtigter Vertreter für die beteiligten Unternehmen Folgendes:

- Es ist keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, wegen einer der in § 123 Abs. 1 GWB genannten Straftaten (z.B. §§ 129 - 129b, 89c, 261, 263, 264, 299 - 299b, 108e, 108f, 333 - 335a, 232 - 233a StGB, Art. 2 § 2 IntBestG) oder vergleichbarer Vorschriften anderer Staaten verurteilt worden und es ist auch nicht aus denselben Gründen eine Geldbuße nach § 30 OWiG gegen das Unternehmen festgesetzt worden.
- Das Unternehmen hat seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt.
- Das Unternehmen hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende menschen-, umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen. Insbesondere
 - wird gem. § 7 Abs. 1 AGG, § 3 Abs. 1 EntgTranspG und § 2 Nr. 7 AEntG Frauen und Männern für gleiche oder gleichwertige Arbeit gleiches Entgelt gewährt.
 - werden gem. § 3 Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten die in Abschnitt 2 dieses Gesetzes festgelegten menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten in angemessener Weise beachtet.

- werden den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts gewährt, die nach dem Mindestlohngesetz (MiLoG), einem nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag, oder einer nach den §§ 7, 7a oder 11 AEntG oder § 3a des AÜG erlassenen Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden.
- Das Unternehmen ist nicht zahlungsunfähig, es ist über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet oder mangels Masse abgelehnt worden, und es befindet sich auch nicht in Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt.
- Das Unternehmen hat keine schweren Verfehlungen begangen, die seine Integrität als Auftragnehmer für öffentliche Aufträge in Frage stellen. Dies gilt auch für Personen, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist.
- Das Unternehmen hat im Vergabeverfahren keine vorsätzlich unzutreffenden Erklärungen abgegeben, keine irreführenden Informationen übermittelt und mit anderen Unternehmen keine Vereinbarungen getroffen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken.
- Es liegt kein Ausschlussgrund nach § 21 AEntG, § 98c AufenthG, § 19 MiloG, § 21 SchwarzArbG und § 22 LkSG vor. Insbesondere wurde gegen das Unternehmen keine Geldbuße von mindestens 2.500 € wegen eines Verstoßes nach § 23 AEntG oder § 21 MiloG verhängt. Auch wurde gegen das Unternehmen oder einen Vertretungsberechtigten keine Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten und keine Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder Geldbuße von mindestens 2.500 € wegen Verstoßes gegen eine in § 21 SchwarzArbG aufgeführte Vorschrift verhängt.

Tritt bei den vorgenannten Umständen zu einem späteren Zeitpunkt eine Änderung ein, so ist dies dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen. Wesentlich falsche Erklärungen können den Ausschluss von diesem und weiteren Verfahren zur Folge haben. Werden diese Umstände nach Auftragserteilung bekannt, steht dem Auftraggeber ein außerordentliches Kündigungsrecht zu. Mögliche Schadensersatzforderungen bleiben davon unberührt.

Sollten für Sie bzw. Ihr Unternehmen fakultative Ausschlussgründe nach § 124 GWB vorliegen, schildern Sie bitte im Arbeitsschritt Eignungskriterien, weshalb diese nicht zu einem Ausschluss vom Verfahren führen sollen.

Der Auftraggeber entscheidet im Rahmen der Angebotsprüfung über den Ausschluss.

Projekt-Nr.: 2026MSC000004

Aktenzeichen: H 1620.2.1-2058

Projektname: Netzwerk-Rahmenvereinbarungen 2026_LfSt

Darstellung der Struktur des Bieters

1. Angaben zur Struktur

Name des Bieters / der Bietergemeinschaft:

Die Beteiligung erfolgt

- ☐ als Einzelbieter
- ☐ als Bietergemeinschaft
- ☐ unter Einbeziehung von Unterauftragnehmern

Auf die Ausführungen zu den besonderen Beteiligungsformen und zur Eignungsleihe in den Bewerbungsbedingungen wird ausdrücklich hingewiesen.

2. Angaben zu Unterauftragnehmern

Name, Vorname bzw. Firmenbezeichnung	Anschrift bzw. Firmensitz	Vorgesehene Aufgaben im Rahmen des Projekts (bei bevorzugten Bietern: Anteil am Gesamtangebot)
---	------------------------------	---

3. Angaben zur Eignungsleihe

Folgende Kapazitäten anderer Unternehmen sollen zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen bzw. technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit in Anspruch genommen werden:

Name, Vorname bzw. Firmenbezeichnung	Anschrift bzw. Firmensitz	Kapazitäten des Unternehmens, die für die Eignungsleihe in Anspruch genommen werden
--------------------------------------	---------------------------	---

Entsprechend unterschriebene **Verpflichtungserklärungen** der Eignungsverleiher sind dem Angebot beizufügen.

4. Angaben zur Bietergemeinschaft

4.1. Mitglieder der Bietergemeinschaft

Name, Vorname bzw. Firmenbezeichnung	Anschrift bzw. Firmensitz	Vorgesehene Aufgaben im Rahmen des Projekts (bei bevorzugten Bietern: Anteil am Gesamtangebot)
--------------------------------------	---------------------------	---

4.2. Bevollmächtigter Vertreter

Angabe des von allen Mitgliedern für die Durchführung des Vergabeverfahrens und Vertrages gegenüber dem Auftraggeber bevollmächtigten Vertreters:

--

Projekt-Nr.: 2026MSC000004

Aktenzeichen: H 1620.2.1-2058

Projektname: Netzwerk-Rahmenvereinbarungen 2026_LfSt

Bewerbungsbedingungen

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers (m/w/d) verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

1. Angebotsabgabe

1.1. Fristen

Die **Angebotsfrist** endet am 06.07.2026 um 11:00:00 Uhr.

Eine Änderung oder Rücknahme eines bereits eingereichten Angebots durch den Bieter ist nur bis zum Ablauf dieser Angebotsfrist zulässig.

Der öffentliche Auftraggeber wird den Zuschlag spätestens am 11.09.2026 erteilen.

Der Bieter ist bis dahin an sein eingereichtes Angebot gebunden (**Bindefrist**).

Die **Frist für Bieterfragen** endet am 26.06.2026 11:00 Uhr.

Fragen, die dem öffentlichen Auftraggeber nach Ablauf dieses Termins zugehen, werden grundsätzlich nicht beantwortet.

1.2. Form und Übermittlung

Die Abgabe des Angebots hat unter Verwendung elektronischer Mittel zu erfolgen.

Nicht mittels elektronischer Datenübermittlung abgegebene Angebote werden nicht berücksichtigt.

Die wirksame Angebotsabgabe hat vollumfänglich und ausschließlich über die Vergabeplattform zu erfolgen.

Die zur Erstellung eines elektronischen Angebots erforderlichen Arbeitsschritte können Sie dem Bieter-Handbuch entnehmen.

Die online-Bearbeitung der Angebotserstellung kann jederzeit unterbrochen werden. Zur Fortsetzung einer unterbrochenen Angebotserstellung bedarf es der nochmaligen Einwahl über die Vergabeplattform in den Angebotsassistenten (durch Auswahl des entsprechenden Verfahrens im Menüpunkt „meine Projekte“, Unterpunkt „Angebotsphase“).

Zur rechtsgültigen Angebotsabgabe bedarf es neben der Verwendung elektronischer Mittel der Einhaltung der **verfahrensspezifisch vorgegebenen Formerfordernisse**. Diese werden Ihnen im Schritt „Angebot einreichen“ zur Auswahl angeboten:

1.2.1. Textform

Dem Erfordernis der Textform nach § 126b BGB genügt die Angabe des Angebotserstellers im dafür vorgesehenen Feld und anschließende Bestätigung über den Button „Angebot einreichen“.

1.3. Weitere Vorgaben

Die Angebote werden hinsichtlich

- Form und Vollständigkeit,
- Eignung der Bieter und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen,
- Angemessenheit und Wirtschaftlichkeit

geprüft und bewertet.

Soweit sich aus den übrigen Vergabeunterlagen nicht etwas anderes ergibt, wird für die Angebotsabgabe auf Folgendes hingewiesen:

1.3.1. Angebot

Das Angebot und dessen Anlagen sind in deutscher Sprache abzufassen.

Die im Angebot enthaltenen Preisangaben sind in Euro anzugeben.

Entspricht der Gesamtbetrag nicht dem Ergebnis der Multiplikation von Mengenansatz und Einheitspreis, ist der Einheitspreis maßgebend.

Die Abgabe von Doppelangeboten ist unzulässig.

Doppelangebote sind Angebote, die sich allein preislich von einem ansonsten inhaltlich identischen Angebot desselben Bieters unterscheiden.

Für die Erstellung des Angebots und aller übermittelten Unterlagen wird keine Vergütung gewährt.

Dem Angebot beigelegte Unterlagen, Muster usw. gehen mit Übermittlung in das Eigentum des Auftraggebers über.

Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse sind kenntlich zu machen.

Im Angebot ist anzugeben, ob gewerbliche Schutzrechte bestehen oder vom Bieter oder anderen beantragt sind.

Bieter haben auf erkannte Widersprüche und Fehler in den Vergabeunterlagen hinzuweisen.

Die Rügeobliegenheit nach § 160 Abs. 3 GWB bleibt unberührt.

Antworten des Auftraggebers auf Bieterfragen werden Bestandteil der Vergabeunterlagen. Maßgeblich ist jeweils die jüngste Antwort des Auftraggebers.

Falls während der Angebotsphase die Vergabeunterlagen durch den Auftraggeber geändert werden sollten (sog. Korrekturzyklus), verlieren alle bis dahin abgegebenen Angebote automatisch ihre Gültigkeit.

Für den Fall, dass ein bereits abgegebenes Angebot aufrechterhalten werden soll, muss es über den Angebotsassistenten erneut abgegeben werden. Hierzu kann eine automatisch angelegte Kopie des bisherigen Angebots als gültiges Angebot bestätigt werden.

Es werden nur Angebote fachkundiger und leistungsfähiger (geeigneter) Bieter berücksichtigt, welche die festgelegten Kriterien zur ordnungsgemäßen Auftragsausführung erfüllen.

Die Eignung der Bieter wird anhand der geforderten Erklärungen und Nachweise beurteilt.

Im Falle der Bildung einer Bietergemeinschaft, der Unterbeauftragung oder sonstigen Berufung auf die Leistungsfähigkeit eines Dritten (sog. Eignungsleihe) können sich die Angaben und Erklärungen der einzelnen Unternehmen ergänzen, um die erforderliche Leistungsfähigkeit des Bieters insgesamt nachzuweisen.

Bei Vorliegen einer Bietergemeinschaft oder einer Eignungsleihe ist der Auftraggeber zur Einholung eines Auszugs aus dem Wettbewerbsregister hinsichtlich aller Beteiligten verpflichtet.

1.3.2. Nachweise

Bei Beauftragung eines Dritten ist nachzuweisen, dass die für den Auftrag erforderliche Fachkunde und Leistungsfähigkeit bei der Ausführung des Auftrags tatsächlich zur Verfügung gestellt werden kann. Dieser Nachweis kann z.B. durch eine entsprechende unterschriebene Verpflichtungserklärung des Dritten erfolgen.

Nachweise, die bei Angebotsabgabe zu erbringen sind, müssen im Arbeitsschritt „Eigene Anlagen“ hochgeladen und elektronisch beigelegt werden. Dateien unterliegen hinsichtlich Größe und Benennung technischen Beschränkungen, auf die gesondert hingewiesen wird.

Unterlagen die nicht der vorgegebenen Form entsprechen gelten als nicht abgegeben und werden nicht berücksichtigt.

Sofern Nachweise oder Erklärungen gefordert sind, die ein Bieter eines europäischen Mitgliedstaates objektiv nicht beibringen kann, werden vergleichbare Nachweise oder Erklärungen nach dem Recht des Sitzes des Bieters anerkannt. Hierfür sind Übersetzungen vorzulegen, die durch einen amtlich vereidigten Übersetzer gefertigt wurden.

Bitte beachten Sie, dass Verweise auf Datenträger, Literatur, Broschüren usw. die geforderten Antworten und Erklärungen nicht ersetzen. Sie werden nicht bewertet.

2. Hinweise zu den Vergabeunterlagen

Soweit sich aus den übrigen Vergabeunterlagen nicht etwas anderes ergibt, wird auf Folgendes hingewiesen:

Die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der derzeit gültigen Fassung gelten nachrangig zu den Regelungen in den Vergabeunterlagen.

Änderungen und Ergänzungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig.

Abweichende Bestimmungen oder Regelungen im Zusammenhang mit dem Abschluss dieses Vertrages werden nicht Vertragsbestandteil.

Bitte bedenken Sie, dass dies insbesondere von Ihnen beigelegte Allgemeine Geschäftsbedingungen, Begleitschreiben oder Konzepte betrifft.

Die Vergabeunterlagen dürfen ausschließlich zur Angebotserstellung verwendet werden. Jede über diese Verwendung hinausgehende Nutzung, insbesondere Weitergabe oder Veröffentlichung (auch auszugsweise) ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Auftraggebers, ist unzulässig. Bei Verzicht auf eine Angebotsabgabe oder für den Fall, dass das Angebot den Zuschlag nicht erhält, sind alle Vergabeunterlagen zu vernichten.

Der Bieter hat auch nach Beendigung des Verfahrens über die ihm bekannt gewordenen vertraulichen Informationen des Auftraggebers Verschwiegenheit zu wahren.

3. Besondere Beteiligungsformen:

Soweit sich aus den übrigen Vergabeunterlagen nicht etwas anderes ergibt, wird auf Folgendes hingewiesen:

3.1. Unterauftragnehmer

Die Einschaltung von Unterauftragnehmern ist grundsätzlich zulässig.

Unterauftragnehmer ist derjenige, der von einem Bieter beauftragt wird, eine oder mehrere Aufgaben von diesem zu übernehmen.

Der Bieter / die Bietergemeinschaft führt die Leistung nicht selbstständig aus, sondern bedient sich ganz (sog. Generalübernehmer) oder teilweise (sog. Generalunternehmer) dem Einsatz von Unterauftragnehmern.

Grundsätzlich haftet der Generalübernehmer/-unternehmer für die ordnungsgemäße Vertragsabwicklung. Der Unterauftragnehmer steht in der Regel in keiner Vertragsbeziehung zum öffentlichen Auftraggeber.

Die Namen der Unterauftragnehmer und die jeweils zu erbringenden Leistungen sind im Angebot zu benennen.

Der Auftragnehmer bemüht sich bei der Einholung von Angeboten der Unterauftragnehmer regelmäßig Kleinst-, kleine und mittlere Unternehmen sowie Existenzgründungen angemessen zu beteiligen.

Er verpflichtet sich bei Weitergabe von Lieferleistungen die VOL/B zum Vertragsbestandteil zu machen.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich außerdem den Unterauftragnehmern – insbesondere hinsichtlich Gewährleistung, Vertragsstrafe, Zahlungsweise und Sicherheitsleistungen – keine ungünstigeren Bedingungen aufzuerlegen, als zwischen ihm und dem Auftraggeber vereinbart sind.

Zur Bekämpfung der Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs hat der Bieter auf Verlangen des Auftraggebers Auskunft darüber zu geben, ob und auf welche Art er wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

3.2. Bietergemeinschaften

Die Bildung einer Bietergemeinschaft ist grundsätzlich zulässig.

Eine **Bietergemeinschaft** liegt vor, wenn sich mindestens zwei Einzelbieter zusammenschließen und im Rahmen einer Ausschreibung ein gemeinsames Angebot mit dem Ziel abgeben den Zuschlag zu erhalten.

Die Beteiligung in dieser Form ist möglich, soweit die Bildung der Bietergemeinschaft kartell- und wettbewerbsrechtlich zulässig ist. Das Vorliegen der kartell- und wettbewerbsrechtlichen Voraussetzungen ist dem Auftraggeber auf Verlangen nachzuweisen.

Eine Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine, von allen Mitgliedern unterschriebene, Erklärung abzugeben, in welcher

- die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft für den Fall der Zuschlagserteilung erklärt ist,
- alle Mitglieder mit postalischer Anschrift aufgeführt sind,
- ein Mitglied für den Abschluss und die Durchführung des Vertrages als bevollmächtigter Vertreter bezeichnet ist,
- alle Mitglieder die Haftung für die Erfüllung sämtlicher vertraglichen Verpflichtungen als Gesamtschuldner übernehmen,
- eine Kontonummer bei einem näher bezeichneten Kreditinstitut angegeben ist, auf die sämtliche Zahlungen des Auftraggebers mit befreiender Wirkung geleistet werden können.

3.3. Wettbewerbsbeschränkende Verhaltensweisen

Wettbewerbsbeschränkende Absprachen gem. § 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) sind unzulässig und führen zwingend zum Ausschluss der Beteiligten.

Wenn der Auftragnehmer aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt, hat er 5 % der Auftragssumme an den Auftraggeber zu zahlen, es sei denn, dass ein Schaden in anderer Höhe nachgewiesen wird. Dies gilt auch, wenn der Vertrag gekündigt wird oder bereits erfüllt ist.

4. Abschluss des Vergabeverfahrens

Der Auftraggeber weist auf seine gesetzliche Verpflichtung aus § 6 Abs. 1 des Wettbewerbsregistergesetzes hin. Demnach fordert der Auftraggeber bei Aufträgen ab einer Höhe von 30 000 Euro für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, vor der Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister an.

5. Nachprüfungsverfahren

Das Vergabeverfahren unterliegt der Nachprüfung durch die Vergabekammern.

Ein Antrag auf Nachprüfung nach §§ 160 ff. GWB ist schriftlich zu stellen und an die
Regierung von Oberbayern - Vergabekammer Südbayern
Maximilianstr. 39, 80539 München

zu richten.

Die gesetzliche Frist für die Einlegung eines Nachprüfungsantrags richten sich nach § 160 Abs. 3 GWB, wonach der Antrag unzulässig ist, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Für Amtshandlungen der Vergabekammern werden Kosten (Gebühren und Auslagen) zur Deckung des Verwaltungsaufwandes erhoben (§ 182 GWB).

Für das Vergabeverfahren gilt deutsches Recht.

6. Kommunikation im Vergabeverfahren

Die Vergabestelle übermittelt Nachrichten aus dem Verfahren grundsätzlich nur über den Angebotsassistenten und versendet parallel – rein informatorisch – jeweils eine E-Mail-Nachricht (Info-E-Mail) an die in Ihrem Profil hinterlegte E-Mail-Adresse.

Erklärungen gelten mit Bereitstellung im Nachrichtenmodul des Angebotsassistenten als zugegangen.

Ein Anspruch auf den Erhalt von Info-E-Mails in Bezug auf neue Nachrichten der Vergabestelle besteht nicht.

Direkte Rückantworten auf diese Info-E-Mail-Nachrichten oder Anfragen über die dort verwendete System-E-Mail-Adresse sind nicht möglich. Verwenden Sie für die Kommunikation mit der Vergabestelle die Nachrichtenfunktion im Angebotsassistenten.

Bitte sorgen Sie dafür, dass Sie während des Vergabeverfahrens unter den in Ihrem Firmen- bzw. Mitarbeiterprofil hinterlegten Kontaktdaten (insbesondere E-Mail-Adressen) auch tatsächlich erreichbar sind.

Über automatisch generierte Antworten (z.B. Abwesenheitsassistenten) mitgeteilte abweichende Kontaktdaten können nicht berücksichtigt werden.

Projekt-Nr.: 2026MSC000004

Aktenzeichen: H 1620.2.1-2058

Projektname: Netzwerk-Rahmenvereinbarungen 2026_LfSt

Firmenbezeichnung und Anschrift

Angaben zu Fristen und Ansprechpartner

Ablauf der Angebotsfrist: 06.07.2026 11:00:00

voraussichtliche Ausführungsfrist:

Beginn:

Ende:

E-Mail: ausschreibung@lfst.bayern.de

Datum: 29.06.2026

Aufforderung zur Angebotsabgabe

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Vergabestelle beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag zu vergeben. Die Auftragsbekanntmachung und die Vergabeunterlagen sind unter www.auftraege.bayern.de hinterlegt.

Falls Sie an diesem Auftrag interessiert sind, bitten wir Sie, ein Angebot abzugeben.

Soweit in den Vergabeunterlagen nicht anders vorgegeben, ist das Angebot in elektronischer Form und deutscher Sprache über das Portal www.auftraege.bayern.de einzureichen.

Wir würden uns über ein Angebot Ihrerseits sehr freuen.

Freundliche Grüße

Marco Scholz

Projekt-Nr.: 2026MSC000004

Aktenzeichen: H 1620.2.1-2058

Projektname: Netzwerk-Rahmenvereinbarungen 2026_LfSt

Firmenbezeichnung und -anschrift

Eigenerklärung russische Unternehmen

mit Angebots- / Teilnahmeantragsabgabe erklärt der Angebotsersteller, bei Bewerber- / Bietergemeinschaften deren bevollmächtigter Vertreter Folgendes:

1. Der / die **Bewerber / Bieter** gehört / gehören nicht zu den in Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, genannten Personen oder Unternehmen, die einen **Bezug zu Russland** im Sinne der Vorschrift aufweisen,
 - a. durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers / Bieters in Russland,
 - b. durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber / Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 %,
 - c. durch das Handeln der Bewerber / Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und / oder b zutrifft.

2. Es wird bestätigt, dass die am Auftrag beteiligten **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift gehören.
3. Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, die zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift gehören und auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

**Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23
der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 lautet wie folgt:**

- (1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter die Artikel 7 und 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:
- a) russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
 - b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder
 - c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln,
- auch solche, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.
- (2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für
- a) den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienststellung ziviler Atomanlagen und ihre Sicherheit sowie die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen, kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,
 - b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,
 - c) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,
 - d) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen.
 - e) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölerzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union, oder
 - f) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Kohle und anderen festen fossile Brennstoffen, die in Anhang XXII aufgeführt sind, bis 10. August 2022.
- (3) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.
- (4) Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung — bis zum 10. Oktober 2022 — von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.

Projekt-Nr.: 2026MSC000004

Aktenzeichen: H 1620.2.1-2058

Projektname: Netzwerk-Rahmenvereinbarungen 2026_LfSt

Firmenbezeichnung und –anschrift
des Unterauftragnehmers oder Eignungsverleiher

Eigenerklärung

Als Unterauftragnehmer oder Eignungsverleiher für

erkläre ich **für mein Unternehmen** Folgendes:

- Es ist keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, wegen einer der in § 123 Abs. 1 GWB genannten Straftaten (z.B. §§ 129 - 129b, 89c, 261, 263, 264, 299 - 299b, 108e, 108f, 333 - 335a, 232 - 233a StGB, Art. 2 § 2 IntBestG) oder vergleichbarer Vorschriften anderer Staaten verurteilt worden und es ist auch nicht aus denselben Gründen eine Geldbuße nach § 30 OWiG gegen das Unternehmen festgesetzt worden.
- Das Unternehmen hat seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt.
- Das Unternehmen hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen. Insbesondere
 - wird gem. § 7 Abs. 1 AGG, § 3 Abs. 1 EntgTranspG und § 2 Nr. 7 AEntG Frauen und Männern für gleiche oder gleichwertige Arbeit gleiches Entgelt gewährt.

- werden gem. § 3 Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten die in Abschnitt 2 dieses Gesetzes festgelegten menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten in angemessener Weise beachtet.
 - werden den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts gewährt, die nach dem Mindestlohngesetz (MiLoG), einem nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag, oder einer nach den §§ 7, 7a oder 11 AEntG oder § 3a des AÜG erlassenen Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden.
- Das Unternehmen ist nicht zahlungsunfähig, es ist über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet oder mangels Masse abgelehnt worden, und es befindet sich auch nicht in Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt.
 - Das Unternehmen hat keine schweren Verfehlungen begangen, die seine Integrität als Auftragnehmer für öffentliche Aufträge in Frage stellen. Dies gilt auch für Personen, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist.
 - Das Unternehmen hat im Vergabeverfahren keine vorsätzlich unzutreffenden Erklärungen abgegeben, keine irreführenden Informationen übermittelt und mit anderen Unternehmen keine Vereinbarungen getroffen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken.
 - Es liegt kein Ausschlussgrund nach § 21 AEntG, § 98c AufenthG, § 19 MiloG, § 21 SchwarzArbG und § 22 LkSG vor. Insbesondere wurde gegen das Unternehmen keine Geldbuße von mindestens 2.500 € wegen eines Verstoßes nach § 23 AEntG oder § 21 MiloG verhängt. Auch wurde gegen das Unternehmen oder einen Vertretungsberechtigten keine Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten und keine Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder Geldbuße von mindestens 2.500 € wegen Verstoßes gegen eine in § 21 SchwarzArbG aufgeführte Vorschrift verhängt.

Tritt bei den vorgenannten Umständen zu einem späteren Zeitpunkt eine Änderung ein, so ist dies dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen. Wesentlich falsche Erklärungen können den Ausschluss von diesem und weiteren Verfahren zur Folge haben. Werden diese Umstände nach Auftragserteilung bekannt, steht dem Auftraggeber ein außerordentliches Kündigungsrecht zu. Mögliche Schadensersatzforderungen bleiben davon unberührt.

Sollten für Sie bzw. Ihr Unternehmen fakultative Ausschlussgründe nach § 124 GWB vorliegen, schildern Sie bitte in einem gesonderten Dokument, weshalb diese nicht zu einem Ausschluss vom Verfahren führen sollen.

Der Auftraggeber entscheidet im Rahmen der Angebotsprüfung über den Ausschluss.

Ort, Datum

Unterschrift

Projekt-Nr.: 2026MSC000004

Aktenzeichen: H 1620.2.1-2058

Projektname: Netzwerk-Rahmenvereinbarungen 2026_LfSt

Schutzerklärung

1. Erklärung zum Vergabeverfahren

Der Bewerber / Bieter nimmt zur Kenntnis, dass die Nichtabgabe der Erklärung nach Nummer 2 oder die Abgabe einer wesentlich falschen Erklärung den Ausschluss von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat.

2. Erklärung für den Fall der Zuschlagserteilung

Der Bewerber / Bieter versichert,

- 2.1. dass er gegenwärtig sowie während der gesamten Vertragsdauer die Technologie von L. Ron Hubbard nicht anwendet, lehrt oder in sonstiger Weise verbreitet, er keine Kurse oder Seminare nach dieser Technologie besucht und Beschäftigte oder sonst zur Erfüllung des Vertrags eingesetzte Personen keine Kurse oder Seminare nach dieser Technologie besuchen lässt;
- 2.2. dass nach seiner Kenntnis keine der zur Erfüllung des Vertrags eingesetzten Personen die Technologie von L. Ron Hubbard anwendet, lehrt oder in sonstiger Weise verbreitet oder Kurse oder Seminare nach dieser Technologie besucht.
- 2.3. Der Bewerber / Bieter verpflichtet sich, solche zur Erfüllung des Vertrags eingesetzte Personen von der weiteren Durchführung des Vertrags unverzüglich auszuschließen, die während der Vertragsdauer die Technologie von L. Ron Hubbard anwenden, lehren, in sonstiger Weise verbreiten oder Kurse oder Seminare nach dieser Technologie besuchen.
- 2.4. Die Abgabe einer wesentlich falschen Erklärung nach Nummer 2.1 oder 2.2 sowie ein Verstoß gegen die Verpflichtung nach Nummer 2.3 berechtigen den Auftraggeber zur Kündigung aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist. Weitergehende Rechte des Auftraggebers bleiben unberührt.

3. Hinweis nach Art. 9 Abs. 2 des Bayerischen Datenschutzgesetzes:

Zur Erfüllung der Informationspflicht wird auf die folgende Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung verwiesen.

Scientology-Organisation

Verwendung von Schutzzerklärungen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge

Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung vom 29. Oktober 1996 Nr. 476-2-151 (AllmBl. S.701, StAnz. Nr. 44):

Die Scientology-Organisation in allen ihren Erscheinungsformen ist eine Vereinigung, die unter dem Deckmantel einer Religionsgemeinschaft wirtschaftliche Ziele verfolgt und den einzelnen mittels rücksichtslos eingesetzter psycho- und sozial-technologischer Methoden einer totalen inneren und äußeren Kontrolle unterwirft, um ihn für ihre Ziele zu instrumentalisieren.

Auf Grund der jetzigen Erkenntnislage ist davon auszugehen, dass ein nach der Technologie von L. Ron Hubbard geführtes Unternehmen als Bestandteil der Gesamtorganisation Scientology zu betrachten ist. Ein derartiges Unternehmen übernimmt die Verpflichtung, die Technologie von L. Ron Hubbard und die Ideologie von Scientology zu verbreiten, ihren Bestand zu sichern und in der Gesellschaft als allgemeines Gedankengut zu etablieren. Dadurch droht auch öffentlichen Stellen bei Geschäftskontakten eine Infiltration und Ausforschung durch Scientology.

Um dieser Gefahr wirksam begegnen zu können, wird bestimmt:

1. Von Auftragnehmern ist bei der Vergabe öffentlicher Dienstleistungsaufträge in den nachfolgenden Fällen bei der Auftragsvergabe eine Schutzzerklärung gemäß Anlage zu verlangen, die bei Annahme des Angebots Vertragsbestandteil wird. Schutzzerklärungen sind zulässig und notwendig, um bei solchen Vertragsverhältnissen die Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit des Auftragnehmers abzuklären, die
 - Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die Organisation des Vertragspartners oder seine Beschäftigten eröffnen
 - ein besonderes Vertrauensverhältnis voraussetzen oder
 - die Offenlegung von wesentlichen internen Vorgängen und Daten gegenüber dem Vertragspartner erfordern.

Schutzzerklärungen kommen demnach regelmäßig in folgenden Vertragsverhältnissen in Betracht:

Unternehmensberatung, Personal- und Managementschulung, Fortbildungs- und Vortragsveranstaltungen, Softwareberatung, -entwicklung und -pflege, Projektentwicklung und -steuerung, Forschungs- und Untersuchungsaufträge.

2. Die Nichtabgabe der Erklärung oder die Abgabe einer wissenschaftlich falschen Erklärung hat den Ausschluss von dem laufenden Vergabeverfahren zur Folge.
3. Erweist sich nach Vertragsschluss, dass eine wissentlich falsche Erklärung abgegeben oder gegen die mit der Erklärung eingegangenen Verpflichtungen verstoßen wurde, so ist der Vertrag aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist zu kündigen.
4. Den kommunalen Auftraggebern und den sonstigen der Aufsicht des Freistaates Bayern unterliegenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts wird empfohlen, entsprechend zu verfahren. Das gleiche gilt für die Empfänger von Zuwendungen des Freistaates Bayern, wenn die Zuwendungen für Maßnahmen nach Nummer 1 gegeben werden.
5. Diese Bekanntmachung tritt am 1. November 1996 in Kraft.

Leistungsbeschreibung

Rahmenvereinbarungen Netzwerkkomponenten (alle Lose)

1. Einleitung und Zielsetzung

Das Bayerische Landesamt für Steuern (BayLfSt) mit seinem Bereich Information und Kommunikation (IuK) ist als IT-Dienstleister für alle bayerischen Finanzämter sowie große Teile der bayerischen Justiz tätig. Hierfür betreibt das BayLfSt ein Rechenzentrum an mehreren Standorten im Raum Nürnberg sowie im Großraum München.

Im Rahmen mehrerer Projekte und Vorhaben wird die bestehende Netzwerkinfrastruktur vollständig oder in Teilen erneuert. Dies betrifft insbesondere die Ausstattung einer neuen Rechenzentrumsfläche am Standort Nürnberg, die Modernisierung von bis zu 200 Standorten der bayerischen Finanzämter sowie das Lifecycle-Management im Betrieb des bundesweit genutzten Services ELSTER.

Insbesondere für das neu zu errichtende Datacenter-Netzwerk sind in den Jahren 2026 und 2027 umfangreiche Investitionen in Hard- und Software erforderlich.

In einem Vergabeverfahren sollen hierzu die Voraussetzungen geschaffen werden, die benötigten Leistungen über Rahmenvereinbarungen in vier Losen abrufen zu können.

2. Geltungsbereich und Leistungsumfang

Gegenstand des Vergabeverfahrens sind die für die vorgenannten Bereiche erforderlichen Komponenten und Leistungen. Diese stammen von mehreren Herstellern und werden im Wege einer losweisen Vergabe mit dem Ziel ausgeschrieben, Rahmenvereinbarungen für Einzelabrufe abzuschließen:

LOS 1: Hardware, Software, Lizenzen, Support der Firma Cisco Systems Inc.

LOS 2: Produkte zum Betrieb von DHCP/DNS/IPAM der Firma Infoblox Inc.

LOS 3: Akamai Guardicore Segmentation der Firma Akamai Technologies Inc.

LOS 4: HashiCorp Boundary und Terraform der Firma HashiCorp Inc. (IBM Corp.)

Darüber hinaus werden – losabhängig – damit verbundene Services, Installations-, Erstinbetriebnahme-, Schulungs- und Supportleistungen vergeben. Die geschätzten Abnahmemengen während der maximalen Vertragslaufzeit ergeben sich aus den jeweiligen Preisblättern.

Die Höchstabnahmemenge beträgt 130 % der geschätzten Abnahmemenge bezogen auf den rabattierten Preis je Los.

Erreicht die Summe der abgerufenen Leistungen die für das jeweilige Los definierte Höchstabnahmemenge, endet die entsprechende Rahmenvereinbarung automatisch, ohne dass es einer gesonderten Kündigung bedarf.

Die in den Preisblättern genannten Abnahmemengen stellen unverbindliche Schätzgrößen dar und begründen weder einen Anspruch des Auftragnehmers auf Ausschöpfung dieser Mengen noch eine Mindestabnahme durch das BayLfSt. Abrufe erfolgen ausschließlich nach Maßgabe des tatsächlichen Bedarfs und der verfügbaren Haushaltsmittel.

Die Laufzeit der Rahmenvereinbarungen für die jeweiligen Lose betragen jeweils 24 Monate mit jeweils zwei optionalen Verlängerungen um jeweils 12 Monate.

Die maximale Gesamtlaufzeit je Rahmenvereinbarung beträgt somit 48 Monate.

Es besteht keine Bieterbeschränkung hinsichtlich der einzelnen Lose. Bieter können bei Vorliegen der entsprechenden Eignung auf mehrere oder alle Lose bieten und jeweils den Zuschlag erhalten. Je Los wird aber nur ein Rahmenvertragspartner den Zuschlag erhalten, mehrere Zuschläge je Los sind ausgeschlossen.

3. Abrufschwerpunkt Projekt Datacenter-Netzwerk

Diese Ausschreibung dient der Umsetzung einer zuvor erarbeiteten Netzwerkarchitektur. Diese Umsetzung wird mit Unterstützung eines oder mehrerer externer Dienstleister - sowie eines von diesem eingesetzten Unterauftragnehmers - im Projektmanagement gesteuert und durch Netzwerkarchitekten und Systemingenieure dieser Firmen geplant, aufgebaut und in Betrieb genommen.

Die in den Preisblättern bezeichneten optionalen Dienstleistungen werden hierbei durch diverse Fachbereiche beim Auftraggeber BayLfSt abgerufen.

4. Abrufplanung

Ein erheblicher Teil der gesamten geschätzten Abnahmemenge wird voraussichtlich in den Jahren 2026 und 2027 benötigt.

Die Bieter erklären sich bereit, innerhalb von zwei Wochen nach Zuschlagserteilung gemeinsam mit dem externen Projektdienstleister einen Mittelabflussplan auf Basis der dann bekannten bzw. geschätzten Lieferzeiten der Komponenten zu erarbeiten.

Der Mittelabflussplan dient der haushaltsrechtlichen und projektbezogenen Planung und begründet insbesondere keinen Anspruch auf die tatsächliche Beauftragung der darin enthaltenen Leistungsumfänge oder auf bestimmte Abrufzeitpunkte. Abrufe erfolgen ausschließlich durch konkrete Bestellungen durch das BayLfSt.

Die für die Planung und Koordination der Abrufe/Bestellungen notwendige direkte Kommunikation zwischen dem externen Projektmanagement, dessen Unterauftragnehmer und dem/den bezuschlagten Bieter(n) ist vom BayLfSt ausdrücklich gefordert und von dem/den Bieter(n) zu akzeptieren. Vertraulichkeitsvereinbarungen gelten für diesen spezifischen Anwendungsfall nicht, bleiben aber im Übrigen unberührt. Der Vertrags- und Ansprechpartner im rechtlichen Sinne bleibt jedoch ausschließlich das BayLfSt, nur der Auftraggeber veranlasst die Abrufe im Rahmen der üblichen Prozesse.

Der Auftragnehmer hat seine Liefer- und Leistungserbringung so zu organisieren, dass die innerhalb eines Jahres geplanten Leistungen – soweit wirtschaftlich und technisch zumutbar – innerhalb der bezeichneten Jahre geliefert und abrechnungsfähig sind. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, das BayLfSt unverzüglich zu informieren, sobald absehbar ist, dass geplante Liefer- oder Leistungstermine nicht gehalten werden können, um eine frühzeitige Anpassung der Abruf- und Mittelabflussplanung zu ermöglichen.

Geplant sind mehrere Abrufe für das Datacenter-Netzwerk in einem Gesamtumfang auf Basis der Netto-Listenpreise von bis zu ca. 136 Mio. EUR (alle Lose). Diese Hauptabrufe sollen voraussichtlich in zwei Chargen erfolgen, um ab dem 4. Quartal 2026 die Rechenzentren in Nürnberg (Neuaufbau, ca. 80 % der Komponenten) und München (Migration, ca. 20 % der Komponenten) zu bestücken.

Dabei ist vorgesehen, die erste Bestellung im Sommer 2026 – auf Basis der oben genannten Mittelabflussplanung – mit Lieferung und Abrechnung im Jahr 2026 auszulösen. Eine weitere Bestellung ist im Herbst 2026 für Lieferung und Abrechnung im 1. Quartal 2027 vorgesehen. Aufgrund der möglicherweise schnelleren Verfügbarkeit der Produkte der Lose 2 bis 4 (Software und Appliances) kann im Rahmen der Mittelabflussplanung für diese Komponenten auch ein Erstabruf im Herbst 2026 in Frage kommen.

Die beiden dargestellten geplanten Hauptabrufe für das Datacenter-Netzwerk 2026/2027 verteilen sich voraussichtlich wie folgt (Netto-Listenpreise):

Los 1 (Cisco): 115 Mio. EUR

Los 2 (Infoblox): 11 Mio. EUR

Los 3 (Akamai): 6 Mio. EUR

Los 4 (HashiCorp): 4 Mio. EUR

Für die Neuausstattung der Finanzamtsnetze sind ebenso Abrufe in 2026 und 2027 in Höhe von ca. 7 Mio respektive 17 Mio Euro (Hardware und Dienstleistung auf Basis der Listenpreise aus Los 1) zu erwarten.

Die genannten Beträge und Zeitpunkte stellen eine unverbindliche Projektplanung dar. Sie können insbesondere aufgrund haushaltsrechtlicher Rahmenbedingungen, technischer Erkenntnisse aus der weiteren Projektplanung oder veränderter Lieferzeiten angepasst werden. Ein Rechtsanspruch auf Abrufe in der dargestellten zeitlichen oder mengenmäßigen Struktur besteht nicht.

Alle weiteren Abrufe erfolgen im weiteren Projektverlauf nach Bedarf während der gesamten Vertragslaufzeit.

Die **Mindestabnahmemengen** der jeweiligen Lose entsprechen 30% der jeweiligen geschätzten Abnahmemengen gem. der Preisblätter.

5. Datenschutz und digitale Souveränität

Das BayLfSt verarbeitet sensible Daten der Steuer- und Justizverwaltung. Aufgrund der Compliance und Sicherheitsrichtlinien des BayLfSt ist die elektronische Übertragung von Telemetrie-, Konfigurations- oder Nutzungsdaten (insbesondere über das Internet) an Dritte grundsätzlich unzulässig, sofern diese Daten die Infrastruktur des BayLfSt verlassen.

Abrufe der ausgeschriebenen Komponenten sind daher nur möglich, wenn und solange die Vertragsgegenstände diese Maßgabe erfüllen. Dies betrifft insbesondere den Ausschluss von Lizenzmodellen und technischen Einrichtungen, die für die ordnungsgemäße Funktion der Komponenten eine zwingende digitale Kommunikation mit dem Hersteller oder einem von diesem Beauftragten außerhalb der Infrastruktur des BayLfSt erfordern.

Der Betrieb aller Komponenten soll durch den Einsatz permanenter Lizenzen erfolgen, sodass diese unabhängig von einem laufenden technischen Lizenzierungsverfahren einen dauerhaften Betrieb ermöglichen. Im Einzelfall kann dies durch den Einsatz eines dedizierten Lizenzservers im Herrschaftsbereich des BayLfSt oder anderer Behörden im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat erfolgen.

Die Bieter haben in ihren Angeboten darzustellen, dass und wie die angebotenen Komponenten ohne eine dauerhafte oder anlassbezogene Verbindung zu externen Cloud-, Lizenz- oder Telemetriediensten betrieben werden können (z. B. durch Offline-Lizenzierung, lokal betriebene Lizenzserver oder rein lokal arbeitende Managementsysteme).

Soweit Lizenz- oder Geschäftsmodelle des Herstellers vorsehen, dass Komponenten üblicherweise mit dem Internet verbunden werden (z. B. zur Lizenzüberprüfung, Telemetrieübermittlung oder Nutzung cloudbasierter Managementfunktionen), ist vom Bieter nachzuweisen, dass sämtliche für den sicheren und bestimmungsgemäßen Betrieb erforderlichen Funktionen (einschließlich Sicherheitsupdates) auch ohne eine solche Internetverbindung innerhalb der Infrastruktur des BayLfSt erbracht werden können.

Sofern aufgrund des Lizenz- oder Geschäftsmodells des Herstellers oder durch Änderungen dieser wesentlichen Bedingungen eine direkte oder indirekte, dauerhafte oder gelegentliche Datenverbindung der hier gegenständlichen Komponenten zum Hersteller oder zu Dritten über das Internet zwingend notwendig ist oder wird, ist dem BayLfSt ein (fortgesetzter) Abruf solcher Komponenten aufgrund interner Compliance-Regularien nicht möglich.

Die Bieter sind verpflichtet das BayLfSt während der gesamten Vertragslaufzeit unverzüglich schriftlich zu informieren, wenn sich Lizenz- oder Geschäftsmodelle der angebotenen Produkte in einer Weise ändern, die zu einer (wieder) zwingenden Internetanbindung oder Datenübermittlung an Dritte führen würde. Das BayLfSt behält sich in diesem Fall vor, entsprechende Abrufe auszuschließen.

Bei Bestellung und Auftragsbestätigung ist jeweils anzugeben, ob die jeweiligen Komponenten einen Drive Retention Support (Zurückbehalt von Datenträgern und Speichern der defekten Komponenten durch den Auftraggeber) beinhalten.

Der Auftraggeber ist prinzipiell berechtigt, defekte Hardware im Rahmen eines Incidents aus Gründen der Informationssicherheit, selbst zu vernichten bzw. zu entsorgen. Die anfallenden Mehrkosten (z.B. Nachbeschaffung, falls kein Drive Retention Support enthalten) seitens des Herstellers werden im konditionellen Rahmen des Rahmenvertrags vom Auftraggeber übernommen. Dies gilt auch, wenn die Vernichtung und/oder Entsorgung durch den Auftragnehmer selbst vorgenommen wird.

6. LOS 1 – Rahmenvereinbarung Cisco

Das neue Datacenter-Netzwerk wird auf Basis von Cisco ACI (Application Centric Infrastructure) errichtet. Die Zielerreichung des Projekts erfolgt im applikationszentrischen Ansatz.

Als Eignungsvoraussetzung für den Abschluss der Rahmenvereinbarung wird die Qualifikation des Bieters als Cisco Preferred Networking Partner gefordert; der Nachweis ist mit dem Angebot zu erbringen.

Von dieser Ausschreibung sind gemäß Preisblatt auch Serviceleistungen (Service/Support) umfasst. Ein isoliertes Angebot ausschließlich für Lieferleistungen oder ausschließlich für Dienstleistungen ist ausgeschlossen.

Für den Support ist Cisco Support anzubieten. Optional ist ein Angebot für den Cisco Partner Shared Support (PSS) anzubieten. Die Bepreisung von PSS muss einschließlich der notwendigen Eigenleistungen des Bieters erfolgen.

Sollte der Bieter keinen eigenen Cisco Partner Shared Support anbieten, so ist dieser Posten mit dem Rabattsatz des Cisco Supports anzugeben und eine Erläuterung im Bemerkungsfeld zu machen.

Um eine Vergleichbarkeit zwischen den Bietern im Bereich des Partner Shared Support herzustellen, dient als Basis für die Preisgestaltung für das Angebot und während der gesamten Vertragslaufzeit der Listenpreis des Cisco Support.

Die Auswahl der Supportart bei den separaten Bestellungen obliegt dem Auftraggeber.

Bei der Ausgestaltung der Service- und Supportleistungen sind die Anforderungen aus dem Abschnitt „Datenschutz und digitale Souveränität“ einzuhalten. Insbesondere dürfen für den laufenden Betrieb, die Lizenzierung oder die Inanspruchnahme von Supportleistungen keine zwingenden internetbasierten Verbindungen zu Smart-Licensing- oder Telemetriediensten erforderlich sein, sofern diese nicht vollständig innerhalb der Infrastruktur des BayLfSt betrieben werden können.

7. LOS 2 – Rahmenvereinbarung Infoblox

Im neuen Datacenter-Netzwerk soll das vollständige Funktionsspektrum der DDI-Lösung (DHCP, DNS, IP Address Management – IPAM) von Infoblox für die Kunden aus Steuer- und

Justizverwaltung eingesetzt werden. Die Implementierung in die Zielarchitektur erfolgt durch den bestehenden Dienstleister im Datacenter-Netzwerk-Projekt.

Als Eignungsvoraussetzung für den Abschluss der Rahmenvereinbarung wird als Qualifikation des Bieters mindestens die Stufe Sapphire im Rahmen des Partnerprogramms ‚Skilled to secure‘ gefordert; der Nachweis ist mit dem Angebot zu erbringen.

Gegenstand der Ausschreibung sind gemäß Preisblatt insbesondere Hardware, Software, Lizenzen und Supportleistungen mit dem Ziel des Abschlusses einer Rahmenvereinbarung.

8. LOS 3 – Rahmenvereinbarung Akamai Guardicore Segmentation

Zur Erreichung der Zielarchitektur der Cisco-ACI-Umgebung im applikationszentrischen Ansatz ist eine technische Unterstützung bei der Erhebung und Dokumentation der Kommunikationsbeziehungen zwischen Anwendungen und Systemen erforderlich. Das Produkt „Akamai Guardicore Segmentation“ wird daher primär zu diesem Zweck (Transparenz, Flow-Mapping, Dokumentation) eingesetzt.

Weitere Funktionalitäten, insbesondere Policy-Enforcement und Mikrosegmentierung, sind optional und werden erst im weiteren Projektverlauf betrachtet.

Die Lizenzierung ist so auszugestalten, dass der geplante Einsatzumfang während der gesamten Laufzeit der Rahmenvereinbarung ohne zwingende Nutzung cloudbasierter Management- oder Telemetriedienste möglich ist (vgl. Abschnitt „Datenschutz und digitale Souveränität“).

Die ausgeschriebenen Service- und Supportdienstleistungen betreffen die gelieferten Komponenten und sind optional. Im Rahmen des Netzwerk-Projekts wird die Implementation durch über die vorhandenen Dienstleistungsverträge abgewickelt.

9. LOS 4 – Rahmenvereinbarung HashiCorp

Zur Realisierung des Projektziels der Netzwerkautomatisierung und -sicherheit ist der Einsatz der HashiCorp-Produkte Boundary und Terraform in der Lösungsarchitektur vorgesehen. Das Produkt HashiCorp Vault ist vom vorliegenden Vergabeverfahren ausgenommen.

Gegenstand dieses Loses sind ausschließlich selbstbetriebene (On-Premises-/Self-Managed-) Varianten der Produkte Boundary und Terraform. Cloud- oder SaaS-Angebote (insbesondere HashiCorp Cloud Platform oder Terraform Cloud) sind aufgrund der Anforderungen aus dem Abschnitt „Datenschutz und digitale Souveränität“ nicht Gegenstand dieser Ausschreibung.

Die ausgeschriebenen Service- und Supportdienstleistungen betreffen die gelieferten Komponenten und sind optional. Im Rahmen des Netzwerk-Projekts wird die Implementation durch über die vorhandenen Dienstleistungsverträge abgewickelt.

Rahmenvereinbarung

zwischen

dem **Freistaat Bayern**,

vertreten durch das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat,

dieses vertreten durch das Bayerische Landesamt für Steuern

- nachfolgend „Auftraggeber“ -

und

dem Bieter, der im Vergabeverfahren

Az.: H 1620.2.1-2058 – Los 1

den Zuschlag erhalten hat.

- nachfolgend „Auftragnehmer“ –

wird die folgende Rahmenvereinbarung geschlossen:

1.	Grundkonsens.....	2
2.	Auftragnehmerleistung	2
3.	Bestellungen	3
4.	Verpackung	4
5.	Lieferungen/ -termine	5
6.	Erfüllungsort / Bestimmungsort - Versandregelung.....	5
7.	Ansprechpartner	5
8.	Mängelansprüche	6
9.	Vertragsstrafe.....	6
10.	Haftung und Verzug.....	6
11.	Vergütung.....	7
12.	Zahlungen.....	8
13.	Geltungsdauer.....	9
14.	Allgemeine Vertragsbedingungen, Anwendbares Recht, Gerichtsstand.....	9
15.	Übertragung von Rechten und Pflichten	10
16.	Datenschutz und Geheimhaltung	10
17.	Verpflichtung.....	10
18.	Sicherheitsüberprüfung und Datenverarbeitung für Zugangskontrolle.....	10
19.	Pauschaler Schadensersatz zur Korruptionsbekämpfung.....	11
20.	Abtretung.....	11
21.	Aufrechnung.....	11
22.	Schriftform, Textform	11
23.	Salvatorische Klausel.....	12

1. Grundkonsens

(1) Gegenstand der Rahmenvereinbarung ist eine Lieferung von Cisco-Komponenten gem. Anlage 1 Leistungsbeschreibung (siehe Tz. 2) inkl. Software/Lizenzen, Wartung und Support.

Während der Laufzeit der Rahmenvereinbarung behält sich der Auftraggeber vor, weitere Cisco-Produkte abzurufen. Bzgl. des voraussichtlichen Bedarfs siehe Preisblatt.

(2) Ziel dieser Rahmenvereinbarung ist es, die grundsätzlich anfallenden Leistungen und Bedingungen sowie die gegenseitigen Rechte und Pflichten für Einzelaufträge (Bestellungen/Abrufe) zu regeln, die im Laufe des Vertragszeitraumes erteilt werden. Auch werden Regeln und Prozesse festgelegt, die eine Anpassung der Vereinbarungen an die Weiterentwicklung des Auftraggebers / der Besteller unter Berücksichtigung der jeweils konkreten individuellen Bedürfnisse ermöglichen.

2. Auftragnehmerleistung

(1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die in der Leistungsbeschreibung und im Preisblatt aufgeführten Produkte und Leistungen nach Maßgabe von Ziffer 3 zu liefern und gegebenenfalls sonstige damit verbundene Leistungen (z.B. Installation und Inbetriebnahme) zu erbringen.

Die Produkte sind fabrikneu hergestellt, vollständig und ordnungsgemäß funktionierend (mangelfrei) im betriebsbereiten Zustand frei Haus (zusatzkostenfrei) zu liefern.

Der Auftragnehmer ist aufgefordert, ausschließlich fabrikneue Originalware anzubieten, die Sie über die offiziellen Vertriebskanäle der Hersteller beziehen oder bezogen haben. Im Einzelnen werden nicht akzeptiert:

- Grauware (Graumarktware)
- Reimporte
- Ware mit dem Status Remarketed, Demo oder Renewed
- Anderweitig gebrauchte Ware

Nach erfolgter Lieferung behält sich der Auftraggeber das Recht vor, die Seriennummern der gelieferten Komponenten beim Hersteller auf Originalware und Herkunft prüfen zu lassen. Die angebotene Ware muss von einem offiziellen Distributor des Herstellers oder vom Hersteller selbst stammen. Diese Beschaffenheit gilt mit Abgabe des Angebotes als vereinbart. Weiterhin sind auf Anfrage Kopien der Original-Lieferscheine des Distributors bzw. des Herstellers

beizulegen.

Für zukünftige Beauftragungen im Rahmen der Rahmenvereinbarung gilt dies analog.

(2) Während der Laufzeit der Rahmenvereinbarung erbringen die Auftragnehmer eine allgemeine Information- und Beratungsleistung ggü. dem Auftraggeber hinsichtlich technologischer Neuerungen/Verbesserungen (z.B. Technologiewechsel etc.).

(3) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, zum Zeitpunkt der Lieferung, die für den Betrieb erforderliche Dokumentation (für Hard- und Software) vollständig, ordnungsgemäß und im aktuellen Zustand zu übergeben.

Sämtliche Dokumentation ist - soweit verfügbar - in deutscher Sprache zu liefern.

Soweit die Dokumentation nicht in deutscher Sprache verfügbar ist, ist sie in englischer Sprache zu liefern.

(4) Statt der in dieser Rahmenvereinbarung genannten und geforderten Cisco Service-Level (siehe Anlage 2) können bei den jeweiligen Einzelabrufen für die Wartung der Geräte durch den Auftragnehmer eigene, mindestens in der Ausprägung gleichwertige Wartungs- und Servicekategorien angeboten werden.

(5) Der Auftragnehmer muss alle Produkte von Cisco entsprechend der aktuell gültigen Cisco GPL (globale Preisliste von CISCO) anbieten und vertreiben können. Die in der der Preisliste genannten Rabatte auf den Listenpreis sind während der gesamten Vertragslaufzeit gültig. Sollte ein Produkt nicht mehr angeboten werden, so gelten die Rabattsätze auch auf dessen Nachfolgeprodukt. Sollten während der Vertragslaufzeit neue Produktgruppen eingeführt werden (die aktuell nicht existieren und somit nicht im Preisblatt vorhanden sind), so ist dies vom Auftragnehmer zeitnah mitzuteilen, inkl. einem für die restliche Laufzeit gültigen Rabattsatz.

(6) Der Cisco Preferred Networking Partner Status ist als Voraussetzung für die Erbringung der Leistung vorzuweisen und während der Vertragslaufzeit aufrecht zu erhalten. Die Zertifizierung ist dem Angebot beizufügen.

3. Bestellungen

(1) Eine Verpflichtung des Auftraggebers über das Volumen der Mindestabnahmemenge gemäß Leistungsbeschreibung hinaus weitere Bestellungen zu tätigen besteht nicht. Der Abruf der Mindestabnahmemenge erfolgt nicht durch Zuschlag, sondern durch separate Beauftragung nach Zuschlagserteilung zu dieser Rahmenvereinbarung.

(2) Bestellungen bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit grundsätzlich nicht der Bestätigung durch den Auftragnehmer. Es genügt der Eingang des rechtlich, technisch und kaufmännisch

korrekten Bestellvorgangs beim Auftragnehmer. Für den Fall, dass Unklarheiten bei der Bestellung bestehen, ist der Auftragnehmer verpflichtet unverzüglich Rücksprache mit dem Auftraggeber zu halten.

(3) Das Verfahren für die Bestellung und deren Abwicklung wird wie folgt geregelt:

a) Grundsätzlich erfolgen die Bestellungen/Abrufe per Mail.

b) Der Auftragnehmer stellt dem Empfänger für jede Lieferung einen Lieferschein in Papierform (und elektronischer Form) zur Verfügung, aus dem sich die tatsächlich gelieferten Komponenten ergeben.

Die Positionen werden möglichst in der gleichen Reihenfolge wie in der Bestellung aufgeführt. Aus den Lieferscheinen müssen die Seriennummern der Komponenten und das Aktenzeichen des Bestellers ersichtlich sein.

4. Verpackung

(1) Die zu liefernden Gegenstände (Produkte) sind handelsüblich zu verpacken und zu kennzeichnen.

Um die Umweltbelastung bei der Entsorgung der gebrauchten Verpackungsmittel so gering wie möglich zu halten, sind nur die unbedingt erforderlichen Verpackungsmittel zu verwenden. Die unbeschädigte und funktionsfähige Anlieferung beim Empfänger muss jedoch gewährleistet sein.

(2) Die Verpackung ist dem Empfänger vollständig zu übergeben und geht bei reinen Lieferleistungen grundsätzlich in das Eigentum des Auftraggebers über.

Die Parteien sind sich einig, dass der Auftragnehmer das aktuell gültige VerpackG einzuhalten hat.

Der Auftraggeber behält sich vor, den Auftragnehmer ohne gesonderte Vergütung auf dessen Entsorgungsverpflichtungen in Anspruch zu nehmen.

(3) Der Eigentumserwerb durch den Besteller lässt die Verpflichtungen des Auftragnehmers oder Dritter nach den Vorschriften des VerpackG unberührt.

(4) Darüber hinaus ist die Verpackung bezogen auf ihren Inhalt deutlich zu kennzeichnen (z.B. mit Angaben zu Hersteller Nr./Typ, Empfänger, Lieferscheinnummer etc.), dieses geschieht durch einen auf der Verpackung angebrachten Lieferschein.

(5) Die Pflichten des Auftragnehmers zur Abholung und Entsorgung gemäß Ziffer 2.2 der EVB-IT Kauf-AGB bleiben unberührt. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber nach Zuschlag einen Ansprechpartner bzgl. Abholung und Entsorgung mitzuteilen. Eine Sortierung des

Verpackungsmaterials durch den Auftraggeber erfolgt nicht. Aktuell ist ausschließlich eine Entsorgung des Verpackungsmaterials durch den Auftragnehmer vorgesehen.

5. Lieferungen/ -termine

(1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, Lieferungen vollständig und funktionsfähig innerhalb von 45 Kalendertagen nach Bestellung durchzuführen, soweit im Einzelfall keine anderweitige Vereinbarung getroffen wird.

Die Möglichkeit von Teillieferungen innerhalb der o.a. Frist bleibt davon unberührt.

Die Geräte sind im betriebsbereiten Zustand frei Verwendungsstelle zu liefern. Soweit notwendig, erfolgt die Installation bzw. Systemintegration in Zusammenarbeit mit dem Auftraggeber.

Der Auftragnehmer setzt für die eventuell erforderlichen Installationsarbeiten vom Hersteller zertifizierte Mitarbeiter ein.

(2) Bei Lieferungen/Leistungen muss der Auftragnehmer die üblichen Dienstzeiten des Empfängers berücksichtigen.

(3) Bei Lieferungen sind die Besonderheiten des Liefer- bzw. Erfüllungsortes, z.B. begrenzte Einfahrtshöhe, zu beachten. Diese werden vom Auftraggeber mitgeteilt.

(4) Die Lieferung hat auf Europaletten zu erfolgen, sofern Paletten zum Transport der Geräte erforderlich sind (Höhe max. 170 cm, Breite max. 80 cm, Länge max. 120 cm).

(5) Sofern Paletten zum Transport der Geräte erforderlich sind, hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber mindestens fünf Werktage vor Lieferung das Lieferdatum mitzuteilen.

6. Erfüllungsort / Bestimmungsort - Versandregelung

(1) Erfüllungsort ist grundsätzlich der vom Auftraggeber benannte Bestimmungsort (die Lieferanschrift).

(2) Die Preisstellung für die Lieferleistungen lautet grundsätzlich: "Frei Haus"

(3) Der Auftragnehmer hat den Versand der Vertragsgegenstände in eigener Zuständigkeit, zu seinen Lasten und auf sein Risiko durchzuführen.

7. Ansprechpartner

Dem Auftragnehmer werden Ansprechstellen des Auftraggebers bei Bedarf bei Bestellung genannt. Der Auftragnehmer benennt bei Vertragsschluss einen Ansprechpartner und teilt dem Auftraggeber etwaige Änderungen unverzüglich mit.

8. Mängelansprüche

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, seine Leistungen gemäß den Anforderungen der Anlage 1 Leistungsbeschreibung und den EVB-IT AGBs zu erbringen.
- (2) Ansprüche des Auftraggebers wegen verborgener Mängel werden durch eine Funktionsprüfung nicht beeinflusst.
- (3) Die Verjährungsfrist für Sach- und Rechtsmängelansprüche beträgt 24 Monate nach der Lieferung, soweit nichts anderes vereinbart ist. Sämtliche Sach- und Rechtsmängelansprüche verjähren in der regelmäßigen Verjährungsfrist, wenn der Auftragnehmer den Mangel arglistig verschwiegen hat.
- (4) Der Auftragnehmer erklärt, dass die im Rahmen des Vertrages zu liefernden Komponenten frei von Schadprogrammen (z.B. Viren) sind, die nach dem Stand der Technik zum Zeitpunkt der Lieferung bekannt sind.
- (5) Der Auftragnehmer hat die zum Zwecke der Mängelbeseitigung erforderlichen Aufwendungen, insbesondere Transport-, Wege-, Arbeits- und Materialkosten zu tragen.
- (6) Alle Speichermedien, die Daten auch bei einer Trennung vom elektrischen Netz speichern (insbesondere Festplatten), verbleiben beim Auftraggeber.

9. Vertragsstrafe

- (1) Die Vertragsstrafe wird auch ohne Verschulden verwirkt.
- (2) Im Falle des Rücktritts infolge der nicht oder nicht gehörigen Erfüllung behält der Auftraggeber den Anspruch auf eine verwirkte Vertragsstrafe.
- (3) § 341 Abs.3 BGB wird dahingehend geändert, dass die Geltendmachung bis zur Schlusszahlung (insb. dort durch Aufrechnung) möglich ist.

10. Haftung und Verzug

- (1) Soweit in den Regelungen der EVB-IT AGB (siehe Tz. 14), Haftungssummen bzw. -Begrenzungen oder Vertragsstrafen genannt sind, beziehen sie sich nicht auf die Rahmenvereinbarung selbst, sondern auf die jeweiligen Einzelbestellungen.
- (2) Der Auftragnehmer erklärt, dass er die sich aus der Rahmenvereinbarung ergebende Haftung durch eine Versicherung abgedeckt hat, die im Rahmen und Umfang einer marktüblichen Industriehaftpflichtversicherung oder einer vergleichbaren Versicherung aus einem Mitgliedsstaat der EU entspricht. Der Auftragnehmer wird diesen Versicherungsschutz mindestens bis zum Ende sämtlicher Vertragsbeziehungen aus der Rahmenvereinbarung

aufrechterhalten. Kommt der Auftragnehmer dieser Verpflichtung nicht nach, ist der Auftraggeber zum Rücktritt von der Rahmenvereinbarung berechtigt.

Weitergehende Ansprüche des Auftraggebers, insbesondere Schadensersatzansprüche, bleiben hiervon unberührt.

11. Vergütung

(1) Für alle in diesem Vertrag genannten Beträge gilt einheitlich der Euro als Währung.

(2) Für die Lieferungen und Leistungen des Auftragnehmers aus diesem Vertrag gelten die in der Anlage 1 (Leistungsbeschreibung) und dem Leistungsverzeichnis (Produkte/Leistungen) aufgeführten Preise zuzüglich der zum Zeitpunkt der Lieferung/ Leistungserbringung gültigen Umsatzsteuer.

Der jeweils im Leistungsverzeichnis (Produkte/Leistungen) angegebene Abschlag auf den Listenpreis ist in Form eines Prozentsatzes für die komplette Vertragslaufzeit und für die jeweiligen Komponenten gültig und darf nicht verringert werden.

Im Rahmen dieses Vergabeverfahrens wird bei mindestens einer Produktgruppe ein Rabattsatz auf den Listenpreis des Herstellers (im Zeitpunkt des Abrufes) als für die Zuschlagserteilung ausschlaggebender Wert vereinbart.

Der Bieter, der den Zuschlag im Vergabeverfahren erhalten wird, muss im Rahmen der Angebotserstellung bei Einzelabrufen dem Auftraggeber Folgendes mitteilen:

- den (Hersteller-) Listenpreis im Zeitpunkt der Angebotserteilung,
- die Produktgruppe (nur bei mehreren Produktgruppen) und
- den vereinbarten Rabattsatz.

Zusätzlich ist bei Auftragsbestätigung der zugrundeliegende US-Dollarkurs anzugeben, siehe auch Absatz 4.

Die Gewährung einer höheren Rabattierung - auch für einzelne Bestellungen - durch den Auftragnehmer ist zulässig.

Der Listenpreis muss für den Auftraggeber nachprüfbar und keine willkürlich zu bestimmende Größe sein. Die Preise müssen marktüblich sein, d. h. sie müssen - auch bei Änderungen - auf dem Markt erzielt werden können. Die Preisliste muss einer Vielzahl von Dritten bekannt gegeben sein.

(3) Die aktuellen Listenpreise können vom Auftraggeber jederzeit angefordert werden und sind ihm zur Verfügung zu stellen.

(4) Die Listenpreise des Herstellers Cisco müssen zum Zeitpunkt des Abrufs bzw. Beauftragung auf den tagesaktuellen US\$ Wechselkurs angepasst werden.

Die Grundlage dafür bildet der an der europäischen Zentralbank notierte US\$ Wechselkurs:

(https://www.ecb.europa.eu/stats/policy_and_exchange_rates/euro_reference_exchange_rates/html/eurofxref-graph-usd.de.html)

12. Zahlungen

(1) Die Rechnungsstellung erfolgt ausschließlich elektronisch mit o.g. Adresse unter Angabe der Vertragsnummer des Auftraggebers an folgendes E-Mail-Postfach LfSt-z2.Invoice@lfst.bayern.de. Rechnungen sollen vom Vertragspartner selbst gestellt werden und nicht zum Beispiel durch ein ausländisches Mutterunternehmen oder ein sonstiges Mitglied eines Konzernverbunds, welchem der Vertragspartner angehört. Soweit eine Forderungsabtretung nicht wirksam ausgeschlossen werden kann, kann der Auftraggeber dennoch entsprechend § 354a HGB mit befreiender Wirkung an den bisherigen Vertragspartner leisten.

(2) Die Zahlung erfolgt innerhalb von 30 Tagen nach Zugang einer prüffähigen Rechnung unter Angabe des Aktenzeichens des Auftraggebers.

(3) Sollte die Rechnung bereits vor Lieferung / Leistungserbringung beim Besteller vorgelegt werden, gilt nicht das Datum des Eingangs der Rechnung beim Besteller als maßgeblich für den Beginn der Zahlungsfrist, sondern das Datum der tatsächlichen Lieferung / Leistungserbringung.

(4) Die Lieferung der vereinbarten Komponenten und sonstigen Leistungen ist Voraussetzung für Zahlungen des Auftraggebers.

(5) Zahlungs- und Skontofristen beginnen am Tag nach dem Eingang einer prüffähigen Rechnung beim Rechnungsempfänger, jedoch nicht vor dem Tag des vollständigen Eingangs der in Rechnung gestellten Lieferung am Erfüllungsort.

(6) Nur nach den vorstehenden Vorschriften eingereichte Rechnungen bilden die Grundlage für die Zahlung der Vergütung dieses Vertrages.

(7) Wird der Auftrag in Teillieferungen abgewickelt, die sich über einen längeren Zeitraum erstrecken, können dem Auftraggeber Teilrechnungen eingereicht werden.

13. Geltungsdauer

Diese Rahmenvereinbarung hat eine Laufzeit von zwei Jahren ab Zuschlagserteilung dieses Vertrages und verlängert sich bis zu zweimal automatisch um ein weiteres Jahr. Somit ergibt sich eine maximale Vertragslaufzeit von 4 Jahren ab Zuschlag.

Erhöht sich der Listenpreis für die in dieser Rahmenvereinbarung enthaltenen Produkte gegenüber dem Referenzpreis bei Zuschlag um mehr als fünfzig Prozent (50%), so hat der Auftraggeber das Recht auf außerordentliche Kündigung (Sonderkündigungsrecht) dieser Rahmenvereinbarung oder einzelner Produktgruppen.

Nach Zuschlag ist dem Auftraggeber eine Liste mit den Listenpreisen für alle Produkte der zu bepreisenden Produktgruppen zu übermitteln.

14. Allgemeine Vertragsbedingungen, Anwendbares Recht, Gerichtsstand

(1) Maßgebend für die einzelvertraglichen Vereinbarungen sind in nachstehender Rangfolge:

1. die Bedingungen dieser Rahmenvereinbarung inkl.

- Anlage 1: Leistungsbeschreibung Rahmenvereinbarungen Netzwerkkomponenten (alle Lose)
- Anlage 2: Supportbeschreibung Cisco Support und Cisco Solution Support
- Anlage 3: Geheimhaltungsvereinbarung
- Anlage 4: Verpflichtungserklärung
- Anlage 5: Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung
- Anlage 6: Teleservice

2. EVB-IT Kauf-AGB, EVB-IT Instandhaltungs-AGB, EVB-IT Dienstleistungs-AGB, EVB-IT Überlassung-AGB (Typ A), EVB-IT Überlassung Typ B und EVB-IT Pflege S-AGB in der zum Zeitpunkt der Bestellung geltenden Fassung. Sollte eine Bestellung nicht in einer dieser Kategorien fallen, werden stattdessen die entsprechenden EVB-IT AGB verwendet.

(2) Auf diesen Vertrag findet ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland Anwendung. Verweist dieses Recht auf ausländische Rechtsordnungen, so finden diese Verweisungen auf die Abwicklung dieser Rahmenvereinbarung keine Anwendung. Die Anwendung des UN-Kaufrechts (CISG) ist ausgeschlossen.

(3) Für alle Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist, soweit nicht gesetzlich zwingend etwas Anderes bestimmt ist, der Gerichtsstand München vereinbart. Der Auftraggeber ist jedoch

berechtigt, nach seiner Wahl eigene Ansprüche am Gerichtsstand des Auftragnehmers geltend zu machen.

(4) Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers sind ausgeschlossen.

15. Übertragung von Rechten und Pflichten

Sofern der Auftragnehmer seine Geschäftsaktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland einzustellen beabsichtigt, ist er verpflichtet, dies dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen. Der Auftragnehmer darf Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag nicht ohne Einwilligung des Auftraggebers auf Dritte übertragen. Die Abtretung von Zahlungsansprüchen an Banken wird der Auftraggeber genehmigen, wenn keine konkrete Gefährdung der Interessen des Auftraggebers abzusehen ist.

16. Datenschutz und Geheimhaltung

Mit der Angebotsabgabe und anschließender Zuschlagserteilung gilt die Zustimmung zur Einhaltung der Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung sowie der Geheimhaltungsvereinbarung als abgegeben.

17. Verpflichtung

Alle Personen, die in Erfüllung der Pflichten des Auftragnehmers tätig werden, werden nach pflichtgemäßem Ermessen des Auftraggebers gemäß § 1 Verpflichtungsgesetz verpflichtet und haben im Anschluss eine Niederschrift (Anlage 4: Verpflichtungserklärung) zu unterzeichnen. Der Auftragnehmer kann zur Erfüllung seiner Pflichten nur solche Personen einsetzen, die mit der vorgenannten Regelung einverstanden sind.

Wird die Verpflichtungserklärung nicht unterzeichnet, so hat der Auftragnehmer einen anderen Dienstleister, der diese Voraussetzung erfüllt, zu schicken.

Sämtliche daraus resultierenden Folgen gehen zu Lasten des Auftragnehmers.

Die Unterzeichnung kann sowohl digital als auch händisch erfolgen. Der Auftragnehmer hat die unterschriebene(n) Verpflichtungserklärung(en) zu archivieren; die Führung eines (gerichtlichen) Nachweises zur Echtheit der Unterschrift obliegt dem Auftragnehmer.

18. Sicherheitsüberprüfung und Datenverarbeitung für Zugangskontrolle

In Ergänzung zu Ziffer 14 Dienstleistungs-AGB werden alle Personen, die in Erfüllung der Pflichten des Auftragnehmers tätig werden, gemäß Bayerischem Sicherheitsüberprüfungsgesetz (BaySÜG) im Rahmen einer einfachen

Sicherheitsüberprüfung (Art. 10 BaySÜG) vor Leistungsbeginn überprüft. Für die in der Ausschreibung enthaltenen optionalen Dienstleistungen dürfen nur Personen eingesetzt werden, die diese Überprüfung bestanden haben. Der Auftragnehmer stellt nur solche Personen zur Erfüllung der Dienstleistung zur Verfügung, die bereit sind sich einer Sicherheitsüberprüfung gemäß dem BaySÜG zu unterziehen. Außerdem stellt der Auftragnehmer nur solche Personen zur Erfüllung der Dienstleistung zur Verfügung, die bereit sind sich bei der Zugangskontrolle mit biometrischen Merkmalen auszuweisen (z.B. Handvenenscan, Gesichtsscan)

19. Pauschaler Schadensersatz zur Korruptionsbekämpfung

Wenn der Auftragnehmer aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung im Sinne von § 1 GWB darstellt, hat er 5 v. H. der Auftragssumme an den Auftraggeber zu zahlen, es sei denn, dass kein oder ein Schaden in anderer Höhe nachgewiesen wird. Dies gilt auch, wenn der Vertrag gekündigt wird oder bereits erfüllt ist.

20. Abtretung

Die Abtretung von Forderungen des Auftragnehmers bedarf der schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers.

21. Aufrechnung

Der Auftragnehmer kann gegenüber Ansprüchen des Auftraggebers mit Gegenforderungen nicht aufrechnen, wenn diese Forderungen nicht entweder rechtskräftig festgestellt oder vom Auftraggeber unbestritten sind, es sei denn, die Gegenforderung und die aufgerechnete Hauptforderung sind synallagmatisch miteinander verknüpft.

22. Schriftform, Textform

(1) Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrags nach Vertragsschluss sind nur wirksam, wenn sie schriftlich vereinbart werden. Dies gilt auch für eine Änderung dieser Schriftformklausel selbst. Abweichend hiervon sind auch formlos getroffene Änderungen oder Ergänzungen dieser Vereinbarung wirksam, wenn sie Individualvereinbarungen im Sinne von § 305 b BGB sind. Diese nachträglich getroffenen Änderungen/Vereinbarungen sollen in Textform dem Vertragswerk beigefügt werden.

(2) Die Parteien sind sich einig, dass bis zum Zeitpunkt des Abschlusses keine in diesem schriftlich geschlossenen Vertrag nicht enthaltenen Zusagen gemacht und keine weiteren mündlichen oder schriftlichen Vereinbarungen getroffen worden sind.

(3) Einseitige, gegenüber dem anderen Vertragsteil abzugebende Erklärungen bedürfen der Textform.

23. Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam oder undurchführbar sein oder nach Vertragsschluss unwirksam oder undurchführbar werden, bleibt davon die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen unberührt. An die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung soll diejenige wirksame und durchführbare Regelung treten, deren Wirkungen der wirtschaftlichen Zielsetzung am nächsten kommen, die die Vertragsparteien mit der unwirksamen bzw. undurchführbaren Bestimmung verfolgt haben. Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend für den Fall, dass sich der Vertrag als lückenhaft erweist.



NOTE: For all orders received or quotes issued on or after April 24th, 2026, this Service Description applies. For all orders received or quotes issued before April 24th, 2026, please refer to [Cisco Support – Legacy](#).

Service Description

Cisco Support

This Service Description is part of the Services Agreement (as defined in the [Services Guide](#)) and describes various Services that Cisco will provide to You. Capitalized terms, unless defined in this document, have the meaning in the Services Guide.

1. Summary

Cisco Support offers three tiers:

- Cisco Support – Basic
- Cisco Support – Standard
- Cisco Support – Signature

The Cisco Support table below indicates the Feature Availability corresponding to Hardware and/or Software support. Feature availability may vary based on Product families and spend level. Please see [Architecture Overviews](#) for more information.

Cisco Support				
Capabilities	Features	Basic	Standard	Signature
Trusted Support	TAC Access	•	•	•
	Software Updates and Maintenance Releases	•	•	•
	Support Communities	•	•	•
	Solution Level Support		•	•
	Prioritized Case Handling		•	•
	Case Expedition, Risk Mitigation, and Resilience			•
	Periodic Service Reviews			•
	Systematic Root Cause Investigation			•
	Asset Management			•
Trusted Support Hardware	Hardware RMA	•	•	•
	Automated RMA		•	•
	Service Level Agreement (SLA)			•
	Predictive Analysis and Prevention			•
	Continuous Optimization			•
Trusted Support Software	Smart Account Guidance		•	•
	Setup Configuration Support		•	•
	Health, Updates, and Change Support			•
Assets Digital Capabilities	Assets Inventory	•	•	•
	End of Life Reports	•	•	•
	Asset Tagging		•	•
	Asset Inventory Insights		•	•
	End of Life Insights		•	•

Cisco Support				
Capabilities	Features	Basic	Standard	Signature
Assessments Digital Capabilities	Asset Criticality Insights		•	•
	Security Advisories Reports	•	•	•
	Field Notices Reports	•	•	•
	Security Advisories Insights		•	•
	Field Notices Insights		•	•
	Security Hardening Insights		•	•
	Configuration Insights		•	•
	Security Hardening Recommendations			•
	Configuration Recommendations			•
Support Digital Capabilities	Case Management	•	•	•
	Self-service Troubleshooting	•	•	•
	Case Insights		•	•
Contextual Learning	Cisco Support Learning Paths		•	•
	Remote Practice Labs			•
	Certification Practice Exams			•
	Certification Prep Training			•

2. Cisco Responsibilities

Cisco will provide the features described below, as selected and detailed on the PO for which Cisco has been paid the appropriate fee.

2.1 Trusted Support

Trusted Support provides Product support Services including technical assistance, Hardware RMA options, Software Updates, and centralized issue management.

(A) TAC Access

Cisco will provide access to TAC 24 hours per day, 7 days per week to assist with Product use, configuration and troubleshooting issues by online and phone. Cisco's initial response time will be as follows:

Initial Response Time	Basic	Standard	Signature ≥ \$200K Service Term annual spend ¹
Severity 1	1 hour	30 minutes	15 minutes
Severity 2	1 hour	30 minutes	30 minutes
Severity 3	NBD	1 hour ²	1 hour
Severity 4	NBD	1 hour ²	1 hour

¹If Your Service Term annual spend is less than \$200K, then Your Initial Response Time will align to Standard Initial Response Times.

²For Severity 3 and Severity 4 calls received outside of Business Hours, Cisco will respond within the Next Business Day (NBD).

(B) Software Updates and Maintenance Releases

For applications, licenses, and hardware OS, Cisco will provide work-around solutions or patches for reported Software problems (when available), and You will have access to Software Releases, as applicable.

(C) Support Communities

Cisco will provide Cisco-moderated communities where Cisco experts answer FAQs, hold expert-led Q&A forums, and provide Product and Service recommendations.

(D) **Solution Level Support**

Cisco will provide Solution Level Support, which includes centralized expertise and issue management across a solution of Cisco and Cisco approved third-party provider (“Solution Alliance Partner”) products. Solution Level Support applies to solutions comprised of Cisco and Cisco approved Solution Alliance Partners products, where You maintain: (1) Cisco Solution level support on all Products (where available) and (2) an appropriate level of technical support on all Cisco Solution Alliance products used in the solution.

- Access to a team of solution experts who act as a primary point of contact who will either actively manage the issue to resolution by Product experts or, to the extent allowed by Solution Alliance Partners, coordinate Your actions to drive issue resolution.

(E) **Prioritized Case Handling**

Cisco will prioritize Support cases for Standard are prioritized over those associated with the Standard tier. Signature tier support cases are prioritized over Standard cases.

(F) **Case Expedition, Risk Mitigation, and Resilience**

Cisco will provide management of support cases and risk through:

- Operational support for the management and resolution of Severity 1 and Severity 2 cases.
- Coordination with Customer and Cisco stakeholders.
- Management of support cases and RMA requests to closure, with escalation as necessary.
- Highlighting of technical debt to facilitate prioritization and remediation of aging components or configurations.
- Vulnerability assessments to identify and address security or stability concerns before exploitation.
- Evaluation of the impact of planned changes to assess how modifications may affect system stability.
- Delivery of maintenance window support:
 - Reactive Maintenance Windows (RMW): Coordinated with You to address urgent changes necessary to resolve Service-impacting issues identified in Cisco support cases.
 - Scheduled Maintenance Windows (SMW): Your initiated maintenance periods not directly linked to an open Service-impacting Cisco support case. Cisco reserves the right to limit SMWs to twelve (12) per annual contract term, as defined by the Services Term.

(G) **Periodic Service Reviews**

Cisco will discuss with You supported cases, known errors, post-incident operational improvements, operational abnormalities and trends, and analytics and KPI reporting.

(H) **Systematic Root Cause Investigation**

Cisco will provide insights for Hardware and on-premise Software to:

- Identify underlying systemic weaknesses that could cause recurring incidents.
- Map interdependencies to identify cascading effects. This feature is limited to devices related to the specific issue.
- Review historical patterns to highlight recurring issues that may require architectural or procedural changes.
- Document findings comprehensively, building a knowledge base to prevent recurrence.
- Facilitate problem resolution for technical issues that You report.
- Provide assistance, troubleshooting, or remediation for Your Network.

(I) **Asset Management**

Cisco will provide comprehensive lifecycle and contract oversight to:

- Prevent service interruptions, entitlement issues, and unexpected costs, including full MACD support through proactive and reactive asset management.
- Optimize Service coverage and license utilization, continuous installed base validation, and advisory for compliance, entitlement expiration, and End-of-Life (EOL) events.
- Tailor insights and analytics to ensure accurate Service and license entitlements, supporting technology refreshes, and migrations.
- Track Your install base and recommend Service coverage through periodic reviews.
- Prepare and reconcile the install base for renewals.

2.2 Trusted Support - Hardware

Trusted Support - Hardware optimizes Your infrastructure with Advanced Replacement and proactive prevention to minimize downtime.

(A) Hardware RMA

- Cisco provides the following optional Hardware replacement Services (where available). Advance Replacement Services are subject to geographic and weight restrictions. You may check availability by accessing [Cisco's Service Availability Matrix](#).
- Heavy Weighted & Over Sized Products:
https://www.cisco.com/c/dam/en_us/about/doing_business/legal/service_descriptions/docs/service-availability-heavyweight-oversized-product.pdf
- Please note that destination country importation, compliance with US export controls and customs processes may condition actual delivery times. Advance Replacement to and from the European Union will be shipped Delivered Duty Paid (DDP) (Incoterms 2020). Any Advanced Replacement shipment that must cross national boundaries will be shipped Delivered At Place (DAP) (Incoterms 2020), exclusive of any import duties, taxes, and fees, where applicable. All Advance Replacement will be shipped using Cisco's preferred carrier, freight prepaid by Cisco. Requests for alternate carriers will be at Your expense. Chassis and line card Advance Replacement Service must be at the same level of coverage.
- Cisco will provide You with Advance Replacement(s) that are either new or equivalent to new.
 - Cisco will use commercially reasonable efforts to provide You with Hardware replacement Services where available.

Options	Delivered 24x7x2		Delivered 24x7x4		Delivered 8x5x4 ¹		Delivered 8x7xNext Calendar Day ²		Delivered 8x5xNext Business Day ²		Shipped 8x5xShipNext Business Day ³	
RMA Service Level	2HR		4HR		4HR		NCD		NBD		SNBD	
RMA Installation	Self	Onsite Option	Self	Onsite Option	Self	Onsite Option	Self	Onsite Option	Self	Onsite Option	Self	No Onsite
Services Availability	7 days a week 24 hours per day				Business Days Business Hours		7 days a week Business Hours		Business Days Business Hours		Business Days Business Hours	
Includes Local Observed Holidays	Yes				No		Yes		No		No	

¹ For 8x5x4 deliveries the RMA request must be created by 1:00 PM Local Depot Time. For RMA requests after 1:00 PM Local Depot Time, delivery will be the next Business Day.

² For Next Calendar Day and Next Business Day delivery, the RMA request must be created by 3:00 PM Local Depot Time for delivery on the Next Calendar Day or Business Day. Exception: For the United States and Canada, the RMA request must be created by 6:00 PM Eastern Time. In countries where Next Calendar Day and Next Business Day Services are not available; Cisco will ship the RMA as Ship Next Business Day (SNBD).

³ For Ship Next Business Day, the RMA request must be created by 3:00 PM Local Depot Time to ship the following Business Day. Exception for the United States and Canada, the RMA request must be created by 6:00 PM Eastern Time.

- **Onsite Support Option:** You can also opt to schedule the Field Engineer (“FE”) arrival. Please consult the Onsite Field Engineer Duties for further details.
 - With 2HR and 4HR Service levels, You can schedule FE arrivals any hour of the day/week.
 - With NCD and NBD Service levels, FE arrival times are limited from 9:00 AM (earliest arrival time) to 5:00 PM (latest arrival time) and scheduling is only available the day(s) after the part arrival.
- **Onsite with Troubleshooting Option:** Where available, for Onsite Troubleshooting options, at the sole discretion of Cisco TAC, Cisco may dispatch a kit of troubleshooting parts with the FE or TAC may dispatch a FE early in the troubleshooting process.
- **Drive Retention Option:** Where available, if You purchase this Service, You may retain the defective drive in connection with troubleshooting a drive problem.
- **Defective Asset Retention Option:** Where available only for pre-qualified government classified customers and for resale to pre-qualified classified customers. In the event You purchase this Service, You may retain and destroy certain Products that are defective.
- **Return To Factory Option:** Available only to qualified service provider Customers. Return to Factory does not support Hardware Advance Replacement. Customer must ship defective Hardware to Cisco (at Customer’s expense). After Cisco confirms receipt of defective Hardware, Cisco will ship replacement Hardware within ten (10) Business Days.

(B) Automated RMA

Cisco will detect Hardware failures on supported and connected devices to automate the replacement process.

(C) Service Level Agreement (SLA)

The [Cisco Support Service Level Agreement](#) applies to Hardware Products covered by Cisco Support – Signature. SLAs apply to Response and Restoration times.

(D) Predictive Analysis and Prevention

Cisco will provide automated insights to:

- Advise on patterns and trends signaling potential disruptions before symptoms appear.
- Recommend attention to early signs of performance degradation that could lead to service interruptions, where supported.

(E) Continuous Optimization

Cisco will provide optimization reviews in the form of digital and/or people provided insights will be conducted which will:

- Highlight preventive measures based on known vulnerabilities and emerging threats.

- Leverage root cause analysis (RCA) of recurring problems to collaborate with professional Services (where available) to validate redundancy and failover mechanisms to support resilience before failures occur.
- Leverage RCA of recurring problems to collaborate with professional Services (where available) to facilitate technical reviews to align infrastructure capabilities with Your changing business needs.
- Provide regular reporting to include incident reporting, RMAs, Engineering Failure Analysis (EFA), Reporting, Analytics, and KPI Dashboard Reports with actions for improvement.

2.3 Trusted Support – Software

Trusted Support – Software provides proactive support, expert guidance, and actionable advice to minimize risk and enable knowledge of Your Network.

(A) Smart Account Guidance

Entitlement guidance for Smart Account setup and Software license activation.

(B) Setup Configuration Support

Includes guidance for initial installation and deployment of the Application Software, deployment of Software updates and migration, and support associated with integrating the Application Software into Your IT environment.

Examples include:

- Guide initial installation and deployment pertaining to the Application Software.
- Make recommendations on leveraging best practice guides, training materials, and/or suggesting process changes to better achieve desired outcomes.
- Provide best practice training for Your help desk personnel on processes and Application Software features.
- Conduct periodic Cisco system risk evaluation for on-premises deployments (at Cisco's discretion).

(C) Health, Updates and Change Support

Cisco provides ongoing support activities designed to help you maintain a stable, well-performing deployment and prepare for software updates and planned changes. These include:

- Periodic Technical Health Check Reviews to:
 - Assess and recommend changes to the Software configuration and provide technical guidance.
 - Compare progress to date against goals.
 - Address limitations or influences related to IT and Infosec adoption plan.
 - Guide deployment of Software updates and migration.
- Availability Advisories to provide safeguards against known issues and changes that may affect operation and availability of the Application Software.
- Planned Change Impact Guidance for planned Product changes that may affect availability of the Application Software or its feature set.
- Semi-annual consultation to help plan for upgrades, expansion, and migration for any necessary deployment growth.
- Annual Summary to include support case trend analysis, Software configuration review, and recommendations for any changes.

2.4 Assets Digital Capabilities

Assets Digital Capabilities provide your complete Cisco inventory with real-time visibility into hardware and software end-of-life dates, contract coverage status and end dates, and benchmark your asset lifecycle against industry peers.

(A) **Assets Inventory**

Cisco will provide an up-to-date view of Hardware Products by model and serial number, OS version, installed-at location, and Service coverage details. Enables You to filter by when the asset was active (e.g., based on TAC cases, renewal, data You share).

(B) **End of Life Reports**

Cisco will provide an up-to-date list of Hardware and Software approaching, at, or passed End of Life milestones from End of Sale to Last Day of Support (LDOS).

(C) **Asset Tagging**

Cisco will provide flexibility to organize assets and explore views and/or reports (e.g. by department, administrative domain, environment).

(D) **Asset Inventory Insights**

Cisco will provide access to querying, summarization, visualization, and reporting Asset Inventory.

(E) **End of Life Insights**

Cisco will provide intelligent querying, summarization, visualization, and reporting of End of Life milestones.

(F) **Asset Criticality Insights**

Cisco will identify asset role and relative importance in Your infrastructure.

2.5 Assessments Digital Capabilities

Assessments Digital Capabilities assess Your devices against critical and high-priority security advisories and field notices. Device hardening assessments transform lengthy technical documents into a clear set of actions tailored to Your specific devices.

(A) **Security Advisories Reports**

Cisco will provide Cisco Product Security Incident Response Team (PSIRT) notifications, technical reports, and corrective recommendations.

(B) **Field Notices Reports**

Cisco will provide Cisco Field Notice notifications about significant non-security related Product issues.

(C) **Security Advisories Insights**

Cisco will provide intelligent querying, summarization, visualization, and reporting of assets at risk of Security Advisories.

(D) **Field Notices Insights**

Cisco will provide intelligent querying, summarization, visualization and reporting of assets at risk of Field Notices.

(E) **Security Hardening Insights**

Cisco will provide configuration recommendations from Cisco OS Hardening Guides. This feature detects configuration deviations across Your infrastructure that may affect security posture, or risk exposure. Each security hardening rule is evaluated across Your covered assets, with findings prioritized by severity.

(F) **Configuration Insights**

Cisco will provide configuration best practices. This feature detects configuration deviations across Your infrastructure that may affect availability, security, or performance. Each best practice rule is evaluated across Your covered assets, with findings prioritized by severity.

(G) **Security Hardening Recommendations**

Building on recommendations from Security Hardening Insights, Cisco will provide more personalized asset specific commands that are ready for change execution, helping to accelerate validation, testing, release, and deployment.

(H) **Configuration Recommendations**

Building on recommendations from Configuration Insights, Cisco will provide additional personalized asset specific commands that are ready for change execution.

2.6 Support Digital Capabilities

Support Digital Capabilities provide streamlined case management and trend tracking.

(A) **Case Management**

Cisco will provide an up-to-date list of recently opened and closed Cisco TAC cases including case counts, status, severity, and/or RMAs associated to cases.

(B) **Self-service Troubleshooting**

Cisco will provide ability to ask questions and receive guidance from Product documentation and TAC knowledge bases without the need to open a TAC case.

(C) **Case Insights**

Cisco will provide access to querying, summarization, visualization, and reporting on Cisco TAC cases.

2.7 Contextual Learning

Contextual Learning provides learning content via Cisco U. Cisco Support - Signature includes Cisco Support e-learning, remote practice labs, certification practice exams, and Cisco certification prep training. Signature is limited to twenty (20) usernames/learners. Once usernames are established, changes can be made by contacting Cisco. Unused seats will not carry over to the next Service Term.

(A) **Cisco Support Learning Paths**

Cisco will provide access to curated content that provides basic instructions aligned to Products and Software Services and take part in digital Learning Paths developed by Cisco experts.

(B) **Remote Practice Labs**

Cisco will provide online access to learning labs and lab guides includes instructions for lab practice assignments. You can access real Hardware and Software, not simulations.

(C) **Certification Practice Exams**

Cisco will provide access to practice exams to help You to identify any gaps in Your knowledge or areas of weakness that You should focus on to prepare for a live certification exam.

(D) **Certification Prep Training**

Cisco will provide on-demand access to full-featured Product training and certification preparation learning paths with assessment questions to track skills-building.

3. Customer Responsibilities

- Some features are dependent on You sharing data with Cisco.
- To access all features, You must permit the Data Collection Tools to access all Customer network devices managed by the inventory collection process. If You elect to disable collection features or uninstall the Data Collection Tools, You acknowledge that Cisco will be unable to provide certain

elements of the Service. You are responsible for providing any hardware or software necessary to support the Data Collection Tools and the collection process.

- You are not entitled to Advance Hardware Replacement if you do not purchase an RMA Service level.
- Provide thirty (30) days' notice of: (1) requested additions to Your equipment list and (2) Products that have been moved to a new location. Services will be provided to You beginning thirty (30) days of receipt of such notification.
- Defective parts must be returned in accordance with the [Cisco RMA Policy for Warranty and Hardware Support Contract Returns](#).
- You are responsible for proper packaging of the returned parts and must include a description of the failure and the written specifications of any changes or alterations made. It is important to return only the components for which replacements have been provided. Accessories and other modular components should be transferred to the replacement device and not included with the return item. Cisco is not responsible for excess items returned in error.
- Packages for replacement in accordance with this subsection will be shipped by customer Delivered at Place (DAP) (Incoterms 2020), including any applicable import duties, taxes and fees. Customers under a current Service maintenance contract for the replacement Hardware or participating in Cisco's Trade In program may be able to schedule a pickup of authorized returns at no additional charge using Cisco's Product Online Web Returns (POWR) tool located at www.cisco.com.
- You are responsible for international customs duties, fees, and taxes associated with Advance Replacement.



Service Description

Cisco Solution Support

This Service Description is part of the Services Agreement (as defined in the [Services Guide](#)) and describes various Services that Cisco will provide to You. Capitalized terms, unless defined in this document, have the meaning in the Services Guide.

1. Summary

Cisco Solution Support is a Technical Support Service offer that applies to Cisco solutions that include both Hardware and Software from Cisco only or from Cisco and Solution Support Alliance Partners and are comprised of solely Cisco Products” and products provided by third party vendors (“Solution Support Alliance Partner(s)”). For Hardware and Software in a solution, the Cisco Solution Support Services as described in this document are defined in the relevant Service Description associated with such Product.

Cisco Solution Support entitles customer access to a team of TAC engineers, who provide a primary point of contact for issues found within the solution, as well as Product support for the Hardware and Software that comprise the solution. When combined with product support purchased from Solution Support Alliance Partners by the customer, Cisco delivers support for Cisco Products in the solution and provides coordination with the Solution Support Alliance Partners for maintenance and support activities needed to troubleshoot and address issues across the solution.

2. Cisco Responsibilities

2.1 Cisco will provide access to TAC twenty-four (24) hours per day, seven (7) days per week to assist online or by telephone with solution use, configuration, and troubleshooting issues.

(A) Response times for Severity Levels 1 and 2 calls are within thirty (30) minutes.

(B) Response times for Severity Levels 3 and 4 calls:

(1) During Business Hours - within one (1) hour;

(2) Outside of Business Hours - within the Next Business Day during Business Hours.

2.2 Access to Cisco.com for information on the solution and Products being supported. Please note that access restrictions identified by Cisco may apply.

2.3 To the extent allowed by our Solution Support Alliance Partners, Cisco will provide technical issue management for issues encountered with the solution.

2.4 In the event Cisco determines escalation to a Solution Support Alliance Partner for Third Party Product support is necessary, Cisco will work with You and the applicable Solution Support Alliance Partner to open a case in the Solution Support Alliance Partner’s case management system using Your entitlement to support with the Solution Support Alliance Partner.

2.5 As part of the Service, it may be necessary for Cisco to disclose Your information to the applicable solution Support Alliance Partner. Such information may include logs and contact information.

2.6 Your Cisco primary point of contact will provide updates on actions taken to resolve Your issue.

- 2.7 Product Support. As part of the Service, Cisco will provide the Services described in the Cisco Responsibilities of the relevant technical support Services service descriptions for the Cisco Products that comprise the Solution.

3. Customer Responsibilities

- 3.1 Ensure that Cisco Solution Support is purchased with all applicable Products and areas of coverage that are a part of the covered solution. Only products covered under Solution Support will receive solution level support. If Solution Support is not purchased for all elements in the solution, support coverage may be delivered at a reduced service level applicable to Product level support.
- 3.2 You are required, at Your expense, during the term of the Services, to procure and sustain a level of technical maintenance and support for all elements of the solution including products purchased from Solution Support Alliance Partners. You must purchase support for Solution Support Alliance Partner products from the Solution Support Alliance Partner for all their products used in the solution. Cisco's ability to interact with the Solution Support Alliance Partner support team is dependent on the service level purchased from the Solution Support Alliance Partner, which should be at no less than a reasonable level for elements operating in a production environment.
- 3.3 Unless otherwise instructed by Cisco, You will open all cases, using the Service contract number.
- 3.4 You acknowledge that it is necessary for Cisco to disclose Your information to Solution Support Alliance Partners for the purposes of case response, product specific support, advance troubleshooting and product issue resolution and You authorize such disclosure.
- 3.5 Provide, at Your expense, reasonable access to Your solution Products through the Internet to establish a data communication link between You and the Cisco engineer and/or Solution Support Alliance Partner support personnel as applicable and systems passwords so that problems may be diagnosed.
- 3.6 You will be required to have and maintain permissions to access Solution Support Alliance Partner websites for Solution Support Alliance Partner software releases (i.e., patches, updates, and upgrades) as well as for specific information, documentation and knowledge base related to Solution Support Alliance Partner Software that is deployed in the solution.
- 3.7 For Solution Support Services that require following a Cisco design, You will be required to implement and maintain the solution being covered following the guidance set out in the current version of such design in all material respects.
- 3.8 Update to the latest Cisco, and/or latest Solution Support Alliance Partner software release, if advised by Cisco or Solution Support Alliance Partner, as applicable, to correct a reported problem.
- 3.9 Provide any hardware and/or software required to perform fault isolation.
- 3.10 Product Support. When You purchase Solution Support Service for the Product, You will comply with the Customer Responsibilities described in the applicable technical support Services Service Description for the Cisco Products that comprise the solution.

Geheimhaltungsvereinbarung

Zwischen

dem **Freistaat Bayern**

vertreten durch das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat,
dieses vertreten durch das Bayerische Landesamt für Steuern

- im folgenden „**Auftraggeber**“ genannt -

Und

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

- im folgenden „**Auftragnehmer**“ genannt -

wird folgende Geheimhaltungsvereinbarung in Bezug auf den Vertrag

H 1620.2.1-2058 / BA_0264_2026 - Rahmenvereinbarung Netzwerkkomponenten (Los 1)

geschlossen:

1. Die Parteien verpflichten sich, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten vertraulichen Informationen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse vertraulich zu behandeln und geheim zu halten, insbesondere nicht an Dritte weiterzugeben oder anders als zu vertraglichen Zwecken zu verwerten. Diese Pflicht zur Geheimhaltung und Vertraulichkeit gilt unabhängig davon, ob Informationen mündlich, elektronisch oder in anderer Form zugänglich gemacht wurden. Die Pflicht zur Geheimhaltung und Vertraulichkeit besteht auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses fort. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, nach Erfüllung seiner Verpflichtung alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten vertraulichen Informationen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse gemäß den aktuell geltenden Sicherheitsvorschriften (insb. der Vorgaben des BSI) zu löschen, es sei denn gesetzliche oder vertragliche Verpflichtungen stehen dem entgegen oder der Auftraggeber verlangt, dass die vertraulichen Informationen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse nicht gelöscht werden. Der Erfahrungsaustausch des Auftraggebers mit und innerhalb der öffentlichen Hand bleibt unbenommen, ebenso wie die Erfüllung gesetzlicher Pflichten des Auftraggebers. Unberührt bleibt die Pflicht zum vertraulichen Umgang mit auf der Grundlage des Vertrages erlangten Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen. Die Verpflichtung zur Vertraulichkeit gilt darüber hinaus nicht für Informationen, die den Parteien bereits rechtmäßig bekannt sind oder außerhalb des Vertrags ohne Verstoß gegen eine Vertraulichkeitsverpflichtung bekannt werden.
2. Vertrauliche Informationen sind alle Informationen und Materialien, die der Auftragnehmer direkt oder indirekt vom Auftraggeber zur Abwicklung des Auftrags erhält und die ein verständiger Dritter als schützenswert ansehen würde oder die als vertraulich gekennzeichnet sind, unabhängig davon, ob sie schriftlich, elektronisch, mündlich, digital verkörpert oder in anderer Form zugänglich gemacht wurden.
3. Der Auftragnehmer erklärt, dass er rechtlich und tatsächlich in der Lage ist, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten vertraulichen Informationen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse - auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses - vertraulich zu behandeln. Insbesondere erklärt er, dass zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses keine Verpflichtungen, Dritten solche Informationen zu offenbaren oder in anderer Weise zugänglich zu machen, bestehen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber sofort schriftlich zu benachrichtigen, wenn er die Einhaltung dieser Verpflichtung nicht mehr gewährleisten kann, insbesondere, wenn für ihn eine Notwendigkeit oder Verpflichtung entsteht oder er eine solche hätte erkennen können, die ihn an der Einhaltung der Vertraulichkeit hindern könnte.

4. Nr. 3 gilt nicht, soweit gesetzliche Offenlegungspflichten bestehen (etwa gegenüber Stellen der Börsenaufsicht, Regulierungsbehörden oder der Finanzverwaltung), es sei denn, solche Offenlegungspflichten bestehen gegenüber ausländischen Sicherheitsbehörden.
 - 4.1 Besteht eine gesetzliche Offenlegungspflicht, hat der Auftragnehmer vor der Offenlegung den Auftraggeber über den Umfang der Offenlegung zu informieren. Der Umfang der Offenlegung ist dabei auf das gesetzlich vorgeschriebene Minimum zu beschränken.
 - 4.2 In Zweifelsfällen hat der Auftragnehmer den Auftraggeber auf die gesetzliche(n) Offenlegungspflicht(en) vor Vertragsschluss hinzuweisen.
5. Der Auftragnehmer ist berechtigt, vertrauliche Informationen nur an solche Unterauftragnehmer weiterzugeben, deren Einsatz der Auftraggeber ausdrücklich zugestimmt hat, wenn und soweit diese vertraulichen Informationen für die Erbringung der jeweiligen Leistungen durch den Unterauftragnehmer erforderlich sind („need-to-know“-Prinzip). Dies gilt nur, wenn sich der Unterauftragnehmer zuvor dem Auftragnehmer gegenüber mindestens in gleichem Umfang zur Vertraulichkeit verpflichtet hat, wie der Auftragnehmer gegenüber dem Auftraggeber. Die Weitergabe der vertraulichen Informationen durch den Unterauftragnehmer muss jedoch ausgeschlossen sein; soweit nicht der Auftraggeber jeweils zuvor einer Weitergabe ausdrücklich zugestimmt hat.
6. Vertrauliche Informationen dürfen ausschließlich zum Zweck der Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Vertrag eingesetzt werden. Daher darf der Auftragnehmer die Informationen nur solchen Mitarbeitern zugänglich machen, die sie für die Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Vertrag benötigen. Diese Mitarbeiter sind in gleichem Umfang zur Geheimhaltung zu verpflichten, und zwar auch für die Zeit nach Beendigung ihres Arbeitsverhältnisses mit dem Auftragnehmer, soweit dies rechtlich zulässig ist.
7. Etwaige weitergehende Pflichten des Auftragnehmers aus dem Gesetz zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen (GeschGehG) vom 18.04.2019 bleiben von der vorliegenden Vereinbarung unberührt.

Niederschrift über die Verpflichtung zur gewissenhaften Erfüllung von Obliegenheiten nach dem Verpflichtungsgesetz

Verhandelt

München/Nürnberg/_____, den _____

Vor der zur Verpflichtung zuständigen Person

Herr/Frau: _____,

Referat/Stelle: _____

(„verpflichtende Person“)

erschien heute zum Zwecke der

Verpflichtung

nach § 1 des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen vom 2. März 1974 (BGBl I S. 547)

Frau/Herr _____,

(Name)

Geboren am _____

(Datum)

tätig für Firma/Büro _____

(„verpflichtete Person“)

Die erschienene Person wurde auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten verpflichtet.
Sie wurde auf folgende Strafvorschriften des Strafgesetzbuches hingewiesen:

§ 133 Abs. 3

Verwahrungsbruch

§ 201 Abs. 3	Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes
§ 203 Abs. 2,4,5	Verletzung von Privatgeheimnissen
§ 204	Verwertung fremder Geheimnisse
§§ 331, 332	Vorteilsannahme und Bestechlichkeit
§ 353b	Verletzung des Dienstgeheimnisses und einer besonderen Geheimhaltungspflicht
§ 355	Verletzung des Steuergeheimnisses
§ 358	Nebenfolgen
§ 97b Abs. 2 i.V.m. §§ 94 bis 97	Verrat in irriger Annahme eines illegalen Geheimnisses
§ 120 Abs. 2	Gefangenenerbefreiung

Die erschienene Person wurde darüber belehrt, dass die vorgenannten Strafvorschriften auf Grund der Verpflichtung für sie anzuwenden sind.

Sie erklärt, auf die genannten Bestimmungen hingewiesen worden zu sein. Sie unterzeichnet dieses Protokoll nach Vorlesung zum Zeichen der Genehmigung und bestätigt gleichzeitig den Empfang einer Abschrift der Niederschrift.

v. g. u.

(Unterschrift der verpflichtenden Person)

(Unterschrift der verpflichteten Person)

Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung

gem. Art. 28 DSGVO

zum Vertrag [H 1620.2.1-2058 / BA_0264_2026](#) - Rahmenvereinbarung Netzwerkkomponenten
(Los 1)

zwischen

dem **Freistaat Bayern**,

vertreten durch das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat,

dieses vertreten durch das Bayerische Landesamt für Steuern

- nachfolgend „**Verantwortlicher**“ -

Und

- nachfolgend „**Auftragsverarbeiter**“ -

- beide nachfolgend gemeinsam „**Vertragsparteien**“ -

wird die folgende Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung geschlossen:

Inhalt

Präambel.	3
§ 1 Anwendungsbereich	3
§ 2 Konkretisierung des Auftragsinhalts	3
§ 3 Verantwortlichkeit und Weisungsbefugnis	3
§ 4 Beachtung zwingender gesetzlicher Pflichten durch den Auftragsverarbeiter	5
§ 5 Technische und organisatorische Maßnahmen sowie deren Kontrolle	6
§ 6 Mitteilung bei Verstößen durch den Auftragsverarbeiter	6
§ 7 Löschung und Rückgabe von Daten	7
§ 8 Subunternehmen	7
§ 9 Datenschutzkontrolle	8
§ 10 Anweisungs-, empfangs- und kontrollberechtigte Personen	8
§ 11 Kündigung	9
§ 12 Schlussbestimmungen	9
Anhang 1	10

Präambel

Die Vertragsparteien sind mit oben genanntem Vertrag ein Auftragsverarbeitungsverhältnis eingegangen. Um die sich hieraus ergebenden Rechte und Pflichten gemäß den Vorgaben der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (*Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG - DSGVO*), der Abgabenordnung (AO), des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) und des Bayerischen Datenschutzgesetzes (BayDSG) zu konkretisieren, schließen die Vertragsparteien die nachfolgende Vereinbarung.

§ 1 Anwendungsbereich

Die Vereinbarung findet Anwendung auf die Verarbeitung personenbezogener Daten (im Folgenden: Daten) i. S. v. Art. 4 Nr. 1 und 2 DSGVO, die Gegenstand des Vertrags sind oder im Rahmen der Durchführung anfallen oder dem Auftragsverarbeiter bekannt werden. Nicht unter den Anwendungsbereich fallen Daten von Mitarbeitern des Auftragsverarbeiters, soweit sie ausschließlich das Beschäftigungsverhältnis mit dem Auftragsverarbeiter betreffen.

§ 2 Konkretisierung des Auftragsinhalts

(1) Gegenstand und Dauer der Auftragsverarbeitung sowie Umfang, Art und Zweck der vorgesehenen Verarbeitung von Daten bestimmen sich nach oben genanntem Vertrag und der zugehörigen Leistungsbeschreibung.

(2) Folgende Datenarten/ -kategorien sind Gegenstand der Verarbeitung durch den Auftragsverarbeiter:

- dienstliche E-Mail-Adresse der Kontaktperson im Wartungsfall
- Funktions-E-Mail-Adresse der technischen Fachteams „Competence-Center LAN zentral“ und „Competence-Center LAN dezentral“
- Vorname und Nachname der Kontaktperson im Wartungsfall
- dienstliche Telefonnummer der Kontaktperson im Wartungsfall

(3) Der Kreis der betroffenen Personen i. S. v. Art. 4 Nr. 1 DSGVO ist:

Mitglieder der Teams „Competence-Center LAN zentral“ und „Competence-Center LAN dezentral“ am BayLfSt

§ 3 Verantwortlichkeit und Weisungsbefugnis

(1) Der Auftragsverarbeiter verarbeitet personenbezogene Daten im Auftrag des Verantwortlichen. Der Verantwortliche ist im Rahmen dieser Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen der Datenschutzgesetze, insbesondere für die Rechtmäßigkeit der Datenweitergabe an den Auftragsverarbeiter sowie für die Rechtmäßigkeit der Datenverarbeitung allein verantwortlich („Verantwortlicher“ im Sinne des Art. 4 Nr. 7 DSGVO). Der Verantwortliche kann jederzeit die Herausgabe, Berichtigung, Anpassung, Löschung und Einschränkung der Verarbeitung der Daten verlangen. Die Einrede

des Zurückbehaltungsrechts i. S. v. § 273 BGB wird hinsichtlich der für den Verantwortlichen verarbeiteten Daten und der zugehörigen Datenträger ausgeschlossen.

(2) Zur Gewährleistung des Schutzes der Rechte der betroffenen Personen unterstützt der Auftragsverarbeiter den Verantwortlichen angemessen, insbesondere durch geeignete technische und organisatorische Maßnahmen.

(3) Soweit sich eine betroffene Person zwecks Geltendmachung der Betroffenenrechte unmittelbar an den Auftragsverarbeiter wendet, wird der Auftragsverarbeiter die betroffene Person über seine Unzuständigkeit informieren und an den jeweiligen Verantwortlichen i. S. v. Art. 4 Nr. 7 DSGVO (z. B. an die sachlich und örtlich zuständige Finanzbehörde in dem jeweiligen Land) verweisen.

(4) Der Auftragsverarbeiter darf Daten ausschließlich im Rahmen der Weisungen des Verantwortlichen verarbeiten, sofern er nicht zu einer anderen Verarbeitung durch das Recht der Union oder des Mitgliedstaates, dem der Auftragsverarbeiter unterliegt, hierzu verpflichtet ist (z. B. Ermittlungen von Strafverfolgungs- oder Staatsschutzbehörden); in einem solchen Fall teilt der Auftragsverarbeiter dem Verantwortlichen diese rechtlichen Anforderungen vor der Verarbeitung mit, sofern das betreffende Recht eine solche Mitteilung nicht wegen eines wichtigen öffentlichen Interesses verbietet (Art. 28 Abs. 3 Satz 2 Buchst. a DSGVO). Eine Weisung ist die auf einen bestimmten Umgang des Auftragsverarbeiters mit personenbezogenen Daten gerichtete schriftliche, elektronische oder mündliche Anordnung des Verantwortlichen. Anordnungen sind unverzüglich zu dokumentieren. Die Weisungen werden zunächst im oben genannten Vertrag und in der Leistungsbeschreibung, definiert und können von dem Verantwortlichen danach in dokumentierter Form geändert, ergänzt oder ersetzt werden. Diese datenschutzrechtlichen Weisungen sind keine Weisungen im arbeitsrechtlichen Sinne. Sämtliche Regelungen sind vielmehr so zu verstehen, dass dadurch das Personenauswahlrecht und die Weisungs- und Direktionsbefugnisse beim Verarbeiter verbleiben. Es entsteht keine Arbeitnehmerüberlassung und eine solche ist auch im Vollzug des Vertrags nicht bezweckt. Dies gilt auch für den Fall, dass der Auftragsverarbeiter sich Subunternehmern zur Erfüllung dieses Vertrags bedient.

(5) Der Auftragsverarbeiter hat den Verantwortlichen unverzüglich gemäß Art. 28 Abs. 3 Satz 3 DSGVO zu informieren, wenn er der Meinung ist, eine Weisung verstoße gegen datenschutzrechtliche Vorschriften. Der Auftragsverarbeiter ist berechtigt, die Durchführung der entsprechenden Weisung solange auszusetzen, bis sie von Seiten des Verantwortlichen bestätigt oder geändert wird. Hiervon ausgeschlossen sind bestimmte betriebskritische Leistungen, die erst nach Rücksprache mit dem Verantwortlichen ausgesetzt werden dürfen.

(6) Änderungen des Bearbeitungsgegenstandes mit Verfahrensänderungen sind gemeinsam abzustimmen und zu dokumentieren. Auskünfte an Dritte oder die betroffene Person darf der Auftragsverarbeiter nur nach vorheriger ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung durch den Verantwortlichen erteilen. Der Auftragsverarbeiter verwendet die Daten für keine anderen als die beauftragten Zwecke und ist insbesondere nicht berechtigt, sie über den Auftrag hinaus an Dritte weiterzugeben. Kopien und Duplikate werden – außer für Zwecke erforderlicher Datensicherung - ohne Zustimmung des Verantwortlichen nicht erstellt.

(7) Der Verantwortliche führt das Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten i. S. d. Art. 30 Abs. 1 DSGVO. Der Auftragsverarbeiter stellt dem Verantwortlichen auf dessen Wunsch Informationen zur Aufnahme in das Verzeichnis zur Verfügung. Der Auftragsverarbeiter führt entsprechend den Vorgaben des Art. 30 Abs. 2 DSGVO ein Verzeichnis zu allen Kategorien von im Auftrag des Verantwortlichen durchgeführten Tätigkeiten der Verarbeitung.

(8) Die Verarbeitung der Daten im Auftrag des Verantwortlichen findet ausschließlich auf dem Gebiet der Europäischen Union statt. Eine Verarbeitung in einem Staat außerhalb des in Satz 1 genannten Territoriums ist nur zulässig, wenn sichergestellt ist, dass unter Berücksichtigung der Voraussetzungen des Kapitels V der DSGVO das durch die DSGVO gewährleistete Schutzniveau nicht unterlaufen wird, und bedarf der vorherigen ausdrücklichen schriftlichen Zustimmung des Verantwortlichen. Die grundlegenden Voraussetzungen für die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung bleiben unberührt.

(9) Der Auftragsverarbeiter stellt sicher, dass ihm unterstellte natürliche Personen, die Zugang zu Daten haben, diese nur im Rahmen des Auftrags des Verantwortlichen verarbeiten. Eine Verarbeitung von Daten außerhalb der Betriebsräume des Auftragsverarbeiters (z. B. Telearbeit, Heimarbeit, Home Office, mobiles Arbeiten) bedarf der vorherigen ausdrücklichen schriftlichen Zustimmung des Verantwortlichen, die erst nach Festlegung angemessener technischer und organisatorischer Maßnahmen für die Verarbeitungssituation erteilt werden kann.

§ 4 Beachtung zwingender gesetzlicher Pflichten durch den Auftragsverarbeiter

(1) Dem Auftragsverarbeiter unterstellte natürliche Personen sind nach § 1 des Verpflichtungsgesetzes (VerpflG) zur gewissenhaften Erfüllung ihrer Obliegenheiten zu verpflichten. Unabhängig von der durch den Auftraggeber vorzunehmenden Verpflichtung nach dem Verpflichtungsgesetz hat der Auftragsverarbeiter die ihm unterstellten natürlichen Personen über die in diesem Auftragsverarbeitungsverhältnis bestehenden Regelungen zu belehren.

(2) Die Vertragsparteien unterstützen sich gegenseitig beim Nachweis und der Dokumentation der ihnen obliegenden Rechenschaftspflicht im Hinblick auf die Grundsätze ordnungsgemäßer Datenverarbeitung einschließlich der Umsetzung der notwendigen technischen und organisatorischen Maßnahmen (Art. 5 Abs. 2, Art. 24 Abs. 1 DSGVO). Der Auftragsverarbeiter stellt dem Verantwortlichen hierzu bei Bedarf entsprechende Informationen zur Verfügung.

(3) Der Auftragsverarbeiter hat einen Datenschutzbeauftragten zu benennen, der seine Tätigkeit entsprechend den gesetzlichen Vorschriften ausübt. Die Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten sind dem Verantwortlichen zum Zwecke der direkten Kontaktaufnahme mitzuteilen.

(4) Der Auftragsverarbeiter informiert den Verantwortlichen unverzüglich über Kontrollen und Maßnahmen durch die Aufsichtsbehörden oder falls eine Aufsichtsbehörde im Rahmen ihrer Zuständigkeit bei dem Auftragsverarbeiter anfragt, ermittelt oder sonstige Erkundigungen einzieht.

§ 5 Technische und organisatorische Maßnahmen sowie deren Kontrolle

(1) Die Vertragsparteien vereinbaren das in Anhang 1 zu dieser Vereinbarung niedergelegte Mindestmaß an technischen und organisatorischen Sicherheitsmaßnahmen. Der Anhang 1 ist Gegenstand dieser Vereinbarung.

(2) Technische und organisatorische Maßnahmen unterliegen dem technischen Fortschritt. Insofern ist es dem Auftragsverarbeiter gestattet, alternative adäquate Maßnahmen umzusetzen. Dabei darf das Sicherheitsniveau der in dem Anhang 1 festgelegten Maßnahmen nicht unterschritten werden. Wesentliche Änderungen sind mit dem Verantwortlichen abzustimmen und zu dokumentieren.

(3) Der Auftragsverarbeiter wird dem Verantwortlichen alle erforderlichen Informationen zur Verfügung stellen, die zum Nachweis der Einhaltung der in dieser Vereinbarung getroffenen und der gesetzlichen Vorgaben erforderlich sind. Er wird insbesondere Überprüfungen/Inspektionen, die vom Verantwortlichen oder einem anderen von diesem beauftragten Prüfer durchgeführt werden, ermöglichen und deren Durchführung unterstützen. Der Nachweis der Umsetzung solcher Maßnahmen, die nicht nur den konkreten Auftrag betreffen, kann dabei auch durch Vorlage eines aktuellen Testats, von Berichten hinreichend qualifizierter und unabhängiger Instanzen (z. B. Wirtschaftsprüfer, unabhängige Datenschutzauditoren), durch die Einhaltung genehmigter Verhaltensregeln nach Art. 40 DSGVO, einer Zertifizierung nach Art. 42 DSGVO oder einer geeigneten Zertifizierung durch IT-Sicherheits- oder Datenschutzaudit (z. B. nach IT-Grundschutz nach BSI) erbracht werden. Der Auftragsverarbeiter verpflichtet sich, den Verantwortlichen über den Ausschluss von genehmigten Verhaltensregeln gemäß Art. 41 Abs. 4 DSGVO, den Widerruf einer Zertifizierung gemäß Art. 42 Abs. 7 DSGVO und jede andere Form der Aufhebung oder wesentlichen Änderung der vorgenannten Nachweise unverzüglich zu unterrichten.

(4) Der Verantwortliche kann sich jederzeit zu Prüfzwecken in den Betriebsstätten des Auftragsverarbeiters zu den üblichen Geschäftszeiten ohne Störung des Betriebsablaufs von der Angemessenheit der Maßnahmen zur Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben oder der zur Durchführung dieses Vertrags erforderlichen technischen und organisatorischen Erfordernisse überzeugen.

(5) Der Auftragsverarbeiter stellt dem Verantwortlichen darüber hinaus alle erforderlichen Informationen zur Verfügung, die er für die Prüfungen nach Absatz 4 sowie für eine Abschätzung der Folgen der vorgesehenen Verarbeitungsvorgänge für den Schutz der Daten (Datenschutz-Folgenabschätzung i. S. d. Art. 35 DSGVO) benötigt.

(6) Der Auftragsverarbeiter hat im Benehmen mit dem Verantwortlichen alle erforderlichen Maßnahmen zur Sicherung der Daten bzw. der Sicherheit der Verarbeitung, insbesondere auch unter Berücksichtigung des jeweils aktuellen Stands der Technik, sowie zur Minderung möglicher nachteiliger Folgen für Betroffene zu ergreifen.

§ 6 Mitteilung bei Verstößen durch den Auftragsverarbeiter

Der Auftragsverarbeiter unterrichtet den Verantwortlichen umgehend bei schwerwiegenden Störungen seines Betriebsablaufs, bei Verdacht auf Verstöße gegen diese Vereinbarung sowie

gesetzliche Datenschutzbestimmungen, bei Verstößen gegen solche Bestimmungen oder anderen Unregelmäßigkeiten bei der Verarbeitung der Daten des Verantwortlichen. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Meldepflicht nach Art. 33 Abs. 2 DSGVO sowie auf korrespondierende Pflichten des Verantwortlichen nach Art. 33 und Art. 34 DSGVO. Der Auftragsverarbeiter sichert zu, den Verantwortlichen erforderlichenfalls bei seinen Pflichten nach Art. 33 und 34 DSGVO angemessen zu unterstützen. Meldungen nach Art. 33 oder 34 DSGVO für den Verantwortlichen darf der Auftragsverarbeiter nur nach vorheriger Weisung gemäß § 3 dieser Vereinbarung durchführen.

§ 7 Löschung und Rückgabe von Daten

(1) Überlassene Datenträger und Datensätze verbleiben im Eigentum des Verantwortlichen.

(2) Nach Abschluss der vertraglich vereinbarten Leistungen oder früher nach Aufforderung durch den Verantwortlichen, jedoch spätestens mit Beendigung der Leistungsvereinbarung, hat der Auftragsverarbeiter sämtliche in seinen Besitz gelangten Unterlagen, erstellten Verarbeitungs- und Nutzungsergebnisse sowie Datenbestände (wie auch hiervon gefertigte Kopien oder Reproduktionen), die im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis stehen, dem Verantwortlichen auszuhändigen oder nach vorheriger Zustimmung des Verantwortlichen datenschutzgerecht zu vernichten. Gleiches gilt für Test- und Ausschussmaterial. Ein Löschungsprotokoll ist dem Verantwortlichen auf Anforderung vorzulegen.

(3) Der Auftragsverarbeiter kann Dokumentationen, die dem Nachweis der auftrags- und ordnungsgemäßen Datenverarbeitung dienen, entsprechend der jeweiligen Aufbewahrungsfristen bis zu deren Ende auch über das Vertragsende hinaus aufbewahren. Alternativ kann er sie zu seiner Entlastung bei Vertragsende dem Verantwortlichen übergeben. Für die nach Satz 1 aufbewahrten Daten gelten nach Ende der Aufbewahrungsfrist die Pflichten nach Absatz 2.

§ 8 Subunternehmen

(1) Der Auftragsverarbeiter darf weitere Auftragsverarbeiter (Subunternehmen) nur mit vorheriger ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung des Verantwortlichen in Anspruch nehmen. Der Verantwortliche kann gegen derartige Änderungen Einspruch erheben. Nicht als Leistungen von Subunternehmen im Sinne dieser Regelung gelten Dienstleistungen, die der Auftragsverarbeiter bei Dritten als Nebenleistung zur Unterstützung der Auftragsdurchführung in Anspruch nimmt, beispielsweise Telekommunikationsdienstleistungen, wenn kein Zugriff auf personenbezogene Daten des Auftraggebers erfolgt. Der Auftragsverarbeiter ist jedoch verpflichtet, zur Gewährleistung des Schutzes und der Sicherheit der Daten des Verantwortlichen auch bei fremd vergebenen Nebenleistungen angemessene und gesetzeskonforme vertragliche Vereinbarungen zu treffen sowie Kontrollmaßnahmen zu ergreifen.

(2) Wenn Subunternehmen durch den Auftragsverarbeiter eingeschaltet werden, hat der Auftragsverarbeiter sicherzustellen, dass seine vertraglichen Vereinbarungen mit dem Subunternehmen so gestaltet sind, dass das Datenschutzniveau mindestens der Vereinbarung zwischen dem Verantwortlichen und dem Auftragsverarbeiter entspricht und alle vertraglichen und gesetzlichen Vorgaben beachtet werden; dies gilt insbesondere auch im Hinblick auf den Einsatz geeigneter technischer und organisatorischer Maßnahmen zur Gewährleistung eines angemessenen Sicherheitsniveaus der Verarbeitung.

(3) Dem Verantwortlichen sind in der vertraglichen Vereinbarung mit dem Subunternehmen Kontroll- und Überprüfungsrechte entsprechend dieser Vereinbarung einzuräumen. Ebenso ist der Verantwortliche berechtigt, auf schriftliche Anforderung vom Auftragsverarbeiter Auskunft über den Inhalt des mit dem Subunternehmen geschlossenen Vertrages und die darin enthaltene Umsetzung der datenschutzrelevanten Verpflichtungen des Subunternehmens zu erhalten.

(4) Kommt das Subunternehmen seinen datenschutzrechtlichen Verpflichtungen nicht nach, so haftet der Auftragsverarbeiter gegenüber dem Verantwortlichen für die Einhaltung der Pflichten des Subunternehmens. Der Auftragsverarbeiter hat in diesem Falle auf Verlangen des Verantwortlichen die Beschäftigung des Subunternehmens ganz oder teilweise zu beenden oder das Vertragsverhältnis mit dem Subunternehmen zu lösen, wenn und soweit dies nicht unverhältnismäßig ist.

§ 9 Datenschutzkontrolle

Der Auftragsverarbeiter verpflichtet sich, dem Datenschutzbeauftragten des Verantwortlichen sowie der zuständigen Aufsichtsbehörde zur Erfüllung ihrer jeweiligen gesetzlich zugewiesenen Aufgaben im Zusammenhang mit diesem Auftrag jederzeit Zugang zu den üblichen Geschäftszeiten zu gewähren. Der Auftragsverarbeiter unterwirft sich zusätzlich zu der für ihn bestehenden gesetzlichen Datenschutzaufsicht der Kontrolle der für den Verantwortlichen zuständigen Datenschutzaufsicht (hier: der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz bzw. der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit) und der Kontrolle durch den Datenschutzbeauftragten des Verantwortlichen mit Ausnahme der Bereiche, die keinerlei Bezug zur Auftragserfüllung haben. Er duldet insbesondere Betretungs-, Einsichts- und Fragerechte der Genannten, einschließlich der Einsicht in durch Berufsgeheimnisse geschützte Unterlagen. Er wird seine Mitarbeiter anweisen, mit den Genannten zu kooperieren, insbesondere deren Fragen wahrheitsgemäß und vollständig zu beantworten. Die nach Gesetz bestehenden Verschwiegenheitspflichten und Zeugnisverweigerungsrechte der Genannten bleiben davon unberührt.

§ 10 Anweisungs-, empfangs- und kontrollberechtigte Personen

Die gegenüber dem Auftragsverarbeiter im datenschutzrechtlichen Sinne anweisungs-, empfangs- und kontrollberechtigten Personen sind dem Auftragsverarbeiter durch den Verantwortlichen schriftlich zu benennen. Sofern nicht explizit etwas Abweichendes geregelt ist, erfolgt dies durch Nennung des fachlichen Ansprechpartners nach Vertragsschluss. Der fachliche Ansprechpartner ist somit dem Auftragsverarbeiter gegenüber - sofern nicht explizit abweichend geregelt - im datenschutzrechtlichen Sinne anweisungs-, empfangs- und kontrollberechtigt. Der Auftragsverarbeiter hat den kontrollberechtigten Personen nach Identitätsprüfung zur Ausübung ihrer Funktion in Begleitung eines Mitarbeiters des Auftragsverarbeiters Zutritt zu allen Sicherheitszonen zu gewähren. Sie haben sich bei der Ausübung ihrer Befugnisse zu legitimieren. Der Verantwortliche hat jederzeit das Recht, die Berechtigung einzelner oder aller benannter Personen gegenüber dem Auftragsverarbeiter zu widerrufen und neue anweisungs-, empfangs- und kontrollberechtigte Personen zu benennen. Der Widerruf und die Neubenennung erfolgen schriftlich.

§ 11 Kündigung

Der Verantwortliche kann die Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung jederzeit ohne Einhaltung einer Frist schriftlich kündigen, wenn ein schwerwiegender Verstoß des Auftragsverarbeiters gegen Datenschutzvorschriften oder die Bestimmungen dieser Vereinbarung vorliegt, der Auftragsverarbeiter eine Weisung des Verantwortlichen nicht ausführen kann oder will oder der Auftragsverarbeiter Kontrollrechte des Verantwortlichen vertragswidrig verweigert. Insbesondere die Nichteinhaltung der in dieser Vereinbarung festgelegten und aus Art. 28 DSGVO abgeleiteten Pflichten stellt einen schweren Verstoß dar. Der Verantwortliche hat in diesen Fällen nach Kündigung der Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung ebenso das Recht den Vertrag zu kündigen, in dessen Rahmen die Auftragsverarbeitung erfolgt.

§ 12 Schlussbestimmungen

(1) Änderungen und Ergänzungen dieser Vereinbarung und aller ihrer Bestandteile - einschließlich etwaiger Zusicherungen des Auftragsverarbeiters - bedürfen einer schriftlichen Vereinbarung und des ausdrücklichen Hinweises darauf, dass es sich um eine Änderung bzw. Ergänzung dieser Bedingungen handelt. Dies gilt auch für den Verzicht auf dieses Formerfordernis.

(2) Sollten einzelne Regelungen dieser Vereinbarung unwirksam oder undurchführbar sein, wird davon die Wirksamkeit der übrigen Regelungen nicht berührt. An die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Regelung tritt diejenige wirksame und durchführbare Regelung, deren Wirkungen der Zielsetzung am nächsten kommt, die die Vertragsparteien mit der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung verfolgt haben. Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend für den Fall, dass sich die Vereinbarung als lückenhaft erweist.

Ort, Datum

Ort, Datum

Der Bieter, der im Vergabeverfahren XYZ den Zuschlag erhalten hat
vertreten durch

Freistaat Bayern,
vertreten durch das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat,
dieses vertreten durch das Bayerische Landesamt für Steuern

Anhang 1

„Technische und organisatorische Maßnahmen“

zu § 5 der Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung

§ 1 Technische und organisatorische Sicherheitsmaßnahmen

Die Vertragspartner sind verpflichtet, geeignete technische und organisatorische Maßnahmen so durchzuführen, dass die Verarbeitung der Daten im Einklang mit den gesetzlichen Anforderungen erfolgt und der Schutz der Rechte der betroffenen Person in angemessener Form gewährleistet ist.

§ 2 Innerbehördliche oder innerbetriebliche Organisation des Auftragsverarbeiters

Der Auftragsverarbeiter wird seine innerbehördliche oder innerbetriebliche Organisation so gestalten, dass sie den besonderen Anforderungen des Datenschutzes gerecht wird. Dabei sind insbesondere Maßnahmen zu treffen, die je nach der Art der zu schützenden Daten oder Datenkategorien geeignet sind.

§ 3 Konkretisierung der Einzelmaßnahmen

(1) Im Einzelnen werden folgende Maßnahmen bestimmt, die als Mindestmaß der Umsetzung der Vorgaben des Art. 32 DSGVO dienen:

Nr.	Maßnahme	Umsetzung der Maßnahme
1.	Zutrittskontrolle Unbefugten ist der Zutritt zu Datenverarbeitungsanlagen, mit denen personenbezogene Daten verarbeitet werden, zu verwehren.	<i>Zutrittskontrollsystem, Ausweisleser, Magnetkarte, Chipkarte, Schlüssel, Schlüsselvergabe, Objektschutz, Überwachungseinrichtung, Alarmanlage, Türsicherung</i>
2.	Zugangskontrolle Es ist zu verhindern, dass Datenverarbeitungssysteme von Unbefugten genutzt werden können.	<i>Technische (Kennwort-/ Passwortschutz) und organisatorische (Benutzerstammsatz) Maßnahmen hinsichtlich der Benutzeridentifikation und Authentifizierung, Verwendung von dem Stand der Technik entsprechenden Verschlüsselungsverfahren (insb. durch: Kennwortverfahren, automatisches Sperren, Einrichtung eines Benutzerstammsatzes pro User, Verschlüsselung von Datenträgern)</i>
3.	Zugriffskontrolle Es ist zu gewährleisten, dass die zur Benutzung eines Datenverarbeitungssystems Berechtigten ausschließlich auf die ihrer Zugriffsberechtigung unterliegenden Daten zugreifen können, und dass personenbezogene Daten bei der Verarbeitung nicht unbefugt gelesen, kopiert, verändert oder entfernt werden können.	<i>Bedarfsorientierte Ausgestaltung des Berechtigungskonzepts und der Zugriffsrechte sowie deren Überwachung und Protokollierung, Verwendung von dem Stand der Technik entsprechenden Verschlüsselungsverfahren (insb. durch differenzierte Berechtigungen wie Profile, Rollen etc., Auswertungen, Kenntnisnahme, Veränderung, Löschung)</i>
4.	Weitergabekontrolle Es ist zu gewährleisten, dass personenbezogene Daten bei der elektronischen Übertragung oder während ihres Transports oder ihrer Speicherung auf Datenträger nicht unbefugt gelesen, kopiert, verändert oder entfernt werden können, und dass überprüft und festgestellt werden kann, an welchen Stellen eine Übermittlung personenbezogener Daten durch Einrichtungen zur Datenübertragung vorgesehen ist.	<i>Maßnahmen bei Transport, Übertragung und Übermittlung oder Speicherung auf Datenträger (manuell oder elektronisch) sowie bei der nachträglichen Überprüfung, Verwendung von dem Stand der Technik entsprechenden Verschlüsselungsverfahren, elektronische Signatur</i>

5.	Eingabekontrolle Es ist zu gewährleisten, dass nachträglich überprüft und festgestellt werden kann, ob und von wem personenbezogene Daten in Datenverarbeitungssysteme eingegeben, verändert oder entfernt worden sind.	<i>Nachvollziehbarkeit bzw. Dokumentation der Datenverwaltung gewährleisten, etwa durch Protokollierungs- und Auswertungssysteme</i>
6.	Auftragskontrolle Es ist zu gewährleisten, dass personenbezogene Daten, die im Auftrag verarbeitet werden, nur entsprechend den Weisungen des Verantwortlichen verarbeitet werden können.	<i>Abgrenzen der Kompetenz zwischen Verantwortlichem und Auftragsverarbeiter (Beispiel: Eindeutige Vertragsgestaltung, Kriterien zur Auswahl des Auftragsverarbeiters, Kontrolle der Vertragsausführung)</i>
7.	Verfügbarkeitskontrolle Es ist zu gewährleisten, dass personenbezogene Daten gegen zufällige Zerstörung oder Verlust geschützt sind.	<i>Die Daten sind gegen zufällige Zerstörung oder Verlust zu schützen, Maßnahmen zur Datensicherung (insb. durch: Backup-Verfahren, Spiegeln von Festplatten, unterbrechungsfreie Stromversorgung, Firewall, Notfallplan)</i>
8.	Trennungskontrolle Es ist zu gewährleisten, dass zu unterschiedlichen Zwecken erhobene Daten getrennt verarbeitet werden können.	<i>Daten, die zu unterschiedlichen Zwecken erhoben wurden, sind auch getrennt zu verarbeiten, Mandantenfähigkeit, Funktionstrennung zwischen Produktion/ Test</i>

(2) Es ist ein Verfahren zu etablieren, das eine regelmäßige Überprüfung, Bewertung und Evaluierung der Wirksamkeit der zum Einsatz kommenden technischen und organisatorischen Maßnahmen durch die Vertragsparteien ermöglicht.

Teleservicevereinbarung

Zwischen

dem **Freistaat Bayern**,

vertreten durch das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat,

dieses vertreten durch das Bayerische Landesamt für Steuern

- im folgenden „**Auftraggeber**“ genannt -

und

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

- im folgenden „**Auftragnehmer**“ genannt -

wird folgende Teleservicevereinbarung in Bezug auf den Vertrag

[H 1620.2.1-2058 / BA_0264_2026 - Rahmenvereinbarung Netzwerkkomponenten \(Los 1\)](#)

geschlossen:

Soweit der Auftragnehmer nach dem oben genannten Vertrag zur Leistungserbringung durch Teleservice berechtigt ist, gelten ergänzend die folgenden Regelungen. Dabei gilt die Definition des Begriffs Teleservice nach den Begriffsbestimmungen der einbezogenen EVB-IT AGB.

1. Die Systeme, welche für die Einwahl und Leistungserbringung durch Teleservice verwendet werden, müssen folgende technischen und organisatorischen Voraussetzungen erfüllen:
 - Ein aktuelles, vom Hersteller **Microsoft** noch unterstütztes **Client-Betriebssystem** in **Ausprägung x86-Prozessor-Architektur** mit zum Zeitpunkt der Einwahl aktuellem Patchstand.

- Sonstige auf dem System befindliche Software muss mit aktuellen Sicherheitspatches versorgt sein.
- Das System muss durch einen aktuellen Virens Scanner und mindestens durch eine Personal-Firewall geschützt sein.
- Der Verbindungsaufbau darf nicht unter der Administrator- bzw. Root-Kennung erfolgen.
- Zum Zeitpunkt des Verbindungsaufbaus und während der laufenden Sitzung darf keine weitere Netzwerk Verbindung bestehen.

Der Auftraggeber ist berechtigt dem Auftragnehmer aus sachlichen Gründen weitere technische und organisatorische Voraussetzungen aufzugeben. Der Auftragnehmer stellt sicher, dass die Leistungserbringung durch Teleservice die genannten technischen und organisatorischen Voraussetzungen während der gesamten Vertragsdauer erfüllt..

2. Besteht ein Verdacht, der Zweifel an der Zuverlässigkeit oder Sicherheit der Leistungserbringung durch Teleservice ergibt, ist der Auftraggeber berechtigt, die Verbindung zum System des Auftraggebers jederzeit und ohne vorherige Unterrichtung zu trennen. Die Entscheidungsgründe für den Trennvorgang sind vom Auftraggeber zu protokollieren. Der Auftragnehmer wird über die Trennung der Verbindung anschließend unverzüglich unterrichtet. Die Leistungspflicht des Auftragnehmers besteht auch bei Trennung der Verbindung fort. Die Art und Weise der Leistungserbringung bei Trennung legt der Auftraggeber unter Berücksichtigung beiderseitiger Interessen sowie sämtlicher Umstände des Einzelfalls in Absprache mit dem Auftragnehmer fest.
3. Die Einwahl zur Leistungserbringung durch Teleservice darf nur über den durch den Auftraggeber vorgegebenen Weg erfolgen. Die Einwahl in das System des Auftraggebers wird durch den Auftraggeber ermöglicht. Eine sichere Authentifizierung der Beschäftigten des Auftragnehmers wird durch eine personalisierte Zuweisung des zweiten Faktors sichergestellt. Die Weitergabe des Authentifizierungsmittels an andere Beschäftigte des Auftragnehmers oder an Dritte ist nicht zulässig. Der Auftraggeber legt vor Beginn der Erbringung der Vertragsleistungen fest, welche Zugriffsrechte dem Auftragnehmer zugewiesen werden. Der Auftragnehmer darf die ihm gewährten Zugriffsrechte nur zur Erfüllung des zugrundeliegenden Vertrages nutzen. Ein weiterreichendes Zugriffsrecht ist nur in Absprache mit dem Auftraggeber möglich. Die Entscheidung über eine Erweiterung der Zugriffsrechte bleibt alleine dem Auftraggeber überlassen.

4. Die auf Seiten des Auftragnehmers anfallenden Verbindungs- und Betriebskosten sind vom Auftragnehmer zu tragen (einschließlich eventueller Pauschalen).
5. Während der Leistungserbringung durch Teleservice ist der Auftraggeber berechtigt, die Zugriffsdaten, welche zur Autorisierung und Authentifizierung des Beschäftigten des Auftragnehmers genutzt werden, zu protokollieren. Eine Speicherung der Protokolle erfolgt nur in einem Umfang, wie es zur Analyse von Problemen und Vertragsverletzungen und zur Erfüllung von Dokumentationspflichten erforderlich ist auf der Rechtsgrundlage von Art. 6 Abs. 1 S. 1 Buchst. b, c, e DSGVO i.V.m. Art. 4 Abs. 1 BayDSG. Hieraus kann sich auch eine Speicherung über die Vertragslaufzeit hinaus ergeben. Die Protokolle werden durch den Auftraggeber gelöscht, soweit sie für die vorgenannten Zwecke nicht mehr erforderlich sind. Den von der Verarbeitung personenbezogener Daten betroffenen Beschäftigten des Auftragnehmers stehen gegen den Auftraggeber nach Art. 15 bis 18 und Art. 21 DSGVO verschiedene Betroffenenrechte zu. Hierzu gehört das Recht auf Auskunft, sowie Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung bzw. das Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung von personenbezogenen Daten. Sollten betroffene Beschäftigte des Auftragnehmers der Auffassung sein, dass der Auftraggeber einem Anliegen nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen ist, können diese bei der zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde, dem Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz, Beschwerde einlegen.
6. Die Vertragsparteien vereinbaren, dass sie sich gegenseitig unverzüglich darüber informieren, soweit Verstöße gegen Verpflichtungen dieser Teleservicevereinbarung festgestellt werden oder ein solcher Verdacht besteht.
7. Der Auftragnehmer verpflichtet sich darüber hinaus insbesondere,
 - a) Unbefugten den Zutritt zu seinen Systemen, mit denen Daten des Auftraggebers verarbeitet und genutzt werden, zu verwehren,
 - b) zu verhindern, dass seine zur Leistungserbringung durch Teleservice eingesetzten Systeme von Unbefugten genutzt werden können,

- c) dafür Sorge zu tragen, dass Daten des Auftraggebers bei Speicherung, Verarbeitung oder Nutzung in Systemen des Auftragnehmers nicht unbefugt gelesen, kopiert, verändert oder entfernt werden können,
 - d) dafür Sorge zu tragen, dass bei einer elektronischen Übertragung von Daten des Auftraggebers im Einvernehmen mit diesem die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen zur Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität getroffen werden,
 - e) soweit erforderlich die von ihm autorisierten und von ihm benannten Personen auf das Fernmeldegeheimnis gemäß § 88 TKG zu verpflichten,
 - g) dafür Sorge zu tragen, dass nach Beendigung des Vertragsverhältnisses oder dem Entzug der Berechtigung eines Beschäftigten sämtliche betroffene Zugangsmittel zur Leistungserbringung durch Teleservice nach Wahl des Auftraggebers sicher gelöscht werden oder an die vom Auftraggeber benannte Stelle zurückgegeben werden.
8. Soweit der Auftragnehmer zur Leistungserbringung Unterauftragnehmer einsetzt, ist der Auftragnehmer dafür verantwortlich, dass die Unterauftragnehmer die Verpflichtungen aus dieser Vereinbarung entsprechend erfüllen.
9. Der Auftragnehmer hat sich für alle technischen Fragen im Zusammenhang mit dieser Teleservicevereinbarung an seinen Ansprechpartner des Bayerischen Landesamt für Steuern zu wenden. Der Ansprechpartner wird dem Auftragnehmer nach Vertragsschluss mitgeteilt.
10. Aus Gründen der Informationssicherheit sind alle technischen Grundlagen zur Leistungserbringung durch Teleservice allgemein gehalten.

Rahmenvereinbarung

zwischen

dem **Freistaat Bayern**,

vertreten durch das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat,

dieses vertreten durch das Bayerische Landesamt für Steuern

- nachfolgend „Auftraggeber“ -

und

dem Bieter, der im Vergabeverfahren

Az.: H 1620.2.1-2058 – Los 2

den Zuschlag erhalten hat.

- nachfolgend „Auftragnehmer“ –

wird die folgende Rahmenvereinbarung geschlossen:

1.	Grundkonsens.....	2
2.	Auftragnehmerleistung	2
3.	Bestellungen	3
4.	Verpackung	4
5.	Lieferungen/ -termine	5
6.	Erfüllungsort / Bestimmungsort - Versandregelung.....	5
7.	Ansprechpartner	5
8.	Mängelansprüche	6
9.	Vertragsstrafe.....	6
10.	Haftung und Verzug.....	6
11.	Vergütung.....	7
12.	Zahlungen.....	8
13.	Geltungsdauer.....	9
14.	Allgemeine Vertragsbedingungen, Anwendbares Recht, Gerichtsstand.....	9
15.	Übertragung von Rechten und Pflichten	10
16.	Datenschutz und Geheimhaltung	10
17.	Verpflichtung.....	10
18.	Sicherheitsüberprüfung und Datenverarbeitung für Zugangskontrolle.....	10
19.	Pauschaler Schadensersatz zur Korruptionsbekämpfung.....	11
20.	Abtretung.....	11
21.	Aufrechnung.....	11
22.	Schriftform, Textform	11
23.	Salvatorische Klausel.....	12

1. Grundkonsens

(1) Gegenstand der Rahmenvereinbarung ist eine Lieferung von Infoblox-Komponenten gem. Anlage 1 Leistungsbeschreibung (siehe Tz. 2) inkl. Software/Lizenzen, Wartung und Support.

Während der Laufzeit der Rahmenvereinbarung behält sich der Auftraggeber vor, weitere Infoblox-Produkte abzurufen. Bzgl. des voraussichtlichen Bedarfs siehe Preisblatt.

(2) Ziel dieser Rahmenvereinbarung ist es, die grundsätzlich anfallenden Leistungen und Bedingungen sowie die gegenseitigen Rechte und Pflichten für Einzelaufträge (Bestellungen/Abrufe) zu regeln, die im Laufe des Vertragszeitraumes erteilt werden. Auch werden Regeln und Prozesse festgelegt, die eine Anpassung der Vereinbarungen an die Weiterentwicklung des Auftraggebers / der Besteller unter Berücksichtigung der jeweils konkreten individuellen Bedürfnisse ermöglichen.

2. Auftragnehmerleistung

(1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die in der Leistungsbeschreibung und im Preisblatt aufgeführten Produkte und Leistungen nach Maßgabe von Ziffer 3 zu liefern und gegebenenfalls sonstige damit verbundene Leistungen (z.B. Installation und Inbetriebnahme) zu erbringen.

Die Produkte sind fabrikneu hergestellt, vollständig und ordnungsgemäß funktionierend (mangelfrei) im betriebsbereiten Zustand frei Haus (zusatzkostenfrei) zu liefern.

Der Auftragnehmer ist aufgefordert, ausschließlich fabrikneue Originalware anzubieten, die Sie über die offiziellen Vertriebskanäle der Hersteller beziehen oder bezogen haben. Im Einzelnen werden nicht akzeptiert:

- Grauware (Graumarktware)
- Reimporte
- Ware mit dem Status Remarketed, Demo oder Renewed
- Anderweitig gebrauchte Ware

Nach erfolgter Lieferung behält sich der Auftraggeber das Recht vor, die Seriennummern der gelieferten Komponenten beim Hersteller auf Originalware und Herkunft prüfen zu lassen. Die angebotene Ware muss von einem offiziellen Distributor des Herstellers oder vom Hersteller selbst stammen. Diese Beschaffenheit gilt mit Abgabe des Angebotes als vereinbart. Weiterhin sind auf Anfrage Kopien der Original-Lieferscheine des Distributors bzw. des Herstellers

beizulegen.

Für zukünftige Beauftragungen im Rahmen der Rahmenvereinbarung gilt dies analog.

(2) Während der Laufzeit der Rahmenvereinbarung erbringen die Auftragnehmer eine allgemeine Information- und Beratungsleistung ggü. dem Auftraggeber hinsichtlich technologischer Neuerungen/Verbesserungen (z.B. Technologiewechsel etc.).

(3) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, zum Zeitpunkt der Lieferung, die für den Betrieb erforderliche Dokumentation (für Hard- und Software) vollständig, ordnungsgemäß und im aktuellen Zustand zu übergeben.

Sämtliche Dokumentation ist - soweit verfügbar - in deutscher Sprache zu liefern.

Soweit die Dokumentation nicht in deutscher Sprache verfügbar ist, ist sie in englischer Sprache zu liefern.

(4) Statt der in dieser Rahmenvereinbarung genannten und geforderten Infoblox Service-Level (siehe Anlage 2) können bei den jeweiligen Einzelabrufen für die Wartung der Geräte durch den Auftragnehmer eigene, mindestens in der Ausprägung gleichwertige Wartungs- und Servicekategorien angeboten werden.

(5) Der Auftragnehmer muss alle Produkte von Infoblox entsprechend der aktuell gültigen Infoblox GPL (globale Preisliste von INFOBLOX) anbieten und vertreiben können. Die in der der Preisliste genannten Rabatte auf den Listenpreis sind während der gesamten Vertragslaufzeit gültig. Sollte ein Produkt nicht mehr angeboten werden, so gelten die Rabattsätze auch auf dessen Nachfolgeprodukt. Sollten während der Vertragslaufzeit neue Produktgruppen eingeführt werden (die aktuell nicht existieren und somit nicht im Preisblatt vorhanden sind), so ist dies vom Auftragnehmer zeitnah mitzuteilen, inkl. einem für die restliche Laufzeit gültigen Rabattsatz.

(6) Die Stufe Sapphire im Rahmen des Partnerprogramms ‚Skilled to secure‘ ist als Voraussetzung für die Erbringung der Leistung vorzuweisen und während der Vertragslaufzeit aufrecht zu erhalten. Die Zertifizierung ist dem Angebot beizufügen.

3. Bestellungen

(1) Eine Verpflichtung des Auftraggebers über das Volumen der Mindestabnahmemenge gemäß Leistungsbeschreibung hinaus weitere Bestellungen zu tätigen besteht nicht. Der Abruf der Mindestabnahmemenge erfolgt nicht durch Zuschlag, sondern durch separate Beauftragung nach Zuschlagserteilung zu dieser Rahmenvereinbarung.

(2) Bestellungen bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit grundsätzlich nicht der Bestätigung durch den Auftragnehmer. Es genügt der Eingang des rechtlich, technisch und kaufmännisch

korrekten Bestellvorgangs beim Auftragnehmer. Für den Fall, dass Unklarheiten bei der Bestellung bestehen, ist der Auftragnehmer verpflichtet unverzüglich Rücksprache mit dem Auftraggeber zu halten.

(3) Das Verfahren für die Bestellung und deren Abwicklung wird wie folgt geregelt:

a) Grundsätzlich erfolgen die Bestellungen/Abrufe per Mail.

b) Der Auftragnehmer stellt dem Empfänger für jede Lieferung einen Lieferschein in Papierform (und elektronischer Form) zur Verfügung, aus dem sich die tatsächlich gelieferten Komponenten ergeben.

Die Positionen werden möglichst in der gleichen Reihenfolge wie in der Bestellung aufgeführt. Aus den Lieferscheinen müssen die Seriennummern der Komponenten und das Aktenzeichen des Bestellers ersichtlich sein.

4. Verpackung

(1) Die zu liefernden Gegenstände (Produkte) sind handelsüblich zu verpacken und zu kennzeichnen.

Um die Umweltbelastung bei der Entsorgung der gebrauchten Verpackungsmittel so gering wie möglich zu halten, sind nur die unbedingt erforderlichen Verpackungsmittel zu verwenden. Die unbeschädigte und funktionsfähige Anlieferung beim Empfänger muss jedoch gewährleistet sein.

(2) Die Verpackung ist dem Empfänger vollständig zu übergeben und geht bei reinen Lieferleistungen grundsätzlich in das Eigentum des Auftraggebers über.

Die Parteien sind sich einig, dass der Auftragnehmer das aktuell gültige VerpackG einzuhalten hat.

Der Auftraggeber behält sich vor, den Auftragnehmer ohne gesonderte Vergütung auf dessen Entsorgungsverpflichtungen in Anspruch zu nehmen.

(3) Der Eigentumserwerb durch den Besteller lässt die Verpflichtungen des Auftragnehmers oder Dritter nach den Vorschriften des VerpackG unberührt.

(4) Darüber hinaus ist die Verpackung bezogen auf ihren Inhalt deutlich zu kennzeichnen (z.B. mit Angaben zu Hersteller Nr./Typ, Empfänger, Lieferscheinnummer etc.), dieses geschieht durch einen auf der Verpackung angebrachten Lieferschein.

(5) Die Pflichten des Auftragnehmers zur Abholung und Entsorgung gemäß Ziffer 2.2 der EVB-IT Kauf-AGB bleiben unberührt. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber nach Zuschlag einen Ansprechpartner bzgl. Abholung und Entsorgung mitzuteilen. Eine Sortierung des

Verpackungsmaterials durch den Auftraggeber erfolgt nicht. Aktuell ist ausschließlich eine Entsorgung des Verpackungsmaterials durch den Auftragnehmer vorgesehen.

5. Lieferungen/ -termine

(1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, Lieferungen vollständig und funktionsfähig innerhalb von 45 Kalendertagen nach Bestellung durchzuführen, soweit im Einzelfall keine anderweitige Vereinbarung getroffen wird.

Die Möglichkeit von Teillieferungen innerhalb der o.a. Frist bleibt davon unberührt.

Die Geräte sind im betriebsbereiten Zustand frei Verwendungsstelle zu liefern. Soweit notwendig, erfolgt die Installation bzw. Systemintegration in Zusammenarbeit mit dem Auftraggeber.

Der Auftragnehmer setzt für die eventuell erforderlichen Installationsarbeiten vom Hersteller zertifizierte Mitarbeiter ein.

(2) Bei Lieferungen/Leistungen muss der Auftragnehmer die üblichen Dienstzeiten des Empfängers berücksichtigen.

(3) Bei Lieferungen sind die Besonderheiten des Liefer- bzw. Erfüllungsortes, z.B. begrenzte Einfahrtshöhe, zu beachten. Diese werden vom Auftraggeber mitgeteilt.

(4) Die Lieferung hat auf Europaletten zu erfolgen, sofern Paletten zum Transport der Geräte erforderlich sind (Höhe max. 170 cm, Breite max. 80 cm, Länge max. 120 cm).

(5) Sofern Paletten zum Transport der Geräte erforderlich sind, hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber mindestens fünf Werktage vor Lieferung das Lieferdatum mitzuteilen.

6. Erfüllungsort / Bestimmungsort - Versandregelung

(1) Erfüllungsort ist grundsätzlich der vom Auftraggeber benannte Bestimmungsort (die Lieferanschrift).

(2) Die Preisstellung für die Lieferleistungen lautet grundsätzlich: "Frei Haus"

(3) Der Auftragnehmer hat den Versand der Vertragsgegenstände in eigener Zuständigkeit, zu seinen Lasten und auf sein Risiko durchzuführen.

7. Ansprechpartner

Dem Auftragnehmer werden Ansprechstellen des Auftraggebers bei Bedarf bei Bestellung genannt. Der Auftragnehmer benennt bei Vertragsschluss einen Ansprechpartner und teilt dem Auftraggeber etwaige Änderungen unverzüglich mit.

8. Mängelansprüche

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, seine Leistungen gemäß den Anforderungen der Anlage 1 Leistungsbeschreibung und den EVB-IT AGBs zu erbringen.
- (2) Ansprüche des Auftraggebers wegen verborgener Mängel werden durch eine Funktionsprüfung nicht beeinflusst.
- (3) Die Verjährungsfrist für Sach- und Rechtsmängelansprüche beträgt 24 Monate nach der Lieferung, soweit nichts anderes vereinbart ist. Sämtliche Sach- und Rechtsmängelansprüche verjähren in der regelmäßigen Verjährungsfrist, wenn der Auftragnehmer den Mangel arglistig verschwiegen hat.
- (4) Der Auftragnehmer erklärt, dass die im Rahmen des Vertrages zu liefernden Komponenten frei von Schadprogrammen (z.B. Viren) sind, die nach dem Stand der Technik zum Zeitpunkt der Lieferung bekannt sind.
- (5) Der Auftragnehmer hat die zum Zwecke der Mängelbeseitigung erforderlichen Aufwendungen, insbesondere Transport-, Wege-, Arbeits- und Materialkosten zu tragen.
- (6) Alle Speichermedien, die Daten auch bei einer Trennung vom elektrischen Netz speichern (insbesondere Festplatten), verbleiben beim Auftraggeber.

9. Vertragsstrafe

- (1) Die Vertragsstrafe wird auch ohne Verschulden verwirkt.
- (2) Im Falle des Rücktritts infolge der nicht oder nicht gehörigen Erfüllung behält der Auftraggeber den Anspruch auf eine verwirkte Vertragsstrafe.
- (3) § 341 Abs.3 BGB wird dahingehend geändert, dass die Geltendmachung bis zur Schlusszahlung (insb. dort durch Aufrechnung) möglich ist.

10. Haftung und Verzug

- (1) Soweit in den Regelungen der EVB-IT AGB (siehe Tz. 14), Haftungssummen bzw. -Begrenzungen oder Vertragsstrafen genannt sind, beziehen sie sich nicht auf die Rahmenvereinbarung selbst, sondern auf die jeweiligen Einzelbestellungen.
- (2) Der Auftragnehmer erklärt, dass er die sich aus der Rahmenvereinbarung ergebende Haftung durch eine Versicherung abgedeckt hat, die im Rahmen und Umfang einer marktüblichen Industriehaftpflichtversicherung oder einer vergleichbaren Versicherung aus einem Mitgliedsstaat der EU entspricht. Der Auftragnehmer wird diesen Versicherungsschutz mindestens bis zum Ende sämtlicher Vertragsbeziehungen aus der Rahmenvereinbarung

aufrechterhalten. Kommt der Auftragnehmer dieser Verpflichtung nicht nach, ist der Auftraggeber zum Rücktritt von der Rahmenvereinbarung berechtigt.

Weitergehende Ansprüche des Auftraggebers, insbesondere Schadensersatzansprüche, bleiben hiervon unberührt.

11. Vergütung

(1) Für alle in diesem Vertrag genannten Beträge gilt einheitlich der Euro als Währung.

(2) Für die Lieferungen und Leistungen des Auftragnehmers aus diesem Vertrag gelten die in der Anlage 1 (Leistungsbeschreibung) und dem Leistungsverzeichnis (Produkte/Leistungen) aufgeführten Preise zuzüglich der zum Zeitpunkt der Lieferung/ Leistungserbringung gültigen Umsatzsteuer.

Der jeweils im Leistungsverzeichnis (Produkte/Leistungen) angegebene Abschlag auf den Listenpreis ist in Form eines Prozentsatzes für die komplette Vertragslaufzeit und für die jeweiligen Komponenten gültig und darf nicht verringert werden.

Im Rahmen dieses Vergabeverfahrens wird bei mindestens einer Produktgruppe ein Rabattsatz auf den Listenpreis des Herstellers (im Zeitpunkt des Abrufes) als für die Zuschlagserteilung ausschlaggebender Wert vereinbart.

Der Bieter, der den Zuschlag im Vergabeverfahren erhalten wird, muss im Rahmen der Angebotserstellung bei Einzelabrufen dem Auftraggeber Folgendes mitteilen:

- den (Hersteller-) Listenpreis im Zeitpunkt der Angebotserteilung,
- die Produktgruppe (nur bei mehreren Produktgruppen) und
- den vereinbarten Rabattsatz.

Zusätzlich ist bei Auftragsbestätigung der zugrundeliegende US-Dollarkurs anzugeben, siehe auch Absatz 4.

Die Gewährung einer höheren Rabattierung - auch für einzelne Bestellungen - durch den Auftragnehmer ist zulässig.

Der Listenpreis muss für den Auftraggeber nachprüfbar und keine willkürlich zu bestimmende Größe sein. Die Preise müssen marktüblich sein, d. h. sie müssen - auch bei Änderungen - auf dem Markt erzielt werden können. Die Preisliste muss einer Vielzahl von Dritten bekannt gegeben sein.

(3) Die aktuellen Listenpreise können vom Auftraggeber jederzeit angefordert werden und sind ihm zur Verfügung zu stellen.

(4) Die Listenpreise des Herstellers Infoblox müssen zum Zeitpunkt des Abrufs bzw. Beauftragung auf den tagesaktuellen US\$ Wechselkurs angepasst werden.

Die Grundlage dafür bildet der an der europäischen Zentralbank notierte US\$ Wechselkurs:

(https://www.ecb.europa.eu/stats/policy_and_exchange_rates/euro_reference_exchange_rates/html/eurofxref-graph-usd.de.html)

12. Zahlungen

(1) Die Rechnungsstellung erfolgt ausschließlich elektronisch mit o.g. Adresse unter Angabe der Vertragsnummer des Auftraggebers an folgendes E-Mail-Postfach LfSt-z2.Invoice@lfst.bayern.de. Rechnungen sollen vom Vertragspartner selbst gestellt werden und nicht zum Beispiel durch ein ausländisches Mutterunternehmen oder ein sonstiges Mitglied eines Konzernverbunds, welchem der Vertragspartner angehört. Soweit eine Forderungsabtretung nicht wirksam ausgeschlossen werden kann, kann der Auftraggeber dennoch entsprechend § 354a HGB mit befreiender Wirkung an den bisherigen Vertragspartner leisten.

(2) Die Zahlung erfolgt innerhalb von 30 Tagen nach Zugang einer prüffähigen Rechnung unter Angabe des Aktenzeichens des Auftraggebers.

(3) Sollte die Rechnung bereits vor Lieferung / Leistungserbringung beim Besteller vorgelegt werden, gilt nicht das Datum des Eingangs der Rechnung beim Besteller als maßgeblich für den Beginn der Zahlungsfrist, sondern das Datum der tatsächlichen Lieferung / Leistungserbringung.

(4) Die Lieferung der vereinbarten Komponenten und sonstigen Leistungen ist Voraussetzung für Zahlungen des Auftraggebers.

(5) Zahlungs- und Skontofristen beginnen am Tag nach dem Eingang einer prüffähigen Rechnung beim Rechnungsempfänger, jedoch nicht vor dem Tag des vollständigen Eingangs der in Rechnung gestellten Lieferung am Erfüllungsort.

(6) Nur nach den vorstehenden Vorschriften eingereichte Rechnungen bilden die Grundlage für die Zahlung der Vergütung dieses Vertrages.

(7) Wird der Auftrag in Teillieferungen abgewickelt, die sich über einen längeren Zeitraum erstrecken, können dem Auftraggeber Teilrechnungen eingereicht werden.

13. Geltungsdauer

Diese Rahmenvereinbarung hat eine Laufzeit von zwei Jahren ab Zuschlagserteilung dieses Vertrages und verlängert sich bis zu zweimal automatisch um ein weiteres Jahr. Somit ergibt sich eine maximale Vertragslaufzeit von 4 Jahren ab Zuschlag.

Erhöht sich der Listenpreis für die in dieser Rahmenvereinbarung enthaltenen Produkte gegenüber dem Referenzpreis bei Zuschlag um mehr als fünfzig Prozent (50%), so hat der Auftraggeber das Recht auf außerordentliche Kündigung (Sonderkündigungsrecht) dieser Rahmenvereinbarung oder einzelner Produktgruppen.

Nach Zuschlag ist dem Auftraggeber eine Liste mit den Listenpreisen für alle Produkte der zu bepreisenden Produktgruppen zu übermitteln.

14. Allgemeine Vertragsbedingungen, Anwendbares Recht, Gerichtsstand

(1) Maßgebend für die einzelvertraglichen Vereinbarungen sind in nachstehender Rangfolge:

1. die Bedingungen dieser Rahmenvereinbarung inkl.

- Anlage 1: Leistungsbeschreibung Rahmenvereinbarungen Netzwerkkomponenten (alle Lose)
- Anlage 2: Supportbeschreibung Infoblox
- Anlage 3: Geheimhaltungsvereinbarung
- Anlage 4: Verpflichtungserklärung
- Anlage 5: Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung
- Anlage 6: Teleservice

2. EVB-IT Kauf-AGB, EVB-IT Instandhaltungs-AGB, EVB-IT Dienstleistungs-AGB, EVB-IT Überlassung-AGB (Typ A), EVB-IT Überlassung Typ B und EVB-IT Pflege S-AGB in der zum Zeitpunkt der Bestellung geltenden Fassung. Sollte eine Bestellung nicht in einer dieser Kategorien fallen, werden stattdessen die entsprechenden EVB-IT AGB verwendet.

(2) Auf diesen Vertrag findet ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland Anwendung. Verweist dieses Recht auf ausländische Rechtsordnungen, so finden diese Verweisungen auf die Abwicklung dieser Rahmenvereinbarung keine Anwendung. Die Anwendung des UN-Kaufrechts (CISG) ist ausgeschlossen.

(3) Für alle Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist, soweit nicht gesetzlich zwingend etwas Anderes bestimmt ist, der Gerichtsstand München vereinbart. Der Auftraggeber ist jedoch

berechtigt, nach seiner Wahl eigene Ansprüche am Gerichtsstand des Auftragnehmers geltend zu machen.

(4) Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers sind ausgeschlossen.

15. Übertragung von Rechten und Pflichten

Sofern der Auftragnehmer seine Geschäftsaktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland einzustellen beabsichtigt, ist er verpflichtet, dies dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen. Der Auftragnehmer darf Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag nicht ohne Einwilligung des Auftraggebers auf Dritte übertragen. Die Abtretung von Zahlungsansprüchen an Banken wird der Auftraggeber genehmigen, wenn keine konkrete Gefährdung der Interessen des Auftraggebers abzusehen ist.

16. Datenschutz und Geheimhaltung

Mit der Angebotsabgabe und anschließender Zuschlagserteilung gilt die Zustimmung zur Einhaltung der Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung sowie der Geheimhaltungsvereinbarung als abgegeben.

17. Verpflichtung

Alle Personen, die in Erfüllung der Pflichten des Auftragnehmers tätig werden, werden nach pflichtgemäßem Ermessen des Auftraggebers gemäß § 1 Verpflichtungsgesetz verpflichtet und haben im Anschluss eine Niederschrift (Anlage 4: Verpflichtungserklärung) zu unterzeichnen. Der Auftragnehmer kann zur Erfüllung seiner Pflichten nur solche Personen einsetzen, die mit der vorgenannten Regelung einverstanden sind.

Wird die Verpflichtungserklärung nicht unterzeichnet, so hat der Auftragnehmer einen anderen Dienstleister, der diese Voraussetzung erfüllt, zu schicken.

Sämtliche daraus resultierenden Folgen gehen zu Lasten des Auftragnehmers.

Die Unterzeichnung kann sowohl digital als auch händisch erfolgen. Der Auftragnehmer hat die unterschriebene(n) Verpflichtungserklärung(en) zu archivieren; die Führung eines (gerichtlichen) Nachweises zur Echtheit der Unterschrift obliegt dem Auftragnehmer.

18. Sicherheitsüberprüfung und Datenverarbeitung für Zugangskontrolle

In Ergänzung zu Ziffer 14 Dienstleistungs-AGB werden alle Personen, die in Erfüllung der Pflichten des Auftragnehmers tätig werden, gemäß Bayerischem Sicherheitsüberprüfungsgesetz (BaySÜG) im Rahmen einer einfachen

Sicherheitsüberprüfung (Art. 10 BaySÜG) vor Leistungsbeginn überprüft. Für die in der Ausschreibung enthaltenen optionalen Dienstleistungen dürfen nur Personen eingesetzt werden, die diese Überprüfung bestanden haben. Der Auftragnehmer stellt nur solche Personen zur Erfüllung der Dienstleistung zur Verfügung, die bereit sind sich einer Sicherheitsüberprüfung gemäß dem BaySÜG zu unterziehen. Außerdem stellt der Auftragnehmer nur solche Personen zur Erfüllung der Dienstleistung zur Verfügung, die bereit sind sich bei der Zugangskontrolle mit biometrischen Merkmalen auszuweisen (z.B. Handvenenscan, Gesichtsscan)

19. Pauschaler Schadensersatz zur Korruptionsbekämpfung

Wenn der Auftragnehmer aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung im Sinne von § 1 GWB darstellt, hat er 5 v. H. der Auftragssumme an den Auftraggeber zu zahlen, es sei denn, dass kein oder ein Schaden in anderer Höhe nachgewiesen wird. Dies gilt auch, wenn der Vertrag gekündigt wird oder bereits erfüllt ist.

20. Abtretung

Die Abtretung von Forderungen des Auftragnehmers bedarf der schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers.

21. Aufrechnung

Der Auftragnehmer kann gegenüber Ansprüchen des Auftraggebers mit Gegenforderungen nicht aufrechnen, wenn diese Forderungen nicht entweder rechtskräftig festgestellt oder vom Auftraggeber unbestritten sind, es sei denn, die Gegenforderung und die aufgerechnete Hauptforderung sind synallagmatisch miteinander verknüpft.

22. Schriftform, Textform

(1) Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrags nach Vertragsschluss sind nur wirksam, wenn sie schriftlich vereinbart werden. Dies gilt auch für eine Änderung dieser Schriftformklausel selbst. Abweichend hiervon sind auch formlos getroffene Änderungen oder Ergänzungen dieser Vereinbarung wirksam, wenn sie Individualvereinbarungen im Sinne von § 305 b BGB sind. Diese nachträglich getroffenen Änderungen/Vereinbarungen sollen in Textform dem Vertragswerk beigelegt werden.

(2) Die Parteien sind sich einig, dass bis zum Zeitpunkt des Abschlusses keine in diesem schriftlich geschlossenen Vertrag nicht enthaltenen Zusagen gemacht und keine weiteren mündlichen oder schriftlichen Vereinbarungen getroffen worden sind.

(3) Einseitige, gegenüber dem anderen Vertragsteil abzugebende Erklärungen bedürfen der Textform.

23. Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam oder undurchführbar sein oder nach Vertragsschluss unwirksam oder undurchführbar werden, bleibt davon die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen unberührt. An die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung soll diejenige wirksame und durchführbare Regelung treten, deren Wirkungen der wirtschaftlichen Zielsetzung am nächsten kommen, die die Vertragsparteien mit der unwirksamen bzw. undurchführbaren Bestimmung verfolgt haben. Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend für den Fall, dass sich der Vertrag als lückenhaft erweist.

Infoblox BloxCare maintenance & support programs

BLOXCARE SUPPORT SERVICES

Infoblox has designed technical support programs to suit the needs of all our customers. Underscoring all of the programs is our dedication to your satisfaction and success. Our expert teams strive to provide the highest level of support and thrive on delivering rapid resolution to technical problems. Feedback from our customer surveys shows very high satisfaction rates with the services that we provide. The following sections highlight Infoblox support offerings including Infoblox BloxCare Premium and Elite Maintenance programs as well as our optional Technical Account Manager service.



Infoblox provides a menu of comprehensive support programs that provide exceptional customer care tailored to your unique business needs. Infoblox BloxCare service offerings have been fine tuned over years of service to thousands of customers to ensure we provide the right support at the right time to facilitate your success. Infoblox takes customer care seriously and provides 24/7 access to certified Infoblox engineers through Global Support Centers (GSCs) delivering best-in-class support.

BLOXCARE PREMIUM MAINTENANCE PROGRAM

The BloxCare Premium Maintenance program is our most popular service offering. Since our products are part of critical infrastructure in your network, this base support program provides

- **24/7 x 365 assistance on technical questions or issues:** Support access is provided via a Toll free phone line, email, and our world class Online Infoblox Support Portal.
- **Access to our Software Download Center:** The Download Center hosts software upgrades, updates and patches.
- **Advanced Replacement RMA services:** These allow you to deploy replacement components before you return the components they replace.

BLOXCARE ELITE MAINTENANCE PROGRAM

Infoblox BloxCare Elite Maintenance includes all the benefits of BloxCare Premium and additionally provides:

- 24x7 accelerated access via dedicated telephone support line
- Case prioritization with enhanced SLA response times
- Enhanced SLA: Faster response times
- Proactive reach out
- Third party collaborative support
- Prioritization of feature requests



Over time Infoblox engineers form a closer relationship with our Elite customers and are positioned to assist in making the best selection of Infoblox products to meet your unique business needs.

BLOXCARE MAINTENANCE COMPARISON

	Premium ¹	Elite ¹
Terms	1-3 Years	1-3 Years
Technical Support ²		
Online Self-help Resources	✓	✓
Web/Email Support	✓	✓
Telephone Support	24/7 x 365	24/7 x 365
Dedicated Support Line		
Response Target Times	1 Hr Sev 1 2 Hr Sev 2	15 min Sev 1 1 Hr Sev 2
Hardware ³		
Replacement	Advanced Replacement	Advanced Replacement
Delivery Method	Next Business Day within Covered Locations*	Next Business Day within Covered Locations ⁴
Value-added Services		
Third-party Collaborative Support		✓
Product Recommendations		✓
Prioritized Product Feature Requests		✓
Beta Release Access		✓

1. See Infoblox Maintenance Terms and Conditions

2. View Product Support and End-of-Life policies

3. 1yr Hardware and 90 Days Software warranty is included for all Infoblox products

4. Order must be placed by 3pm local time

BLOXCARE TECHNICAL ACCOUNT MANAGEMENT

Infoblox customers have the option of adding a technical account manager (TAM) to their Premium or Elite BloxCare support. The TAM extends the base support program with a more customized, strategic, and high-touch engagement. The TAMs are highly skilled Infoblox engineers who become a true extension of your technical team. This add-on service provides focused access during local business hours with individualized guidance and support along with other valuable services:



	TAM Plus*	TAM Advanced*
TAM Assignment	Designated	Dedicated
Customer Environment and Solution Awareness	✓	✓
Proactive Incident and Escalation Management	✓	✓
Health Reports and Operational recommendations	✓	✓
Upgrade Assistance	✓	✓
Reviews and Communications	Weekly	Weekly
Analytics and Business Review	Bi-Annual	Quarterly
Customer Advocacy	✓	✓
Tactical & Strategic Infoblox Solutions Guidance	✓	✓
Concept Verification for a Proof-of-concept (POC)	✓	✓
Proactive Technical Reviews, Best Practices, Sharing and Knowledge Transfer	✓	✓
Upgrade Support and Planning	✓	✓
Customer Specific Feature Enhancements & Bug Champion	✓	✓
Annual Architect Review Board (ARB) Review		✓
Quarterly 1:1 with Infoblox TAM Director		✓
On Site Visit	2 On Site Visits (6 monthly) (T&E)	Quarterly

*Requires purchase of Premium or Elite Maintenance on all Infoblox products

ADDITIONAL INFOBLOX SERVICES

Infoblox Technical Training and Certification

Infoblox technical training delivers significant benefit to your technical team by providing them the same Infoblox knowledge and toolset that our own Technical Support team members utilize. With high-quality technical training, your team better leverages the full potential of Infoblox software and hardware to rapidly meet the ever-changing needs of your organization. Fully trained teams tend to get the most out of their technology investment with fewer technical problems.

Professional Services

For customers that require assistance on integration, business continuity, security and compliance, or a site audit (an assessment of your current DNS best practices architecture), we offer Infoblox Professional Services. Our Professional Services consultants are deep subject-matter experts with years of experience with Infoblox products and networking technology. If you have a project that requires technical subject-matter expertise (possibly on site), be sure to inquire about Infoblox Professional Services.

Infoblox Authorized Partner Support

In some locations, customers may subscribe to localized support from authorized partners who meet rigorous performance metrics.

From the smallest local business to the largest global enterprise, Infoblox is here to ensure your success with the best-of-breed software, hardware, and professional support services. To find out more about Infoblox Support Services, please contact your Infoblox account team or visit www.infoblox.com/support.

“ It doesn't happen often, but once in a while we run into a problem. Many thanks to the Infoblox Support team who jump in quickly and really save our skins when it is important. I have always found the Infoblox team to be responsive, accountable, and collaborative in solving the toughest of challenges.”

Simran Sandhu
Manager of Network Services,
Adobe



Infoblox unites networking and security to deliver unmatched performance and protection. Trusted by Fortune 100 companies and emerging innovators, we provide real-time visibility and control over who and what connects to your network, so your organization runs faster and stops threats earlier.

Corporate Headquarters
2390 Mission College Blvd, Ste. 501
Santa Clara, CA 95054

+1.408.986.4000
www.infoblox.com

INFOBLOX PREMIUM AND ELITE SUPPORT/MAINTENANCE SERVICE TERMS ADDENDUM (NIOS and NetMRI Products)

Rev. June 2022

This Addendum (“**Addendum**”) to the Master Purchasing Agreement (together, the “**Agreement**”) sets forth additional terms and conditions that govern the purchase and provisioning of Infoblox Premium Maintenance and Elite Maintenance for NIOS and NetMRI products (collectively, “**Support**”). The provision to Customer of the Support described herein is subject to placement of an Order by Customer for Support and advance payment of all applicable Support fees to Infoblox or an Authorized Reseller, as applicable. Support is provided in the English language only. Infoblox may, at its sole discretion, modify these terms or the services provided as Support; such modifications will only be effective with respect to subsequent Support renewals or Support for new or additional Product purchases. Capitalized terms shall have the meaning ascribed to them in Section 8 or elsewhere in this Addendum or the Agreement.

1. SCOPE AND PROVISION OF SUPPORT

(a) **Scope of Support.** Support is provided via telephone or internet and includes assistance with questions related to Product features, troubleshooting or issue diagnosis, configuration, and Workarounds, when applicable. Infoblox will use commercially reasonable efforts to provide the Support described in this Addendum, including the service levels set forth in Exhibit A based on the level of Support purchased by Customer, and to do so in a professional and workmanlike manner.

(b) **Remote Diagnostics and Assistance.** Provision of timely and effective Support, including diagnosis and resolution, may require the use of online diagnostics of the Product by Infoblox’s support personnel. Online diagnostic access may include the use of remote support tools from Infoblox or third parties. Customer may elect to provide remote access at its discretion and may require that Infoblox comply with Customer security policies related to such remote access, but acknowledges that denial of remote access may adversely impact Infoblox’s ability to provide the Support described herein.

(c) **Installation.** An implementation plan is essential for successful installation of Products. Support does not include implementation planning or installation of Products. If Customer requires assistance to support successful installation of Products, Infoblox professional services may be separately purchased.

(d) **Authorized Customer Support Contacts.** Customer will designate the individuals that are authorized to contact Infoblox on behalf of Customer to receive Support (“**Authorized Contacts**”). The Authorized Contacts may contact an Infoblox Global Support Center (“**GSC**”) by logging into [Infoblox’s support website](#) or by [telephone](#). Authorized Contacts will be provided with a unique login and password for Infoblox’s support website by Customer’s administrator. In order to facilitate efficient resolution of issues, Infoblox recommends that Authorized Contacts submitting support requests and engaging with the GSC maintain a current Infoblox Core DDI Advanced Troubleshooting (CDAT) and NMCS: NetMRI CCS Scripting certification.

(e) **Third-Party Product Issues.** In the event Infoblox determines that an issue submitted to the GSC is a third-party product or service issue, Infoblox may continue to assist Customer subject to Customer’s payment for efforts to resolve such issue at Infoblox’s then-current and applicable hourly rate. Prior to Customer incurring any such charges, Infoblox will notify Customer of the third-party issue and obtain Customer’s consent to continue providing support for the third-party issue. If Customer has purchased Elite Maintenance for the impacted Product, Infoblox will assist with triage support for the third-party issue at no additional charge provided Customer also has a current support or maintenance agreement in place with the relevant third party for the relevant third-party product or service.

(f) **Onsite Services.** Onsite support services are not included in Support offerings. Professional Services for onsite requirements may be separately purchased.

2. SOFTWARE RELEASES AND HARDWARE MAINTENANCE.

(a) **Software Releases.** Customer is entitled to download Releases from [Infoblox’s support website](#) for Products under a current Support contract. Installation and configuration of Releases is not included as part of Support and is the responsibility of Customer. Software Support does not entitle Customer to new Software that is designed to add additional applications or features available in the Software or to provide additional functions and features that were not included in the Software originally licensed, which may be licensed separately from Infoblox at the price set forth on Infoblox’s then-current price list or the then-current price charged by the Authorized Reseller, as applicable.

INFOBLOX PREMIUM AND ELITE SUPPORT/MAINTENANCE SERVICE TERMS ADDENDUM (NIOS and NetMRI Products)

Rev. June 2022

(b) Hardware Maintenance.

(i) Hardware Replacement. In addition to 1(a) – (e) above, Support for Hardware Products includes advance exchange replacement of Hardware determined to be defective by Infoblox. Prior to any return of Hardware, Customer must contact a GSC to verify the existence of a defect in the Hardware and to obtain a Return Merchandise Authorization (“RMA”) number by Infoblox and the correct return shipping address. Customer must promptly deliver the defective unit to be replaced (as identified by the serial number provided to Infoblox at the time of RMA issuance) in accordance with Infoblox’s return instructions provided at the time of RMA issuance. The RMA number must be clearly listed on the outside of the return packaging. Infoblox may refuse delivery and return to Customer at Customer’s expense any unauthorized return or return packages not in compliance with Infoblox’s return instructions. If Infoblox has not received the replaced unit within thirty (30) days of delivery of the replacement unit, Customer will be invoiced for and shall pay for the replacement unit at Infoblox’s then-current list price; non-payment may result in suspension of Support. If, after receipt, Infoblox determines in good faith that the returned unit does not contain the claimed defect or that failure of the unit was caused by misuse, negligence, software additions, modifications, or other damage caused to the unit when in Customer’s possession, then Infoblox may, in its sole discretion, return the unit to Customer at Customer’s expense and Customer shall pay for the previously shipped replacement unit at Infoblox’s then-current list price.

(ii) Next Business Day Hardware Replacement. Support may include next business day Hardware replacement service (“NBD”). To be eligible for NBD Hardware replacement, Hardware must be located in a geography’s depot delivery radius as identified on [Infoblox’s Global RMA Locations List](#) for NBD service coverage. In order to ship the same day, the RMA must be processed by 3:00 pm local time of the depot processing the RMA for shipment. For Hardware located outside of a geography’s depot delivery radius identified as NBD accessible, replacement Hardware will be shipped by reasonable, commercially available means for carrier delivery to Customer based on available delivery times. If Infoblox’s record of the installation location differs from the Customer’s requested ship to address, Infoblox will use commercially reasonable efforts to deliver Hardware by NBD.

3. CUSTOMER RESPONSIBILITIES.

(a) Customer’s Obligation to Assist. For each issue request submitted, Infoblox may require Customer to provide the following information: (a) a general description of the operating environment, (b) a list of all hardware components, operating systems and networks present, (c) a reproducible test case, and (d) any log, trace, and systems files.

Customer will be required to provide the Product activation ID or unit serial number when opening a Support request with Infoblox.

Customer’s failure to provide this information may prevent Infoblox from diagnosing and resolving the issue and will relieve Infoblox of its Support obligations to the extent such failure impedes Infoblox’s ability to diagnose or resolve the issue.

(b) Supported Releases. Infoblox will provide Support for Software release versions in accordance with its published lifecycle policy. Support does not cover prior release levels no longer supported in accordance with the policy; if required by Customer, services for prior release levels may be available at an additional charge. Installation of Software and Hardware in accordance with Infoblox documentation is the responsibility of the Customer.

(c) RMA Response Time. In order to ensure adequate RMA response times, Customer is responsible for ensuring Product installation locations are updated and accurate. Infoblox will bear no responsibility for delays caused by Customer’s failure to adhere to this section. Product installation location can be updated and maintained by the Customer via the Infoblox support portal under the ‘My Products’ page.

4. RENEWALS.

(a) Support Renewal. Fees for annual Support renewals are due in advance prior to the expiration of the then-current Support term. Infoblox reserves the right to increase Support prices annually and/or change the current pricing and fees from time to time. Renewal of Support will be under this Support Addendum (or any superseding document, as designated by Infoblox) applicable at the time of renewal. Prior to the expiration of a Support term, Infoblox may send a reminder notice to Customer or the applicable Authorized Reseller. The Authorized Reseller or Customer, as

INFOBLOX PREMIUM AND ELITE SUPPORT/MAINTENANCE SERVICE TERMS ADDENDUM (NIOS and NetMRI Products)

Rev. June 2022

applicable, must initiate the renewal process and provide Infoblox a full and complete Customer Product install list and corresponding order to renew Support. It is the sole responsibility of the Authorized Reseller or Customer to validate the renewal requirements and to provide all documentation and information necessary to complete the renewal request. If a Support renewal is not completed prior to the expiration date of the current Support term and Support correspondingly expires, Infoblox shall have no responsibility and will not provide any Support services to Customer following the expiration date. Notwithstanding anything to the contrary, any renewal in which subscription volume or subscription length for any Services has decreased from the prior term will result in re-pricing at renewal without regard to the prior term's per-unit pricing.

(b) **Lapsed Support; Late Fee; Reinstatement Fee.** If Customer fails to renew Support prior to the expiration of the then-current Support term, Infoblox may charge Customer a late fee equivalent to fifteen percent (15%) of the applicable annual Support renewal fee ("**Late Fee**") which shall be due at the time of renewal. If Customer allows Support to lapse for ninety (90) days or more and later requests to resume Support, in addition to the Late Fee, Customer will be required to pay a reinstatement fee of not less than fifteen percent (15%) of the applicable annual Support renewal fee for each lapsed Product and the fees that would have been paid for all missed Support periods prior to reinstating Customer's Support for the lapsed Products. In addition, at the time of such reinstatement, any other previously agreed pricing with regard to Support shall be void, and Customer will be charged Infoblox's then-current Support price. Any Support that has lapsed for more than six (6) months may be reinstated at the sole discretion of Infoblox subject to a Product inspection as described in Section 7(a)(ii) below.

5. EXTENDED MAINTENANCE SERVICE

For selected product models Infoblox may make available the Extended Maintenance Service described below. If made available by Infoblox and purchased by Customer, Extended Maintenance Service begins upon the End of Life (EOL) date announced by Infoblox for the product model in accordance with Infoblox's published End of Life Policy. Except as identified below, Extended Maintenance Service is subject to Infoblox's standard terms and service levels for the applicable maintenance program (Premium, Elite, Internet Service Provider (ISP), Managed Service Provider (MSP) or Partner) contract covering the Infoblox product units. These Extended Maintenance Service terms will control in event of any conflict with other maintenance terms.

(a) **Response Standards.** Response standards in Table 1 below describe the Extended Maintenance Service level of support that can be expected by Customer under normal circumstances.

Table 1. Extended Maintenance Service Levels

Severity Level	Definition	Initial Response Target Time*	Commitment (Infoblox and Customer)	Resolution Targets
1	Operation/Service down or critically impacted. No known Workaround.	Within 1 hour	Infoblox and Customer will commit necessary resources to fix problem or obtain a Workaround.	Emergency bug fix (EBF) if necessary. Fix included in next release.
2	Operation affected, but not down. Impact may be high. Workaround may be available.	2 business hours	Infoblox and Customer will commit resources during normal business hours to resolve issue or obtain Workaround.	Fix included in future release.
3	Moderate to negligible impact. No impact to business.	8 business hours	Infoblox and Customer will commit necessary resources during normal business hours to restore operation to satisfactory levels.	Schedule for future Release if necessary.

(b) **New Software Releases.** For Infoblox products under an Extended Maintenance Service contract, Customer is entitled to download new software releases for the applicable Infoblox product platform from the Infoblox Support

INFOBLOX PREMIUM AND ELITE SUPPORT/MAINTENANCE SERVICE TERMS ADDENDUM (NIOS and NetMRI Products)

Rev. June 2022

Website at <https://support.infoblox.com/support>. Infoblox does not commit that all new software releases made available during the Extended Maintenance Service period will function on the Infoblox product hardware; some software releases may not function on the hardware or may function with degraded performance or functionality.

(c) Hardware Replacement. At Infoblox's option, Infoblox product hardware under Extended Maintenance Service may be replaced with newer hardware models of equal or superior performance. Replacement with newer models does not extend the original EOL date or availability of maintenance services for the hardware unit. Extended Maintenance Service does not entitle Customer to hardware upgrades or replacement of EOL hardware with newer models. RMA shipment processes are described in Infoblox's Maintenance Service terms identified above.

(d) Latest Release. Provision of code fixes, patches and updates under Extended Maintenance Service is limited to the most recent point release (e.g., version X.y) of the Infoblox product software on the announced EOL date. Extended Maintenance Service does not include prior code fixes or patches for prior release levels.

(e) Fees. Extended Maintenance Service may be subject to additional fees above standard Premium, Elite, ISP, MSP or Partner maintenance service fees. If Infoblox consents to make Extended Maintenance Service available, then such availability is contingent upon Customer waiving any commitments regarding renewal prices or limiting maintenance fee increases for the purchase of Extended Maintenance Service.

(f) No Renewals. Extended Maintenance Service may be made available for one- or two-year terms and are not subject to renewal.

6. SOFTWARE ONLY EXTENDED MAINTENANCE SERVICE

Infoblox may make available the Extended Maintenance Service for (END OF SOFTWARE DEVELOPMENT EOSD Software Versions described below ("Version Extended Maintenance"). Standard Infoblox Maintenance Services do not include creation of new fixes, patches, maintenance releases or feature additions or requests for any version release that is past the EOSD date (as defined in Infoblox's published End of Life Policy available at <https://www.infoblox.com/support/policies/>). If made available for a release version and purchased by Customer, Version Extended Maintenance begins upon the EOSD date announced by Infoblox for the Covered Version. Except for the supplemental terms for Covered Versions as described below, Infoblox's standard terms and service levels for the applicable maintenance program (Premium, Elite, ISP, MSP or Partner) continue to apply to covered product units. These Extended Maintenance Service Terms for EOSD Software Versions supplement Infoblox's standard terms and service levels applicable to product units for which Version Extended Maintenance has been purchased. Product units must be under a current Infoblox maintenance service contract in order to be eligible for purchase of Version Extended Maintenance.

(a) Covered Versions. Version Extended Maintenance below applies only to Covered Versions. Covered Versions will be identified by Infoblox as numbers to the left and right of the decimal point (i.e., Version X.y). A current list of Covered Versions is available upon request.

(b) Security Fixes and Patches. Provision of new code fixes, patches and updates under Version Extended Maintenance is limited to security vulnerabilities for Covered Versions. Version Extended Maintenance does not include updates or upgrades with new functionality or code fixes or patches for prior release levels. Although Infoblox will use reasonable efforts to provide security fixes and patches for Covered Versions, in some cases it may not be practical or optimal to attempt to provide a patch or fix for a Covered Version and addressing security vulnerability may require upgrade to a current release version.

(c) Fees. Extended Version Maintenance requires payment of additional fees above standard Premium, Elite, ISP, MSP or Partner maintenance service fees. If Infoblox consents to make Version Extended Maintenance available for Customer's product units, then such availability is contingent upon Customer waiving any commitments regarding renewal prices or limiting maintenance fee increases for the purchase of Extended Maintenance Service.

(d) No Renewals. Extended Version Maintenance is not subject to renewal.

7. MISCELLANEOUS.

INFOBLOX PREMIUM AND ELITE SUPPORT/MAINTENANCE SERVICE TERMS ADDENDUM (NIOS and NetMRI Products)

Rev. June 2022

(a) **Eligibility for Support.** To be eligible for Support, the Products must contain or be the most current, or immediately prior, revision of Infoblox Software. Support does not include updates of Products and upgrading to the most current level shall be at Customer's expense. Products must be installed and remain in an operating environment which is in accordance with the specifications set forth in the applicable Documentation.

(i) **Same Product Coverage.** Products of the same Infoblox Product type located at the same site location must be covered by the same level of Support. For Hardware, Customer must have both the chassis and all associated add-on components covered under the same Support plan. Customer shall notify Infoblox if additional same type Products are purchased or licensed during the term of this Addendum and shall pay a pro-rated support charge for such additional Product if a co-terminating Support contract is requested by Customer.

(ii) **Product Inspection.** Upon prior notice, Infoblox may conduct an onsite, physical certification inspection before commencement of Support hereunder to determine whether the Product is in good operating condition when: (1) Customer has allowed Support to lapse for more than six (6) months and wants to reinstate Support for the Product, or (2) Customer did not purchase Support when initially purchasing the Products and greater than twelve (12) months have lapsed since the Products were purchased. If during inspection Infoblox determines that a Product needs repair because it has not been maintained, Infoblox or an Authorized Reseller will provide Customer an estimated repair cost. Additionally, an inspection certification charge will be applied and invoiced by Infoblox or the Authorized Reseller, as applicable, at Infoblox's then-current, professional services rate (travel and expenses are additional charges). Fees associated with the Product inspection are non-refundable.

(b) **Service Exclusions:** The following services and conditions are specifically excluded from the Support Services provided under this Agreement; however, they may be provided by Infoblox at the request of Customer for an additional charge

- (1) Customer's failure to implement Releases made available under Support.
- (2) The use or operation of the Product other than as set forth in the Documentation.
- (3) Any customizations, alterations, modifications of or additions to Products other than fixes and patches provided by Infoblox.
- (4) Any services, including replacement of parts or repair of damage, which in the reasonable opinion of Infoblox are necessitated by the unit or subassembly (a) having been misused; (b) utilizing replacement parts not provided by Infoblox; (c) having been used in a negligent manner; or (d) having been used outside the environmental range specified by Infoblox.
- (5) Any work to be performed at a Customer's site, other than as mutually agreed and documented in an Order.
- (6) Products that have reached Infoblox's published End-of-Life date as per our [End-of-Life policy](#).
- (7) Infoblox will not extend Support or provide Software for any Infoblox Product purchased from an unauthorized third-party. Additionally, any customer purchasing used or second-hand appliances should be aware that Software and licensing (including embedded firmware) is non-transferrable pursuant to the applicable Infoblox Software license terms, and installing or using such Software may be a violation of such terms.
- (8) Any work at Customer's site, other than as specified in the Services Orders
- (9) Any Support Services for Product which has been the subject of loss, theft, damage or destruction in whole or in part from any reason whatsoever (flood, earthquakes).

8. DEFINITIONS.

(a) **"Release"** means a new Software release version issued for a specific Product, if and when available, containing error corrections, patches, enhancements, new features and/or functionality, which is made generally available by Infoblox to its Support recipients without additional charge and may be indicated by a change in the version number to the left or right of the decimal point.

**INFOBLOX PREMIUM AND ELITE SUPPORT/MAINTENANCE SERVICE TERMS
ADDENDUM (NIOS and NetMRI Products)**

Rev. June 2022

(b) **“Workaround”** means a temporary solution to a Software error that Infoblox has implemented or enabled customers to implement that allows the Software to regain functionality or provide Software functions in accordance with the Documentation.

EXHIBIT A
MAINTENANCE SERVICE LEVELS

The following describes the level of support that can be expected by Customer under normal circumstances.

TABLE 1. PREMIUM MAINTENANCE SERVICE LEVELS

Severity	Definition	Initial Response Target Time	Commitment (Infoblox and Customer)	Resolution Targets
1	Operation/Service down or critically impacted. No known Workaround.	Within 1 hour	Infoblox and Customer will commit necessary resources to fix problem —restore services by a fix or obtain a Workaround.	Emergency bug fix (EBF) if necessary. Fix included in next Release.
2	Operation affected, but not down. Impact may be high. Workaround may be available.	2 business hours	Infoblox and Customer will commit resources during normal business hours to resolve issues or obtain Workaround.	Fix included in future Release.

**INFOBLOX PREMIUM AND ELITE SUPPORT/MAINTENANCE SERVICE TERMS
ADDENDUM (NIOS and NetMRI Products)**

Rev. June 2022

3	Moderate to negligible impact. No impact to business.	8 business hours	Infoblox and Customer will commit necessary resources during normal business hours to restore operation to satisfactory levels.	Schedule for future Release if necessary.
4	Request for information, documentation issues, and enhancement requests.	1 business day	Request-dependent.	Request-dependent.

TABLE 2. ELITE MAINTENANCE SERVICE LEVELS

Severity	Definition	Initial Response Target Time	Commitment (Infoblox and Customer)	Resolution Targets
1	Operation/Service down or critically impacted. No known Workaround.	Within 15min	Infoblox and Customer will commit necessary resources to fix problem or obtain a Workaround.	Emergency bug fix (EBF) if necessary. Fix included in next Release.
2	Operation affected, but not down. Impact may be high. Workaround may be available.	1 business hour	Infoblox and Customer will commit resources during normal business hours to resolve issue or obtain Workaround.	Fix included in future Release.

**INFOBLOX PREMIUM AND ELITE SUPPORT/MAINTENANCE SERVICE TERMS
ADDENDUM (NIOS and NetMRI Products)**

Rev. June 2022

3	Moderate to negligible impact. No impact to business.	8 business hours	Infoblox and Customer will commit necessary resources during normal business hours to restore operation to satisfactory levels.	Schedule for future Release if necessary.
4	Request for information, documentation issues, and enhancement requests.	1 business day	Request-dependent.	Request-dependent.

Geheimhaltungsvereinbarung

Zwischen

dem **Freistaat Bayern**

vertreten durch das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat,
dieses vertreten durch das Bayerische Landesamt für Steuern

- im folgenden „**Auftraggeber**“ genannt -

Und

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

- im folgenden „**Auftragnehmer**“ genannt -

wird folgende Geheimhaltungsvereinbarung in Bezug auf den Vertrag

H 1620.2.1-2058 / BA_0264_2026 - Rahmenvereinbarung Netzwerkkomponenten (Los 2)

geschlossen:

1. Die Parteien verpflichten sich, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten vertraulichen Informationen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse vertraulich zu behandeln und geheim zu halten, insbesondere nicht an Dritte weiterzugeben oder anders als zu vertraglichen Zwecken zu verwerten. Diese Pflicht zur Geheimhaltung und Vertraulichkeit gilt unabhängig davon, ob Informationen mündlich, elektronisch oder in anderer Form zugänglich gemacht wurden. Die Pflicht zur Geheimhaltung und Vertraulichkeit besteht auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses fort. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, nach Erfüllung seiner Verpflichtung alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten vertraulichen Informationen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse gemäß den aktuell geltenden Sicherheitsvorschriften (insb. der Vorgaben des BSI) zu löschen, es sei denn gesetzliche oder vertragliche Verpflichtungen stehen dem entgegen oder der Auftraggeber verlangt, dass die vertraulichen Informationen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse nicht gelöscht werden. Der Erfahrungsaustausch des Auftraggebers mit und innerhalb der öffentlichen Hand bleibt unbenommen, ebenso wie die Erfüllung gesetzlicher Pflichten des Auftraggebers. Unberührt bleibt die Pflicht zum vertraulichen Umgang mit auf der Grundlage des Vertrages erlangten Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen. Die Verpflichtung zur Vertraulichkeit gilt darüber hinaus nicht für Informationen, die den Parteien bereits rechtmäßig bekannt sind oder außerhalb des Vertrags ohne Verstoß gegen eine Vertraulichkeitsverpflichtung bekannt werden.
2. Vertrauliche Informationen sind alle Informationen und Materialien, die der Auftragnehmer direkt oder indirekt vom Auftraggeber zur Abwicklung des Auftrags erhält und die ein verständiger Dritter als schützenswert ansehen würde oder die als vertraulich gekennzeichnet sind, unabhängig davon, ob sie schriftlich, elektronisch, mündlich, digital verkörpert oder in anderer Form zugänglich gemacht wurden.
3. Der Auftragnehmer erklärt, dass er rechtlich und tatsächlich in der Lage ist, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten vertraulichen Informationen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse - auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses - vertraulich zu behandeln. Insbesondere erklärt er, dass zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses keine Verpflichtungen, Dritten solche Informationen zu offenbaren oder in anderer Weise zugänglich zu machen, bestehen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber sofort schriftlich zu benachrichtigen, wenn er die Einhaltung dieser Verpflichtung nicht mehr gewährleisten kann, insbesondere, wenn für ihn eine Notwendigkeit oder Verpflichtung entsteht oder er eine solche hätte erkennen können, die ihn an der Einhaltung der Vertraulichkeit hindern könnte.

4. Nr. 3 gilt nicht, soweit gesetzliche Offenlegungspflichten bestehen (etwa gegenüber Stellen der Börsenaufsicht, Regulierungsbehörden oder der Finanzverwaltung), es sei denn, solche Offenlegungspflichten bestehen gegenüber ausländischen Sicherheitsbehörden.
 - 4.1 Besteht eine gesetzliche Offenlegungspflicht, hat der Auftragnehmer vor der Offenlegung den Auftraggeber über den Umfang der Offenlegung zu informieren. Der Umfang der Offenlegung ist dabei auf das gesetzlich vorgeschriebene Minimum zu beschränken.
 - 4.2 In Zweifelsfällen hat der Auftragnehmer den Auftraggeber auf die gesetzliche(n) Offenlegungspflicht(en) vor Vertragsschluss hinzuweisen.
5. Der Auftragnehmer ist berechtigt, vertrauliche Informationen nur an solche Unterauftragnehmer weiterzugeben, deren Einsatz der Auftraggeber ausdrücklich zugestimmt hat, wenn und soweit diese vertraulichen Informationen für die Erbringung der jeweiligen Leistungen durch den Unterauftragnehmer erforderlich sind („need-to-know“-Prinzip). Dies gilt nur, wenn sich der Unterauftragnehmer zuvor dem Auftragnehmer gegenüber mindestens in gleichem Umfang zur Vertraulichkeit verpflichtet hat, wie der Auftragnehmer gegenüber dem Auftraggeber. Die Weitergabe der vertraulichen Informationen durch den Unterauftragnehmer muss jedoch ausgeschlossen sein; soweit nicht der Auftraggeber jeweils zuvor einer Weitergabe ausdrücklich zugestimmt hat.
6. Vertrauliche Informationen dürfen ausschließlich zum Zweck der Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Vertrag eingesetzt werden. Daher darf der Auftragnehmer die Informationen nur solchen Mitarbeitern zugänglich machen, die sie für die Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Vertrag benötigen. Diese Mitarbeiter sind in gleichem Umfang zur Geheimhaltung zu verpflichten, und zwar auch für die Zeit nach Beendigung ihres Arbeitsverhältnisses mit dem Auftragnehmer, soweit dies rechtlich zulässig ist.
7. Etwaige weitergehende Pflichten des Auftragnehmers aus dem Gesetz zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen (GeschGehG) vom 18.04.2019 bleiben von der vorliegenden Vereinbarung unberührt.

Niederschrift über die Verpflichtung zur gewissenhaften Erfüllung von Obliegenheiten nach dem Verpflichtungsgesetz

Verhandelt

München/Nürnberg/_____, den _____

Vor der zur Verpflichtung zuständigen Person

Herr/Frau: _____,

Referat/Stelle: _____

(„verpflichtende Person“)

erschien heute zum Zwecke der

Verpflichtung

nach § 1 des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen vom 2. März 1974 (BGBl I S. 547)

Frau/Herr _____,

(Name)

Geboren am _____

(Datum)

tätig für Firma/Büro _____

(„verpflichtete Person“)

Die erschienene Person wurde auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten verpflichtet.
Sie wurde auf folgende Strafvorschriften des Strafgesetzbuches hingewiesen:

§ 133 Abs. 3

Verwahrungsbruch

§ 201 Abs. 3	Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes
§ 203 Abs. 2,4,5	Verletzung von Privatgeheimnissen
§ 204	Verwertung fremder Geheimnisse
§§ 331, 332	Vorteilsannahme und Bestechlichkeit
§ 353b	Verletzung des Dienstgeheimnisses und einer besonderen Geheimhaltungspflicht
§ 355	Verletzung des Steuergeheimnisses
§ 358	Nebenfolgen
§ 97b Abs. 2 i.V.m. §§ 94 bis 97	Verrat in irriger Annahme eines illegalen Geheimnisses
§ 120 Abs. 2	Gefangenenerbefreiung

Die erschienene Person wurde darüber belehrt, dass die vorgenannten Strafvorschriften auf Grund der Verpflichtung für sie anzuwenden sind.

Sie erklärt, auf die genannten Bestimmungen hingewiesen worden zu sein. Sie unterzeichnet dieses Protokoll nach Vorlesung zum Zeichen der Genehmigung und bestätigt gleichzeitig den Empfang einer Abschrift der Niederschrift.

v. g. u.

(Unterschrift der verpflichtenden Person)

(Unterschrift der verpflichteten Person)

Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung

gem. Art. 28 DSGVO

zum Vertrag [H 1620.2.1-2058 / BA_0264_2026](#) - Rahmenvereinbarung Netzwerkkomponenten
(Los 2)

zwischen

dem **Freistaat Bayern**,

vertreten durch das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat,

dieses vertreten durch das Bayerische Landesamt für Steuern

- nachfolgend „**Verantwortlicher**“ -

Und

- nachfolgend „**Auftragsverarbeiter**“ -

- beide nachfolgend gemeinsam „**Vertragsparteien**“ -

wird die folgende Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung geschlossen:

Inhalt

Präambel.	3
§ 1 Anwendungsbereich	3
§ 2 Konkretisierung des Auftragsinhalts	3
§ 3 Verantwortlichkeit und Weisungsbefugnis	3
§ 4 Beachtung zwingender gesetzlicher Pflichten durch den Auftragsverarbeiter	5
§ 5 Technische und organisatorische Maßnahmen sowie deren Kontrolle	6
§ 6 Mitteilung bei Verstößen durch den Auftragsverarbeiter	6
§ 7 Löschung und Rückgabe von Daten	7
§ 8 Subunternehmen	7
§ 9 Datenschutzkontrolle	8
§ 10 Anweisungs-, empfangs- und kontrollberechtigte Personen	8
§ 11 Kündigung	9
§ 12 Schlussbestimmungen	9
Anhang 1	10

Präambel

Die Vertragsparteien sind mit oben genanntem Vertrag ein Auftragsverarbeitungsverhältnis eingegangen. Um die sich hieraus ergebenden Rechte und Pflichten gemäß den Vorgaben der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (*Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG - DSGVO*), der Abgabenordnung (AO), des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) und des Bayerischen Datenschutzgesetzes (BayDSG) zu konkretisieren, schließen die Vertragsparteien die nachfolgende Vereinbarung.

§ 1 Anwendungsbereich

Die Vereinbarung findet Anwendung auf die Verarbeitung personenbezogener Daten (im Folgenden: Daten) i. S. v. Art. 4 Nr. 1 und 2 DSGVO, die Gegenstand des Vertrags sind oder im Rahmen der Durchführung anfallen oder dem Auftragsverarbeiter bekannt werden. Nicht unter den Anwendungsbereich fallen Daten von Mitarbeitern des Auftragsverarbeiters, soweit sie ausschließlich das Beschäftigungsverhältnis mit dem Auftragsverarbeiter betreffen.

§ 2 Konkretisierung des Auftragsinhalts

(1) Gegenstand und Dauer der Auftragsverarbeitung sowie Umfang, Art und Zweck der vorgesehenen Verarbeitung von Daten bestimmen sich nach oben genanntem Vertrag und der zugehörigen Leistungsbeschreibung.

(2) Folgende Datenarten/ -kategorien sind Gegenstand der Verarbeitung durch den Auftragsverarbeiter:

- dienstliche E-Mail-Adresse der Kontaktperson im Wartungsfall
- Funktions-E-Mail-Adresse der technischen Fachteams „Competence-Center LAN zentral“ und „Competence-Center LAN dezentral“
- Vorname und Nachname der Kontaktperson im Wartungsfall
- dienstliche Telefonnummer der Kontaktperson im Wartungsfall

(3) Der Kreis der betroffenen Personen i. S. v. Art. 4 Nr. 1 DSGVO ist:

Mitglieder der Teams „Competence-Center LAN zentral“ und „Competence-Center LAN dezentral“ am BayLfSt

§ 3 Verantwortlichkeit und Weisungsbefugnis

(1) Der Auftragsverarbeiter verarbeitet personenbezogene Daten im Auftrag des Verantwortlichen. Der Verantwortliche ist im Rahmen dieser Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen der Datenschutzgesetze, insbesondere für die Rechtmäßigkeit der Datenweitergabe an den Auftragsverarbeiter sowie für die Rechtmäßigkeit der Datenverarbeitung allein verantwortlich („Verantwortlicher“ im Sinne des Art. 4 Nr. 7 DSGVO). Der Verantwortliche kann jederzeit die Herausgabe, Berichtigung, Anpassung, Löschung und Einschränkung der Verarbeitung der Daten verlangen. Die Einrede

des Zurückbehaltungsrechts i. S. v. § 273 BGB wird hinsichtlich der für den Verantwortlichen verarbeiteten Daten und der zugehörigen Datenträger ausgeschlossen.

(2) Zur Gewährleistung des Schutzes der Rechte der betroffenen Personen unterstützt der Auftragsverarbeiter den Verantwortlichen angemessen, insbesondere durch geeignete technische und organisatorische Maßnahmen.

(3) Soweit sich eine betroffene Person zwecks Geltendmachung der Betroffenenrechte unmittelbar an den Auftragsverarbeiter wendet, wird der Auftragsverarbeiter die betroffene Person über seine Unzuständigkeit informieren und an den jeweiligen Verantwortlichen i. S. v. Art. 4 Nr. 7 DSGVO (z. B. an die sachlich und örtlich zuständige Finanzbehörde in dem jeweiligen Land) verweisen.

(4) Der Auftragsverarbeiter darf Daten ausschließlich im Rahmen der Weisungen des Verantwortlichen verarbeiten, sofern er nicht zu einer anderen Verarbeitung durch das Recht der Union oder des Mitgliedstaates, dem der Auftragsverarbeiter unterliegt, hierzu verpflichtet ist (z. B. Ermittlungen von Strafverfolgungs- oder Staatsschutzbehörden); in einem solchen Fall teilt der Auftragsverarbeiter dem Verantwortlichen diese rechtlichen Anforderungen vor der Verarbeitung mit, sofern das betreffende Recht eine solche Mitteilung nicht wegen eines wichtigen öffentlichen Interesses verbietet (Art. 28 Abs. 3 Satz 2 Buchst. a DSGVO). Eine Weisung ist die auf einen bestimmten Umgang des Auftragsverarbeiters mit personenbezogenen Daten gerichtete schriftliche, elektronische oder mündliche Anordnung des Verantwortlichen. Anordnungen sind unverzüglich zu dokumentieren. Die Weisungen werden zunächst im oben genannten Vertrag und in der Leistungsbeschreibung, definiert und können von dem Verantwortlichen danach in dokumentierter Form geändert, ergänzt oder ersetzt werden. Diese datenschutzrechtlichen Weisungen sind keine Weisungen im arbeitsrechtlichen Sinne. Sämtliche Regelungen sind vielmehr so zu verstehen, dass dadurch das Personenauswahlrecht und die Weisungs- und Direktionsbefugnisse beim Verarbeiter verbleiben. Es entsteht keine Arbeitnehmerüberlassung und eine solche ist auch im Vollzug des Vertrags nicht bezweckt. Dies gilt auch für den Fall, dass der Auftragsverarbeiter sich Subunternehmern zur Erfüllung dieses Vertrags bedient.

(5) Der Auftragsverarbeiter hat den Verantwortlichen unverzüglich gemäß Art. 28 Abs. 3 Satz 3 DSGVO zu informieren, wenn er der Meinung ist, eine Weisung verstoße gegen datenschutzrechtliche Vorschriften. Der Auftragsverarbeiter ist berechtigt, die Durchführung der entsprechenden Weisung solange auszusetzen, bis sie von Seiten des Verantwortlichen bestätigt oder geändert wird. Hiervon ausgeschlossen sind bestimmte betriebskritische Leistungen, die erst nach Rücksprache mit dem Verantwortlichen ausgesetzt werden dürfen.

(6) Änderungen des Verarbeitungsgegenstandes mit Verfahrensänderungen sind gemeinsam abzustimmen und zu dokumentieren. Auskünfte an Dritte oder die betroffene Person darf der Auftragsverarbeiter nur nach vorheriger ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung durch den Verantwortlichen erteilen. Der Auftragsverarbeiter verwendet die Daten für keine anderen als die beauftragten Zwecke und ist insbesondere nicht berechtigt, sie über den Auftrag hinaus an Dritte weiterzugeben. Kopien und Duplikate werden – außer für Zwecke erforderlicher Datensicherung - ohne Zustimmung des Verantwortlichen nicht erstellt.

(7) Der Verantwortliche führt das Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten i. S. d. Art. 30 Abs. 1 DSGVO. Der Auftragsverarbeiter stellt dem Verantwortlichen auf dessen Wunsch Informationen zur Aufnahme in das Verzeichnis zur Verfügung. Der Auftragsverarbeiter führt entsprechend den Vorgaben des Art. 30 Abs. 2 DSGVO ein Verzeichnis zu allen Kategorien von im Auftrag des Verantwortlichen durchgeführten Tätigkeiten der Verarbeitung.

(8) Die Verarbeitung der Daten im Auftrag des Verantwortlichen findet ausschließlich auf dem Gebiet der Europäischen Union statt. Eine Verarbeitung in einem Staat außerhalb des in Satz 1 genannten Territoriums ist nur zulässig, wenn sichergestellt ist, dass unter Berücksichtigung der Voraussetzungen des Kapitels V der DSGVO das durch die DSGVO gewährleistete Schutzniveau nicht unterlaufen wird, und bedarf der vorherigen ausdrücklichen schriftlichen Zustimmung des Verantwortlichen. Die grundlegenden Voraussetzungen für die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung bleiben unberührt.

(9) Der Auftragsverarbeiter stellt sicher, dass ihm unterstellte natürliche Personen, die Zugang zu Daten haben, diese nur im Rahmen des Auftrags des Verantwortlichen verarbeiten. Eine Verarbeitung von Daten außerhalb der Betriebsräume des Auftragsverarbeiters (z. B. Telearbeit, Heimarbeit, Home Office, mobiles Arbeiten) bedarf der vorherigen ausdrücklichen schriftlichen Zustimmung des Verantwortlichen, die erst nach Festlegung angemessener technischer und organisatorischer Maßnahmen für die Verarbeitungssituation erteilt werden kann.

§ 4 Beachtung zwingender gesetzlicher Pflichten durch den Auftragsverarbeiter

(1) Dem Auftragsverarbeiter unterstellte natürliche Personen sind nach § 1 des Verpflichtungsgesetzes (VerpflG) zur gewissenhaften Erfüllung ihrer Obliegenheiten zu verpflichten. Unabhängig von der durch den Auftraggeber vorzunehmenden Verpflichtung nach dem Verpflichtungsgesetz hat der Auftragsverarbeiter die ihm unterstellten natürlichen Personen über die in diesem Auftragsverarbeitungsverhältnis bestehenden Regelungen zu belehren.

(2) Die Vertragsparteien unterstützen sich gegenseitig beim Nachweis und der Dokumentation der ihnen obliegenden Rechenschaftspflicht im Hinblick auf die Grundsätze ordnungsgemäßer Datenverarbeitung einschließlich der Umsetzung der notwendigen technischen und organisatorischen Maßnahmen (Art. 5 Abs. 2, Art. 24 Abs. 1 DSGVO). Der Auftragsverarbeiter stellt dem Verantwortlichen hierzu bei Bedarf entsprechende Informationen zur Verfügung.

(3) Der Auftragsverarbeiter hat einen Datenschutzbeauftragten zu benennen, der seine Tätigkeit entsprechend den gesetzlichen Vorschriften ausübt. Die Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten sind dem Verantwortlichen zum Zwecke der direkten Kontaktaufnahme mitzuteilen.

(4) Der Auftragsverarbeiter informiert den Verantwortlichen unverzüglich über Kontrollen und Maßnahmen durch die Aufsichtsbehörden oder falls eine Aufsichtsbehörde im Rahmen ihrer Zuständigkeit bei dem Auftragsverarbeiter anfragt, ermittelt oder sonstige Erkundigungen einzieht.

§ 5 Technische und organisatorische Maßnahmen sowie deren Kontrolle

(1) Die Vertragsparteien vereinbaren das in Anhang 1 zu dieser Vereinbarung niedergelegte Mindestmaß an technischen und organisatorischen Sicherheitsmaßnahmen. Der Anhang 1 ist Gegenstand dieser Vereinbarung.

(2) Technische und organisatorische Maßnahmen unterliegen dem technischen Fortschritt. Insofern ist es dem Auftragsverarbeiter gestattet, alternative adäquate Maßnahmen umzusetzen. Dabei darf das Sicherheitsniveau der in dem Anhang 1 festgelegten Maßnahmen nicht unterschritten werden. Wesentliche Änderungen sind mit dem Verantwortlichen abzustimmen und zu dokumentieren.

(3) Der Auftragsverarbeiter wird dem Verantwortlichen alle erforderlichen Informationen zur Verfügung stellen, die zum Nachweis der Einhaltung der in dieser Vereinbarung getroffenen und der gesetzlichen Vorgaben erforderlich sind. Er wird insbesondere Überprüfungen/Inspektionen, die vom Verantwortlichen oder einem anderen von diesem beauftragten Prüfer durchgeführt werden, ermöglichen und deren Durchführung unterstützen. Der Nachweis der Umsetzung solcher Maßnahmen, die nicht nur den konkreten Auftrag betreffen, kann dabei auch durch Vorlage eines aktuellen Testats, von Berichten hinreichend qualifizierter und unabhängiger Instanzen (z. B. Wirtschaftsprüfer, unabhängige Datenschutzauditoren), durch die Einhaltung genehmigter Verhaltensregeln nach Art. 40 DSGVO, einer Zertifizierung nach Art. 42 DSGVO oder einer geeigneten Zertifizierung durch IT-Sicherheits- oder Datenschutzaudit (z. B. nach IT-Grundschutz nach BSI) erbracht werden. Der Auftragsverarbeiter verpflichtet sich, den Verantwortlichen über den Ausschluss von genehmigten Verhaltensregeln gemäß Art. 41 Abs. 4 DSGVO, den Widerruf einer Zertifizierung gemäß Art. 42 Abs. 7 DSGVO und jede andere Form der Aufhebung oder wesentlichen Änderung der vorgenannten Nachweise unverzüglich zu unterrichten.

(4) Der Verantwortliche kann sich jederzeit zu Prüfzwecken in den Betriebsstätten des Auftragsverarbeiters zu den üblichen Geschäftszeiten ohne Störung des Betriebsablaufs von der Angemessenheit der Maßnahmen zur Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben oder der zur Durchführung dieses Vertrags erforderlichen technischen und organisatorischen Erfordernisse überzeugen.

(5) Der Auftragsverarbeiter stellt dem Verantwortlichen darüber hinaus alle erforderlichen Informationen zur Verfügung, die er für die Prüfungen nach Absatz 4 sowie für eine Abschätzung der Folgen der vorgesehenen Verarbeitungsvorgänge für den Schutz der Daten (Datenschutz-Folgenabschätzung i. S. d. Art. 35 DSGVO) benötigt.

(6) Der Auftragsverarbeiter hat im Benehmen mit dem Verantwortlichen alle erforderlichen Maßnahmen zur Sicherung der Daten bzw. der Sicherheit der Verarbeitung, insbesondere auch unter Berücksichtigung des jeweils aktuellen Stands der Technik, sowie zur Minderung möglicher nachteiliger Folgen für Betroffene zu ergreifen.

§ 6 Mitteilung bei Verstößen durch den Auftragsverarbeiter

Der Auftragsverarbeiter unterrichtet den Verantwortlichen umgehend bei schwerwiegenden Störungen seines Betriebsablaufs, bei Verdacht auf Verstöße gegen diese Vereinbarung sowie

gesetzliche Datenschutzbestimmungen, bei Verstößen gegen solche Bestimmungen oder anderen Unregelmäßigkeiten bei der Verarbeitung der Daten des Verantwortlichen. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Meldepflicht nach Art. 33 Abs. 2 DSGVO sowie auf korrespondierende Pflichten des Verantwortlichen nach Art. 33 und Art. 34 DSGVO. Der Auftragsverarbeiter sichert zu, den Verantwortlichen erforderlichenfalls bei seinen Pflichten nach Art. 33 und 34 DSGVO angemessen zu unterstützen. Meldungen nach Art. 33 oder 34 DSGVO für den Verantwortlichen darf der Auftragsverarbeiter nur nach vorheriger Weisung gemäß § 3 dieser Vereinbarung durchführen.

§ 7 Löschung und Rückgabe von Daten

(1) Überlassene Datenträger und Datensätze verbleiben im Eigentum des Verantwortlichen.

(2) Nach Abschluss der vertraglich vereinbarten Leistungen oder früher nach Aufforderung durch den Verantwortlichen, jedoch spätestens mit Beendigung der Leistungsvereinbarung, hat der Auftragsverarbeiter sämtliche in seinen Besitz gelangten Unterlagen, erstellten Verarbeitungs- und Nutzungsergebnisse sowie Datenbestände (wie auch hiervon gefertigte Kopien oder Reproduktionen), die im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis stehen, dem Verantwortlichen auszuhändigen oder nach vorheriger Zustimmung des Verantwortlichen datenschutzgerecht zu vernichten. Gleiches gilt für Test- und Ausschussmaterial. Ein Löschungsprotokoll ist dem Verantwortlichen auf Anforderung vorzulegen.

(3) Der Auftragsverarbeiter kann Dokumentationen, die dem Nachweis der auftrags- und ordnungsgemäßen Datenverarbeitung dienen, entsprechend der jeweiligen Aufbewahrungsfristen bis zu deren Ende auch über das Vertragsende hinaus aufbewahren. Alternativ kann er sie zu seiner Entlastung bei Vertragsende dem Verantwortlichen übergeben. Für die nach Satz 1 aufbewahrten Daten gelten nach Ende der Aufbewahrungsfrist die Pflichten nach Absatz 2.

§ 8 Subunternehmen

(1) Der Auftragsverarbeiter darf weitere Auftragsverarbeiter (Subunternehmen) nur mit vorheriger ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung des Verantwortlichen in Anspruch nehmen. Der Verantwortliche kann gegen derartige Änderungen Einspruch erheben. Nicht als Leistungen von Subunternehmen im Sinne dieser Regelung gelten Dienstleistungen, die der Auftragsverarbeiter bei Dritten als Nebenleistung zur Unterstützung der Auftragsdurchführung in Anspruch nimmt, beispielsweise Telekommunikationsdienstleistungen, wenn kein Zugriff auf personenbezogene Daten des Auftraggebers erfolgt. Der Auftragsverarbeiter ist jedoch verpflichtet, zur Gewährleistung des Schutzes und der Sicherheit der Daten des Verantwortlichen auch bei fremd vergebenen Nebenleistungen angemessene und gesetzeskonforme vertragliche Vereinbarungen zu treffen sowie Kontrollmaßnahmen zu ergreifen.

(2) Wenn Subunternehmen durch den Auftragsverarbeiter eingeschaltet werden, hat der Auftragsverarbeiter sicherzustellen, dass seine vertraglichen Vereinbarungen mit dem Subunternehmen so gestaltet sind, dass das Datenschutzniveau mindestens der Vereinbarung zwischen dem Verantwortlichen und dem Auftragsverarbeiter entspricht und alle vertraglichen und gesetzlichen Vorgaben beachtet werden; dies gilt insbesondere auch im Hinblick auf den Einsatz geeigneter technischer und organisatorischer Maßnahmen zur Gewährleistung eines angemessenen Sicherheitsniveaus der Verarbeitung.

(3) Dem Verantwortlichen sind in der vertraglichen Vereinbarung mit dem Subunternehmen Kontroll- und Überprüfungsrechte entsprechend dieser Vereinbarung einzuräumen. Ebenso ist der Verantwortliche berechtigt, auf schriftliche Anforderung vom Auftragsverarbeiter Auskunft über den Inhalt des mit dem Subunternehmen geschlossenen Vertrages und die darin enthaltene Umsetzung der datenschutzrelevanten Verpflichtungen des Subunternehmens zu erhalten.

(4) Kommt das Subunternehmen seinen datenschutzrechtlichen Verpflichtungen nicht nach, so haftet der Auftragsverarbeiter gegenüber dem Verantwortlichen für die Einhaltung der Pflichten des Subunternehmens. Der Auftragsverarbeiter hat in diesem Falle auf Verlangen des Verantwortlichen die Beschäftigung des Subunternehmens ganz oder teilweise zu beenden oder das Vertragsverhältnis mit dem Subunternehmen zu lösen, wenn und soweit dies nicht unverhältnismäßig ist.

§ 9 Datenschutzkontrolle

Der Auftragsverarbeiter verpflichtet sich, dem Datenschutzbeauftragten des Verantwortlichen sowie der zuständigen Aufsichtsbehörde zur Erfüllung ihrer jeweiligen gesetzlich zugewiesenen Aufgaben im Zusammenhang mit diesem Auftrag jederzeit Zugang zu den üblichen Geschäftszeiten zu gewähren. Der Auftragsverarbeiter unterwirft sich zusätzlich zu der für ihn bestehenden gesetzlichen Datenschutzaufsicht der Kontrolle der für den Verantwortlichen zuständigen Datenschutzaufsicht (hier: der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz bzw. der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit) und der Kontrolle durch den Datenschutzbeauftragten des Verantwortlichen mit Ausnahme der Bereiche, die keinerlei Bezug zur Auftragserfüllung haben. Er duldet insbesondere Betretungs-, Einsichts- und Fragerechte der Genannten, einschließlich der Einsicht in durch Berufsgeheimnisse geschützte Unterlagen. Er wird seine Mitarbeiter anweisen, mit den Genannten zu kooperieren, insbesondere deren Fragen wahrheitsgemäß und vollständig zu beantworten. Die nach Gesetz bestehenden Verschwiegenheitspflichten und Zeugnisverweigerungsrechte der Genannten bleiben davon unberührt.

§ 10 Anweisungs-, empfangs- und kontrollberechtigte Personen

Die gegenüber dem Auftragsverarbeiter im datenschutzrechtlichen Sinne anweisungs-, empfangs- und kontrollberechtigten Personen sind dem Auftragsverarbeiter durch den Verantwortlichen schriftlich zu benennen. Sofern nicht explizit etwas Abweichendes geregelt ist, erfolgt dies durch Nennung des fachlichen Ansprechpartners nach Vertragsschluss. Der fachliche Ansprechpartner ist somit dem Auftragsverarbeiter gegenüber - sofern nicht explizit abweichend geregelt - im datenschutzrechtlichen Sinne anweisungs-, empfangs- und kontrollberechtigt. Der Auftragsverarbeiter hat den kontrollberechtigten Personen nach Identitätsprüfung zur Ausübung ihrer Funktion in Begleitung eines Mitarbeiters des Auftragsverarbeiters Zutritt zu allen Sicherheitszonen zu gewähren. Sie haben sich bei der Ausübung ihrer Befugnisse zu legitimieren. Der Verantwortliche hat jederzeit das Recht, die Berechtigung einzelner oder aller benannter Personen gegenüber dem Auftragsverarbeiter zu widerrufen und neue anweisungs-, empfangs- und kontrollberechtigte Personen zu benennen. Der Widerruf und die Neubenennung erfolgen schriftlich.

§ 11 Kündigung

Der Verantwortliche kann die Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung jederzeit ohne Einhaltung einer Frist schriftlich kündigen, wenn ein schwerwiegender Verstoß des Auftragsverarbeiters gegen Datenschutzvorschriften oder die Bestimmungen dieser Vereinbarung vorliegt, der Auftragsverarbeiter eine Weisung des Verantwortlichen nicht ausführen kann oder will oder der Auftragsverarbeiter Kontrollrechte des Verantwortlichen vertragswidrig verweigert. Insbesondere die Nichteinhaltung der in dieser Vereinbarung festgelegten und aus Art. 28 DSGVO abgeleiteten Pflichten stellt einen schweren Verstoß dar. Der Verantwortliche hat in diesen Fällen nach Kündigung der Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung ebenso das Recht den Vertrag zu kündigen, in dessen Rahmen die Auftragsverarbeitung erfolgt.

§ 12 Schlussbestimmungen

(1) Änderungen und Ergänzungen dieser Vereinbarung und aller ihrer Bestandteile - einschließlich etwaiger Zusicherungen des Auftragsverarbeiters - bedürfen einer schriftlichen Vereinbarung und des ausdrücklichen Hinweises darauf, dass es sich um eine Änderung bzw. Ergänzung dieser Bedingungen handelt. Dies gilt auch für den Verzicht auf dieses Formerfordernis.

(2) Sollten einzelne Regelungen dieser Vereinbarung unwirksam oder undurchführbar sein, wird davon die Wirksamkeit der übrigen Regelungen nicht berührt. An die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Regelung tritt diejenige wirksame und durchführbare Regelung, deren Wirkungen der Zielsetzung am nächsten kommt, die die Vertragsparteien mit der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung verfolgt haben. Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend für den Fall, dass sich die Vereinbarung als lückenhaft erweist.

Ort, Datum

Ort, Datum

Der Bieter, der im Vergabeverfahren XYZ den Zuschlag erhalten hat
vertreten durch

Freistaat Bayern,
vertreten durch das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat,
dieses vertreten durch das Bayerische Landesamt für Steuern

Anhang 1

„Technische und organisatorische Maßnahmen“

zu § 5 der Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung

§ 1 Technische und organisatorische Sicherheitsmaßnahmen

Die Vertragspartner sind verpflichtet, geeignete technische und organisatorische Maßnahmen so durchzuführen, dass die Verarbeitung der Daten im Einklang mit den gesetzlichen Anforderungen erfolgt und der Schutz der Rechte der betroffenen Person in angemessener Form gewährleistet ist.

§ 2 Innerbehördliche oder innerbetriebliche Organisation des Auftragsverarbeiters

Der Auftragsverarbeiter wird seine innerbehördliche oder innerbetriebliche Organisation so gestalten, dass sie den besonderen Anforderungen des Datenschutzes gerecht wird. Dabei sind insbesondere Maßnahmen zu treffen, die je nach der Art der zu schützenden Daten oder Datenkategorien geeignet sind.

§ 3 Konkretisierung der Einzelmaßnahmen

(1) Im Einzelnen werden folgende Maßnahmen bestimmt, die als Mindestmaß der Umsetzung der Vorgaben des Art. 32 DSGVO dienen:

Nr.	Maßnahme	Umsetzung der Maßnahme
1.	Zutrittskontrolle Unbefugten ist der Zutritt zu Datenverarbeitungsanlagen, mit denen personenbezogene Daten verarbeitet werden, zu verwehren.	<i>Zutrittskontrollsystem, Ausweisleser, Magnetkarte, Chipkarte, Schlüssel, Schlüsselvergabe, Objektschutz, Überwachungseinrichtung, Alarmanlage, Türsicherung</i>
2.	Zugangskontrolle Es ist zu verhindern, dass Datenverarbeitungssysteme von Unbefugten genutzt werden können.	<i>Technische (Kennwort-/ Passwortschutz) und organisatorische (Benutzerstammsatz) Maßnahmen hinsichtlich der Benutzeridentifikation und Authentifizierung, Verwendung von dem Stand der Technik entsprechenden Verschlüsselungsverfahren (insb. durch: Kennwortverfahren, automatisches Sperren, Einrichtung eines Benutzerstammsatzes pro User, Verschlüsselung von Datenträgern)</i>
3.	Zugriffskontrolle Es ist zu gewährleisten, dass die zur Benutzung eines Datenverarbeitungssystems Berechtigten ausschließlich auf die ihrer Zugriffsberechtigung unterliegenden Daten zugreifen können, und dass personenbezogene Daten bei der Verarbeitung nicht unbefugt gelesen, kopiert, verändert oder entfernt werden können.	<i>Bedarfsorientierte Ausgestaltung des Berechtigungskonzepts und der Zugriffsrechte sowie deren Überwachung und Protokollierung, Verwendung von dem Stand der Technik entsprechenden Verschlüsselungsverfahren (insb. durch differenzierte Berechtigungen wie Profile, Rollen etc., Auswertungen, Kenntnisnahme, Veränderung, Löschung)</i>
4.	Weitergabekontrolle Es ist zu gewährleisten, dass personenbezogene Daten bei der elektronischen Übertragung oder während ihres Transports oder ihrer Speicherung auf Datenträger nicht unbefugt gelesen, kopiert, verändert oder entfernt werden können, und dass überprüft und festgestellt werden kann, an welchen Stellen eine Übermittlung personenbezogener Daten durch Einrichtungen zur Datenübertragung vorgesehen ist.	<i>Maßnahmen bei Transport, Übertragung und Übermittlung oder Speicherung auf Datenträger (manuell oder elektronisch) sowie bei der nachträglichen Überprüfung, Verwendung von dem Stand der Technik entsprechenden Verschlüsselungsverfahren, elektronische Signatur</i>

5.	Eingabekontrolle Es ist zu gewährleisten, dass nachträglich überprüft und festgestellt werden kann, ob und von wem personenbezogene Daten in Datenverarbeitungssysteme eingegeben, verändert oder entfernt worden sind.	<i>Nachvollziehbarkeit bzw. Dokumentation der Datenverwaltung gewährleisten, etwa durch Protokollierungs- und Auswertungssysteme</i>
6.	Auftragskontrolle Es ist zu gewährleisten, dass personenbezogene Daten, die im Auftrag verarbeitet werden, nur entsprechend den Weisungen des Verantwortlichen verarbeitet werden können.	<i>Abgrenzen der Kompetenz zwischen Verantwortlichem und Auftragsverarbeiter (Beispiel: Eindeutige Vertragsgestaltung, Kriterien zur Auswahl des Auftragsverarbeiters, Kontrolle der Vertragsausführung)</i>
7.	Verfügbarkeitskontrolle Es ist zu gewährleisten, dass personenbezogene Daten gegen zufällige Zerstörung oder Verlust geschützt sind.	<i>Die Daten sind gegen zufällige Zerstörung oder Verlust zu schützen, Maßnahmen zur Datensicherung (insb. durch: Backup-Verfahren, Spiegeln von Festplatten, unterbrechungsfreie Stromversorgung, Firewall, Notfallplan)</i>
8.	Trennungskontrolle Es ist zu gewährleisten, dass zu unterschiedlichen Zwecken erhobene Daten getrennt verarbeitet werden können.	<i>Daten, die zu unterschiedlichen Zwecken erhoben wurden, sind auch getrennt zu verarbeiten, Mandantenfähigkeit, Funktionstrennung zwischen Produktion/ Test</i>

(2) Es ist ein Verfahren zu etablieren, das eine regelmäßige Überprüfung, Bewertung und Evaluierung der Wirksamkeit der zum Einsatz kommenden technischen und organisatorischen Maßnahmen durch die Vertragsparteien ermöglicht.

Teleservicevereinbarung

Zwischen

dem **Freistaat Bayern**,

vertreten durch das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat,

dieses vertreten durch das Bayerische Landesamt für Steuern

- im folgenden „**Auftraggeber**“ genannt -

und

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

- im folgenden „**Auftragnehmer**“ genannt -

wird folgende Teleservicevereinbarung in Bezug auf den Vertrag

[H 1620.2.1-2058 / BA_0264_2026 - Rahmenvereinbarung Netzwerkkomponenten \(Los 2\)](#)

geschlossen:

Soweit der Auftragnehmer nach dem oben genannten Vertrag zur Leistungserbringung durch Teleservice berechtigt ist, gelten ergänzend die folgenden Regelungen. Dabei gilt die Definition des Begriffs Teleservice nach den Begriffsbestimmungen der einbezogenen EVB-IT AGB.

1. Die Systeme, welche für die Einwahl und Leistungserbringung durch Teleservice verwendet werden, müssen folgende technischen und organisatorischen Voraussetzungen erfüllen:
 - Ein aktuelles, vom Hersteller **Microsoft** noch unterstütztes **Client-Betriebssystem** in **Ausprägung x86-Prozessor-Architektur** mit zum Zeitpunkt der Einwahl aktuellem Patchstand.

- Sonstige auf dem System befindliche Software muss mit aktuellen Sicherheitspatches versorgt sein.
- Das System muss durch einen aktuellen Virens Scanner und mindestens durch eine Personal-Firewall geschützt sein.
- Der Verbindungsaufbau darf nicht unter der Administrator- bzw. Root-Kennung erfolgen.
- Zum Zeitpunkt des Verbindungsaufbaus und während der laufenden Sitzung darf keine weitere Netzwerk Verbindung bestehen.

Der Auftraggeber ist berechtigt dem Auftragnehmer aus sachlichen Gründen weitere technische und organisatorische Voraussetzungen aufzugeben. Der Auftragnehmer stellt sicher, dass die Leistungserbringung durch Teleservice die genannten technischen und organisatorischen Voraussetzungen während der gesamten Vertragsdauer erfüllt..

2. Besteht ein Verdacht, der Zweifel an der Zuverlässigkeit oder Sicherheit der Leistungserbringung durch Teleservice ergibt, ist der Auftraggeber berechtigt, die Verbindung zum System des Auftraggebers jederzeit und ohne vorherige Unterrichtung zu trennen. Die Entscheidungsgründe für den Trennvorgang sind vom Auftraggeber zu protokollieren. Der Auftragnehmer wird über die Trennung der Verbindung anschließend unverzüglich unterrichtet. Die Leistungspflicht des Auftragnehmers besteht auch bei Trennung der Verbindung fort. Die Art und Weise der Leistungserbringung bei Trennung legt der Auftraggeber unter Berücksichtigung beiderseitiger Interessen sowie sämtlicher Umstände des Einzelfalls in Absprache mit dem Auftragnehmer fest.
3. Die Einwahl zur Leistungserbringung durch Teleservice darf nur über den durch den Auftraggeber vorgegebenen Weg erfolgen. Die Einwahl in das System des Auftraggebers wird durch den Auftraggeber ermöglicht. Eine sichere Authentifizierung der Beschäftigten des Auftragnehmers wird durch eine personalisierte Zuweisung des zweiten Faktors sichergestellt. Die Weitergabe des Authentifizierungsmittels an andere Beschäftigte des Auftragnehmers oder an Dritte ist nicht zulässig. Der Auftraggeber legt vor Beginn der Erbringung der Vertragsleistungen fest, welche Zugriffsrechte dem Auftragnehmer zugewiesen werden. Der Auftragnehmer darf die ihm gewährten Zugriffsrechte nur zur Erfüllung des zugrundeliegenden Vertrages nutzen. Ein weiterreichendes Zugriffsrecht ist nur in Absprache mit dem Auftraggeber möglich. Die Entscheidung über eine Erweiterung der Zugriffsrechte bleibt alleine dem Auftraggeber überlassen.

4. Die auf Seiten des Auftragnehmers anfallenden Verbindungs- und Betriebskosten sind vom Auftragnehmer zu tragen (einschließlich eventueller Pauschalen).
5. Während der Leistungserbringung durch Teleservice ist der Auftraggeber berechtigt, die Zugriffsdaten, welche zur Autorisierung und Authentifizierung des Beschäftigten des Auftragnehmers genutzt werden, zu protokollieren. Eine Speicherung der Protokolle erfolgt nur in einem Umfang, wie es zur Analyse von Problemen und Vertragsverletzungen und zur Erfüllung von Dokumentationspflichten erforderlich ist auf der Rechtsgrundlage von Art. 6 Abs. 1 S. 1 Buchst. b, c, e DSGVO i.V.m. Art. 4 Abs. 1 BayDSG. Hieraus kann sich auch eine Speicherung über die Vertragslaufzeit hinaus ergeben. Die Protokolle werden durch den Auftraggeber gelöscht, soweit sie für die vorgenannten Zwecke nicht mehr erforderlich sind. Den von der Verarbeitung personenbezogener Daten betroffenen Beschäftigten des Auftragnehmers stehen gegen den Auftraggeber nach Art. 15 bis 18 und Art. 21 DSGVO verschiedene Betroffenenrechte zu. Hierzu gehört das Recht auf Auskunft, sowie Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung bzw. das Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung von personenbezogenen Daten. Sollten betroffene Beschäftigte des Auftragnehmers der Auffassung sein, dass der Auftraggeber einem Anliegen nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen ist, können diese bei der zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde, dem Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz, Beschwerde einlegen.
6. Die Vertragsparteien vereinbaren, dass sie sich gegenseitig unverzüglich darüber informieren, soweit Verstöße gegen Verpflichtungen dieser Teleservicevereinbarung festgestellt werden oder ein solcher Verdacht besteht.
7. Der Auftragnehmer verpflichtet sich darüber hinaus insbesondere,
 - a) Unbefugten den Zutritt zu seinen Systemen, mit denen Daten des Auftraggebers verarbeitet und genutzt werden, zu verwehren,
 - b) zu verhindern, dass seine zur Leistungserbringung durch Teleservice eingesetzten Systeme von Unbefugten genutzt werden können,

- c) dafür Sorge zu tragen, dass Daten des Auftraggebers bei Speicherung, Verarbeitung oder Nutzung in Systemen des Auftragnehmers nicht unbefugt gelesen, kopiert, verändert oder entfernt werden können,
 - d) dafür Sorge zu tragen, dass bei einer elektronischen Übertragung von Daten des Auftraggebers im Einvernehmen mit diesem die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen zur Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität getroffen werden,
 - e) soweit erforderlich die von ihm autorisierten und von ihm benannten Personen auf das Fernmeldegeheimnis gemäß § 88 TKG zu verpflichten,
 - g) dafür Sorge zu tragen, dass nach Beendigung des Vertragsverhältnisses oder dem Entzug der Berechtigung eines Beschäftigten sämtliche betroffene Zugangsmittel zur Leistungserbringung durch Teleservice nach Wahl des Auftraggebers sicher gelöscht werden oder an die vom Auftraggeber benannte Stelle zurückgegeben werden.
8. Soweit der Auftragnehmer zur Leistungserbringung Unterauftragnehmer einsetzt, ist der Auftragnehmer dafür verantwortlich, dass die Unterauftragnehmer die Verpflichtungen aus dieser Vereinbarung entsprechend erfüllen.
9. Der Auftragnehmer hat sich für alle technischen Fragen im Zusammenhang mit dieser Teleservicevereinbarung an seinen Ansprechpartner des Bayerischen Landesamt für Steuern zu wenden. Der Ansprechpartner wird dem Auftragnehmer nach Vertragsschluss mitgeteilt.
10. Aus Gründen der Informationssicherheit sind alle technischen Grundlagen zur Leistungserbringung durch Teleservice allgemein gehalten.

Rahmenvereinbarung

zwischen

dem **Freistaat Bayern**,

vertreten durch das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat,

dieses vertreten durch das Bayerische Landesamt für Steuern

- nachfolgend „Auftraggeber“ -

und

dem Bieter, der im Vergabeverfahren

Az.: H 1620.2.1-2058 – Los 3

den Zuschlag erhalten hat.

- nachfolgend „Auftragnehmer“ –

wird die folgende Rahmenvereinbarung geschlossen:

1.	Grundkonsens.....	2
2.	Auftragnehmerleistung	2
3.	Bestellungen	3
4.	Verpackung	4
5.	Lieferungen/ -termine	5
6.	Erfüllungsort / Bestimmungsort - Versandregelung.....	5
7.	Ansprechpartner	5
8.	Mängelansprüche	6
9.	Vertragsstrafe.....	6
10.	Haftung und Verzug.....	6
11.	Vergütung.....	7
12.	Zahlungen.....	8
13.	Geltungsdauer.....	9
14.	Allgemeine Vertragsbedingungen, Anwendbares Recht, Gerichtsstand.....	9
15.	Übertragung von Rechten und Pflichten	10
16.	Datenschutz und Geheimhaltung	10
17.	Verpflichtung.....	10
18.	Sicherheitsüberprüfung und Datenverarbeitung für Zugangskontrolle.....	10
19.	Pauschaler Schadensersatz zur Korruptionsbekämpfung.....	11
20.	Abtretung.....	11
21.	Aufrechnung.....	11
22.	Schriftform, Textform	11
23.	Salvatorische Klausel.....	12

1. Grundkonsens

(1) Gegenstand der Rahmenvereinbarung ist eine Lieferung von Akamai-Komponenten gem. Anlage 1 Leistungsbeschreibung (siehe Tz. 2) inkl. Software/Lizenzen, Wartung und Support.

Während der Laufzeit der Rahmenvereinbarung behält sich der Auftraggeber vor, weitere Akamai-Produkte abzurufen. Bzgl. des voraussichtlichen Bedarfs siehe Preisblatt.

(2) Ziel dieser Rahmenvereinbarung ist es, die grundsätzlich anfallenden Leistungen und Bedingungen sowie die gegenseitigen Rechte und Pflichten für Einzelaufträge (Bestellungen/Abrufe) zu regeln, die im Laufe des Vertragszeitraumes erteilt werden. Auch werden Regeln und Prozesse festgelegt, die eine Anpassung der Vereinbarungen an die Weiterentwicklung des Auftraggebers / der Besteller unter Berücksichtigung der jeweils konkreten individuellen Bedürfnisse ermöglichen.

2. Auftragnehmerleistung

(1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die in der Leistungsbeschreibung und im Preisblatt aufgeführten Produkte und Leistungen nach Maßgabe von Ziffer 3 zu liefern und gegebenenfalls sonstige damit verbundene Leistungen (z.B. Installation und Inbetriebnahme) zu erbringen.

Die Produkte sind fabrikneu hergestellt, vollständig und ordnungsgemäß funktionierend (mangelfrei) im betriebsbereiten Zustand frei Haus (zusatzkostenfrei) zu liefern.

Der Auftragnehmer ist aufgefordert, ausschließlich fabrikneue Originalware anzubieten, die Sie über die offiziellen Vertriebskanäle der Hersteller beziehen oder bezogen haben. Im Einzelnen werden nicht akzeptiert:

- Grauware (Graumarktware)
- Reimporte
- Ware mit dem Status Remarketed, Demo oder Renewed
- Anderweitig gebrauchte Ware

Nach erfolgter Lieferung behält sich der Auftraggeber das Recht vor, die Seriennummern der gelieferten Komponenten beim Hersteller auf Originalware und Herkunft prüfen zu lassen. Die angebotene Ware muss von einem offiziellen Distributor des Herstellers oder vom Hersteller selbst stammen. Diese Beschaffenheit gilt mit Abgabe des Angebotes als vereinbart. Weiterhin sind auf Anfrage Kopien der Original-Lieferscheine des Distributors bzw. des Herstellers

beizulegen.

Für zukünftige Beauftragungen im Rahmen der Rahmenvereinbarung gilt dies analog.

(2) Während der Laufzeit der Rahmenvereinbarung erbringen die Auftragnehmer eine allgemeine Information- und Beratungsleistung ggü. dem Auftraggeber hinsichtlich technologischer Neuerungen/Verbesserungen (z.B. Technologiewechsel etc.).

(3) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, zum Zeitpunkt der Lieferung, die für den Betrieb erforderliche Dokumentation (für Hard- und Software) vollständig, ordnungsgemäß und im aktuellen Zustand zu übergeben.

Sämtliche Dokumentation ist - soweit verfügbar - in deutscher Sprache zu liefern.

Soweit die Dokumentation nicht in deutscher Sprache verfügbar ist, ist sie in englischer Sprache zu liefern.

(4) Statt der in dieser Rahmenvereinbarung genannten und geforderten Akamai Service-Level (siehe Anlage 2) können bei den jeweiligen Einzelabrufen für die Wartung der Geräte durch den Auftragnehmer eigene, mindestens in der Ausprägung gleichwertige Wartungs- und Servicekategorien angeboten werden.

(5) Der Auftragnehmer muss alle Produkte von Akamai entsprechend der aktuell gültigen Akamai GPL (globale Preisliste von AKAMAI) anbieten und vertreiben können. Die in der der Preisliste genannten Rabatte auf den Listenpreis sind während der gesamten Vertragslaufzeit gültig. Sollte ein Produkt nicht mehr angeboten werden, so gelten die Rabattsätze auch auf dessen Nachfolgeprodukt. Sollten während der Vertragslaufzeit neue Produktgruppen eingeführt werden (die aktuell nicht existieren und somit nicht im Preisblatt vorhanden sind), so ist dies vom Auftragnehmer zeitnah mitzuteilen, inkl. einem für die restliche Laufzeit gültigen Rabattsatz.

3. Bestellungen

(1) Eine Verpflichtung des Auftraggebers über das Volumen der Mindestabnahmemenge gemäß Leistungsbeschreibung hinaus weitere Bestellungen zu tätigen besteht nicht. Der Abruf der Mindestabnahmemenge erfolgt nicht durch Zuschlag, sondern durch separate Beauftragung nach Zuschlagserteilung zu dieser Rahmenvereinbarung.

(2) Bestellungen bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit grundsätzlich nicht der Bestätigung durch den Auftragnehmer. Es genügt der Eingang des rechtlich, technisch und kaufmännisch korrekten Bestellvorgangs beim Auftragnehmer. Für den Fall, dass Unklarheiten bei der Bestellung bestehen, ist der Auftragnehmer verpflichtet unverzüglich Rücksprache mit dem Auftraggeber zu halten.

(3) Das Verfahren für die Bestellung und deren Abwicklung wird wie folgt geregelt:

a) Grundsätzlich erfolgen die Bestellungen/Abrufe per Mail.

b) Der Auftragnehmer stellt dem Empfänger für jede Lieferung einen Lieferschein in Papierform (und elektronischer Form) zur Verfügung, aus dem sich die tatsächlich gelieferten Komponenten ergeben.

Die Positionen werden möglichst in der gleichen Reihenfolge wie in der Bestellung aufgeführt.

Aus den Lieferscheinen müssen die Seriennummern der Komponenten und das Aktenzeichen des Bestellers ersichtlich sein.

4. Verpackung

(1) Die zu liefernden Gegenstände (Produkte) sind handelsüblich zu verpacken und zu kennzeichnen.

Um die Umweltbelastung bei der Entsorgung der gebrauchten Verpackungsmittel so gering wie möglich zu halten, sind nur die unbedingt erforderlichen Verpackungsmittel zu verwenden. Die unbeschädigte und funktionsfähige Anlieferung beim Empfänger muss jedoch gewährleistet sein.

(2) Die Verpackung ist dem Empfänger vollständig zu übergeben und geht bei reinen Lieferleistungen grundsätzlich in das Eigentum des Auftraggebers über.

Die Parteien sind sich einig, dass der Auftragnehmer das aktuell gültige VerpackG einzuhalten hat.

Der Auftraggeber behält sich vor, den Auftragnehmer ohne gesonderte Vergütung auf dessen Entsorgungsverpflichtungen in Anspruch zu nehmen.

(3) Der Eigentumserwerb durch den Besteller lässt die Verpflichtungen des Auftragnehmers oder Dritter nach den Vorschriften des VerpackG unberührt.

(4) Darüber hinaus ist die Verpackung bezogen auf ihren Inhalt deutlich zu kennzeichnen (z.B. mit Angaben zu Hersteller Nr./Typ, Empfänger, Lieferscheinnummer etc.), dieses geschieht durch einen auf der Verpackung angebrachten Lieferschein.

(5) Die Pflichten des Auftragnehmers zur Abholung und Entsorgung gemäß Ziffer 2.2 der EVB-IT Kauf-AGB bleiben unberührt. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber nach Zuschlag einen Ansprechpartner bzgl. Abholung und Entsorgung mitzuteilen. Eine Sortierung des Verpackungsmaterials durch den Auftraggeber erfolgt nicht. Aktuell ist ausschließlich eine Entsorgung des Verpackungsmaterials durch den Auftragnehmer vorgesehen.

5. Lieferungen/ -termine

(1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, Lieferungen vollständig und funktionsfähig innerhalb von 45 Kalendertagen nach Bestellung durchzuführen, soweit im Einzelfall keine anderweitige Vereinbarung getroffen wird.

Die Möglichkeit von Teillieferungen innerhalb der o.a. Frist bleibt davon unberührt.

Die Geräte sind im betriebsbereiten Zustand frei Verwendungsstelle zu liefern. Soweit notwendig, erfolgt die Installation bzw. Systemintegration in Zusammenarbeit mit dem Auftraggeber.

Der Auftragnehmer setzt für die eventuell erforderlichen Installationsarbeiten vom Hersteller zertifizierte Mitarbeiter ein.

(2) Bei Lieferungen/Leistungen muss der Auftragnehmer die üblichen Dienstzeiten des Empfängers berücksichtigen.

(3) Bei Lieferungen sind die Besonderheiten des Liefer- bzw. Erfüllungsortes, z.B. begrenzte Einfahrtshöhe, zu beachten. Diese werden vom Auftraggeber mitgeteilt.

(4) Die Lieferung hat auf Europaletten zu erfolgen, sofern Paletten zum Transport der Geräte erforderlich sind (Höhe max. 170 cm, Breite max. 80 cm, Länge max. 120 cm).

(5) Sofern Paletten zum Transport der Geräte erforderlich sind, hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber mindestens fünf Werktage vor Lieferung das Lieferdatum mitzuteilen.

6. Erfüllungsort / Bestimmungsort - Versandregelung

(1) Erfüllungsort ist grundsätzlich der vom Auftraggeber benannte Bestimmungsort (die Lieferanschrift).

(2) Die Preisstellung für die Lieferleistungen lautet grundsätzlich: "Frei Haus"

(3) Der Auftragnehmer hat den Versand der Vertragsgegenstände in eigener Zuständigkeit, zu seinen Lasten und auf sein Risiko durchzuführen.

7. Ansprechpartner

Dem Auftragnehmer werden Ansprechstellen des Auftraggebers bei Bedarf bei Bestellung genannt. Der Auftragnehmer benennt bei Vertragsschluss einen Ansprechpartner und teilt dem Auftraggeber etwaige Änderungen unverzüglich mit.

8. Mängelansprüche

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, seine Leistungen gemäß den Anforderungen der Anlage 1 Leistungsbeschreibung und den EVB-IT AGBs zu erbringen.
- (2) Ansprüche des Auftraggebers wegen verborgener Mängel werden durch eine Funktionsprüfung nicht beeinflusst.
- (3) Die Verjährungsfrist für Sach- und Rechtsmängelansprüche beträgt 24 Monate nach der Lieferung, soweit nichts anderes vereinbart ist. Sämtliche Sach- und Rechtsmängelansprüche verjähren in der regelmäßigen Verjährungsfrist, wenn der Auftragnehmer den Mangel arglistig verschwiegen hat.
- (4) Der Auftragnehmer erklärt, dass die im Rahmen des Vertrages zu liefernden Komponenten frei von Schadprogrammen (z.B. Viren) sind, die nach dem Stand der Technik zum Zeitpunkt der Lieferung bekannt sind.
- (5) Der Auftragnehmer hat die zum Zwecke der Mängelbeseitigung erforderlichen Aufwendungen, insbesondere Transport-, Wege-, Arbeits- und Materialkosten zu tragen.
- (6) Alle Speichermedien, die Daten auch bei einer Trennung vom elektrischen Netz speichern (insbesondere Festplatten), verbleiben beim Auftraggeber.

9. Vertragsstrafe

- (1) Die Vertragsstrafe wird auch ohne Verschulden verwirkt.
- (2) Im Falle des Rücktritts infolge der nicht oder nicht gehörigen Erfüllung behält der Auftraggeber den Anspruch auf eine verwirkte Vertragsstrafe.
- (3) § 341 Abs.3 BGB wird dahingehend geändert, dass die Geltendmachung bis zur Schlusszahlung (insb. dort durch Aufrechnung) möglich ist.

10. Haftung und Verzug

- (1) Soweit in den Regelungen der EVB-IT AGB (siehe Tz. 14), Haftungssummen bzw. -Begrenzungen oder Vertragsstrafen genannt sind, beziehen sie sich nicht auf die Rahmenvereinbarung selbst, sondern auf die jeweiligen Einzelbestellungen.
- (2) Der Auftragnehmer erklärt, dass er die sich aus der Rahmenvereinbarung ergebende Haftung durch eine Versicherung abgedeckt hat, die im Rahmen und Umfang einer marktüblichen Industriehaftpflichtversicherung oder einer vergleichbaren Versicherung aus einem Mitgliedsstaat der EU entspricht. Der Auftragnehmer wird diesen Versicherungsschutz mindestens bis zum Ende sämtlicher Vertragsbeziehungen aus der Rahmenvereinbarung

aufrechterhalten. Kommt der Auftragnehmer dieser Verpflichtung nicht nach, ist der Auftraggeber zum Rücktritt von der Rahmenvereinbarung berechtigt.

Weitergehende Ansprüche des Auftraggebers, insbesondere Schadensersatzansprüche, bleiben hiervon unberührt.

11. Vergütung

(1) Für alle in diesem Vertrag genannten Beträge gilt einheitlich der Euro als Währung.

(2) Für die Lieferungen und Leistungen des Auftragnehmers aus diesem Vertrag gelten die in der Anlage 1 (Leistungsbeschreibung) und dem Leistungsverzeichnis (Produkte/Leistungen) aufgeführten Preise zuzüglich der zum Zeitpunkt der Lieferung/ Leistungserbringung gültigen Umsatzsteuer.

Der jeweils im Leistungsverzeichnis (Produkte/Leistungen) angegebene Abschlag auf den Listenpreis ist in Form eines Prozentsatzes für die komplette Vertragslaufzeit und für die jeweiligen Komponenten gültig und darf nicht verringert werden.

Im Rahmen dieses Vergabeverfahrens wird bei mindestens einer Produktgruppe ein Rabattsatz auf den Listenpreis des Herstellers (im Zeitpunkt des Abrufes) als für die Zuschlagserteilung ausschlaggebender Wert vereinbart.

Der Bieter, der den Zuschlag im Vergabeverfahren erhalten wird, muss im Rahmen der Angebotserstellung bei Einzelabrufen dem Auftraggeber Folgendes mitteilen:

- den (Hersteller-) Listenpreis im Zeitpunkt der Angebotserteilung,
- die Produktgruppe (nur bei mehreren Produktgruppen) und
- den vereinbarten Rabattsatz.

Zusätzlich ist bei Auftragsbestätigung der zugrundeliegende US-Dollarkurs anzugeben, siehe auch Absatz 4.

Die Gewährung einer höheren Rabattierung - auch für einzelne Bestellungen - durch den Auftragnehmer ist zulässig.

Der Listenpreis muss für den Auftraggeber nachprüfbar und keine willkürlich zu bestimmende Größe sein. Die Preise müssen marktüblich sein, d. h. sie müssen - auch bei Änderungen - auf dem Markt erzielt werden können. Die Preisliste muss einer Vielzahl von Dritten bekannt gegeben sein.

(3) Die aktuellen Listenpreise können vom Auftraggeber jederzeit angefordert werden und sind ihm zur Verfügung zu stellen.

(4) Die Listenpreise des Herstellers Akamai müssen zum Zeitpunkt des Abrufs bzw. Beauftragung auf den tagesaktuellen US\$ Wechselkurs angepasst werden.

Die Grundlage dafür bildet der an der europäischen Zentralbank notierte US\$ Wechselkurs:

(https://www.ecb.europa.eu/stats/policy_and_exchange_rates/euro_reference_exchange_rates/html/eurofxref-graph-usd.de.html)

12. Zahlungen

(1) Die Rechnungsstellung erfolgt ausschließlich elektronisch mit o.g. Adresse unter Angabe der Vertragsnummer des Auftraggebers an folgendes E-Mail-Postfach LfSt-z2.Invoice@lfst.bayern.de. Rechnungen sollen vom Vertragspartner selbst gestellt werden und nicht zum Beispiel durch ein ausländisches Mutterunternehmen oder ein sonstiges Mitglied eines Konzernverbunds, welchem der Vertragspartner angehört. Soweit eine Forderungsabtretung nicht wirksam ausgeschlossen werden kann, kann der Auftraggeber dennoch entsprechend § 354a HGB mit befreiender Wirkung an den bisherigen Vertragspartner leisten.

(2) Die Zahlung erfolgt innerhalb von 30 Tagen nach Zugang einer prüffähigen Rechnung unter Angabe des Aktenzeichens des Auftraggebers.

(3) Sollte die Rechnung bereits vor Lieferung / Leistungserbringung beim Besteller vorgelegt werden, gilt nicht das Datum des Eingangs der Rechnung beim Besteller als maßgeblich für den Beginn der Zahlungsfrist, sondern das Datum der tatsächlichen Lieferung / Leistungserbringung.

(4) Die Lieferung der vereinbarten Komponenten und sonstigen Leistungen ist Voraussetzung für Zahlungen des Auftraggebers.

(5) Zahlungs- und Skontofristen beginnen am Tag nach dem Eingang einer prüffähigen Rechnung beim Rechnungsempfänger, jedoch nicht vor dem Tag des vollständigen Eingangs der in Rechnung gestellten Lieferung am Erfüllungsort.

(6) Nur nach den vorstehenden Vorschriften eingereichte Rechnungen bilden die Grundlage für die Zahlung der Vergütung dieses Vertrages.

(7) Wird der Auftrag in Teillieferungen abgewickelt, die sich über einen längeren Zeitraum erstrecken, können dem Auftraggeber Teilrechnungen eingereicht werden.

13. Geltungsdauer

Diese Rahmenvereinbarung hat eine Laufzeit von zwei Jahren ab Zuschlagserteilung dieses Vertrages und verlängert sich bis zu zweimal automatisch um ein weiteres Jahr. Somit ergibt sich eine maximale Vertragslaufzeit von 4 Jahren ab Zuschlag.

Erhöht sich der Listenpreis für die in dieser Rahmenvereinbarung enthaltenen Produkte gegenüber dem Referenzpreis bei Zuschlag um mehr als fünfzig Prozent (50%), so hat der Auftraggeber das Recht auf außerordentliche Kündigung (Sonderkündigungsrecht) dieser Rahmenvereinbarung oder einzelner Produktgruppen.

Nach Zuschlag ist dem Auftraggeber eine Liste mit den Listenpreisen für alle Produkte der zu bepreisenden Produktgruppen zu übermitteln.

14. Allgemeine Vertragsbedingungen, Anwendbares Recht, Gerichtsstand

(1) Maßgebend für die einzelvertraglichen Vereinbarungen sind in nachstehender Rangfolge:

1. die Bedingungen dieser Rahmenvereinbarung inkl.

- Anlage 1: Leistungsbeschreibung Rahmenvereinbarungen Netzwerkkomponenten (alle Lose)
- Anlage 2: Support Akamai
- Anlage 3: Geheimhaltungsvereinbarung
- Anlage 4: Verpflichtungserklärung
- Anlage 5: Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung
- Anlage 6: Teleservice

2. EVB-IT Kauf-AGB, EVB-IT Instandhaltungs-AGB, EVB-IT Dienstleistungs-AGB, EVB-IT Überlassung-AGB (Typ A), EVB-IT Überlassung Typ B und EVB-IT Pflege S-AGB in der zum Zeitpunkt der Bestellung geltenden Fassung. Sollte eine Bestellung nicht in einer dieser Kategorien fallen, werden stattdessen die entsprechenden EVB-IT AGB verwendet.

(2) Auf diesen Vertrag findet ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland Anwendung. Verweist dieses Recht auf ausländische Rechtsordnungen, so finden diese Verweisungen auf die Abwicklung dieser Rahmenvereinbarung keine Anwendung. Die Anwendung des UN-Kaufrechts (CISG) ist ausgeschlossen.

(3) Für alle Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist, soweit nicht gesetzlich zwingend etwas Anderes bestimmt ist, der Gerichtsstand München vereinbart. Der Auftraggeber ist jedoch

berechtigt, nach seiner Wahl eigene Ansprüche am Gerichtsstand des Auftragnehmers geltend zu machen.

(4) Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers sind ausgeschlossen.

15. Übertragung von Rechten und Pflichten

Sofern der Auftragnehmer seine Geschäftsaktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland einzustellen beabsichtigt, ist er verpflichtet, dies dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen. Der Auftragnehmer darf Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag nicht ohne Einwilligung des Auftraggebers auf Dritte übertragen. Die Abtretung von Zahlungsansprüchen an Banken wird der Auftraggeber genehmigen, wenn keine konkrete Gefährdung der Interessen des Auftraggebers abzusehen ist.

16. Datenschutz und Geheimhaltung

Mit der Angebotsabgabe und anschließender Zuschlagserteilung gilt die Zustimmung zur Einhaltung der Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung sowie der Geheimhaltungsvereinbarung als abgegeben.

17. Verpflichtung

Alle Personen, die in Erfüllung der Pflichten des Auftragnehmers tätig werden, werden nach pflichtgemäßem Ermessen des Auftraggebers gemäß § 1 Verpflichtungsgesetz verpflichtet und haben im Anschluss eine Niederschrift (Anlage 4: Verpflichtungserklärung) zu unterzeichnen. Der Auftragnehmer kann zur Erfüllung seiner Pflichten nur solche Personen einsetzen, die mit der vorgenannten Regelung einverstanden sind.

Wird die Verpflichtungserklärung nicht unterzeichnet, so hat der Auftragnehmer einen anderen Dienstleister, der diese Voraussetzung erfüllt, zu schicken.

Sämtliche daraus resultierenden Folgen gehen zu Lasten des Auftragnehmers.

Die Unterzeichnung kann sowohl digital als auch händisch erfolgen. Der Auftragnehmer hat die unterschriebene(n) Verpflichtungserklärung(en) zu archivieren; die Führung eines (gerichtlichen) Nachweises zur Echtheit der Unterschrift obliegt dem Auftragnehmer.

18. Sicherheitsüberprüfung und Datenverarbeitung für Zugangskontrolle

In Ergänzung zu Ziffer 14 Dienstleistungs-AGB werden alle Personen, die in Erfüllung der Pflichten des Auftragnehmers tätig werden, gemäß Bayerischem Sicherheitsüberprüfungsgesetz (BaySÜG) im Rahmen einer einfachen

Sicherheitsüberprüfung (Art. 10 BaySÜG) vor Leistungsbeginn überprüft. Für die in der Ausschreibung enthaltenen optionalen Dienstleistungen dürfen nur Personen eingesetzt werden, die diese Überprüfung bestanden haben. Der Auftragnehmer stellt nur solche Personen zur Erfüllung der Dienstleistung zur Verfügung, die bereit sind sich einer Sicherheitsüberprüfung gemäß dem BaySÜG zu unterziehen. Außerdem stellt der Auftragnehmer nur solche Personen zur Erfüllung der Dienstleistung zur Verfügung, die bereit sind sich bei der Zugangskontrolle mit biometrischen Merkmalen auszuweisen (z.B. Handvenenscan, Gesichtsscan)

19. Pauschaler Schadensersatz zur Korruptionsbekämpfung

Wenn der Auftragnehmer aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung im Sinne von § 1 GWB darstellt, hat er 5 v. H. der Auftragssumme an den Auftraggeber zu zahlen, es sei denn, dass kein oder ein Schaden in anderer Höhe nachgewiesen wird. Dies gilt auch, wenn der Vertrag gekündigt wird oder bereits erfüllt ist.

20. Abtretung

Die Abtretung von Forderungen des Auftragnehmers bedarf der schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers.

21. Aufrechnung

Der Auftragnehmer kann gegenüber Ansprüchen des Auftraggebers mit Gegenforderungen nicht aufrechnen, wenn diese Forderungen nicht entweder rechtskräftig festgestellt oder vom Auftraggeber unbestritten sind, es sei denn, die Gegenforderung und die aufgerechnete Hauptforderung sind synallagmatisch miteinander verknüpft.

22. Schriftform, Textform

(1) Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrags nach Vertragsschluss sind nur wirksam, wenn sie schriftlich vereinbart werden. Dies gilt auch für eine Änderung dieser Schriftformklausel selbst. Abweichend hiervon sind auch formlos getroffene Änderungen oder Ergänzungen dieser Vereinbarung wirksam, wenn sie Individualvereinbarungen im Sinne von § 305 b BGB sind. Diese nachträglich getroffenen Änderungen/Vereinbarungen sollen in Textform dem Vertragswerk beigelegt werden.

(2) Die Parteien sind sich einig, dass bis zum Zeitpunkt des Abschlusses keine in diesem schriftlich geschlossenen Vertrag nicht enthaltenen Zusagen gemacht und keine weiteren mündlichen oder schriftlichen Vereinbarungen getroffen worden sind.

(3) Einseitige, gegenüber dem anderen Vertragsteil abzugebende Erklärungen bedürfen der Textform.

23. Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam oder undurchführbar sein oder nach Vertragsschluss unwirksam oder undurchführbar werden, bleibt davon die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen unberührt. An die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung soll diejenige wirksame und durchführbare Regelung treten, deren Wirkungen der wirtschaftlichen Zielsetzung am nächsten kommen, die die Vertragsparteien mit der unwirksamen bzw. undurchführbaren Bestimmung verfolgt haben. Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend für den Fall, dass sich der Vertrag als lückenhaft erweist.



A Team of Experts

Protecting critical assets across on-premises datacenter and public cloud environments is more important than ever, and it increasingly requires specialized expertise to keep pace with new application deployment models and an evolving threat landscape. The Guardicore Professional Services team is staffed by security experts with extensive training and real-world experience in both the private sector and military intelligence organizations. Our flexible service offerings provide access to this specialized expertise to help your in-house teams implement best-of-breed security from the datacenter to the cloud.

Our services packages offer multiple solutions to secure data center and cloud environments with Guardicore's technology, providing peace of mind that your critical assets will be protected.

The following Guardicore service offerings are available:

- **Support Plans:** Responsive, expert assistance is available on both a business hours or 24x7x265 basis to support a wide range of needs.
- **Professional Services:** Dedicated expert engineers work with your team to implement the Guardicore platform, with Joint or Turnkey implementation packages to provide the desired level of support.
- **Technical Account Manager (TAM):** A named engineer embedded with your team(s) proactively supports all aspects of your Guardicore implementation.
- **Cyber Security Analyst:** Specialized security experts apply the power the Guardicore Centra platform to monitor and analyze security activity and proactively hunt for new threats.
- **Training & Certification:** Our hands-on training and practical certification program ensures you are equipped to maximize the value of your Guardicore Centra deployment.

Guardicore Support Plans

Service	Premium	Elite
Support Availability	24x7x365	24x7x365 + Designated Tier3 engineer
Unlimited Cases	✓	✓
Upgrades and Fixes	✓	✓
Phone, Email, Slack and Portal	✓	✓
Root Cause Analysis	Sev 1 only	Sev 1 & Sev 2
Vendor lead support and business review meetings		✓
Priority Case Handling by a Designated Engineer		✓
Personalized alerts and quarterly optimization service		✓
Weekly Issue Review & Monthly Support Report		✓
Onsite Consultation Days		✓

About Guardicore

Guardicore is a data center and cloud security company that protects your organization's core assets using flexible, quickly deployed, and easy to understand micro-segmentation controls. Our solutions provide a simpler, faster way to guarantee persistent and consistent security – for any application, in any IT environment.

More information is available at www.guardicore.com

Geheimhaltungsvereinbarung

Zwischen

dem **Freistaat Bayern**

vertreten durch das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat,
dieses vertreten durch das Bayerische Landesamt für Steuern

- im folgenden „**Auftraggeber**“ genannt -

Und

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

- im folgenden „**Auftragnehmer**“ genannt -

wird folgende Geheimhaltungsvereinbarung in Bezug auf den Vertrag

H 1620.2.1-2058 / BA_0264_2026 - Rahmenvereinbarung Netzwerkkomponenten (Los 3)

geschlossen:

1. Die Parteien verpflichten sich, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten vertraulichen Informationen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse vertraulich zu behandeln und geheim zu halten, insbesondere nicht an Dritte weiterzugeben oder anders als zu vertraglichen Zwecken zu verwerten. Diese Pflicht zur Geheimhaltung und Vertraulichkeit gilt unabhängig davon, ob Informationen mündlich, elektronisch oder in anderer Form zugänglich gemacht wurden. Die Pflicht zur Geheimhaltung und Vertraulichkeit besteht auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses fort. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, nach Erfüllung seiner Verpflichtung alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten vertraulichen Informationen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse gemäß den aktuell geltenden Sicherheitsvorschriften (insb. der Vorgaben des BSI) zu löschen, es sei denn gesetzliche oder vertragliche Verpflichtungen stehen dem entgegen oder der Auftraggeber verlangt, dass die vertraulichen Informationen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse nicht gelöscht werden. Der Erfahrungsaustausch des Auftraggebers mit und innerhalb der öffentlichen Hand bleibt unbenommen, ebenso wie die Erfüllung gesetzlicher Pflichten des Auftraggebers. Unberührt bleibt die Pflicht zum vertraulichen Umgang mit auf der Grundlage des Vertrages erlangten Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen. Die Verpflichtung zur Vertraulichkeit gilt darüber hinaus nicht für Informationen, die den Parteien bereits rechtmäßig bekannt sind oder außerhalb des Vertrags ohne Verstoß gegen eine Vertraulichkeitsverpflichtung bekannt werden.
2. Vertrauliche Informationen sind alle Informationen und Materialien, die der Auftragnehmer direkt oder indirekt vom Auftraggeber zur Abwicklung des Auftrags erhält und die ein verständiger Dritter als schützenswert ansehen würde oder die als vertraulich gekennzeichnet sind, unabhängig davon, ob sie schriftlich, elektronisch, mündlich, digital verkörpert oder in anderer Form zugänglich gemacht wurden.
3. Der Auftragnehmer erklärt, dass er rechtlich und tatsächlich in der Lage ist, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten vertraulichen Informationen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse - auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses - vertraulich zu behandeln. Insbesondere erklärt er, dass zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses keine Verpflichtungen, Dritten solche Informationen zu offenbaren oder in anderer Weise zugänglich zu machen, bestehen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber sofort schriftlich zu benachrichtigen, wenn er die Einhaltung dieser Verpflichtung nicht mehr gewährleisten kann, insbesondere, wenn für ihn eine Notwendigkeit oder Verpflichtung entsteht oder er eine solche hätte erkennen können, die ihn an der Einhaltung der Vertraulichkeit hindern könnte.

4. Nr. 3 gilt nicht, soweit gesetzliche Offenlegungspflichten bestehen (etwa gegenüber Stellen der Börsenaufsicht, Regulierungsbehörden oder der Finanzverwaltung), es sei denn, solche Offenlegungspflichten bestehen gegenüber ausländischen Sicherheitsbehörden.
 - 4.1 Besteht eine gesetzliche Offenlegungspflicht, hat der Auftragnehmer vor der Offenlegung den Auftraggeber über den Umfang der Offenlegung zu informieren. Der Umfang der Offenlegung ist dabei auf das gesetzlich vorgeschriebene Minimum zu beschränken.
 - 4.2 In Zweifelsfällen hat der Auftragnehmer den Auftraggeber auf die gesetzliche(n) Offenlegungspflicht(en) vor Vertragsschluss hinzuweisen.
5. Der Auftragnehmer ist berechtigt, vertrauliche Informationen nur an solche Unterauftragnehmer weiterzugeben, deren Einsatz der Auftraggeber ausdrücklich zugestimmt hat, wenn und soweit diese vertraulichen Informationen für die Erbringung der jeweiligen Leistungen durch den Unterauftragnehmer erforderlich sind („need-to-know“-Prinzip). Dies gilt nur, wenn sich der Unterauftragnehmer zuvor dem Auftragnehmer gegenüber mindestens in gleichem Umfang zur Vertraulichkeit verpflichtet hat, wie der Auftragnehmer gegenüber dem Auftraggeber. Die Weitergabe der vertraulichen Informationen durch den Unterauftragnehmer muss jedoch ausgeschlossen sein; soweit nicht der Auftraggeber jeweils zuvor einer Weitergabe ausdrücklich zugestimmt hat.
6. Vertrauliche Informationen dürfen ausschließlich zum Zweck der Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Vertrag eingesetzt werden. Daher darf der Auftragnehmer die Informationen nur solchen Mitarbeitern zugänglich machen, die sie für die Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Vertrag benötigen. Diese Mitarbeiter sind in gleichem Umfang zur Geheimhaltung zu verpflichten, und zwar auch für die Zeit nach Beendigung ihres Arbeitsverhältnisses mit dem Auftragnehmer, soweit dies rechtlich zulässig ist.
7. Etwaige weitergehende Pflichten des Auftragnehmers aus dem Gesetz zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen (GeschGehG) vom 18.04.2019 bleiben von der vorliegenden Vereinbarung unberührt.

Niederschrift über die Verpflichtung zur gewissenhaften Erfüllung von Obliegenheiten nach dem Verpflichtungsgesetz

Verhandelt

München/Nürnberg/_____, den _____

Vor der zur Verpflichtung zuständigen Person

Herr/Frau: _____,

Referat/Stelle: _____

(„verpflichtende Person“)

erschien heute zum Zwecke der

Verpflichtung

nach § 1 des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen vom 2. März 1974 (BGBl I S. 547)

Frau/Herr _____,

(Name)

Geboren am _____

(Datum)

tätig für Firma/Büro _____

(„verpflichtete Person“)

Die erschienene Person wurde auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten verpflichtet.
Sie wurde auf folgende Strafvorschriften des Strafgesetzbuches hingewiesen:

§ 133 Abs. 3

Verwahrungsbruch

§ 201 Abs. 3	Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes
§ 203 Abs. 2,4,5	Verletzung von Privatgeheimnissen
§ 204	Verwertung fremder Geheimnisse
§§ 331, 332	Vorteilsannahme und Bestechlichkeit
§ 353b	Verletzung des Dienstgeheimnisses und einer besonderen Geheimhaltungspflicht
§ 355	Verletzung des Steuergeheimnisses
§ 358	Nebenfolgen
§ 97b Abs. 2 i.V.m. §§ 94 bis 97	Verrat in irriger Annahme eines illegalen Geheimnisses
§ 120 Abs. 2	Gefangenenerbefreiung

Die erschienene Person wurde darüber belehrt, dass die vorgenannten Strafvorschriften auf Grund der Verpflichtung für sie anzuwenden sind.

Sie erklärt, auf die genannten Bestimmungen hingewiesen worden zu sein. Sie unterzeichnet dieses Protokoll nach Vorlesung zum Zeichen der Genehmigung und bestätigt gleichzeitig den Empfang einer Abschrift der Niederschrift.

v. g. u.

(Unterschrift der verpflichtenden Person)

(Unterschrift der verpflichteten Person)

Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung

gem. Art. 28 DSGVO

zum Vertrag [H 1620.2.1-2058 / BA_0264_2026](#) - Rahmenvereinbarung Netzwerkkomponenten
(Los 3)

zwischen

dem **Freistaat Bayern**,

vertreten durch das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat,

dieses vertreten durch das Bayerische Landesamt für Steuern

- nachfolgend „**Verantwortlicher**“ -

Und

- nachfolgend „**Auftragsverarbeiter**“ -

- beide nachfolgend gemeinsam „**Vertragsparteien**“ -

wird die folgende Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung geschlossen:

Inhalt

Präambel.	3
§ 1 Anwendungsbereich	3
§ 2 Konkretisierung des Auftragsinhalts	3
§ 3 Verantwortlichkeit und Weisungsbefugnis	3
§ 4 Beachtung zwingender gesetzlicher Pflichten durch den Auftragsverarbeiter	5
§ 5 Technische und organisatorische Maßnahmen sowie deren Kontrolle	6
§ 6 Mitteilung bei Verstößen durch den Auftragsverarbeiter	6
§ 7 Löschung und Rückgabe von Daten	7
§ 8 Subunternehmen	7
§ 9 Datenschutzkontrolle	8
§ 10 Anweisungs-, empfangs- und kontrollberechtigte Personen	8
§ 11 Kündigung	9
§ 12 Schlussbestimmungen	9
Anhang 1	10

Präambel

Die Vertragsparteien sind mit oben genanntem Vertrag ein Auftragsverarbeitungsverhältnis eingegangen. Um die sich hieraus ergebenden Rechte und Pflichten gemäß den Vorgaben der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (*Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG - DSGVO*), der Abgabenordnung (AO), des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) und des Bayerischen Datenschutzgesetzes (BayDSG) zu konkretisieren, schließen die Vertragsparteien die nachfolgende Vereinbarung.

§ 1 Anwendungsbereich

Die Vereinbarung findet Anwendung auf die Verarbeitung personenbezogener Daten (im Folgenden: Daten) i. S. v. Art. 4 Nr. 1 und 2 DSGVO, die Gegenstand des Vertrags sind oder im Rahmen der Durchführung anfallen oder dem Auftragsverarbeiter bekannt werden. Nicht unter den Anwendungsbereich fallen Daten von Mitarbeitern des Auftragsverarbeiters, soweit sie ausschließlich das Beschäftigungsverhältnis mit dem Auftragsverarbeiter betreffen.

§ 2 Konkretisierung des Auftragsinhalts

(1) Gegenstand und Dauer der Auftragsverarbeitung sowie Umfang, Art und Zweck der vorgesehenen Verarbeitung von Daten bestimmen sich nach oben genanntem Vertrag und der zugehörigen Leistungsbeschreibung.

(2) Folgende Datenarten/ -kategorien sind Gegenstand der Verarbeitung durch den Auftragsverarbeiter:

- dienstliche E-Mail-Adresse der Kontaktperson im Wartungsfall
- Funktions-E-Mail-Adresse der technischen Fachteams „Competence-Center LAN zentral“ und „Competence-Center LAN dezentral“
- Vorname und Nachname der Kontaktperson im Wartungsfall
- dienstliche Telefonnummer der Kontaktperson im Wartungsfall

(3) Der Kreis der betroffenen Personen i. S. v. Art. 4 Nr. 1 DSGVO ist:

Mitglieder der Teams „Competence-Center LAN zentral“ und „Competence-Center LAN dezentral“ am BayLfSt

§ 3 Verantwortlichkeit und Weisungsbefugnis

(1) Der Auftragsverarbeiter verarbeitet personenbezogene Daten im Auftrag des Verantwortlichen. Der Verantwortliche ist im Rahmen dieser Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen der Datenschutzgesetze, insbesondere für die Rechtmäßigkeit der Datenweitergabe an den Auftragsverarbeiter sowie für die Rechtmäßigkeit der Datenverarbeitung allein verantwortlich („Verantwortlicher“ im Sinne des Art. 4 Nr. 7 DSGVO). Der Verantwortliche kann jederzeit die Herausgabe, Berichtigung, Anpassung, Löschung und Einschränkung der Verarbeitung der Daten verlangen. Die Einrede

des Zurückbehaltungsrechts i. S. v. § 273 BGB wird hinsichtlich der für den Verantwortlichen verarbeiteten Daten und der zugehörigen Datenträger ausgeschlossen.

(2) Zur Gewährleistung des Schutzes der Rechte der betroffenen Personen unterstützt der Auftragsverarbeiter den Verantwortlichen angemessen, insbesondere durch geeignete technische und organisatorische Maßnahmen.

(3) Soweit sich eine betroffene Person zwecks Geltendmachung der Betroffenenrechte unmittelbar an den Auftragsverarbeiter wendet, wird der Auftragsverarbeiter die betroffene Person über seine Unzuständigkeit informieren und an den jeweiligen Verantwortlichen i. S. v. Art. 4 Nr. 7 DSGVO (z. B. an die sachlich und örtlich zuständige Finanzbehörde in dem jeweiligen Land) verweisen.

(4) Der Auftragsverarbeiter darf Daten ausschließlich im Rahmen der Weisungen des Verantwortlichen verarbeiten, sofern er nicht zu einer anderen Verarbeitung durch das Recht der Union oder des Mitgliedstaates, dem der Auftragsverarbeiter unterliegt, hierzu verpflichtet ist (z. B. Ermittlungen von Strafverfolgungs- oder Staatsschutzbehörden); in einem solchen Fall teilt der Auftragsverarbeiter dem Verantwortlichen diese rechtlichen Anforderungen vor der Verarbeitung mit, sofern das betreffende Recht eine solche Mitteilung nicht wegen eines wichtigen öffentlichen Interesses verbietet (Art. 28 Abs. 3 Satz 2 Buchst. a DSGVO). Eine Weisung ist die auf einen bestimmten Umgang des Auftragsverarbeiters mit personenbezogenen Daten gerichtete schriftliche, elektronische oder mündliche Anordnung des Verantwortlichen. Anordnungen sind unverzüglich zu dokumentieren. Die Weisungen werden zunächst im oben genannten Vertrag und in der Leistungsbeschreibung, definiert und können von dem Verantwortlichen danach in dokumentierter Form geändert, ergänzt oder ersetzt werden. Diese datenschutzrechtlichen Weisungen sind keine Weisungen im arbeitsrechtlichen Sinne. Sämtliche Regelungen sind vielmehr so zu verstehen, dass dadurch das Personenauswahlrecht und die Weisungs- und Direktionsbefugnisse beim Verarbeiter verbleiben. Es entsteht keine Arbeitnehmerüberlassung und eine solche ist auch im Vollzug des Vertrags nicht bezweckt. Dies gilt auch für den Fall, dass der Auftragsverarbeiter sich Subunternehmern zur Erfüllung dieses Vertrags bedient.

(5) Der Auftragsverarbeiter hat den Verantwortlichen unverzüglich gemäß Art. 28 Abs. 3 Satz 3 DSGVO zu informieren, wenn er der Meinung ist, eine Weisung verstoße gegen datenschutzrechtliche Vorschriften. Der Auftragsverarbeiter ist berechtigt, die Durchführung der entsprechenden Weisung solange auszusetzen, bis sie von Seiten des Verantwortlichen bestätigt oder geändert wird. Hiervon ausgeschlossen sind bestimmte betriebskritische Leistungen, die erst nach Rücksprache mit dem Verantwortlichen ausgesetzt werden dürfen.

(6) Änderungen des Verarbeitungsgegenstandes mit Verfahrensänderungen sind gemeinsam abzustimmen und zu dokumentieren. Auskünfte an Dritte oder die betroffene Person darf der Auftragsverarbeiter nur nach vorheriger ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung durch den Verantwortlichen erteilen. Der Auftragsverarbeiter verwendet die Daten für keine anderen als die beauftragten Zwecke und ist insbesondere nicht berechtigt, sie über den Auftrag hinaus an Dritte weiterzugeben. Kopien und Duplikate werden – außer für Zwecke erforderlicher Datensicherung - ohne Zustimmung des Verantwortlichen nicht erstellt.

(7) Der Verantwortliche führt das Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten i. S. d. Art. 30 Abs. 1 DSGVO. Der Auftragsverarbeiter stellt dem Verantwortlichen auf dessen Wunsch Informationen zur Aufnahme in das Verzeichnis zur Verfügung. Der Auftragsverarbeiter führt entsprechend den Vorgaben des Art. 30 Abs. 2 DSGVO ein Verzeichnis zu allen Kategorien von im Auftrag des Verantwortlichen durchgeführten Tätigkeiten der Verarbeitung.

(8) Die Verarbeitung der Daten im Auftrag des Verantwortlichen findet ausschließlich auf dem Gebiet der Europäischen Union statt. Eine Verarbeitung in einem Staat außerhalb des in Satz 1 genannten Territoriums ist nur zulässig, wenn sichergestellt ist, dass unter Berücksichtigung der Voraussetzungen des Kapitels V der DSGVO das durch die DSGVO gewährleistete Schutzniveau nicht unterlaufen wird, und bedarf der vorherigen ausdrücklichen schriftlichen Zustimmung des Verantwortlichen. Die grundlegenden Voraussetzungen für die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung bleiben unberührt.

(9) Der Auftragsverarbeiter stellt sicher, dass ihm unterstellte natürliche Personen, die Zugang zu Daten haben, diese nur im Rahmen des Auftrags des Verantwortlichen verarbeiten. Eine Verarbeitung von Daten außerhalb der Betriebsräume des Auftragsverarbeiters (z. B. Telearbeit, Heimarbeit, Home Office, mobiles Arbeiten) bedarf der vorherigen ausdrücklichen schriftlichen Zustimmung des Verantwortlichen, die erst nach Festlegung angemessener technischer und organisatorischer Maßnahmen für die Verarbeitungssituation erteilt werden kann.

§ 4 Beachtung zwingender gesetzlicher Pflichten durch den Auftragsverarbeiter

(1) Dem Auftragsverarbeiter unterstellte natürliche Personen sind nach § 1 des Verpflichtungsgesetzes (VerpflG) zur gewissenhaften Erfüllung ihrer Obliegenheiten zu verpflichten. Unabhängig von der durch den Auftraggeber vorzunehmenden Verpflichtung nach dem Verpflichtungsgesetz hat der Auftragsverarbeiter die ihm unterstellten natürlichen Personen über die in diesem Auftragsverarbeitungsverhältnis bestehenden Regelungen zu belehren.

(2) Die Vertragsparteien unterstützen sich gegenseitig beim Nachweis und der Dokumentation der ihnen obliegenden Rechenschaftspflicht im Hinblick auf die Grundsätze ordnungsgemäßer Datenverarbeitung einschließlich der Umsetzung der notwendigen technischen und organisatorischen Maßnahmen (Art. 5 Abs. 2, Art. 24 Abs. 1 DSGVO). Der Auftragsverarbeiter stellt dem Verantwortlichen hierzu bei Bedarf entsprechende Informationen zur Verfügung.

(3) Der Auftragsverarbeiter hat einen Datenschutzbeauftragten zu benennen, der seine Tätigkeit entsprechend den gesetzlichen Vorschriften ausübt. Die Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten sind dem Verantwortlichen zum Zwecke der direkten Kontaktaufnahme mitzuteilen.

(4) Der Auftragsverarbeiter informiert den Verantwortlichen unverzüglich über Kontrollen und Maßnahmen durch die Aufsichtsbehörden oder falls eine Aufsichtsbehörde im Rahmen ihrer Zuständigkeit bei dem Auftragsverarbeiter anfragt, ermittelt oder sonstige Erkundigungen einzieht.

§ 5 Technische und organisatorische Maßnahmen sowie deren Kontrolle

(1) Die Vertragsparteien vereinbaren das in Anhang 1 zu dieser Vereinbarung niedergelegte Mindestmaß an technischen und organisatorischen Sicherheitsmaßnahmen. Der Anhang 1 ist Gegenstand dieser Vereinbarung.

(2) Technische und organisatorische Maßnahmen unterliegen dem technischen Fortschritt. Insoweit ist es dem Auftragsverarbeiter gestattet, alternative adäquate Maßnahmen umzusetzen. Dabei darf das Sicherheitsniveau der in dem Anhang 1 festgelegten Maßnahmen nicht unterschritten werden. Wesentliche Änderungen sind mit dem Verantwortlichen abzustimmen und zu dokumentieren.

(3) Der Auftragsverarbeiter wird dem Verantwortlichen alle erforderlichen Informationen zur Verfügung stellen, die zum Nachweis der Einhaltung der in dieser Vereinbarung getroffenen und der gesetzlichen Vorgaben erforderlich sind. Er wird insbesondere Überprüfungen/Inspektionen, die vom Verantwortlichen oder einem anderen von diesem beauftragten Prüfer durchgeführt werden, ermöglichen und deren Durchführung unterstützen. Der Nachweis der Umsetzung solcher Maßnahmen, die nicht nur den konkreten Auftrag betreffen, kann dabei auch durch Vorlage eines aktuellen Testats, von Berichten hinreichend qualifizierter und unabhängiger Instanzen (z. B. Wirtschaftsprüfer, unabhängige Datenschutzauditoren), durch die Einhaltung genehmigter Verhaltensregeln nach Art. 40 DSGVO, einer Zertifizierung nach Art. 42 DSGVO oder einer geeigneten Zertifizierung durch IT-Sicherheits- oder Datenschutzaudit (z. B. nach IT-Grundschutz nach BSI) erbracht werden. Der Auftragsverarbeiter verpflichtet sich, den Verantwortlichen über den Ausschluss von genehmigten Verhaltensregeln gemäß Art. 41 Abs. 4 DSGVO, den Widerruf einer Zertifizierung gemäß Art. 42 Abs. 7 DSGVO und jede andere Form der Aufhebung oder wesentlichen Änderung der vorgenannten Nachweise unverzüglich zu unterrichten.

(4) Der Verantwortliche kann sich jederzeit zu Prüfzwecken in den Betriebsstätten des Auftragsverarbeiters zu den üblichen Geschäftszeiten ohne Störung des Betriebsablaufs von der Angemessenheit der Maßnahmen zur Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben oder der zur Durchführung dieses Vertrags erforderlichen technischen und organisatorischen Erfordernisse überzeugen.

(5) Der Auftragsverarbeiter stellt dem Verantwortlichen darüber hinaus alle erforderlichen Informationen zur Verfügung, die er für die Prüfungen nach Absatz 4 sowie für eine Abschätzung der Folgen der vorgesehenen Verarbeitungsvorgänge für den Schutz der Daten (Datenschutz-Folgenabschätzung i. S. d. Art. 35 DSGVO) benötigt.

(6) Der Auftragsverarbeiter hat im Benehmen mit dem Verantwortlichen alle erforderlichen Maßnahmen zur Sicherung der Daten bzw. der Sicherheit der Verarbeitung, insbesondere auch unter Berücksichtigung des jeweils aktuellen Stands der Technik, sowie zur Minderung möglicher nachteiliger Folgen für Betroffene zu ergreifen.

§ 6 Mitteilung bei Verstößen durch den Auftragsverarbeiter

Der Auftragsverarbeiter unterrichtet den Verantwortlichen umgehend bei schwerwiegenden Störungen seines Betriebsablaufs, bei Verdacht auf Verstöße gegen diese Vereinbarung sowie

gesetzliche Datenschutzbestimmungen, bei Verstößen gegen solche Bestimmungen oder anderen Unregelmäßigkeiten bei der Verarbeitung der Daten des Verantwortlichen. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Meldepflicht nach Art. 33 Abs. 2 DSGVO sowie auf korrespondierende Pflichten des Verantwortlichen nach Art. 33 und Art. 34 DSGVO. Der Auftragsverarbeiter sichert zu, den Verantwortlichen erforderlichenfalls bei seinen Pflichten nach Art. 33 und 34 DSGVO angemessen zu unterstützen. Meldungen nach Art. 33 oder 34 DSGVO für den Verantwortlichen darf der Auftragsverarbeiter nur nach vorheriger Weisung gemäß § 3 dieser Vereinbarung durchführen.

§ 7 Löschung und Rückgabe von Daten

(1) Überlassene Datenträger und Datensätze verbleiben im Eigentum des Verantwortlichen.

(2) Nach Abschluss der vertraglich vereinbarten Leistungen oder früher nach Aufforderung durch den Verantwortlichen, jedoch spätestens mit Beendigung der Leistungsvereinbarung, hat der Auftragsverarbeiter sämtliche in seinen Besitz gelangten Unterlagen, erstellten Verarbeitungs- und Nutzungsergebnisse sowie Datenbestände (wie auch hiervon gefertigte Kopien oder Reproduktionen), die im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis stehen, dem Verantwortlichen auszuhändigen oder nach vorheriger Zustimmung des Verantwortlichen datenschutzgerecht zu vernichten. Gleiches gilt für Test- und Ausschussmaterial. Ein Löschungsprotokoll ist dem Verantwortlichen auf Anforderung vorzulegen.

(3) Der Auftragsverarbeiter kann Dokumentationen, die dem Nachweis der auftrags- und ordnungsgemäßen Datenverarbeitung dienen, entsprechend der jeweiligen Aufbewahrungsfristen bis zu deren Ende auch über das Vertragsende hinaus aufbewahren. Alternativ kann er sie zu seiner Entlastung bei Vertragsende dem Verantwortlichen übergeben. Für die nach Satz 1 aufbewahrten Daten gelten nach Ende der Aufbewahrungsfrist die Pflichten nach Absatz 2.

§ 8 Subunternehmen

(1) Der Auftragsverarbeiter darf weitere Auftragsverarbeiter (Subunternehmen) nur mit vorheriger ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung des Verantwortlichen in Anspruch nehmen. Der Verantwortliche kann gegen derartige Änderungen Einspruch erheben. Nicht als Leistungen von Subunternehmen im Sinne dieser Regelung gelten Dienstleistungen, die der Auftragsverarbeiter bei Dritten als Nebenleistung zur Unterstützung der Auftragsdurchführung in Anspruch nimmt, beispielsweise Telekommunikationsdienstleistungen, wenn kein Zugriff auf personenbezogene Daten des Auftraggebers erfolgt. Der Auftragsverarbeiter ist jedoch verpflichtet, zur Gewährleistung des Schutzes und der Sicherheit der Daten des Verantwortlichen auch bei fremd vergebenen Nebenleistungen angemessene und gesetzeskonforme vertragliche Vereinbarungen zu treffen sowie Kontrollmaßnahmen zu ergreifen.

(2) Wenn Subunternehmen durch den Auftragsverarbeiter eingeschaltet werden, hat der Auftragsverarbeiter sicherzustellen, dass seine vertraglichen Vereinbarungen mit dem Subunternehmen so gestaltet sind, dass das Datenschutzniveau mindestens der Vereinbarung zwischen dem Verantwortlichen und dem Auftragsverarbeiter entspricht und alle vertraglichen und gesetzlichen Vorgaben beachtet werden; dies gilt insbesondere auch im Hinblick auf den Einsatz geeigneter technischer und organisatorischer Maßnahmen zur Gewährleistung eines angemessenen Sicherheitsniveaus der Verarbeitung.

(3) Dem Verantwortlichen sind in der vertraglichen Vereinbarung mit dem Subunternehmen Kontroll- und Überprüfungsrechte entsprechend dieser Vereinbarung einzuräumen. Ebenso ist der Verantwortliche berechtigt, auf schriftliche Anforderung vom Auftragsverarbeiter Auskunft über den Inhalt des mit dem Subunternehmen geschlossenen Vertrages und die darin enthaltene Umsetzung der datenschutzrelevanten Verpflichtungen des Subunternehmens zu erhalten.

(4) Kommt das Subunternehmen seinen datenschutzrechtlichen Verpflichtungen nicht nach, so haftet der Auftragsverarbeiter gegenüber dem Verantwortlichen für die Einhaltung der Pflichten des Subunternehmens. Der Auftragsverarbeiter hat in diesem Falle auf Verlangen des Verantwortlichen die Beschäftigung des Subunternehmens ganz oder teilweise zu beenden oder das Vertragsverhältnis mit dem Subunternehmen zu lösen, wenn und soweit dies nicht unverhältnismäßig ist.

§ 9 Datenschutzkontrolle

Der Auftragsverarbeiter verpflichtet sich, dem Datenschutzbeauftragten des Verantwortlichen sowie der zuständigen Aufsichtsbehörde zur Erfüllung ihrer jeweiligen gesetzlich zugewiesenen Aufgaben im Zusammenhang mit diesem Auftrag jederzeit Zugang zu den üblichen Geschäftszeiten zu gewähren. Der Auftragsverarbeiter unterwirft sich zusätzlich zu der für ihn bestehenden gesetzlichen Datenschutzaufsicht der Kontrolle der für den Verantwortlichen zuständigen Datenschutzaufsicht (hier: der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz bzw. der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit) und der Kontrolle durch den Datenschutzbeauftragten des Verantwortlichen mit Ausnahme der Bereiche, die keinerlei Bezug zur Auftragserfüllung haben. Er duldet insbesondere Betretungs-, Einsichts- und Fragerechte der Genannten, einschließlich der Einsicht in durch Berufsgeheimnisse geschützte Unterlagen. Er wird seine Mitarbeiter anweisen, mit den Genannten zu kooperieren, insbesondere deren Fragen wahrheitsgemäß und vollständig zu beantworten. Die nach Gesetz bestehenden Verschwiegenheitspflichten und Zeugnisverweigerungsrechte der Genannten bleiben davon unberührt.

§ 10 Anweisungs-, empfangs- und kontrollberechtigte Personen

Die gegenüber dem Auftragsverarbeiter im datenschutzrechtlichen Sinne anweisungs-, empfangs- und kontrollberechtigten Personen sind dem Auftragsverarbeiter durch den Verantwortlichen schriftlich zu benennen. Sofern nicht explizit etwas Abweichendes geregelt ist, erfolgt dies durch Nennung des fachlichen Ansprechpartners nach Vertragsschluss. Der fachliche Ansprechpartner ist somit dem Auftragsverarbeiter gegenüber - sofern nicht explizit abweichend geregelt - im datenschutzrechtlichen Sinne anweisungs-, empfangs- und kontrollberechtigt. Der Auftragsverarbeiter hat den kontrollberechtigten Personen nach Identitätsprüfung zur Ausübung ihrer Funktion in Begleitung eines Mitarbeiters des Auftragsverarbeiters Zutritt zu allen Sicherheitszonen zu gewähren. Sie haben sich bei der Ausübung ihrer Befugnisse zu legitimieren. Der Verantwortliche hat jederzeit das Recht, die Berechtigung einzelner oder aller benannter Personen gegenüber dem Auftragsverarbeiter zu widerrufen und neue anweisungs-, empfangs- und kontrollberechtigte Personen zu benennen. Der Widerruf und die Neubenennung erfolgen schriftlich.

§ 11 Kündigung

Der Verantwortliche kann die Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung jederzeit ohne Einhaltung einer Frist schriftlich kündigen, wenn ein schwerwiegender Verstoß des Auftragsverarbeiters gegen Datenschutzvorschriften oder die Bestimmungen dieser Vereinbarung vorliegt, der Auftragsverarbeiter eine Weisung des Verantwortlichen nicht ausführen kann oder will oder der Auftragsverarbeiter Kontrollrechte des Verantwortlichen vertragswidrig verweigert. Insbesondere die Nichteinhaltung der in dieser Vereinbarung festgelegten und aus Art. 28 DSGVO abgeleiteten Pflichten stellt einen schweren Verstoß dar. Der Verantwortliche hat in diesen Fällen nach Kündigung der Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung ebenso das Recht den Vertrag zu kündigen, in dessen Rahmen die Auftragsverarbeitung erfolgt.

§ 12 Schlussbestimmungen

(1) Änderungen und Ergänzungen dieser Vereinbarung und aller ihrer Bestandteile - einschließlich etwaiger Zusicherungen des Auftragsverarbeiters - bedürfen einer schriftlichen Vereinbarung und des ausdrücklichen Hinweises darauf, dass es sich um eine Änderung bzw. Ergänzung dieser Bedingungen handelt. Dies gilt auch für den Verzicht auf dieses Formerfordernis.

(2) Sollten einzelne Regelungen dieser Vereinbarung unwirksam oder undurchführbar sein, wird davon die Wirksamkeit der übrigen Regelungen nicht berührt. An die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Regelung tritt diejenige wirksame und durchführbare Regelung, deren Wirkungen der Zielsetzung am nächsten kommt, die die Vertragsparteien mit der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung verfolgt haben. Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend für den Fall, dass sich die Vereinbarung als lückenhaft erweist.

Ort, Datum

Ort, Datum

Der Bieter, der im Vergabeverfahren XYZ den Zuschlag erhalten hat
vertreten durch

Freistaat Bayern,
vertreten durch das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat,
dieses vertreten durch das Bayerische Landesamt für Steuern

Anhang 1

„Technische und organisatorische Maßnahmen“

zu § 5 der Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung

§ 1 Technische und organisatorische Sicherheitsmaßnahmen

Die Vertragspartner sind verpflichtet, geeignete technische und organisatorische Maßnahmen so durchzuführen, dass die Verarbeitung der Daten im Einklang mit den gesetzlichen Anforderungen erfolgt und der Schutz der Rechte der betroffenen Person in angemessener Form gewährleistet ist.

§ 2 Innerbehördliche oder innerbetriebliche Organisation des Auftragsverarbeiters

Der Auftragsverarbeiter wird seine innerbehördliche oder innerbetriebliche Organisation so gestalten, dass sie den besonderen Anforderungen des Datenschutzes gerecht wird. Dabei sind insbesondere Maßnahmen zu treffen, die je nach der Art der zu schützenden Daten oder Datenkategorien geeignet sind.

§ 3 Konkretisierung der Einzelmaßnahmen

(1) Im Einzelnen werden folgende Maßnahmen bestimmt, die als Mindestmaß der Umsetzung der Vorgaben des Art. 32 DSGVO dienen:

Nr.	Maßnahme	Umsetzung der Maßnahme
1.	Zutrittskontrolle Unbefugten ist der Zutritt zu Datenverarbeitungsanlagen, mit denen personenbezogene Daten verarbeitet werden, zu verwehren.	<i>Zutrittskontrollsystem, Ausweisleser, Magnetkarte, Chipkarte, Schlüssel, Schlüsselvergabe, Objektschutz, Überwachungseinrichtung, Alarmanlage, Türsicherung</i>
2.	Zugangskontrolle Es ist zu verhindern, dass Datenverarbeitungssysteme von Unbefugten genutzt werden können.	<i>Technische (Kennwort-/ Passwortschutz) und organisatorische (Benutzerstammsatz) Maßnahmen hinsichtlich der Benutzeridentifikation und Authentifizierung, Verwendung von dem Stand der Technik entsprechenden Verschlüsselungsverfahren (insb. durch: Kennwortverfahren, automatisches Sperren, Einrichtung eines Benutzerstammsatzes pro User, Verschlüsselung von Datenträgern)</i>
3.	Zugriffskontrolle Es ist zu gewährleisten, dass die zur Benutzung eines Datenverarbeitungssystems Berechtigten ausschließlich auf die ihrer Zugriffsberechtigung unterliegenden Daten zugreifen können, und dass personenbezogene Daten bei der Verarbeitung nicht unbefugt gelesen, kopiert, verändert oder entfernt werden können.	<i>Bedarfsorientierte Ausgestaltung des Berechtigungskonzepts und der Zugriffsrechte sowie deren Überwachung und Protokollierung, Verwendung von dem Stand der Technik entsprechenden Verschlüsselungsverfahren (insb. durch differenzierte Berechtigungen wie Profile, Rollen etc., Auswertungen, Kenntnisnahme, Veränderung, Löschung)</i>
4.	Weitergabekontrolle Es ist zu gewährleisten, dass personenbezogene Daten bei der elektronischen Übertragung oder während ihres Transports oder ihrer Speicherung auf Datenträger nicht unbefugt gelesen, kopiert, verändert oder entfernt werden können, und dass überprüft und festgestellt werden kann, an welchen Stellen eine Übermittlung personenbezogener Daten durch Einrichtungen zur Datenübertragung vorgesehen ist.	<i>Maßnahmen bei Transport, Übertragung und Übermittlung oder Speicherung auf Datenträger (manuell oder elektronisch) sowie bei der nachträglichen Überprüfung, Verwendung von dem Stand der Technik entsprechenden Verschlüsselungsverfahren, elektronische Signatur</i>

5.	Eingabekontrolle Es ist zu gewährleisten, dass nachträglich überprüft und festgestellt werden kann, ob und von wem personenbezogene Daten in Datenverarbeitungssysteme eingegeben, verändert oder entfernt worden sind.	<i>Nachvollziehbarkeit bzw. Dokumentation der Datenverwaltung gewährleisten, etwa durch Protokollierungs- und Auswertungssysteme</i>
6.	Auftragskontrolle Es ist zu gewährleisten, dass personenbezogene Daten, die im Auftrag verarbeitet werden, nur entsprechend den Weisungen des Verantwortlichen verarbeitet werden können.	<i>Abgrenzen der Kompetenz zwischen Verantwortlichem und Auftragsverarbeiter (Beispiel: Eindeutige Vertragsgestaltung, Kriterien zur Auswahl des Auftragsverarbeiters, Kontrolle der Vertragsausführung)</i>
7.	Verfügbarkeitskontrolle Es ist zu gewährleisten, dass personenbezogene Daten gegen zufällige Zerstörung oder Verlust geschützt sind.	<i>Die Daten sind gegen zufällige Zerstörung oder Verlust zu schützen, Maßnahmen zur Datensicherung (insb. durch: Backup-Verfahren, Spiegeln von Festplatten, unterbrechungsfreie Stromversorgung, Firewall, Notfallplan)</i>
8.	Trennungskontrolle Es ist zu gewährleisten, dass zu unterschiedlichen Zwecken erhobene Daten getrennt verarbeitet werden können.	<i>Daten, die zu unterschiedlichen Zwecken erhoben wurden, sind auch getrennt zu verarbeiten, Mandantenfähigkeit, Funktionstrennung zwischen Produktion/ Test</i>

(2) Es ist ein Verfahren zu etablieren, das eine regelmäßige Überprüfung, Bewertung und Evaluierung der Wirksamkeit der zum Einsatz kommenden technischen und organisatorischen Maßnahmen durch die Vertragsparteien ermöglicht.

Teleservicevereinbarung

Zwischen

dem **Freistaat Bayern**,

vertreten durch das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat,

dieses vertreten durch das Bayerische Landesamt für Steuern

- im folgenden „**Auftraggeber**“ genannt -

und

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

- im folgenden „**Auftragnehmer**“ genannt -

wird folgende Teleservicevereinbarung in Bezug auf den Vertrag

[H 1620.2.1-2058 / BA_0264_2026 - Rahmenvereinbarung Netzwerkkomponenten \(Los 3\)](#)

geschlossen:

Soweit der Auftragnehmer nach dem oben genannten Vertrag zur Leistungserbringung durch Teleservice berechtigt ist, gelten ergänzend die folgenden Regelungen. Dabei gilt die Definition des Begriffs Teleservice nach den Begriffsbestimmungen der einbezogenen EVB-IT AGB.

1. Die Systeme, welche für die Einwahl und Leistungserbringung durch Teleservice verwendet werden, müssen folgende technischen und organisatorischen Voraussetzungen erfüllen:
 - Ein aktuelles, vom Hersteller **Microsoft** noch unterstütztes **Client-Betriebssystem** in **Ausprägung x86-Prozessor-Architektur** mit zum Zeitpunkt der Einwahl aktuellem Patchstand.

- Sonstige auf dem System befindliche Software muss mit aktuellen Sicherheitspatches versorgt sein.
- Das System muss durch einen aktuellen Virens Scanner und mindestens durch eine Personal-Firewall geschützt sein.
- Der Verbindungsaufbau darf nicht unter der Administrator- bzw. Root-Kennung erfolgen.
- Zum Zeitpunkt des Verbindungsaufbaus und während der laufenden Sitzung darf keine weitere Netzwerk Verbindung bestehen.

Der Auftraggeber ist berechtigt dem Auftragnehmer aus sachlichen Gründen weitere technische und organisatorische Voraussetzungen aufzugeben. Der Auftragnehmer stellt sicher, dass die Leistungserbringung durch Teleservice die genannten technischen und organisatorischen Voraussetzungen während der gesamten Vertragsdauer erfüllt..

2. Besteht ein Verdacht, der Zweifel an der Zuverlässigkeit oder Sicherheit der Leistungserbringung durch Teleservice ergibt, ist der Auftraggeber berechtigt, die Verbindung zum System des Auftraggebers jederzeit und ohne vorherige Unterrichtung zu trennen. Die Entscheidungsgründe für den Trennvorgang sind vom Auftraggeber zu protokollieren. Der Auftragnehmer wird über die Trennung der Verbindung anschließend unverzüglich unterrichtet. Die Leistungspflicht des Auftragnehmers besteht auch bei Trennung der Verbindung fort. Die Art und Weise der Leistungserbringung bei Trennung legt der Auftraggeber unter Berücksichtigung beiderseitiger Interessen sowie sämtlicher Umstände des Einzelfalls in Absprache mit dem Auftragnehmer fest.
3. Die Einwahl zur Leistungserbringung durch Teleservice darf nur über den durch den Auftraggeber vorgegebenen Weg erfolgen. Die Einwahl in das System des Auftraggebers wird durch den Auftraggeber ermöglicht. Eine sichere Authentifizierung der Beschäftigten des Auftragnehmers wird durch eine personalisierte Zuweisung des zweiten Faktors sichergestellt. Die Weitergabe des Authentifizierungsmittels an andere Beschäftigte des Auftragnehmers oder an Dritte ist nicht zulässig. Der Auftraggeber legt vor Beginn der Erbringung der Vertragsleistungen fest, welche Zugriffsrechte dem Auftragnehmer zugewiesen werden. Der Auftragnehmer darf die ihm gewährten Zugriffsrechte nur zur Erfüllung des zugrundeliegenden Vertrages nutzen. Ein weiterreichendes Zugriffsrecht ist nur in Absprache mit dem Auftraggeber möglich. Die Entscheidung über eine Erweiterung der Zugriffsrechte bleibt alleine dem Auftraggeber überlassen.

4. Die auf Seiten des Auftragnehmers anfallenden Verbindungs- und Betriebskosten sind vom Auftragnehmer zu tragen (einschließlich eventueller Pauschalen).
5. Während der Leistungserbringung durch Teleservice ist der Auftraggeber berechtigt, die Zugriffsdaten, welche zur Autorisierung und Authentifizierung des Beschäftigten des Auftragnehmers genutzt werden, zu protokollieren. Eine Speicherung der Protokolle erfolgt nur in einem Umfang, wie es zur Analyse von Problemen und Vertragsverletzungen und zur Erfüllung von Dokumentationspflichten erforderlich ist auf der Rechtsgrundlage von Art. 6 Abs. 1 S. 1 Buchst. b, c, e DSGVO i.V.m. Art. 4 Abs. 1 BayDSG. Hieraus kann sich auch eine Speicherung über die Vertragslaufzeit hinaus ergeben. Die Protokolle werden durch den Auftraggeber gelöscht, soweit sie für die vorgenannten Zwecke nicht mehr erforderlich sind. Den von der Verarbeitung personenbezogener Daten betroffenen Beschäftigten des Auftragnehmers stehen gegen den Auftraggeber nach Art. 15 bis 18 und Art. 21 DSGVO verschiedene Betroffenenrechte zu. Hierzu gehört das Recht auf Auskunft, sowie Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung bzw. das Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung von personenbezogenen Daten. Sollten betroffene Beschäftigte des Auftragnehmers der Auffassung sein, dass der Auftraggeber einem Anliegen nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen ist, können diese bei der zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde, dem Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz, Beschwerde einlegen.
6. Die Vertragsparteien vereinbaren, dass sie sich gegenseitig unverzüglich darüber informieren, soweit Verstöße gegen Verpflichtungen dieser Teleservicevereinbarung festgestellt werden oder ein solcher Verdacht besteht.
7. Der Auftragnehmer verpflichtet sich darüber hinaus insbesondere,
 - a) Unbefugten den Zutritt zu seinen Systemen, mit denen Daten des Auftraggebers verarbeitet und genutzt werden, zu verwehren,
 - b) zu verhindern, dass seine zur Leistungserbringung durch Teleservice eingesetzten Systeme von Unbefugten genutzt werden können,

- c) dafür Sorge zu tragen, dass Daten des Auftraggebers bei Speicherung, Verarbeitung oder Nutzung in Systemen des Auftragnehmers nicht unbefugt gelesen, kopiert, verändert oder entfernt werden können,
 - d) dafür Sorge zu tragen, dass bei einer elektronischen Übertragung von Daten des Auftraggebers im Einvernehmen mit diesem die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen zur Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität getroffen werden,
 - e) soweit erforderlich die von ihm autorisierten und von ihm benannten Personen auf das Fernmeldegeheimnis gemäß § 88 TKG zu verpflichten,
 - g) dafür Sorge zu tragen, dass nach Beendigung des Vertragsverhältnisses oder dem Entzug der Berechtigung eines Beschäftigten sämtliche betroffene Zugangsmittel zur Leistungserbringung durch Teleservice nach Wahl des Auftraggebers sicher gelöscht werden oder an die vom Auftraggeber benannte Stelle zurückgegeben werden.
8. Soweit der Auftragnehmer zur Leistungserbringung Unterauftragnehmer einsetzt, ist der Auftragnehmer dafür verantwortlich, dass die Unterauftragnehmer die Verpflichtungen aus dieser Vereinbarung entsprechend erfüllen.
9. Der Auftragnehmer hat sich für alle technischen Fragen im Zusammenhang mit dieser Teleservicevereinbarung an seinen Ansprechpartner des Bayerischen Landesamt für Steuern zu wenden. Der Ansprechpartner wird dem Auftragnehmer nach Vertragsschluss mitgeteilt.
10. Aus Gründen der Informationssicherheit sind alle technischen Grundlagen zur Leistungserbringung durch Teleservice allgemein gehalten.

Rahmenvereinbarung

zwischen

dem **Freistaat Bayern**,

vertreten durch das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat,

dieses vertreten durch das Bayerische Landesamt für Steuern

- nachfolgend „Auftraggeber“ -

und

dem Bieter, der im Vergabeverfahren

Az.: H 1620.2.1-2058 – Los 4

den Zuschlag erhalten hat.

- nachfolgend „Auftragnehmer“ –

wird die folgende Rahmenvereinbarung geschlossen:

1.	Grundkonsens.....	2
2.	Auftragnehmerleistung	2
3.	Bestellungen	3
4.	Verpackung	4
5.	Lieferungen/ -termine	5
6.	Erfüllungsort / Bestimmungsort - Versandregelung.....	5
7.	Ansprechpartner	5
8.	Mängelansprüche	6
9.	Vertragsstrafe.....	6
10.	Haftung und Verzug.....	6
11.	Vergütung.....	7
12.	Zahlungen.....	8
13.	Geltungsdauer.....	9
14.	Allgemeine Vertragsbedingungen, Anwendbares Recht, Gerichtsstand.....	9
15.	Übertragung von Rechten und Pflichten	10
16.	Datenschutz und Geheimhaltung	10
17.	Verpflichtung.....	10
18.	Sicherheitsüberprüfung und Datenverarbeitung für Zugangskontrolle.....	10
19.	Pauschaler Schadensersatz zur Korruptionsbekämpfung.....	11
20.	Abtretung.....	11
21.	Aufrechnung.....	11
22.	Schriftform, Textform	11
23.	Salvatorische Klausel.....	12

1. Grundkonsens

(1) Gegenstand der Rahmenvereinbarung ist eine Lieferung von HashiCorp-Komponenten gem. Anlage 1 Leistungsbeschreibung (siehe Tz. 2) inkl. Software/Lizenzen, Wartung und Support.

Während der Laufzeit der Rahmenvereinbarung behält sich der Auftraggeber vor, weitere HashiCorp-Produkte abzurufen. Bzgl. des voraussichtlichen Bedarfs siehe Preisblatt.

(2) Ziel dieser Rahmenvereinbarung ist es, die grundsätzlich anfallenden Leistungen und Bedingungen sowie die gegenseitigen Rechte und Pflichten für Einzelaufträge (Bestellungen/Abrufe) zu regeln, die im Laufe des Vertragszeitraumes erteilt werden. Auch werden Regeln und Prozesse festgelegt, die eine Anpassung der Vereinbarungen an die Weiterentwicklung des Auftraggebers / der Besteller unter Berücksichtigung der jeweils konkreten individuellen Bedürfnisse ermöglichen.

2. Auftragnehmerleistung

(1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die in der Leistungsbeschreibung und im Preisblatt aufgeführten Produkte und Leistungen nach Maßgabe von Ziffer 3 zu liefern und gegebenenfalls sonstige damit verbundene Leistungen (z.B. Installation und Inbetriebnahme) zu erbringen.

Die Produkte sind fabrikneu hergestellt, vollständig und ordnungsgemäß funktionierend (mangelfrei) im betriebsbereiten Zustand frei Haus (zusatzkostenfrei) zu liefern.

Der Auftragnehmer ist aufgefordert, ausschließlich fabrikneue Originalware anzubieten, die Sie über die offiziellen Vertriebskanäle der Hersteller beziehen oder bezogen haben. Im Einzelnen werden nicht akzeptiert:

- Grauware (Graumarktware)
- Reimporte
- Ware mit dem Status Remarketed, Demo oder Renewed
- Anderweitig gebrauchte Ware

Nach erfolgter Lieferung behält sich der Auftraggeber das Recht vor, die Seriennummern der gelieferten Komponenten beim Hersteller auf Originalware und Herkunft prüfen zu lassen. Die angebotene Ware muss von einem offiziellen Distributor des Herstellers oder vom Hersteller selbst stammen. Diese Beschaffenheit gilt mit Abgabe des Angebotes als vereinbart. Weiterhin sind auf Anfrage Kopien der Original-Lieferscheine des Distributors bzw. des Herstellers

beizulegen.

Für zukünftige Beauftragungen im Rahmen der Rahmenvereinbarung gilt dies analog.

(2) Während der Laufzeit der Rahmenvereinbarung erbringen die Auftragnehmer eine allgemeine Information- und Beratungsleistung ggü. dem Auftraggeber hinsichtlich technologischer Neuerungen/Verbesserungen (z.B. Technologiewechsel etc.).

(3) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, zum Zeitpunkt der Lieferung, die für den Betrieb erforderliche Dokumentation (für Hard- und Software) vollständig, ordnungsgemäß und im aktuellen Zustand zu übergeben.

Sämtliche Dokumentation ist - soweit verfügbar - in deutscher Sprache zu liefern.

Soweit die Dokumentation nicht in deutscher Sprache verfügbar ist, ist sie in englischer Sprache zu liefern.

(4) Statt der in dieser Rahmenvereinbarung genannten und geforderten HashiCorp Service-Level (siehe Anlage 2) können bei den jeweiligen Einzelabrufen für die Wartung der Geräte durch den Auftragnehmer eigene, mindestens in der Ausprägung gleichwertige Wartungs- und Servicekategorien angeboten werden.

(5) Der Auftragnehmer muss alle Produkte von HashiCorp entsprechend der aktuell gültigen HashiCorp GPL (globale Preisliste von HASHICORP) anbieten und vertreiben können. Die in der der Preisliste genannten Rabatte auf den Listenpreis sind während der gesamten Vertragslaufzeit gültig. Sollte ein Produkt nicht mehr angeboten werden, so gelten die Rabattsätze auch auf dessen Nachfolgeprodukt. Sollten während der Vertragslaufzeit neue Produktgruppen eingeführt werden (die aktuell nicht existieren und somit nicht im Preisblatt vorhanden sind), so ist dies vom Auftragnehmer zeitnah mitzuteilen, inkl. einem für die restliche Laufzeit gültigen Rabattsatz.

3. Bestellungen

(1) Eine Verpflichtung des Auftraggebers über das Volumen der Mindestabnahmemenge gemäß Leistungsbeschreibung hinaus weitere Bestellungen zu tätigen besteht nicht. Der Abruf der Mindestabnahmemenge erfolgt nicht durch Zuschlag, sondern durch separate Beauftragung nach Zuschlagserteilung zu dieser Rahmenvereinbarung.

(2) Bestellungen bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit grundsätzlich nicht der Bestätigung durch den Auftragnehmer. Es genügt der Eingang des rechtlich, technisch und kaufmännisch korrekten Bestellvorgangs beim Auftragnehmer. Für den Fall, dass Unklarheiten bei der Bestellung bestehen, ist der Auftragnehmer verpflichtet unverzüglich Rücksprache mit dem Auftraggeber zu halten.

(3) Das Verfahren für die Bestellung und deren Abwicklung wird wie folgt geregelt:

a) Grundsätzlich erfolgen die Bestellungen/Abrufe per Mail.

b) Der Auftragnehmer stellt dem Empfänger für jede Lieferung einen Lieferschein in Papierform (und elektronischer Form) zur Verfügung, aus dem sich die tatsächlich gelieferten Komponenten ergeben.

Die Positionen werden möglichst in der gleichen Reihenfolge wie in der Bestellung aufgeführt.

Aus den Lieferscheinen müssen die Seriennummern der Komponenten und das Aktenzeichen des Bestellers ersichtlich sein.

4. Verpackung

(1) Die zu liefernden Gegenstände (Produkte) sind handelsüblich zu verpacken und zu kennzeichnen.

Um die Umweltbelastung bei der Entsorgung der gebrauchten Verpackungsmittel so gering wie möglich zu halten, sind nur die unbedingt erforderlichen Verpackungsmittel zu verwenden. Die unbeschädigte und funktionsfähige Anlieferung beim Empfänger muss jedoch gewährleistet sein.

(2) Die Verpackung ist dem Empfänger vollständig zu übergeben und geht bei reinen Lieferleistungen grundsätzlich in das Eigentum des Auftraggebers über.

Die Parteien sind sich einig, dass der Auftragnehmer das aktuell gültige VerpackG einzuhalten hat.

Der Auftraggeber behält sich vor, den Auftragnehmer ohne gesonderte Vergütung auf dessen Entsorgungsverpflichtungen in Anspruch zu nehmen.

(3) Der Eigentumserwerb durch den Besteller lässt die Verpflichtungen des Auftragnehmers oder Dritter nach den Vorschriften des VerpackG unberührt.

(4) Darüber hinaus ist die Verpackung bezogen auf ihren Inhalt deutlich zu kennzeichnen (z.B. mit Angaben zu Hersteller Nr./Typ, Empfänger, Lieferscheinnummer etc.), dieses geschieht durch einen auf der Verpackung angebrachten Lieferschein.

(5) Die Pflichten des Auftragnehmers zur Abholung und Entsorgung gemäß Ziffer 2.2 der EVB-IT Kauf-AGB bleiben unberührt. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber nach Zuschlag einen Ansprechpartner bzgl. Abholung und Entsorgung mitzuteilen. Eine Sortierung des Verpackungsmaterials durch den Auftraggeber erfolgt nicht. Aktuell ist ausschließlich eine Entsorgung des Verpackungsmaterials durch den Auftragnehmer vorgesehen.

5. Lieferungen/ -termine

(1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, Lieferungen vollständig und funktionsfähig innerhalb von 45 Kalendertagen nach Bestellung durchzuführen, soweit im Einzelfall keine anderweitige Vereinbarung getroffen wird.

Die Möglichkeit von Teillieferungen innerhalb der o.a. Frist bleibt davon unberührt.

Die Geräte sind im betriebsbereiten Zustand frei Verwendungsstelle zu liefern. Soweit notwendig, erfolgt die Installation bzw. Systemintegration in Zusammenarbeit mit dem Auftraggeber.

Der Auftragnehmer setzt für die eventuell erforderlichen Installationsarbeiten vom Hersteller zertifizierte Mitarbeiter ein.

(2) Bei Lieferungen/Leistungen muss der Auftragnehmer die üblichen Dienstzeiten des Empfängers berücksichtigen.

(3) Bei Lieferungen sind die Besonderheiten des Liefer- bzw. Erfüllungsortes, z.B. begrenzte Einfahrtshöhe, zu beachten. Diese werden vom Auftraggeber mitgeteilt.

(4) Die Lieferung hat auf Europaletten zu erfolgen, sofern Paletten zum Transport der Geräte erforderlich sind (Höhe max. 170 cm, Breite max. 80 cm, Länge max. 120 cm).

(5) Sofern Paletten zum Transport der Geräte erforderlich sind, hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber mindestens fünf Werktage vor Lieferung das Lieferdatum mitzuteilen.

6. Erfüllungsort / Bestimmungsort - Versandregelung

(1) Erfüllungsort ist grundsätzlich der vom Auftraggeber benannte Bestimmungsort (die Lieferanschrift).

(2) Die Preisstellung für die Lieferleistungen lautet grundsätzlich: "Frei Haus"

(3) Der Auftragnehmer hat den Versand der Vertragsgegenstände in eigener Zuständigkeit, zu seinen Lasten und auf sein Risiko durchzuführen.

7. Ansprechpartner

Dem Auftragnehmer werden Ansprechstellen des Auftraggebers bei Bedarf bei Bestellung genannt. Der Auftragnehmer benennt bei Vertragsschluss einen Ansprechpartner und teilt dem Auftraggeber etwaige Änderungen unverzüglich mit.

8. Mängelansprüche

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, seine Leistungen gemäß den Anforderungen der Anlage 1 Leistungsbeschreibung und den EVB-IT AGBs zu erbringen.
- (2) Ansprüche des Auftraggebers wegen verborgener Mängel werden durch eine Funktionsprüfung nicht beeinflusst.
- (3) Die Verjährungsfrist für Sach- und Rechtsmängelansprüche beträgt 24 Monate nach der Lieferung, soweit nichts anderes vereinbart ist. Sämtliche Sach- und Rechtsmängelansprüche verjähren in der regelmäßigen Verjährungsfrist, wenn der Auftragnehmer den Mangel arglistig verschwiegen hat.
- (4) Der Auftragnehmer erklärt, dass die im Rahmen des Vertrages zu liefernden Komponenten frei von Schadprogrammen (z.B. Viren) sind, die nach dem Stand der Technik zum Zeitpunkt der Lieferung bekannt sind.
- (5) Der Auftragnehmer hat die zum Zwecke der Mängelbeseitigung erforderlichen Aufwendungen, insbesondere Transport-, Wege-, Arbeits- und Materialkosten zu tragen.
- (6) Alle Speichermedien, die Daten auch bei einer Trennung vom elektrischen Netz speichern (insbesondere Festplatten), verbleiben beim Auftraggeber.

9. Vertragsstrafe

- (1) Die Vertragsstrafe wird auch ohne Verschulden verwirkt.
- (2) Im Falle des Rücktritts infolge der nicht oder nicht gehörigen Erfüllung behält der Auftraggeber den Anspruch auf eine verwirkte Vertragsstrafe.
- (3) § 341 Abs.3 BGB wird dahingehend geändert, dass die Geltendmachung bis zur Schlusszahlung (insb. dort durch Aufrechnung) möglich ist.

10. Haftung und Verzug

- (1) Soweit in den Regelungen der EVB-IT AGB (siehe Tz. 14), Haftungssummen bzw. -Begrenzungen oder Vertragsstrafen genannt sind, beziehen sie sich nicht auf die Rahmenvereinbarung selbst, sondern auf die jeweiligen Einzelbestellungen.
- (2) Der Auftragnehmer erklärt, dass er die sich aus der Rahmenvereinbarung ergebende Haftung durch eine Versicherung abgedeckt hat, die im Rahmen und Umfang einer marktüblichen Industriehaftpflichtversicherung oder einer vergleichbaren Versicherung aus einem Mitgliedsstaat der EU entspricht. Der Auftragnehmer wird diesen Versicherungsschutz mindestens bis zum Ende sämtlicher Vertragsbeziehungen aus der Rahmenvereinbarung

aufrechterhalten. Kommt der Auftragnehmer dieser Verpflichtung nicht nach, ist der Auftraggeber zum Rücktritt von der Rahmenvereinbarung berechtigt.

Weitergehende Ansprüche des Auftraggebers, insbesondere Schadensersatzansprüche, bleiben hiervon unberührt.

11. Vergütung

(1) Für alle in diesem Vertrag genannten Beträge gilt einheitlich der Euro als Währung.

(2) Für die Lieferungen und Leistungen des Auftragnehmers aus diesem Vertrag gelten die in der Anlage 1 (Leistungsbeschreibung) und dem Leistungsverzeichnis (Produkte/Leistungen) aufgeführten Preise zuzüglich der zum Zeitpunkt der Lieferung/ Leistungserbringung gültigen Umsatzsteuer.

Der jeweils im Leistungsverzeichnis (Produkte/Leistungen) angegebene Abschlag auf den Listenpreis ist in Form eines Prozentsatzes für die komplette Vertragslaufzeit und für die jeweiligen Komponenten gültig und darf nicht verringert werden.

Im Rahmen dieses Vergabeverfahrens wird bei mindestens einer Produktgruppe ein Rabattsatz auf den Listenpreis des Herstellers (im Zeitpunkt des Abrufes) als für die Zuschlagserteilung ausschlaggebender Wert vereinbart.

Der Bieter, der den Zuschlag im Vergabeverfahren erhalten wird, muss im Rahmen der Angebotserstellung bei Einzelabrufen dem Auftraggeber Folgendes mitteilen:

- den (Hersteller-) Listenpreis im Zeitpunkt der Angebotserteilung,
- die Produktgruppe (nur bei mehreren Produktgruppen) und
- den vereinbarten Rabattsatz.

Zusätzlich ist bei Auftragsbestätigung der zugrundeliegende US-Dollarkurs anzugeben, siehe auch Absatz 4.

Die Gewährung einer höheren Rabattierung - auch für einzelne Bestellungen - durch den Auftragnehmer ist zulässig.

Der Listenpreis muss für den Auftraggeber nachprüfbar und keine willkürlich zu bestimmende Größe sein. Die Preise müssen marktüblich sein, d. h. sie müssen - auch bei Änderungen - auf dem Markt erzielt werden können. Die Preisliste muss einer Vielzahl von Dritten bekannt gegeben sein.

(3) Die aktuellen Listenpreise können vom Auftraggeber jederzeit angefordert werden und sind ihm zur Verfügung zu stellen.

(4) Die Listenpreise des Herstellers HashiCorp müssen zum Zeitpunkt des Abrufs bzw. Beauftragung auf den tagesaktuellen US\$ Wechselkurs angepasst werden.

Die Grundlage dafür bildet der an der europäischen Zentralbank notierte US\$ Wechselkurs:

(https://www.ecb.europa.eu/stats/policy_and_exchange_rates/euro_reference_exchange_rates/html/eurofxref-graph-usd.de.html)

12. Zahlungen

(1) Die Rechnungsstellung erfolgt ausschließlich elektronisch mit o.g. Adresse unter Angabe der Vertragsnummer des Auftraggebers an folgendes E-Mail-Postfach LfSt-z2.Invoice@lfst.bayern.de. Rechnungen sollen vom Vertragspartner selbst gestellt werden und nicht zum Beispiel durch ein ausländisches Mutterunternehmen oder ein sonstiges Mitglied eines Konzernverbunds, welchem der Vertragspartner angehört. Soweit eine Forderungsabtretung nicht wirksam ausgeschlossen werden kann, kann der Auftraggeber dennoch entsprechend § 354a HGB mit befreiender Wirkung an den bisherigen Vertragspartner leisten.

(2) Die Zahlung erfolgt innerhalb von 30 Tagen nach Zugang einer prüffähigen Rechnung unter Angabe des Aktenzeichens des Auftraggebers.

(3) Sollte die Rechnung bereits vor Lieferung / Leistungserbringung beim Besteller vorgelegt werden, gilt nicht das Datum des Eingangs der Rechnung beim Besteller als maßgeblich für den Beginn der Zahlungsfrist, sondern das Datum der tatsächlichen Lieferung / Leistungserbringung.

(4) Die Lieferung der vereinbarten Komponenten und sonstigen Leistungen ist Voraussetzung für Zahlungen des Auftraggebers.

(5) Zahlungs- und Skontofristen beginnen am Tag nach dem Eingang einer prüffähigen Rechnung beim Rechnungsempfänger, jedoch nicht vor dem Tag des vollständigen Eingangs der in Rechnung gestellten Lieferung am Erfüllungsort.

(6) Nur nach den vorstehenden Vorschriften eingereichte Rechnungen bilden die Grundlage für die Zahlung der Vergütung dieses Vertrages.

(7) Wird der Auftrag in Teillieferungen abgewickelt, die sich über einen längeren Zeitraum erstrecken, können dem Auftraggeber Teilrechnungen eingereicht werden.

13. Geltungsdauer

Diese Rahmenvereinbarung hat eine Laufzeit von zwei Jahren ab Zuschlagserteilung dieses Vertrages und verlängert sich bis zu zweimal automatisch um ein weiteres Jahr. Somit ergibt sich eine maximale Vertragslaufzeit von 4 Jahren ab Zuschlag.

Erhöht sich der Listenpreis für die in dieser Rahmenvereinbarung enthaltenen Produkte gegenüber dem Referenzpreis bei Zuschlag um mehr als fünfzig Prozent (50%), so hat der Auftraggeber das Recht auf außerordentliche Kündigung (Sonderkündigungsrecht) dieser Rahmenvereinbarung oder einzelner Produktgruppen.

Nach Zuschlag ist dem Auftraggeber eine Liste mit den Listenpreisen für alle Produkte der zu bepreisenden Produktgruppen zu übermitteln.

14. Allgemeine Vertragsbedingungen, Anwendbares Recht, Gerichtsstand

(1) Maßgebend für die einzelvertraglichen Vereinbarungen sind in nachstehender Rangfolge:

1. die Bedingungen dieser Rahmenvereinbarung inkl.

- Anlage 1: Leistungsbeschreibung Rahmenvereinbarungen Netzwerkkomponenten (alle Lose)
- Anlage 2: - entfällt -
- Anlage 3: Geheimhaltungsvereinbarung
- Anlage 4: Verpflichtungserklärung
- Anlage 5: Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung
- Anlage 6: Teleservice

2. EVB-IT Kauf-AGB, EVB-IT Instandhaltungs-AGB, EVB-IT Dienstleistungs-AGB, EVB-IT Überlassung-AGB (Typ A), EVB-IT Überlassung Typ B und EVB-IT Pflege S-AGB in der zum Zeitpunkt der Bestellung geltenden Fassung. Sollte eine Bestellung nicht in einer dieser Kategorien fallen, werden stattdessen die entsprechenden EVB-IT AGB verwendet.

(2) Auf diesen Vertrag findet ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland Anwendung. Verweist dieses Recht auf ausländische Rechtsordnungen, so finden diese Verweisungen auf die Abwicklung dieser Rahmenvereinbarung keine Anwendung. Die Anwendung des UN-Kaufrechts (CISG) ist ausgeschlossen.

(3) Für alle Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist, soweit nicht gesetzlich zwingend etwas Anderes bestimmt ist, der Gerichtsstand München vereinbart. Der Auftraggeber ist jedoch

berechtigt, nach seiner Wahl eigene Ansprüche am Gerichtsstand des Auftragnehmers geltend zu machen.

(4) Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers sind ausgeschlossen.

15. Übertragung von Rechten und Pflichten

Sofern der Auftragnehmer seine Geschäftsaktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland einzustellen beabsichtigt, ist er verpflichtet, dies dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen. Der Auftragnehmer darf Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag nicht ohne Einwilligung des Auftraggebers auf Dritte übertragen. Die Abtretung von Zahlungsansprüchen an Banken wird der Auftraggeber genehmigen, wenn keine konkrete Gefährdung der Interessen des Auftraggebers abzusehen ist.

16. Datenschutz und Geheimhaltung

Mit der Angebotsabgabe und anschließender Zuschlagserteilung gilt die Zustimmung zur Einhaltung der Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung sowie der Geheimhaltungsvereinbarung als abgegeben.

17. Verpflichtung

Alle Personen, die in Erfüllung der Pflichten des Auftragnehmers tätig werden, werden nach pflichtgemäßem Ermessen des Auftraggebers gemäß § 1 Verpflichtungsgesetz verpflichtet und haben im Anschluss eine Niederschrift (Anlage 4: Verpflichtungserklärung) zu unterzeichnen. Der Auftragnehmer kann zur Erfüllung seiner Pflichten nur solche Personen einsetzen, die mit der vorgenannten Regelung einverstanden sind.

Wird die Verpflichtungserklärung nicht unterzeichnet, so hat der Auftragnehmer einen anderen Dienstleister, der diese Voraussetzung erfüllt, zu schicken.

Sämtliche daraus resultierenden Folgen gehen zu Lasten des Auftragnehmers.

Die Unterzeichnung kann sowohl digital als auch händisch erfolgen. Der Auftragnehmer hat die unterschriebene(n) Verpflichtungserklärung(en) zu archivieren; die Führung eines (gerichtlichen) Nachweises zur Echtheit der Unterschrift obliegt dem Auftragnehmer.

18. Sicherheitsüberprüfung und Datenverarbeitung für Zugangskontrolle

In Ergänzung zu Ziffer 14 Dienstleistungs-AGB werden alle Personen, die in Erfüllung der Pflichten des Auftragnehmers tätig werden, gemäß Bayerischem Sicherheitsüberprüfungsgesetz (BaySÜG) im Rahmen einer einfachen

Sicherheitsüberprüfung (Art. 10 BaySÜG) vor Leistungsbeginn überprüft. Für die in der Ausschreibung enthaltenen optionalen Dienstleistungen dürfen nur Personen eingesetzt werden, die diese Überprüfung bestanden haben. Der Auftragnehmer stellt nur solche Personen zur Erfüllung der Dienstleistung zur Verfügung, die bereit sind sich einer Sicherheitsüberprüfung gemäß dem BaySÜG zu unterziehen. Außerdem stellt der Auftragnehmer nur solche Personen zur Erfüllung der Dienstleistung zur Verfügung, die bereit sind sich bei der Zugangskontrolle mit biometrischen Merkmalen auszuweisen (z.B. Handvenenscan, Gesichtsscan)

19. Pauschaler Schadensersatz zur Korruptionsbekämpfung

Wenn der Auftragnehmer aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung im Sinne von § 1 GWB darstellt, hat er 5 v. H. der Auftragssumme an den Auftraggeber zu zahlen, es sei denn, dass kein oder ein Schaden in anderer Höhe nachgewiesen wird. Dies gilt auch, wenn der Vertrag gekündigt wird oder bereits erfüllt ist.

20. Abtretung

Die Abtretung von Forderungen des Auftragnehmers bedarf der schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers.

21. Aufrechnung

Der Auftragnehmer kann gegenüber Ansprüchen des Auftraggebers mit Gegenforderungen nicht aufrechnen, wenn diese Forderungen nicht entweder rechtskräftig festgestellt oder vom Auftraggeber unbestritten sind, es sei denn, die Gegenforderung und die aufgerechnete Hauptforderung sind synallagmatisch miteinander verknüpft.

22. Schriftform, Textform

(1) Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrags nach Vertragsschluss sind nur wirksam, wenn sie schriftlich vereinbart werden. Dies gilt auch für eine Änderung dieser Schriftformklausel selbst. Abweichend hiervon sind auch formlos getroffene Änderungen oder Ergänzungen dieser Vereinbarung wirksam, wenn sie Individualvereinbarungen im Sinne von § 305 b BGB sind. Diese nachträglich getroffenen Änderungen/Vereinbarungen sollen in Textform dem Vertragswerk beigelegt werden.

(2) Die Parteien sind sich einig, dass bis zum Zeitpunkt des Abschlusses keine in diesem schriftlich geschlossenen Vertrag nicht enthaltenen Zusagen gemacht und keine weiteren mündlichen oder schriftlichen Vereinbarungen getroffen worden sind.

(3) Einseitige, gegenüber dem anderen Vertragsteil abzugebende Erklärungen bedürfen der Textform.

23. Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam oder undurchführbar sein oder nach Vertragsschluss unwirksam oder undurchführbar werden, bleibt davon die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen unberührt. An die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung soll diejenige wirksame und durchführbare Regelung treten, deren Wirkungen der wirtschaftlichen Zielsetzung am nächsten kommen, die die Vertragsparteien mit der unwirksamen bzw. undurchführbaren Bestimmung verfolgt haben. Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend für den Fall, dass sich der Vertrag als lückenhaft erweist.

Geheimhaltungsvereinbarung

Zwischen

dem **Freistaat Bayern**

vertreten durch das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat,
dieses vertreten durch das Bayerische Landesamt für Steuern

- im folgenden „**Auftraggeber**“ genannt -

Und

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

- im folgenden „**Auftragnehmer**“ genannt -

wird folgende Geheimhaltungsvereinbarung in Bezug auf den Vertrag

H 1620.2.1-2058 / BA_0264_2026 - Rahmenvereinbarung Netzwerkkomponenten (Los 4)

geschlossen:

1. Die Parteien verpflichten sich, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten vertraulichen Informationen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse vertraulich zu behandeln und geheim zu halten, insbesondere nicht an Dritte weiterzugeben oder anders als zu vertraglichen Zwecken zu verwerten. Diese Pflicht zur Geheimhaltung und Vertraulichkeit gilt unabhängig davon, ob Informationen mündlich, elektronisch oder in anderer Form zugänglich gemacht wurden. Die Pflicht zur Geheimhaltung und Vertraulichkeit besteht auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses fort. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, nach Erfüllung seiner Verpflichtung alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten vertraulichen Informationen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse gemäß den aktuell geltenden Sicherheitsvorschriften (insb. der Vorgaben des BSI) zu löschen, es sei denn gesetzliche oder vertragliche Verpflichtungen stehen dem entgegen oder der Auftraggeber verlangt, dass die vertraulichen Informationen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse nicht gelöscht werden. Der Erfahrungsaustausch des Auftraggebers mit und innerhalb der öffentlichen Hand bleibt unbenommen, ebenso wie die Erfüllung gesetzlicher Pflichten des Auftraggebers. Unberührt bleibt die Pflicht zum vertraulichen Umgang mit auf der Grundlage des Vertrages erlangten Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen. Die Verpflichtung zur Vertraulichkeit gilt darüber hinaus nicht für Informationen, die den Parteien bereits rechtmäßig bekannt sind oder außerhalb des Vertrags ohne Verstoß gegen eine Vertraulichkeitsverpflichtung bekannt werden.
2. Vertrauliche Informationen sind alle Informationen und Materialien, die der Auftragnehmer direkt oder indirekt vom Auftraggeber zur Abwicklung des Auftrags erhält und die ein verständiger Dritter als schützenswert ansehen würde oder die als vertraulich gekennzeichnet sind, unabhängig davon, ob sie schriftlich, elektronisch, mündlich, digital verkörpert oder in anderer Form zugänglich gemacht wurden.
3. Der Auftragnehmer erklärt, dass er rechtlich und tatsächlich in der Lage ist, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten vertraulichen Informationen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse - auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses - vertraulich zu behandeln. Insbesondere erklärt er, dass zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses keine Verpflichtungen, Dritten solche Informationen zu offenbaren oder in anderer Weise zugänglich zu machen, bestehen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber sofort schriftlich zu benachrichtigen, wenn er die Einhaltung dieser Verpflichtung nicht mehr gewährleisten kann, insbesondere, wenn für ihn eine Notwendigkeit oder Verpflichtung entsteht oder er eine solche hätte erkennen können, die ihn an der Einhaltung der Vertraulichkeit hindern könnte.

4. Nr. 3 gilt nicht, soweit gesetzliche Offenlegungspflichten bestehen (etwa gegenüber Stellen der Börsenaufsicht, Regulierungsbehörden oder der Finanzverwaltung), es sei denn, solche Offenlegungspflichten bestehen gegenüber ausländischen Sicherheitsbehörden.
 - 4.1 Besteht eine gesetzliche Offenlegungspflicht, hat der Auftragnehmer vor der Offenlegung den Auftraggeber über den Umfang der Offenlegung zu informieren. Der Umfang der Offenlegung ist dabei auf das gesetzlich vorgeschriebene Minimum zu beschränken.
 - 4.2 In Zweifelsfällen hat der Auftragnehmer den Auftraggeber auf die gesetzliche(n) Offenlegungspflicht(en) vor Vertragsschluss hinzuweisen.
5. Der Auftragnehmer ist berechtigt, vertrauliche Informationen nur an solche Unterauftragnehmer weiterzugeben, deren Einsatz der Auftraggeber ausdrücklich zugestimmt hat, wenn und soweit diese vertraulichen Informationen für die Erbringung der jeweiligen Leistungen durch den Unterauftragnehmer erforderlich sind („need-to-know“-Prinzip). Dies gilt nur, wenn sich der Unterauftragnehmer zuvor dem Auftragnehmer gegenüber mindestens in gleichem Umfang zur Vertraulichkeit verpflichtet hat, wie der Auftragnehmer gegenüber dem Auftraggeber. Die Weitergabe der vertraulichen Informationen durch den Unterauftragnehmer muss jedoch ausgeschlossen sein; soweit nicht der Auftraggeber jeweils zuvor einer Weitergabe ausdrücklich zugestimmt hat.
6. Vertrauliche Informationen dürfen ausschließlich zum Zweck der Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Vertrag eingesetzt werden. Daher darf der Auftragnehmer die Informationen nur solchen Mitarbeitern zugänglich machen, die sie für die Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Vertrag benötigen. Diese Mitarbeiter sind in gleichem Umfang zur Geheimhaltung zu verpflichten, und zwar auch für die Zeit nach Beendigung ihres Arbeitsverhältnisses mit dem Auftragnehmer, soweit dies rechtlich zulässig ist.
7. Etwaige weitergehende Pflichten des Auftragnehmers aus dem Gesetz zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen (GeschGehG) vom 18.04.2019 bleiben von der vorliegenden Vereinbarung unberührt.

Niederschrift über die Verpflichtung zur gewissenhaften Erfüllung von Obliegenheiten nach dem Verpflichtungsgesetz

Verhandelt

München/Nürnberg/_____, den _____

Vor der zur Verpflichtung zuständigen Person

Herr/Frau: _____,

Referat/Stelle: _____

(„verpflichtende Person“)

erschien heute zum Zwecke der

Verpflichtung

nach § 1 des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen vom 2. März 1974 (BGBl I S. 547)

Frau/Herr _____,

(Name)

Geboren am _____

(Datum)

tätig für Firma/Büro _____

(„verpflichtete Person“)

Die erschienene Person wurde auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten verpflichtet.
Sie wurde auf folgende Strafvorschriften des Strafgesetzbuches hingewiesen:

§ 133 Abs. 3

Verwahrungsbruch

§ 201 Abs. 3	Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes
§ 203 Abs. 2,4,5	Verletzung von Privatgeheimnissen
§ 204	Verwertung fremder Geheimnisse
§§ 331, 332	Vorteilsannahme und Bestechlichkeit
§ 353b	Verletzung des Dienstgeheimnisses und einer besonderen Geheimhaltungspflicht
§ 355	Verletzung des Steuergeheimnisses
§ 358	Nebenfolgen
§ 97b Abs. 2 i.V.m. §§ 94 bis 97	Verrat in irriger Annahme eines illegalen Geheimnisses
§ 120 Abs. 2	Gefangenenerbefreiung

Die erschienene Person wurde darüber belehrt, dass die vorgenannten Strafvorschriften auf Grund der Verpflichtung für sie anzuwenden sind.

Sie erklärt, auf die genannten Bestimmungen hingewiesen worden zu sein. Sie unterzeichnet dieses Protokoll nach Vorlesung zum Zeichen der Genehmigung und bestätigt gleichzeitig den Empfang einer Abschrift der Niederschrift.

v. g. u.

(Unterschrift der verpflichtenden Person)

(Unterschrift der verpflichteten Person)

Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung

gem. Art. 28 DSGVO

zum Vertrag [H 1620.2.1-2058 / BA_0264_2026](#) - Rahmenvereinbarung Netzwerkkomponenten
(Los 4)

zwischen

dem **Freistaat Bayern**,

vertreten durch das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat,

dieses vertreten durch das Bayerische Landesamt für Steuern

- nachfolgend „**Verantwortlicher**“ -

Und

- nachfolgend „**Auftragsverarbeiter**“ -

- beide nachfolgend gemeinsam „**Vertragsparteien**“ -

wird die folgende Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung geschlossen:

Inhalt

Präambel.	3
§ 1 Anwendungsbereich	3
§ 2 Konkretisierung des Auftragsinhalts	3
§ 3 Verantwortlichkeit und Weisungsbefugnis	3
§ 4 Beachtung zwingender gesetzlicher Pflichten durch den Auftragsverarbeiter	5
§ 5 Technische und organisatorische Maßnahmen sowie deren Kontrolle	6
§ 6 Mitteilung bei Verstößen durch den Auftragsverarbeiter	6
§ 7 Löschung und Rückgabe von Daten	7
§ 8 Subunternehmen	7
§ 9 Datenschutzkontrolle	8
§ 10 Anweisungs-, empfangs- und kontrollberechtigte Personen	8
§ 11 Kündigung	9
§ 12 Schlussbestimmungen	9
Anhang 1	10

Präambel

Die Vertragsparteien sind mit oben genanntem Vertrag ein Auftragsverarbeitungsverhältnis eingegangen. Um die sich hieraus ergebenden Rechte und Pflichten gemäß den Vorgaben der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (*Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG - DSGVO*), der Abgabenordnung (AO), des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) und des Bayerischen Datenschutzgesetzes (BayDSG) zu konkretisieren, schließen die Vertragsparteien die nachfolgende Vereinbarung.

§ 1 Anwendungsbereich

Die Vereinbarung findet Anwendung auf die Verarbeitung personenbezogener Daten (im Folgenden: Daten) i. S. v. Art. 4 Nr. 1 und 2 DSGVO, die Gegenstand des Vertrags sind oder im Rahmen der Durchführung anfallen oder dem Auftragsverarbeiter bekannt werden. Nicht unter den Anwendungsbereich fallen Daten von Mitarbeitern des Auftragsverarbeiters, soweit sie ausschließlich das Beschäftigungsverhältnis mit dem Auftragsverarbeiter betreffen.

§ 2 Konkretisierung des Auftragsinhalts

(1) Gegenstand und Dauer der Auftragsverarbeitung sowie Umfang, Art und Zweck der vorgesehenen Verarbeitung von Daten bestimmen sich nach oben genanntem Vertrag und der zugehörigen Leistungsbeschreibung.

(2) Folgende Datenarten/ -kategorien sind Gegenstand der Verarbeitung durch den Auftragsverarbeiter:

- dienstliche E-Mail-Adresse der Kontaktperson im Wartungsfall
- Funktions-E-Mail-Adresse der technischen Fachteams „Competence-Center LAN zentral“ und „Competence-Center LAN dezentral“
- Vorname und Nachname der Kontaktperson im Wartungsfall
- dienstliche Telefonnummer der Kontaktperson im Wartungsfall

(3) Der Kreis der betroffenen Personen i. S. v. Art. 4 Nr. 1 DSGVO ist:

Mitglieder der Teams „Competence-Center LAN zentral“ und „Competence-Center LAN dezentral“ am BayLfSt

§ 3 Verantwortlichkeit und Weisungsbefugnis

(1) Der Auftragsverarbeiter verarbeitet personenbezogene Daten im Auftrag des Verantwortlichen. Der Verantwortliche ist im Rahmen dieser Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen der Datenschutzgesetze, insbesondere für die Rechtmäßigkeit der Datenweitergabe an den Auftragsverarbeiter sowie für die Rechtmäßigkeit der Datenverarbeitung allein verantwortlich („Verantwortlicher“ im Sinne des Art. 4 Nr. 7 DSGVO). Der Verantwortliche kann jederzeit die Herausgabe, Berichtigung, Anpassung, Löschung und Einschränkung der Verarbeitung der Daten verlangen. Die Einrede

des Zurückbehaltungsrechts i. S. v. § 273 BGB wird hinsichtlich der für den Verantwortlichen verarbeiteten Daten und der zugehörigen Datenträger ausgeschlossen.

(2) Zur Gewährleistung des Schutzes der Rechte der betroffenen Personen unterstützt der Auftragsverarbeiter den Verantwortlichen angemessen, insbesondere durch geeignete technische und organisatorische Maßnahmen.

(3) Soweit sich eine betroffene Person zwecks Geltendmachung der Betroffenenrechte unmittelbar an den Auftragsverarbeiter wendet, wird der Auftragsverarbeiter die betroffene Person über seine Unzuständigkeit informieren und an den jeweiligen Verantwortlichen i. S. v. Art. 4 Nr. 7 DSGVO (z. B. an die sachlich und örtlich zuständige Finanzbehörde in dem jeweiligen Land) verweisen.

(4) Der Auftragsverarbeiter darf Daten ausschließlich im Rahmen der Weisungen des Verantwortlichen verarbeiten, sofern er nicht zu einer anderen Verarbeitung durch das Recht der Union oder des Mitgliedstaates, dem der Auftragsverarbeiter unterliegt, hierzu verpflichtet ist (z. B. Ermittlungen von Strafverfolgungs- oder Staatsschutzbehörden); in einem solchen Fall teilt der Auftragsverarbeiter dem Verantwortlichen diese rechtlichen Anforderungen vor der Verarbeitung mit, sofern das betreffende Recht eine solche Mitteilung nicht wegen eines wichtigen öffentlichen Interesses verbietet (Art. 28 Abs. 3 Satz 2 Buchst. a DSGVO). Eine Weisung ist die auf einen bestimmten Umgang des Auftragsverarbeiters mit personenbezogenen Daten gerichtete schriftliche, elektronische oder mündliche Anordnung des Verantwortlichen. Anordnungen sind unverzüglich zu dokumentieren. Die Weisungen werden zunächst im oben genannten Vertrag und in der Leistungsbeschreibung, definiert und können von dem Verantwortlichen danach in dokumentierter Form geändert, ergänzt oder ersetzt werden. Diese datenschutzrechtlichen Weisungen sind keine Weisungen im arbeitsrechtlichen Sinne. Sämtliche Regelungen sind vielmehr so zu verstehen, dass dadurch das Personenauswahlrecht und die Weisungs- und Direktionsbefugnisse beim Verarbeiter verbleiben. Es entsteht keine Arbeitnehmerüberlassung und eine solche ist auch im Vollzug des Vertrags nicht bezweckt. Dies gilt auch für den Fall, dass der Auftragsverarbeiter sich Subunternehmern zur Erfüllung dieses Vertrags bedient.

(5) Der Auftragsverarbeiter hat den Verantwortlichen unverzüglich gemäß Art. 28 Abs. 3 Satz 3 DSGVO zu informieren, wenn er der Meinung ist, eine Weisung verstoße gegen datenschutzrechtliche Vorschriften. Der Auftragsverarbeiter ist berechtigt, die Durchführung der entsprechenden Weisung solange auszusetzen, bis sie von Seiten des Verantwortlichen bestätigt oder geändert wird. Hiervon ausgeschlossen sind bestimmte betriebskritische Leistungen, die erst nach Rücksprache mit dem Verantwortlichen ausgesetzt werden dürfen.

(6) Änderungen des Verarbeitungsgegenstandes mit Verfahrensänderungen sind gemeinsam abzustimmen und zu dokumentieren. Auskünfte an Dritte oder die betroffene Person darf der Auftragsverarbeiter nur nach vorheriger ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung durch den Verantwortlichen erteilen. Der Auftragsverarbeiter verwendet die Daten für keine anderen als die beauftragten Zwecke und ist insbesondere nicht berechtigt, sie über den Auftrag hinaus an Dritte weiterzugeben. Kopien und Duplikate werden – außer für Zwecke erforderlicher Datensicherung - ohne Zustimmung des Verantwortlichen nicht erstellt.

(7) Der Verantwortliche führt das Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten i. S. d. Art. 30 Abs. 1 DSGVO. Der Auftragsverarbeiter stellt dem Verantwortlichen auf dessen Wunsch Informationen zur Aufnahme in das Verzeichnis zur Verfügung. Der Auftragsverarbeiter führt entsprechend den Vorgaben des Art. 30 Abs. 2 DSGVO ein Verzeichnis zu allen Kategorien von im Auftrag des Verantwortlichen durchgeführten Tätigkeiten der Verarbeitung.

(8) Die Verarbeitung der Daten im Auftrag des Verantwortlichen findet ausschließlich auf dem Gebiet der Europäischen Union statt. Eine Verarbeitung in einem Staat außerhalb des in Satz 1 genannten Territoriums ist nur zulässig, wenn sichergestellt ist, dass unter Berücksichtigung der Voraussetzungen des Kapitels V der DSGVO das durch die DSGVO gewährleistete Schutzniveau nicht unterlaufen wird, und bedarf der vorherigen ausdrücklichen schriftlichen Zustimmung des Verantwortlichen. Die grundlegenden Voraussetzungen für die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung bleiben unberührt.

(9) Der Auftragsverarbeiter stellt sicher, dass ihm unterstellte natürliche Personen, die Zugang zu Daten haben, diese nur im Rahmen des Auftrags des Verantwortlichen verarbeiten. Eine Verarbeitung von Daten außerhalb der Betriebsräume des Auftragsverarbeiters (z. B. Telearbeit, Heimarbeit, Home Office, mobiles Arbeiten) bedarf der vorherigen ausdrücklichen schriftlichen Zustimmung des Verantwortlichen, die erst nach Festlegung angemessener technischer und organisatorischer Maßnahmen für die Verarbeitungssituation erteilt werden kann.

§ 4 Beachtung zwingender gesetzlicher Pflichten durch den Auftragsverarbeiter

(1) Dem Auftragsverarbeiter unterstellte natürliche Personen sind nach § 1 des Verpflichtungsgesetzes (VerpflG) zur gewissenhaften Erfüllung ihrer Obliegenheiten zu verpflichten. Unabhängig von der durch den Auftraggeber vorzunehmenden Verpflichtung nach dem Verpflichtungsgesetz hat der Auftragsverarbeiter die ihm unterstellten natürlichen Personen über die in diesem Auftragsverarbeitungsverhältnis bestehenden Regelungen zu belehren.

(2) Die Vertragsparteien unterstützen sich gegenseitig beim Nachweis und der Dokumentation der ihnen obliegenden Rechenschaftspflicht im Hinblick auf die Grundsätze ordnungsgemäßer Datenverarbeitung einschließlich der Umsetzung der notwendigen technischen und organisatorischen Maßnahmen (Art. 5 Abs. 2, Art. 24 Abs. 1 DSGVO). Der Auftragsverarbeiter stellt dem Verantwortlichen hierzu bei Bedarf entsprechende Informationen zur Verfügung.

(3) Der Auftragsverarbeiter hat einen Datenschutzbeauftragten zu benennen, der seine Tätigkeit entsprechend den gesetzlichen Vorschriften ausübt. Die Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten sind dem Verantwortlichen zum Zwecke der direkten Kontaktaufnahme mitzuteilen.

(4) Der Auftragsverarbeiter informiert den Verantwortlichen unverzüglich über Kontrollen und Maßnahmen durch die Aufsichtsbehörden oder falls eine Aufsichtsbehörde im Rahmen ihrer Zuständigkeit bei dem Auftragsverarbeiter anfragt, ermittelt oder sonstige Erkundigungen einzieht.

§ 5 Technische und organisatorische Maßnahmen sowie deren Kontrolle

(1) Die Vertragsparteien vereinbaren das in Anhang 1 zu dieser Vereinbarung niedergelegte Mindestmaß an technischen und organisatorischen Sicherheitsmaßnahmen. Der Anhang 1 ist Gegenstand dieser Vereinbarung.

(2) Technische und organisatorische Maßnahmen unterliegen dem technischen Fortschritt. Insofern ist es dem Auftragsverarbeiter gestattet, alternative adäquate Maßnahmen umzusetzen. Dabei darf das Sicherheitsniveau der in dem Anhang 1 festgelegten Maßnahmen nicht unterschritten werden. Wesentliche Änderungen sind mit dem Verantwortlichen abzustimmen und zu dokumentieren.

(3) Der Auftragsverarbeiter wird dem Verantwortlichen alle erforderlichen Informationen zur Verfügung stellen, die zum Nachweis der Einhaltung der in dieser Vereinbarung getroffenen und der gesetzlichen Vorgaben erforderlich sind. Er wird insbesondere Überprüfungen/Inspektionen, die vom Verantwortlichen oder einem anderen von diesem beauftragten Prüfer durchgeführt werden, ermöglichen und deren Durchführung unterstützen. Der Nachweis der Umsetzung solcher Maßnahmen, die nicht nur den konkreten Auftrag betreffen, kann dabei auch durch Vorlage eines aktuellen Testats, von Berichten hinreichend qualifizierter und unabhängiger Instanzen (z. B. Wirtschaftsprüfer, unabhängige Datenschutzauditoren), durch die Einhaltung genehmigter Verhaltensregeln nach Art. 40 DSGVO, einer Zertifizierung nach Art. 42 DSGVO oder einer geeigneten Zertifizierung durch IT-Sicherheits- oder Datenschutzaudit (z. B. nach IT-Grundschutz nach BSI) erbracht werden. Der Auftragsverarbeiter verpflichtet sich, den Verantwortlichen über den Ausschluss von genehmigten Verhaltensregeln gemäß Art. 41 Abs. 4 DSGVO, den Widerruf einer Zertifizierung gemäß Art. 42 Abs. 7 DSGVO und jede andere Form der Aufhebung oder wesentlichen Änderung der vorgenannten Nachweise unverzüglich zu unterrichten.

(4) Der Verantwortliche kann sich jederzeit zu Prüfzwecken in den Betriebsstätten des Auftragsverarbeiters zu den üblichen Geschäftszeiten ohne Störung des Betriebsablaufs von der Angemessenheit der Maßnahmen zur Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben oder der zur Durchführung dieses Vertrags erforderlichen technischen und organisatorischen Erfordernisse überzeugen.

(5) Der Auftragsverarbeiter stellt dem Verantwortlichen darüber hinaus alle erforderlichen Informationen zur Verfügung, die er für die Prüfungen nach Absatz 4 sowie für eine Abschätzung der Folgen der vorgesehenen Verarbeitungsvorgänge für den Schutz der Daten (Datenschutz-Folgenabschätzung i. S. d. Art. 35 DSGVO) benötigt.

(6) Der Auftragsverarbeiter hat im Benehmen mit dem Verantwortlichen alle erforderlichen Maßnahmen zur Sicherung der Daten bzw. der Sicherheit der Verarbeitung, insbesondere auch unter Berücksichtigung des jeweils aktuellen Stands der Technik, sowie zur Minderung möglicher nachteiliger Folgen für Betroffene zu ergreifen.

§ 6 Mitteilung bei Verstößen durch den Auftragsverarbeiter

Der Auftragsverarbeiter unterrichtet den Verantwortlichen umgehend bei schwerwiegenden Störungen seines Betriebsablaufs, bei Verdacht auf Verstöße gegen diese Vereinbarung sowie

gesetzliche Datenschutzbestimmungen, bei Verstößen gegen solche Bestimmungen oder anderen Unregelmäßigkeiten bei der Verarbeitung der Daten des Verantwortlichen. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Meldepflicht nach Art. 33 Abs. 2 DSGVO sowie auf korrespondierende Pflichten des Verantwortlichen nach Art. 33 und Art. 34 DSGVO. Der Auftragsverarbeiter sichert zu, den Verantwortlichen erforderlichenfalls bei seinen Pflichten nach Art. 33 und 34 DSGVO angemessen zu unterstützen. Meldungen nach Art. 33 oder 34 DSGVO für den Verantwortlichen darf der Auftragsverarbeiter nur nach vorheriger Weisung gemäß § 3 dieser Vereinbarung durchführen.

§ 7 Löschung und Rückgabe von Daten

(1) Überlassene Datenträger und Datensätze verbleiben im Eigentum des Verantwortlichen.

(2) Nach Abschluss der vertraglich vereinbarten Leistungen oder früher nach Aufforderung durch den Verantwortlichen, jedoch spätestens mit Beendigung der Leistungsvereinbarung, hat der Auftragsverarbeiter sämtliche in seinen Besitz gelangten Unterlagen, erstellten Verarbeitungs- und Nutzungsergebnisse sowie Datenbestände (wie auch hiervon gefertigte Kopien oder Reproduktionen), die im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis stehen, dem Verantwortlichen auszuhändigen oder nach vorheriger Zustimmung des Verantwortlichen datenschutzgerecht zu vernichten. Gleiches gilt für Test- und Ausschussmaterial. Ein Löschungsprotokoll ist dem Verantwortlichen auf Anforderung vorzulegen.

(3) Der Auftragsverarbeiter kann Dokumentationen, die dem Nachweis der auftrags- und ordnungsgemäßen Datenverarbeitung dienen, entsprechend der jeweiligen Aufbewahrungsfristen bis zu deren Ende auch über das Vertragsende hinaus aufbewahren. Alternativ kann er sie zu seiner Entlastung bei Vertragsende dem Verantwortlichen übergeben. Für die nach Satz 1 aufbewahrten Daten gelten nach Ende der Aufbewahrungsfrist die Pflichten nach Absatz 2.

§ 8 Subunternehmen

(1) Der Auftragsverarbeiter darf weitere Auftragsverarbeiter (Subunternehmen) nur mit vorheriger ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung des Verantwortlichen in Anspruch nehmen. Der Verantwortliche kann gegen derartige Änderungen Einspruch erheben. Nicht als Leistungen von Subunternehmen im Sinne dieser Regelung gelten Dienstleistungen, die der Auftragsverarbeiter bei Dritten als Nebenleistung zur Unterstützung der Auftragsdurchführung in Anspruch nimmt, beispielsweise Telekommunikationsdienstleistungen, wenn kein Zugriff auf personenbezogene Daten des Auftraggebers erfolgt. Der Auftragsverarbeiter ist jedoch verpflichtet, zur Gewährleistung des Schutzes und der Sicherheit der Daten des Verantwortlichen auch bei fremd vergebenen Nebenleistungen angemessene und gesetzeskonforme vertragliche Vereinbarungen zu treffen sowie Kontrollmaßnahmen zu ergreifen.

(2) Wenn Subunternehmen durch den Auftragsverarbeiter eingeschaltet werden, hat der Auftragsverarbeiter sicherzustellen, dass seine vertraglichen Vereinbarungen mit dem Subunternehmen so gestaltet sind, dass das Datenschutzniveau mindestens der Vereinbarung zwischen dem Verantwortlichen und dem Auftragsverarbeiter entspricht und alle vertraglichen und gesetzlichen Vorgaben beachtet werden; dies gilt insbesondere auch im Hinblick auf den Einsatz geeigneter technischer und organisatorischer Maßnahmen zur Gewährleistung eines angemessenen Sicherheitsniveaus der Verarbeitung.

(3) Dem Verantwortlichen sind in der vertraglichen Vereinbarung mit dem Subunternehmen Kontroll- und Überprüfungsrechte entsprechend dieser Vereinbarung einzuräumen. Ebenso ist der Verantwortliche berechtigt, auf schriftliche Anforderung vom Auftragsverarbeiter Auskunft über den Inhalt des mit dem Subunternehmen geschlossenen Vertrages und die darin enthaltene Umsetzung der datenschutzrelevanten Verpflichtungen des Subunternehmens zu erhalten.

(4) Kommt das Subunternehmen seinen datenschutzrechtlichen Verpflichtungen nicht nach, so haftet der Auftragsverarbeiter gegenüber dem Verantwortlichen für die Einhaltung der Pflichten des Subunternehmens. Der Auftragsverarbeiter hat in diesem Falle auf Verlangen des Verantwortlichen die Beschäftigung des Subunternehmens ganz oder teilweise zu beenden oder das Vertragsverhältnis mit dem Subunternehmen zu lösen, wenn und soweit dies nicht unverhältnismäßig ist.

§ 9 Datenschutzkontrolle

Der Auftragsverarbeiter verpflichtet sich, dem Datenschutzbeauftragten des Verantwortlichen sowie der zuständigen Aufsichtsbehörde zur Erfüllung ihrer jeweiligen gesetzlich zugewiesenen Aufgaben im Zusammenhang mit diesem Auftrag jederzeit Zugang zu den üblichen Geschäftszeiten zu gewähren. Der Auftragsverarbeiter unterwirft sich zusätzlich zu der für ihn bestehenden gesetzlichen Datenschutzaufsicht der Kontrolle der für den Verantwortlichen zuständigen Datenschutzaufsicht (hier: der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz bzw. der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit) und der Kontrolle durch den Datenschutzbeauftragten des Verantwortlichen mit Ausnahme der Bereiche, die keinerlei Bezug zur Auftragserfüllung haben. Er duldet insbesondere Betretungs-, Einsichts- und Fragerechte der Genannten, einschließlich der Einsicht in durch Berufsgeheimnisse geschützte Unterlagen. Er wird seine Mitarbeiter anweisen, mit den Genannten zu kooperieren, insbesondere deren Fragen wahrheitsgemäß und vollständig zu beantworten. Die nach Gesetz bestehenden Verschwiegenheitspflichten und Zeugnisverweigerungsrechte der Genannten bleiben davon unberührt.

§ 10 Anweisungs-, empfangs- und kontrollberechtigte Personen

Die gegenüber dem Auftragsverarbeiter im datenschutzrechtlichen Sinne anweisungs-, empfangs- und kontrollberechtigten Personen sind dem Auftragsverarbeiter durch den Verantwortlichen schriftlich zu benennen. Sofern nicht explizit etwas Abweichendes geregelt ist, erfolgt dies durch Nennung des fachlichen Ansprechpartners nach Vertragsschluss. Der fachliche Ansprechpartner ist somit dem Auftragsverarbeiter gegenüber - sofern nicht explizit abweichend geregelt - im datenschutzrechtlichen Sinne anweisungs-, empfangs- und kontrollberechtigt. Der Auftragsverarbeiter hat den kontrollberechtigten Personen nach Identitätsprüfung zur Ausübung ihrer Funktion in Begleitung eines Mitarbeiters des Auftragsverarbeiters Zutritt zu allen Sicherheitszonen zu gewähren. Sie haben sich bei der Ausübung ihrer Befugnisse zu legitimieren. Der Verantwortliche hat jederzeit das Recht, die Berechtigung einzelner oder aller benannter Personen gegenüber dem Auftragsverarbeiter zu widerrufen und neue anweisungs-, empfangs- und kontrollberechtigte Personen zu benennen. Der Widerruf und die Neubenennung erfolgen schriftlich.

§ 11 Kündigung

Der Verantwortliche kann die Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung jederzeit ohne Einhaltung einer Frist schriftlich kündigen, wenn ein schwerwiegender Verstoß des Auftragsverarbeiters gegen Datenschutzvorschriften oder die Bestimmungen dieser Vereinbarung vorliegt, der Auftragsverarbeiter eine Weisung des Verantwortlichen nicht ausführen kann oder will oder der Auftragsverarbeiter Kontrollrechte des Verantwortlichen vertragswidrig verweigert. Insbesondere die Nichteinhaltung der in dieser Vereinbarung festgelegten und aus Art. 28 DSGVO abgeleiteten Pflichten stellt einen schweren Verstoß dar. Der Verantwortliche hat in diesen Fällen nach Kündigung der Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung ebenso das Recht den Vertrag zu kündigen, in dessen Rahmen die Auftragsverarbeitung erfolgt.

§ 12 Schlussbestimmungen

(1) Änderungen und Ergänzungen dieser Vereinbarung und aller ihrer Bestandteile - einschließlich etwaiger Zusicherungen des Auftragsverarbeiters - bedürfen einer schriftlichen Vereinbarung und des ausdrücklichen Hinweises darauf, dass es sich um eine Änderung bzw. Ergänzung dieser Bedingungen handelt. Dies gilt auch für den Verzicht auf dieses Formerfordernis.

(2) Sollten einzelne Regelungen dieser Vereinbarung unwirksam oder undurchführbar sein, wird davon die Wirksamkeit der übrigen Regelungen nicht berührt. An die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Regelung tritt diejenige wirksame und durchführbare Regelung, deren Wirkungen der Zielsetzung am nächsten kommt, die die Vertragsparteien mit der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung verfolgt haben. Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend für den Fall, dass sich die Vereinbarung als lückenhaft erweist.

Ort, Datum

Ort, Datum

Der Bieter, der im Vergabeverfahren XYZ den Zuschlag erhalten hat
vertreten durch

Freistaat Bayern,
vertreten durch das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat,
dieses vertreten durch das Bayerische Landesamt für Steuern

Anhang 1

„Technische und organisatorische Maßnahmen“

zu § 5 der Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung

§ 1 Technische und organisatorische Sicherheitsmaßnahmen

Die Vertragspartner sind verpflichtet, geeignete technische und organisatorische Maßnahmen so durchzuführen, dass die Verarbeitung der Daten im Einklang mit den gesetzlichen Anforderungen erfolgt und der Schutz der Rechte der betroffenen Person in angemessener Form gewährleistet ist.

§ 2 Innerbehördliche oder innerbetriebliche Organisation des Auftragsverarbeiters

Der Auftragsverarbeiter wird seine innerbehördliche oder innerbetriebliche Organisation so gestalten, dass sie den besonderen Anforderungen des Datenschutzes gerecht wird. Dabei sind insbesondere Maßnahmen zu treffen, die je nach der Art der zu schützenden Daten oder Datenkategorien geeignet sind.

§ 3 Konkretisierung der Einzelmaßnahmen

(1) Im Einzelnen werden folgende Maßnahmen bestimmt, die als Mindestmaß der Umsetzung der Vorgaben des Art. 32 DSGVO dienen:

Nr.	Maßnahme	Umsetzung der Maßnahme
1.	Zutrittskontrolle Unbefugten ist der Zutritt zu Datenverarbeitungsanlagen, mit denen personenbezogene Daten verarbeitet werden, zu verwehren.	<i>Zutrittskontrollsystem, Ausweisleser, Magnetkarte, Chipkarte, Schlüssel, Schlüsselvergabe, Objektschutz, Überwachungseinrichtung, Alarmanlage, Türsicherung</i>
2.	Zugangskontrolle Es ist zu verhindern, dass Datenverarbeitungssysteme von Unbefugten genutzt werden können.	<i>Technische (Kennwort-/ Passwortschutz) und organisatorische (Benutzerstammsatz) Maßnahmen hinsichtlich der Benutzeridentifikation und Authentifizierung, Verwendung von dem Stand der Technik entsprechenden Verschlüsselungsverfahren (insb. durch: Kennwortverfahren, automatisches Sperren, Einrichtung eines Benutzerstammsatzes pro User, Verschlüsselung von Datenträgern)</i>
3.	Zugriffskontrolle Es ist zu gewährleisten, dass die zur Benutzung eines Datenverarbeitungssystems Berechtigten ausschließlich auf die ihrer Zugriffsberechtigung unterliegenden Daten zugreifen können, und dass personenbezogene Daten bei der Verarbeitung nicht unbefugt gelesen, kopiert, verändert oder entfernt werden können.	<i>Bedarfsorientierte Ausgestaltung des Berechtigungskonzepts und der Zugriffsrechte sowie deren Überwachung und Protokollierung, Verwendung von dem Stand der Technik entsprechenden Verschlüsselungsverfahren (insb. durch differenzierte Berechtigungen wie Profile, Rollen etc., Auswertungen, Kenntnisnahme, Veränderung, Löschung)</i>
4.	Weitergabekontrolle Es ist zu gewährleisten, dass personenbezogene Daten bei der elektronischen Übertragung oder während ihres Transports oder ihrer Speicherung auf Datenträger nicht unbefugt gelesen, kopiert, verändert oder entfernt werden können, und dass überprüft und festgestellt werden kann, an welchen Stellen eine Übermittlung personenbezogener Daten durch Einrichtungen zur Datenübertragung vorgesehen ist.	<i>Maßnahmen bei Transport, Übertragung und Übermittlung oder Speicherung auf Datenträger (manuell oder elektronisch) sowie bei der nachträglichen Überprüfung, Verwendung von dem Stand der Technik entsprechenden Verschlüsselungsverfahren, elektronische Signatur</i>

5.	Eingabekontrolle Es ist zu gewährleisten, dass nachträglich überprüft und festgestellt werden kann, ob und von wem personenbezogene Daten in Datenverarbeitungssysteme eingegeben, verändert oder entfernt worden sind.	<i>Nachvollziehbarkeit bzw. Dokumentation der Datenverwaltung gewährleisten, etwa durch Protokollierungs- und Auswertungssysteme</i>
6.	Auftragskontrolle Es ist zu gewährleisten, dass personenbezogene Daten, die im Auftrag verarbeitet werden, nur entsprechend den Weisungen des Verantwortlichen verarbeitet werden können.	<i>Abgrenzen der Kompetenz zwischen Verantwortlichem und Auftragsverarbeiter (Beispiel: Eindeutige Vertragsgestaltung, Kriterien zur Auswahl des Auftragsverarbeiters, Kontrolle der Vertragsausführung)</i>
7.	Verfügbarkeitskontrolle Es ist zu gewährleisten, dass personenbezogene Daten gegen zufällige Zerstörung oder Verlust geschützt sind.	<i>Die Daten sind gegen zufällige Zerstörung oder Verlust zu schützen, Maßnahmen zur Datensicherung (insb. durch: Backup-Verfahren, Spiegeln von Festplatten, unterbrechungsfreie Stromversorgung, Firewall, Notfallplan)</i>
8.	Trennungskontrolle Es ist zu gewährleisten, dass zu unterschiedlichen Zwecken erhobene Daten getrennt verarbeitet werden können.	<i>Daten, die zu unterschiedlichen Zwecken erhoben wurden, sind auch getrennt zu verarbeiten, Mandantenfähigkeit, Funktionstrennung zwischen Produktion/ Test</i>

(2) Es ist ein Verfahren zu etablieren, das eine regelmäßige Überprüfung, Bewertung und Evaluierung der Wirksamkeit der zum Einsatz kommenden technischen und organisatorischen Maßnahmen durch die Vertragsparteien ermöglicht.

Teleservicevereinbarung

Zwischen

dem **Freistaat Bayern**,

vertreten durch das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat,

dieses vertreten durch das Bayerische Landesamt für Steuern

- im folgenden „**Auftraggeber**“ genannt -

und

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

- im folgenden „**Auftragnehmer**“ genannt -

wird folgende Teleservicevereinbarung in Bezug auf den Vertrag

[H 1620.2.1-2058 / BA_0264_2026 - Rahmenvereinbarung Netzwerkkomponenten \(Los 4\)](#)

geschlossen:

Soweit der Auftragnehmer nach dem oben genannten Vertrag zur Leistungserbringung durch Teleservice berechtigt ist, gelten ergänzend die folgenden Regelungen. Dabei gilt die Definition des Begriffs Teleservice nach den Begriffsbestimmungen der einbezogenen EVB-IT AGB.

1. Die Systeme, welche für die Einwahl und Leistungserbringung durch Teleservice verwendet werden, müssen folgende technischen und organisatorischen Voraussetzungen erfüllen:
 - Ein aktuelles, vom Hersteller **Microsoft** noch unterstütztes **Client-Betriebssystem** in **Ausprägung x86-Prozessor-Architektur** mit zum Zeitpunkt der Einwahl aktuellem Patchstand.

- Sonstige auf dem System befindliche Software muss mit aktuellen Sicherheitspatches versorgt sein.
- Das System muss durch einen aktuellen Virens Scanner und mindestens durch eine Personal-Firewall geschützt sein.
- Der Verbindungsaufbau darf nicht unter der Administrator- bzw. Root-Kennung erfolgen.
- Zum Zeitpunkt des Verbindungsaufbaus und während der laufenden Sitzung darf keine weitere Netzwerk Verbindung bestehen.

Der Auftraggeber ist berechtigt dem Auftragnehmer aus sachlichen Gründen weitere technische und organisatorische Voraussetzungen aufzugeben. Der Auftragnehmer stellt sicher, dass die Leistungserbringung durch Teleservice die genannten technischen und organisatorischen Voraussetzungen während der gesamten Vertragsdauer erfüllt..

2. Besteht ein Verdacht, der Zweifel an der Zuverlässigkeit oder Sicherheit der Leistungserbringung durch Teleservice ergibt, ist der Auftraggeber berechtigt, die Verbindung zum System des Auftraggebers jederzeit und ohne vorherige Unterrichtung zu trennen. Die Entscheidungsgründe für den Trennvorgang sind vom Auftraggeber zu protokollieren. Der Auftragnehmer wird über die Trennung der Verbindung anschließend unverzüglich unterrichtet. Die Leistungspflicht des Auftragnehmers besteht auch bei Trennung der Verbindung fort. Die Art und Weise der Leistungserbringung bei Trennung legt der Auftraggeber unter Berücksichtigung beiderseitiger Interessen sowie sämtlicher Umstände des Einzelfalls in Absprache mit dem Auftragnehmer fest.
3. Die Einwahl zur Leistungserbringung durch Teleservice darf nur über den durch den Auftraggeber vorgegebenen Weg erfolgen. Die Einwahl in das System des Auftraggebers wird durch den Auftraggeber ermöglicht. Eine sichere Authentifizierung der Beschäftigten des Auftragnehmers wird durch eine personalisierte Zuweisung des zweiten Faktors sichergestellt. Die Weitergabe des Authentifizierungsmittels an andere Beschäftigte des Auftragnehmers oder an Dritte ist nicht zulässig. Der Auftraggeber legt vor Beginn der Erbringung der Vertragsleistungen fest, welche Zugriffsrechte dem Auftragnehmer zugewiesen werden. Der Auftragnehmer darf die ihm gewährten Zugriffsrechte nur zur Erfüllung des zugrundeliegenden Vertrages nutzen. Ein weiterreichendes Zugriffsrecht ist nur in Absprache mit dem Auftraggeber möglich. Die Entscheidung über eine Erweiterung der Zugriffsrechte bleibt alleine dem Auftraggeber überlassen.

4. Die auf Seiten des Auftragnehmers anfallenden Verbindungs- und Betriebskosten sind vom Auftragnehmer zu tragen (einschließlich eventueller Pauschalen).
5. Während der Leistungserbringung durch Teleservice ist der Auftraggeber berechtigt, die Zugriffsdaten, welche zur Autorisierung und Authentifizierung des Beschäftigten des Auftragnehmers genutzt werden, zu protokollieren. Eine Speicherung der Protokolle erfolgt nur in einem Umfang, wie es zur Analyse von Problemen und Vertragsverletzungen und zur Erfüllung von Dokumentationspflichten erforderlich ist auf der Rechtsgrundlage von Art. 6 Abs. 1 S. 1 Buchst. b, c, e DSGVO i.V.m. Art. 4 Abs. 1 BayDSG. Hieraus kann sich auch eine Speicherung über die Vertragslaufzeit hinaus ergeben. Die Protokolle werden durch den Auftraggeber gelöscht, soweit sie für die vorgenannten Zwecke nicht mehr erforderlich sind. Den von der Verarbeitung personenbezogener Daten betroffenen Beschäftigten des Auftragnehmers stehen gegen den Auftraggeber nach Art. 15 bis 18 und Art. 21 DSGVO verschiedene Betroffenenrechte zu. Hierzu gehört das Recht auf Auskunft, sowie Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung bzw. das Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung von personenbezogenen Daten. Sollten betroffene Beschäftigte des Auftragnehmers der Auffassung sein, dass der Auftraggeber einem Anliegen nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen ist, können diese bei der zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde, dem Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz, Beschwerde einlegen.
6. Die Vertragsparteien vereinbaren, dass sie sich gegenseitig unverzüglich darüber informieren, soweit Verstöße gegen Verpflichtungen dieser Teleservicevereinbarung festgestellt werden oder ein solcher Verdacht besteht.
7. Der Auftragnehmer verpflichtet sich darüber hinaus insbesondere,
 - a) Unbefugten den Zutritt zu seinen Systemen, mit denen Daten des Auftraggebers verarbeitet und genutzt werden, zu verwehren,
 - b) zu verhindern, dass seine zur Leistungserbringung durch Teleservice eingesetzten Systeme von Unbefugten genutzt werden können,

- c) dafür Sorge zu tragen, dass Daten des Auftraggebers bei Speicherung, Verarbeitung oder Nutzung in Systemen des Auftragnehmers nicht unbefugt gelesen, kopiert, verändert oder entfernt werden können,
 - d) dafür Sorge zu tragen, dass bei einer elektronischen Übertragung von Daten des Auftraggebers im Einvernehmen mit diesem die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen zur Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität getroffen werden,
 - e) soweit erforderlich die von ihm autorisierten und von ihm benannten Personen auf das Fernmeldegeheimnis gemäß § 88 TKG zu verpflichten,
 - g) dafür Sorge zu tragen, dass nach Beendigung des Vertragsverhältnisses oder dem Entzug der Berechtigung eines Beschäftigten sämtliche betroffene Zugangsmittel zur Leistungserbringung durch Teleservice nach Wahl des Auftraggebers sicher gelöscht werden oder an die vom Auftraggeber benannte Stelle zurückgegeben werden.
8. Soweit der Auftragnehmer zur Leistungserbringung Unterauftragnehmer einsetzt, ist der Auftragnehmer dafür verantwortlich, dass die Unterauftragnehmer die Verpflichtungen aus dieser Vereinbarung entsprechend erfüllen.
9. Der Auftragnehmer hat sich für alle technischen Fragen im Zusammenhang mit dieser Teleservicevereinbarung an seinen Ansprechpartner des Bayerischen Landesamt für Steuern zu wenden. Der Ansprechpartner wird dem Auftragnehmer nach Vertragsschluss mitgeteilt.
10. Aus Gründen der Informationssicherheit sind alle technischen Grundlagen zur Leistungserbringung durch Teleservice allgemein gehalten.

LEISTUNGSVERZEICHNIS

Ausschreibung (Korrektur)

29.06.2026

Verfahren: 2026MSC000004 - Netzwerk-Rahmenvereinbarungen 2026_LfSt

SKONTO

Skonto zugelassen	Nein
Zahlungsziel (falls zugelassen)	Tag(e)
Skonto	_____ %

AUFLISTUNG ALLER POSITIONEN

ALLE PREISE SIND OHNE UMSATZSTEUER ANZUGEBEN

1	LOS Cisco	EUR
----------	------------------	------------------

Leistungsart: Lieferleistung
Zuschlagskriterium: Niedrigster Preis
Klassifizierung: Diverses Netzsoftwarepaket (48219000-6)
Informationssysteme (48810000-9)
Server (48820000-2)

LOS 1 - Cisco

1.1	Angebotspreis gem. Anlage					
	Preisblatt LOS 1 Cisco	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	(ohne Einheit) pro 1,00 (ohne Einheit)

Das Preisblatt LOS 1 Cisco muss vom Bieter ausgefüllt und im Arbeitsschritt "Eigene Anlagen" in den Angebotsassistenten hochgeladen werden.
Der "Angebotspreis (netto) gesamt" aus Zelle D96 des Preisblattes ist in dieser Produktposition in das Feld "Preis" einzutragen.

Hinweis zur Umsatzsteuer

Bei der Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebotes werden die Bruttopreise berücksichtigt.
Der Bruttopreis beinhaltet bei Übergang der Steuerschuld auf den Auftraggeber (z. B. gem. § 13b UStG) auch die von diesem an das zuständige Finanzamt abzuführende Umsatzsteuer.

Hinweis: Der Umsatzsteuersatz in den Produktpositionen darf vom Bieter nur angepasst werden, sofern ein ermäßigter Steuersatz (z.B. Leistungen von Behindertenwerkstätten) oder eine Umsatzsteuerbefreiung (§§ 4, 19 UStG) vorliegt.

Zusammenfassung: Bewertungspreis = Angebotsnettopreis + (Einfuhr-/)Umsatzsteuer unabhängig von der Steuerschuldnerschaft

2	LOS Infoblox	EUR
----------	---------------------	------------------

Leistungsart: Lieferleistung
Zuschlagskriterium: Niedrigster Preis
Klassifizierung: Diverses Netzsoftwarepaket (48219000-6)
 Informationssysteme (48810000-9)
 Server (48820000-2)

LOS 2 - Infoblox

2.1	Angebotspreis gem. Anlage Preisblatt LOS 2 Infoblox	USt. [%] 19%	Menge 1,00	Einheit (ohne Einheit)	Einzelpreis [EUR] pro 1,00 (ohne Einheit)	Gesamtpreis [EUR]
------------	--	-------------------------------	-----------------------------	---	--	-----------------------------------

Das Preisblatt LOS 2 Infoblox muss vom Bieter ausgefüllt und im Arbeitsschritt "Eigene Anlagen" in den Angebotsassistenten hochgeladen werden.
Der "Angebotspreis (netto) gesamt" aus Zelle D29 des Preisblattes ist in dieser Produktposition in das Feld "Preis" einzutragen.

Hinweis zur Umsatzsteuer

Bei der Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebotes werden die Bruttopreise berücksichtigt.
Der Bruttopreis beinhaltet bei Übergang der Steuerschuld auf den Auftraggeber (z. B. gem. § 13b UStG) auch die von diesem an das zuständige Finanzamt abzuführende Umsatzsteuer.

Hinweis: Der Umsatzsteuersatz in den Produktpositionen darf vom

Bieter nur angepasst werden, sofern ein ermäßigter Steuersatz (z.B. Leistungen von Behindertenwerkstätten) oder eine Umsatzsteuerbefreiung (§§ 4, 19 UStG) vorliegt.

Zusammenfassung: Bewertungspreis = Angebotsnettopreis + (Einfuhr-/)Umsatzsteuer unabhängig von der Steuerschuldnerschaft

3	LOS Akamai	EUR
----------	-------------------	------------------

Leistungsart: Lieferleistung
 Zuschlagskriterium: Niedrigster Preis
 Klassifizierung: Diverses Netzsoftwarepaket (48219000-6)
 Informationssysteme (48810000-9)
 Server (48820000-2)

LOS 3 - Akamai

3.1 Angebotspreis gem. Anlage Preisblatt LOS 3 Akamai	USt. [%]	Menge	Einheit (ohne Einheit)	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	19%	1,00	 pro 1,00 (ohne Einheit)

Das Preisblatt LOS 3 Akamai muss vom Bieter ausgefüllt und im Arbeitsschritt "Eigene Anlagen" in den Angebotsassistenten hochgeladen werden.
 Der "Angebotspreis (netto) gesamt" aus Zelle D25 des Preisblattes ist in dieser Produktposition in das Feld "Preis" einzutragen.

Hinweis zur Umsatzsteuer

Bei der Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebotes werden die Bruttopreise berücksichtigt.
 Der Bruttopreis beinhaltet bei Übergang der Steuerschuld auf den Auftraggeber (z. B. gem. § 13b UStG) auch die von diesem an das zuständige Finanzamt abzuführende Umsatzsteuer.

Hinweis: Der Umsatzsteuersatz in den Produktpositionen darf vom Bieter nur angepasst werden, sofern ein ermäßigter Steuersatz (z.B. Leistungen von Behindertenwerkstätten) oder eine Umsatzsteuerbefreiung (§§ 4, 19 UStG) vorliegt.

Zusammenfassung: Bewertungspreis = Angebotsnettopreis + (Einfuhr-/)Umsatzsteuer unabhängig von der Steuerschuldnerschaft

4

LOS HashiCorp

EUR

Leistungsart:

Lieferleistung

Zuschlagskriterium:

Niedrigster Preis

Klassifizierung:

Diverses Netzsoftwarepaket (48219000-6)

Informationssysteme (48810000-9)

Server (48820000-2)

LOS 4 - HashiCorp

4.1	Angebotspreis gem. Anlage Preisblatt LOS 4 HashiCorp	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	(ohne Einheit)	pro 1,00 (ohne Einheit)	

Das Preisblatt LOS 4 HashiCorp muss vom Bieter ausgefüllt und im Arbeitsschritt "Eigene Anlagen" in den Angebotsassistenten hochgeladen werden.

Der "Angebotspreis (netto) gesamt" aus Zelle D23 des Preisblattes ist in dieser Produktposition in das Feld "Preis" einzutragen.

Hinweis zur Umsatzsteuer

Bei der Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebotes werden die Bruttopreise berücksichtigt.

Der Bruttopreis beinhaltet bei Übergang der Steuerschuld auf den Auftraggeber (z. B. gem. § 13b UStG) auch die von diesem an das zuständige Finanzamt abzuführende Umsatzsteuer.

Hinweis: Der Umsatzsteuersatz in den Produktpositionen darf vom Bieter nur angepasst werden, sofern ein ermäßigter Steuersatz (z.B. Leistungen von Behindertenwerkstätten) oder eine Umsatzsteuerbefreiung (§§ 4, 19 UStG) vorliegt.

Zusammenfassung: Bewertungspreis = Angebotsnettopreis + (Einfuhr-/)Umsatzsteuer unabhängig von der Steuerschuldnerschaft

ANGEBOTSSUMME(N)

Summe exkl. Nachlass (netto)	
Nachlass (netto)	<hr/>
Summe inkl. Nachlass (netto)	<hr/>
Umsatzsteuer	<hr/>
Summe (brutto)	<hr/>

AUFLISTUNG ALLER DATEIANLAGEN ZU DEN POSITIONEN

Name	Dateiname	Größe	MIME-Type
------	-----------	-------	-----------

EIGNUNGSKRITERIEN

1	Los 1 -"Cisco"
1.1	Unternehmensdarstellung Gewichtung: 0,00%
1.1.1	Unternehmensdarstellung [Mussangabe] Bitte stellen Sie Ihr Unternehmen/ Bietergemeinschaft und Ihr Leistungsportfolio kurz (max. 2 Seiten) dar. Gehen Sie dabei besonders auf den Gegenstand der Ausschreibung ein.
1.2	Referenzen Gewichtung: 0,00%
1.2.1	Referenz 1 Gewichtung: 0,00%
1.2.1.1	Gegenstand des Projekts [Mussangabe] Benennen Sie drei mit dem ausgeschriebenen Leistungsgegenstand vergleichbare Referenzaufträge dreier unterschiedlicher Auftraggeber. Die Referenz darf nicht älter als drei Jahre und muss noch nicht abgeschlossen sein.
1.2.1.2	Auftragsvolumen in Euro [Mussangabe] Volumen des Referenzauftrages in Euro
1.2.1.3	Ansprechpartner des Referenzkunden [Mussangabe] Ansprechpartner des Referenzkunden mit Telefon / E-Mail
1.2.2	Referenz 2 Gewichtung: 0,00%
1.2.2.1	Gegenstand des Projekts [Mussangabe] Benennen Sie drei mit dem ausgeschriebenen Leistungsgegenstand vergleichbare Referenzaufträge dreier unterschiedlicher Auftraggeber. Die Referenz darf nicht älter als drei Jahre und muss noch nicht abgeschlossen sein.
1.2.2.2	Auftragsvolumen in Euro [Mussangabe] Volumen des Referenzauftrages in Euro
1.2.2.3	Ansprechpartner des Referenzkunden [Mussangabe] Ansprechpartner des Referenzkunden mit Telefon / E-Mail
1.2.3	Referenz 3 Gewichtung: 0,00%
1.2.3.1	Gegenstand des Projekts [Mussangabe] Benennen Sie drei mit dem ausgeschriebenen Leistungsgegenstand vergleichbare Referenzaufträge dreier unterschiedlicher Auftraggeber. Die Referenz darf nicht älter als drei Jahre und muss noch nicht abgeschlossen sein.
1.2.3.2	Auftragsvolumen in Euro [Mussangabe] Volumen des Referenzauftrages in Euro
1.2.3.3	Ansprechpartner des Referenzkunden [Mussangabe] Ansprechpartner des Referenzkunden mit Telefon / E-Mail
2	Los 2 -"Infoblox"
2.1	Unternehmensdarstellung Gewichtung: 0,00%
2.1.1	Unternehmensdarstellung [Mussangabe] Bitte stellen Sie Ihr Unternehmen/ Bietergemeinschaft und Ihr Leistungsportfolio kurz (max. 2 Seiten) dar. Gehen Sie dabei besonders auf den Gegenstand der Ausschreibung ein.

2.2	Referenzen Gewichtung: 0,00%
2.2.1	Referenz 1 Gewichtung: 0,00%
2.2.1.1	Gegenstand des Projekts [Mussangabe] Benennen Sie drei mit dem ausgeschriebenen Leistungsgegenstand vergleichbare Referenzaufträge dreier unterschiedlicher Auftraggeber. Die Referenz darf nicht älter als drei Jahre und muss noch nicht abgeschlossen sein.
2.2.1.2	Auftragsvolumen in Euro [Mussangabe] Volumen des Referenzauftrages in Euro
2.2.1.3	Ansprechpartner des Referenzkunden [Mussangabe] Ansprechpartner des Referenzkunden mit Telefon / E-Mail
2.2.2	Referenz 2 Gewichtung: 0,00%
2.2.2.1	Gegenstand des Projekts [Mussangabe] Benennen Sie drei mit dem ausgeschriebenen Leistungsgegenstand vergleichbare Referenzaufträge dreier unterschiedlicher Auftraggeber. Die Referenz darf nicht älter als drei Jahre und muss noch nicht abgeschlossen sein.
2.2.2.2	Auftragsvolumen in Euro [Mussangabe] Volumen des Referenzauftrages in Euro
2.2.2.3	Ansprechpartner des Referenzkunden [Mussangabe] Ansprechpartner des Referenzkunden mit Telefon / E-Mail
2.2.3	Referenz 3 Gewichtung: 0,00%
2.2.3.1	Gegenstand des Projekts [Mussangabe] Benennen Sie drei mit dem ausgeschriebenen Leistungsgegenstand vergleichbare Referenzaufträge dreier unterschiedlicher Auftraggeber. Die Referenz darf nicht älter als drei Jahre und muss noch nicht abgeschlossen sein.
2.2.3.2	Auftragsvolumen in Euro [Mussangabe] Volumen des Referenzauftrages in Euro
2.2.3.3	Ansprechpartner des Referenzkunden [Mussangabe] Ansprechpartner des Referenzkunden mit Telefon / E-Mail
3	Los 3 -"Akamai"
3.1	Unternehmensdarstellung Gewichtung: 0,00%
3.1.1	Unternehmensdarstellung [Mussangabe] Bitte stellen Sie Ihr Unternehmen/ Bietergemeinschaft und Ihr Leistungsportfolio kurz (max. 2 Seiten) dar. Gehen Sie dabei besonders auf den Gegenstand der Ausschreibung ein.
3.2	Referenzen Gewichtung: 0,00%
3.2.1	Referenz 1 Gewichtung: 0,00%
3.2.1.1	Gegenstand des Projekts [Mussangabe] Benennen Sie drei mit dem ausgeschriebenen Leistungsgegenstand vergleichbare Referenzaufträge dreier unterschiedlicher Auftraggeber. Die Referenz darf nicht älter als drei Jahre und muss noch nicht abgeschlossen sein.
3.2.1.2	Auftragsvolumen in Euro [Mussangabe] Volumen des Referenzauftrages in Euro
3.2.1.3	Ansprechpartner des Referenzkunden [Mussangabe]

3.2.2 Referenz 2

Gewichtung: 0,00%

3.2.2.1 Gegenstand des Projekts [Mussangabe]

Benennen Sie drei mit dem ausgeschriebenen Leistungsgegenstand vergleichbare Referenzaufträge dreier unterschiedlicher Auftraggeber. Die Referenz darf nicht älter als drei Jahre und muss noch nicht abgeschlossen sein.

3.2.2.2 Auftragsvolumen in Euro [Mussangabe]

Volumen des Referenzauftrages in Euro

3.2.2.3 Ansprechpartner des Referenzkunden [Mussangabe]

Ansprechpartner des Referenzkunden mit Telefon / E-Mail

3.2.3 Referenz 3

Gewichtung: 0,00%

3.2.3.1 Gegenstand des Projekts [Mussangabe]

Benennen Sie drei mit dem ausgeschriebenen Leistungsgegenstand vergleichbare Referenzaufträge dreier unterschiedlicher Auftraggeber. Die Referenz darf nicht älter als drei Jahre und muss noch nicht abgeschlossen sein.

3.2.3.2 Auftragsvolumen in Euro [Mussangabe]

Volumen des Referenzauftrages in Euro

3.2.3.3 Ansprechpartner des Referenzkunden [Mussangabe]

Ansprechpartner des Referenzkunden mit Telefon / E-Mail

4 Los 4 - "HashiCorp"

4.1 Unternehmensdarstellung

Gewichtung: 0,00%

4.1.1 Infos zur Darstellung der Referenzen

Benennen Sie drei mit dem ausgeschriebenen Leistungsgegenstand vergleichbare Referenzaufträge dreier unterschiedlicher Auftraggeber. Die Referenz darf nicht älter als drei Jahre und muss noch nicht abgeschlossen sein.

4.2 Referenzen

Gewichtung: 0,00%

4.2.1 Referenz 1

Gewichtung: 0,00%

4.2.1.1 Gegenstand des Projekts [Mussangabe]

Benennen Sie drei mit dem ausgeschriebenen Leistungsgegenstand vergleichbare Referenzaufträge dreier unterschiedlicher Auftraggeber. Die Referenz darf nicht älter als drei Jahre und muss noch nicht abgeschlossen sein.

4.2.1.2 Auftragsvolumen in Euro [Mussangabe]

Volumen des Referenzauftrages in Euro

4.2.1.3 Ansprechpartner des Referenzkunden [Mussangabe]

Ansprechpartner des Referenzkunden mit Telefon / E-Mail

4.2.2 Referenz 2

Gewichtung: 0,00%

4.2.2.1 Gegenstand des Projekts [Mussangabe]

Benennen Sie drei mit dem ausgeschriebenen Leistungsgegenstand vergleichbare Referenzaufträge dreier unterschiedlicher Auftraggeber. Die Referenz darf nicht älter als drei Jahre und muss noch nicht abgeschlossen sein.

4.2.2.2 Auftragsvolumen in Euro [Mussangabe]

Volumen des Referenzauftrages in Euro

4.2.2.3 Ansprechpartner des Referenzkunden [Mussangabe]

4.2.3 Referenz 3

Gewichtung: 0,00%

4.2.3.1 Gegenstand des Projekts [Mussangabe]

Benennen Sie drei mit dem ausgeschriebenen Leistungsgegenstand vergleichbare Referenzaufträge dreier unterschiedlicher Auftraggeber. Die Referenz darf nicht älter als drei Jahre und muss noch nicht abgeschlossen sein.

4.2.3.2 Auftragsvolumen in Euro [Mussangabe]

Volumen des Referenzauftrages in Euro

4.2.3.3 Ansprechpartner des Referenzkunden [Mussangabe]

Ansprechpartner des Referenzkunden mit Telefon / E-Mail

5 statistische Angaben

Gewichtung: 0,00%

5.1 Unternehmensgröße [Mussangabe]

Zur Kontrolle der öffentlichen Vergabeverfahren und zur Überprüfung ihrer Mittelstandsförderungsmaßnahmen erhebt die Europäische Union (EU) bei allen ausschreibenden Stellen verschiedene Daten zum Ergebnis von Vergabeverfahren. Bitte geben Sie hierzu Ihre Unternehmensgrößenklasse an.
Nähere Informationen, ob Ihr Unternehmen die Eigenschaft als Kleinst-, kleines oder mittleres Unternehmen erfüllt, finden Sie in dem vom Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union herausgegebenen Benutzerleitfaden zur Definition von KMU. Es handelt sich um einen rein statistischen Wert, d.h. die Angabe zu diesem Punkt hat keinerlei Auswirkung auf die Zulässigkeit Ihres Angebots oder die Bewertung der Wirtschaftlichkeit.

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Kleinstunternehmen (0)
- ☐ Kleines Unternehmen (0)
- ☐ Mittleres Unternehmen (0)
- ☐ Großunternehmen (0)

Nur eine Antwort wählbar

6 Ausschlussgründe nach den §§ 123, 124 GWB

Gewichtung: 0,00%

6.1 Hinweis

Hinweis:

Ein Eintrag zu den folgenden Punkten erfolgt erst bei der Angebotsprüfung durch den Auftraggeber, es ist kein Eintrag durch den Bieter zulässig.

6.2 Ausschlussgründe nach § 123 GWB

Ausschlusskriterium

Der Auftraggeber hat keine Kenntnis von zwingenden Ausschlussgründen nach §123 GWB?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

6.3 Ausschluss nach § 124 GWB

Ausschlusskriterium

Der Auftraggeber hat keine Kenntnis von fakultativen Ausschlussgründen nach § 124 GWB, die zum Ausschluss führen?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

7 Eigenerklärung

Gewichtung: 0,00%

7.1 Bestätigung der Kenntnisnahme [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Die Eigenerklärung habe ich zur Kenntnis genommen und bestätige ihren Inhalt.

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

7.2 Bestätigung zu Bewerber- / Bietergemeinschaften

Als bevollmächtigter Vertreter bestätige ich, dass auch sämtliche beteiligte Unternehmen den Inhalt der Eigenerklärung zur Kenntnis genommen und bestätigt haben.

(Anmerkung: liegt keine Beteiligung als Bewerber- / Bietergemeinschaft vor, ist keine Angabe zu machen.)

- ☐ *Keine Angabe* (0)
☐ Ja (0)
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

7.3 Bestätigung der Kenntnisnahme RUS [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Die Eigenerklärung zu russischen Unternehmen habe ich zur Kenntnis genommen und bestätige ihren Inhalt.

- ☐ *Keine Angabe*
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

7.4 Angaben zu fakultativen Ausschlussgründen

Sollten für Sie bzw. Ihr Unternehmen fakultative Ausschlussgründe nach § 124 GWB vorliegen, schildern Sie bitte, warum diese nicht zu einem Ausschluss vom Verfahren führen sollen.

Der Auftraggeber entscheidet im Rahmen der Angebotsprüfung über den Ausschluss.

Sie können ausführlichere Angaben zum Sachverhalt auch im Arbeitsschritt Eigene Anlagen als Dokument hochladen.

8 Angaben Wettbewerbsregister

Gewichtung: 0,00%

8.1 Grundlage Auskunft Wettbewerbsregister

Öffentliche Auftraggeber sind nach § 6 Abs. 1 des Wettbewerbsregistergesetzes ab einer Höhe von 30.000 € verpflichtet, für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, vor der Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister anzufordern.

8.2 Name des Unternehmens [Mussangabe]

Name des Unternehmens:

8.3 Postanschrift

Gewichtung: 0,00%

8.3.1 Sitz des Unternehmens [Mussangabe]

Sitz des Unternehmens / der Firma:

8.3.2 Straße [Mussangabe]

Straße:

8.3.3 Hausnummer [Mussangabe]

Hausnummer:

8.3.4 Postleitzahl [Mussangabe]

Postleitzahl:

Hinweis: Es sind nur Hauszustellungs-Postleitzahlen zulässig!

8.3.5 Ort [Mussangabe]

Ort:

8.3.6 Land [Mussangabe]

In welchem Land / Staat ist Ihr Unternehmen ansässig?

8.4 Rechtsform [Mussangabe]

Welche Rechtsform hat Ihr Unternehmen?

☐ Keine Angabe (0)
☐ Natürliche Person (0)
☐ AG (0)
☐ AG (England) (0)
☐ AG (Schottland) (0)
☐ AG (Schweiz) (0)
☐ AG & Co. KG (0)
☐ AG & Co. KG i. L. (0)
☐ AG & Co. oHG (0)
☐ AG & Co. oHG i. L. (0)
☐ AG i. Gr. (0)
☐ AG i. L. (0)
☐ AöR (0)
☐ BV (0)
☐ Corp. (0)
☐ e.K. (0)
☐ e.V. (0)
☐ e.V. i. L. (0)
☐ eG (0)
☐ eG i. Gr. (0)
☐ eG i. L. (0)
☐ eGbR (0)
☐ Einzelunternehmer (0)
☐ EWIV (0)
☐ GbR (0)
☐ gGmbH (0)
☐ GmbH (0)
☐ GmbH (Österreich) (0)
☐ GmbH (Schweiz) (0)
☐ GmbH & Co. KG (0)
☐ GmbH & Co. KG i. L. (0)
☐ GmbH & Co. OHG (0)
☐ GmbH & Co. OHG i. L. (0)
☐ GmbH i. Gr. (0)
☐ GmbH i. L. (0)
☐ Inc. (0)
☐ KG (0)
☐ KG i. L. (0)
☐ KGaA (0)
☐ KÖR (0)
☐ LLP (0)
☐ Ltd. (0)
☐ n.e.V. (0)
☐ NV (0)
☐ OHG (0)
☐ OHG i. L. (0)
☐ Oy (0)
☐ PartG (0)
☐ PartG i. L. (0)
☐ PartGmbH (0)
☐ S.L. (0)
☐ SA (0)
☐ SARL (0)
☐ SE (0)
☐ SNC (0)
☐ sp. z.o.o. (0)
☐ SpA (0)
☐ SRL (0)
☐ Stiftung & Co. KG (0)
☐ Stiftung & Co. KG i. L. (0)
☐ Stiftung & Co. OHG (0)
☐ Stiftung & Co. OHG i. L. (0)
☐ Stiftung bR (0)
☐ Stiftung öR (0)
☐ UG (haftungsbeschränkt) (0)
☐ UG (haftungsbeschränkt) & Co. KG (0)
☐ VEB (0)
☐ VVaG (0)
☐ WEG (0)
☐ Rechtsform nicht gelistet (0)

Nur eine Antwort wählbar

8.5 Registerangaben

Gewichtung: 0,00%

8.5.1 Registerangaben

Ist das zuständige Registergericht / die zuständige Registerstelle im In- oder im Ausland angesiedelt?

☐ Keine Angabe (0)
☐ Register in der Bundesrepublik Deutschland (= Inländisches Register). Bitte füllen Sie die Felder unter 'Inländisches Register' aus. (0)
☐ Register außerhalb der Bundesrepublik Deutschland (= Ausländisches Register). Bitte füllen Sie die Felder unter 'Ausländisches Register' aus. (0)
☐ Für mein Unternehmen existiert kein Registereintrag, da natürliche Person/Personenvereinigung. Bitte füllen Sie die Felder unter 'Keine Registerangabe' aus. (0)

Nur eine Antwort wählbar

8.5.2 Inländisches Register

Gewichtung: 0,00%

8.5.2.1 Registergericht

Zuständiges Registergericht:

8.5.2.2 Registerart

Zutreffende Registerart:

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ HRA (0)
- ☐ HRB (0)
- ☐ GnR (0)
- ☐ GsR (0)
- ☐ PR (0)
- ☐ VR (0)

Nur eine Antwort wählbar

8.5.2.3 Registernummer

Angabe zur Registernummer:

8.5.3 Ausländisches Register

Gewichtung: 0,00%

8.5.3.1 Ausländische Registernummer

Ausländische Registernummer:

8.5.3.2 Registerbezeichnung

Registerbezeichnung:

8.5.3.3 Registerführende Stelle

Registerführende Stelle:

8.5.4 Keine Registerangabe

Gewichtung: 0,00%

8.5.4.1 Keine Registerangabe

Für Einzelunternehmer (Freiberufler oder Selbstständige) werden folgende Angaben benötigt.

8.5.4.2 Einzelunternehmer

Gewichtung: 0,00%

8.5.4.2.1 Familienname

Familienname:

8.5.4.2.2 Vorname

Vorname:

8.5.4.3 Sonstige Gründe

Bitte erläutern Sie, weshalb keine der vorhergehenden Auswahlmöglichkeiten zutreffen:

8.5.5 Umsatzsteueridentifikationsnummer

Falls Sie eine Umsatzsteueridentifikationsnummer besitzen, dann geben Sie diese bitte an:

9 Eigenerklärung für Unterauftragnehmer

Gewichtung: 0,00%

9.1 Eigenerklärung Unterauftragsnehmer Eignungsverl.

Ich bestätige, dass ich die Anlage "Eigenerklärung für Unterauftragnehmer und Eignungsverleiher" jedem Unterauftragnehmer oder Eignungsverleiher zur Bestätigung weitergeleitet habe. Sie wurde von diesen um Firmenbezeichnung und -anschrift ergänzt, unterschrieben und anschließend im Arbeitsschritt "Eigene Anlagen" als pdf-Datei hochgeladen.

(Anmerkung: Liegt keine Einbeziehung von Unterauftragsnehmern oder Eignungsverleihern vor, ist keine Angabe zu machen.)

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Ja (0)
- ☐ Nein (0)

Verfahren: 2026MSC000004 - Netzwerk-Rahmenvereinbarungen 2026_LfSt

LEISTUNGSKRITERIEN

- 1 Los 1 - "Cisco"
- 2 Los 2 - "Infoblox"
- 3 Los 3 - "Akamai"
- 4 Los 4 - "HashiCorp"

Typ	Dateiname	Größe	MIME-Type
Dateianlage	2026 Preisblatt LOS 1 Cisco 1.Korrekturzyklus.xlsx	22,56 KB	xlsx
Dateianlage	Preisblatt LOS 2 Infoblox 1. Korrekturzyklus.xlsx	18,27 KB	xlsx
Dateianlage	Preisblatt LOS 3 Akamai 1.Korrekturzyklus.xlsx	18,05 KB	xlsx
Dateianlage	Preisblatt LOS 4 HashiCorp 1. Korrekturzyklus.xlsx	19,79 KB	xlsx